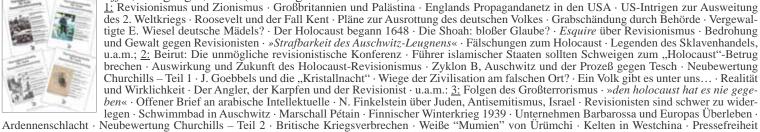
VffG Jahrgang 4, 2000 (1, 2: 120 S., 3&4: Doppelnummer, 232 S., €30,-)

1. Prozeß David Irving gegen D.E. Lipstadt · »Schlüsseldokument« – alternative Interpretation · Vergasungslügen gegen Deutschland Verfahrenstechniker zu Vergasungsbehauptungen · Treblinka-Archäologie · England – Aggressorstaat Nr. 1 · Churchill plante 3. Weltkrieg gegen Stalin · Englands Kriegsgründe für WKII · General Wlassow · Japan: Holocaust verschwindet · Einkreisung Deutschlands · Freispruch für polnischen Historiker · Prozeß gegen Dr. Toben · Zwei Kronzeugen · u.a.m.; 2: Holo-Orthodoxie · Gedenken an Pfeifenberger und Elstner · Deutschland – Sommer-Alptraum · Was geschah unregistrierten Juden? · "Schon 1942 wußte man..." · Leichenkeller von Birkenau · Serienlügner Wiesel · Üben bis zur Vergasung! · Lügner Lanzmann · Gaskammer-Besichtigung · Juden unter NS-Herrschaft · Tod Himmlers · WK II: Wessen Krieg? · Wehrmacht zur Flüchtlingsrettung · Galileo Galilei · Neue Weltreligion · Nazifizierung der Deutschen · Unsere jüdischen Wurzeln? · u.a.m.; 3: Ganzjahres-Alptraum Deutschland · Ein "deutsches" Jahrhundert? · Kongreß der Verfolgten · Historische Vergangenheit, politische Gegenwart · Was widerfuhr ungarischen Juden? · Luftschutz in Birkenau: Neubewertung Berichte zu Auschwitz · Amtlich sanktionierter Betrug in Dachau · Giftmordfall Marie Besnard · "Swing tanzen verboten" · Das Ende von

U 85 · Armee von Nieten · Washington oder Wilson? · Entstehung des jüdischen Volkes · Wilhelm II. und T. Herzl · Sieg der verlorenen Revolution · u.a.m.

VffG, Jahrgang 5, 2001 (alle Ausgaben 120 Seiten)



abgeschafft · Der Fall Gamlich · Die Neuseeland-Saga · u.a.m.; 4: Schützt unsere Demokratie! · Der Verfassungsschutz zum Revisionismus · Politische Romantik des Holocaust · J. Spanuth · Deportation ungarischer Juden 1944 · Mythos von Gebrauchsobjekten aus Menschenhaut · Revision zur Französischen Revolution · Wendepunkt Erster Weltkrieg – Teil 1 · Unterdrückung Lettlands, 1918-1991 · OSI – US-Nazijäger · Stalins Säuberung der Roten Armee · Offene Fragen zu den Terrorangriffen auf die USA · Amerika & England: Das Ende der Freiheit? · Gaskammern im Altreich? · Zeugen · u.a.m.

VffG, Jahrgang 6, Nr. 1, April 2002, 120 Seiten

Politisch verfolgte Deutsche genießen Asyl ... im Ausland · Fort Eben-Emael: Wendepunkt der Geschichte · Bombardierung von Bergen 1944/45 · Durchbrach die Me 262 die Schallmauer? Konzentrationslagergeld Miklos Nyiszli Israels Geburt durch Blut und Terror Holocaust-Dynamik Juden, Katholiken und der Holocaust · Revisionismus und die Würde der Besiegten · Globale Probleme der Weltgeschichte · N.G. Finkelstein in Beirut: Gegenveranstaltung arabischer Revisionisten · Jagd auf Germar Rudolf · Nachrufe · u.a.m.

MALES WEST

VffG, Jahrgang 6, Nr. 2, Juni 2002, 120 Seiten

Naher Osten: Lunte am Pulverfaß · Geopolitik des Afghanistankrieges · 11. September 2001 · Helden von Bethlehem · V. Frankl über Auschwitz "Entdeckung" des "Bunkers 1" von Birkenau · Kosten von Auschwitz · Rückblick auf GULag · Kinderlandverschickung im 2. Weltkrieg · Antigermanismus · Totalitarismus in der Springer-Presse · Gutachten im Asylverfahren von G. Rudolf · Geistesfreiheit in Deutschland · Japan knackte US-Funkverkehr im Sommer 1941 · Hitler ohne Völkermordprogramm gegen Slawen · Ausgrabungen in Sobibor? · u.a.m.

 $V\!f\!f\!G$, Jahrgang 6, Nr. 3, September 2002, 128 Seiten IHR: Sinkt das Schiff? Douglas: Revisionist oder Scharlatan? · »Keine Löcher, keine Gaskammer(n)« · V.E. Frankl in Auschwitz · Treblinka: Vernichtungslager oder Durchgangslager? · C.A. Lindbergh: Prinzipien vor Privatleben · Trübe Machenschaften der Anti-Defamation League · Auch Kulturrevisionismus ist dringend erforderlich · Ich, der Antisemit? · Štalins Vernichtungskrieg – amtlicher Verleumdungskrieg · Nachruf auf Thor Heyerdahl · Schwimmbad im Ghetto Theresienstadt · Wie die USA den Vietnamkrieg vom Zaune brachen · Aus den Akten des Frankfurter Auschwitz-Prozesses · u.v.a.m.

VffG, Jahrgang 6, Nr. 4, December 2002, 120 Seiten

Auschwitz-Öpferzahl: Zahlen-Roulette dreht sich weiter · Russen recherchieren in "Sache Holocaust" · Sowjetischen Befragung der Topf-Ingenieure · "Verbrennungsgruben" und Grundwasserstand in Birkenau · Die Stärkebücher von Auschwitz · Giftgas über alles, von Friedrich Paul Berg · Vrba entlarvt Lanzmanns Film Shoah... und sich selbst · Mondlandung: Schwindel oder Wahrheit? · Männer beiderlei Geschlechts und der kalte Verfassungsputsch · Von der Gefahr, Revisionist zu sein... · Hundert Jahre Leni Riefenstahl · Zensur im Internet, u.a.m.

VffG, Jahrgang 7, Nr. 1, April 2003, 120 Seiten

E. Zündel: Kampf für Deutschland · Die 4-Mio. Zahl von Auschwitz: Entstehung, Revision, Konsequenz · Zigeuner-"Vergasung" in Auschwitz · Lodz-Ghetto in der Holocaust-Propaganda · Neues Gesicht des "Holocaust" · Der General im Eis · Klimaforschung: Wissenschaft oder Ideologie? · Umerziehung an deutschen Schulen · Hintergründe der 68er-Kulturrevolution · Entstehung des Dt. Reiches · Warum die USA den Internationalen Strafgerichtshof ablehnen · Revisionismus in Estland · Dissidentenverfolgung; Rennicke, Amaudruz, Plantin · u.a.m.



VffG, Jahrgang 7, Nr. 2, Juli 2003, 120 Seiten

Am Rande des Dritten Weltkriegs · Die Opiumkriege · Sind alle Menschen gleich? · Wie die Psychologie Darwin verlor · Gruppendenken Dachau-Greuelmärchen bloßgelegt · Jüdische Mythen um die Berliner Olympiade (1936) · Walter A. Peltz als Holocaust-Falschzeuge · Schicksal der jüdischen Familie Goldsteen aus Holland · KL Sachsenhausen · Verbrennungsexperimente mit Tierfleisch und -fett · Dissidentenverfolgung: Kanada, Neuseeland, Deutschland · Die Versenkung des Schlachtschiffes Bismarck u.a.m

VffG, Jahrgang 7, Nr. 3&4, Dezember 2003 (Doppelnummer), 240 Seiten (als Einzelheft €30,-) Bush gegen Revisionismus · Alternatives Szenario zum 11.9.2001 · Mobiltelefone in Linienflugzeugen · Die Untätigkeit der US-Luftwaffe · Krieg gegen Irak: In Israel konzipiert · Übersicht über Krieg gegen Terrorismus · USA: Weltherrscher oder Nichts · Die Leiden der Palästinenser · Israeli ermordet US-Friedensaktivistin · Wiesenthals Kriegsjahre: Licht in düstere Vergangenheit · Die Leichenkeller der Krematorien von Birkenau in Dokumente n · Auschwitz: Gasprüfer und Gasrestprobe · Flammen und Rauch aus Krematoriumskaminen · Humanes Töten · Revisionismus in Portugal · Der Holocaust-Revisionismus in den Massenmedien · Pseudowissenschaft · Jean-Claude Pressac und der Revisionismus · Leni Riefenstahl – kein Abschied · Gerechtigkeit für Deutschland - vielleicht nächstes Jahr · Die "Gaskammer" im KL Mauthausen - Der Fall Emil Lachout · Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten · Erpreßte Geständnisse: Warum Unschuldige einen Mord gestehen · Aus den Akten des Frankfurter Auschwitz-Prozesses, Teil 5 · u.a.m.



VffG, Jahrgang 8, Nr. 1, April 2004, 128 Seiten

Faurisson 75: Anfänge · Integrer Mann · Buddhistisch-christliches Gleichnis · Faurisson und Italien · Wissenschaftler gegen Wissenschaft Revisionismus in Karikaturen · Faurissons Methode · Die Kula-Säule · Biographie R. Faurissons · Abgesang auf die "Offenkundigkeit" · Die Kontroverse Piper-Meyer · Geheimnis um Wallenberg gelüftet · Neuseeland-Saga, Fortsetung · J. Hayward: vom Historiker zum Holocaust? · Treblinka: außergewöhnlicher Zeuge · Dekonstruktivismus · Leros – letzter Sieg · Biologische Kriegführung im 2. Weltkrieg · u.a.m

VffG, Jahrgang 8, Nr. 2, Juli 2004, 120 Seiten

Gaskammer-Teufel im Detail · "Leugnung der Geschichte"? – Leugnung der Beweise!, Teil 1 · Berichte des polnischen Widerstands über Gaskammern von Auschwitz · Das Lachout-Dokument · Der wahre Brand · Stalingrad an Wolga & Spree · Vertreibung der Deutschen aus Japan · 60 Jahre 20.7.1944 · Antisemitismus und Untermenschentum · Auschwitz unwiderlegbar bewiesen!? · Schönheit tat weh · Holocaust-Museum: Erziehung zum Haß · Totale Internetzensur in Deutschland · Juden im NKWD · Antike Mumien in Europa · Übertriebene Opferzahlen stacheln zum Haß auf · u.a.m..



VffG, Jahrgang 8, Nr. 3, November 2004, 120 Seiten

Revisionismus in Schwierigkeiten? · Sowjetische Raumfahrtschwindel · Folterungen als Methode der US-Streitkräfte · Die Geister-Löcher des Todes · "Leugnung der Geschichte"?..., Teil 2 · Fall Lüftl: Sieg des Revisionismus · Warum wir belogen werden · Erinnerungen an R. Granata · Englands Keele-Universität macht Holocaust-Propaganda · Lügen über Marzobotto · Die Mermelstein-Lüge · Aus den Akten des Frankfurter Auschwitz-Prozesses, Teil 8 · u.a.m.

15,- pro Einzelheft bei Nachbestellung (€13,75 im Normalabo); Sammelbände (Leinen) Jahrgänge 1997 & 1998: €60,-; Jahrgänge 1999-2003: €70,-; Preise zuzüglich 10% Porto & Verpackung in Europa (außerhalb GB), Übersee: 30% Seepost, 40% Luftpost Bitte richten Sie Ihre Bestellung an: Castle Hill Publishers, PO Box 257768, Chicago IL 60625, USA

Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung

8. Jahrgang • Heft 4 • Dezember 2004



Ber bat im Beltfrieg bem beutiden Deere ben Doldfiob verfeht? Ber ift fculb baran, bağ unfer Bolt und Baierfand fo tief ins Ungfud finten mußie? Der Dartelfefreier ber Gozialbemofratm **Vater** fagt as nach ber Revolution 1918 in Magdeburg:

"Wir haben unfere Leute, die an die Front gingen, jur Jahnenflucht veranfast. Die Jahnenfluchtigen haben wir organistert, mit fallichen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterfdriftelofen Blugblattern perfeben. Wir baben biefe Leute nach allen Dimmelerichtungen, hauptfächlich wieder an die Front gefchieft, damit fie die Prantisthalen bearbeiten und die Brant germurben follten. Diefe baben die Colbaten beflimmt, überzulaufen, und fo hat fich der Berfall allmählich, aber ficher vollzogen." Ber bat bie Cogialdemotratie bierbei unterftugt? Die Demotraten und die Leufe um Erzberger.

Bett, am 7. Dezember, foll bas Deuffche Bolf ben

zweiten Dolchitof

erhalten. Cogialdemofraten in Geneinichaft mit ben Demofraten wollen und zu Sklaven ber Entente machen,

wollen und für immer zugrunde richten.

Dezember

4,

Jahrgang,

 ∞

schichtsforschung,

Ge

für

efte

Vierteljahresh

Publishe

stle

Wollt ihr das nicht,

Wählt deutschnational!

Wahlplakat der Deutschnationalen Volkspartei nach dem Ersten Weltkrieg

Befreiungsideologie Revisionismus: Der Weg zum Endsieg, S. 371

Tollwut im Bundestag: Eskalation der politischen Zensur, S. 377

✓ Der Dolchstoß – keine Legende: 1. WK – im Felde unbesiegt, S. 380

Gefangener antideutschen Hasses: Major Reder in Italien, S. 402

Deutsche und Juden: Fortdauernder Psycho-Krieg, S. 411

Leichenverbrennung im Freien: Viehsterben als Geschichtslehrer, S. 427

Rattenbekämpfung in Auschwitz: Im Kampf gegen Pest und Cholera, S. 433

Entschädigungsbetrug: Selbst Norwegen verrät Deutschland, S. 441

Universitätslehrer wird Revisionist: Kritik an Fritjof Meyer, S. 443



Castle Hill Publishers PO Box 257768, Chicago, IL 60625, USA

Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung

Herausgeber, Verlag und Vertrieb: Castle Hill Publishers, PO Box 257768, Chicago., IL 60625, USA

Gegründet: im Sommer 1996, Erstausgabe März 1997

Chefredaktion: Dipl.-Chem. Germar Rudolf

Lektorat: Patricia Willms

Fremdsprachenredaktion: Jürgen Graf

Rezensionen: Francis Dixon

<u>Telefon:</u> USA: ++1-773-769-1121

<u>Fax:</u> Deutschland: ++49 (711) 50-890-53; Großbritannien: ++44-8701-387263; USA: ++1-773-409-5570

E-Post: Redaktion & Verlag: chp@vho.org; Bestellungen & Kundenservice: chporder@vho.org

Internetz: http://www.vho.org/VffG

Anzeigen: Liste vom 15.10.2001; bitte fordern Sie unsere Media-Daten an (www.vho.org/VffG/MediaDaten.pdf).

ISSN: 1370-7507

Erscheinungsweise: vierteljährlich

<u>Umfang:</u> zur Zeit etwa 120 Seiten DIN A4 gebunden. Jahresbezug:

- Normal-Abo: inkl. Versand: €55,- (3-Jahres-Abo: €150,-).
- Vorzugs-Abo: Lehrlinge, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger,
 Wehr- und Zivildienstleistende oder Rentner mit kleinem
 Einkommen (Nachweis erforderlich) €38,- (3 J.: €96,-).
- Förder-Abo: €100,- (3 Jahre: €270,-).
- Frei-Abo: Spender mit einem jährlichen Spendenaufkommen
 ≥€55,- erhalten VffG für ein Jahr gratis, werden jedoch danach gebeten, das Abo in ein Normal-Abo umzuwandeln.

Einzelverkaufspreis: €15,-*

Probeheft: für Erstbesteller kostenlos!

<u>Werbeexemplare</u>: Bei Bedarf können wir Ihnen Werbeexemplare sowie Werbematerial für *VffG* zukommen lassen. Bitte wenden Sie sich dazu an die Redaktion.

<u>Versand:</u> in Großbritannien und Europa inklusive, für Übersee: Seepost +30%, Luftpost +40%.

Zahlungsbedingungen: 60 Tage rein netto.

Zahlungsweise:

- Bar: vorzugsweise € SF, £ oder US\$.
- Bitte verwenden Sie keine €Schecks, da unsere englische

Bank €7,50 Gebühren pro Scheck berechnet! Schecks von britischen Banken (in £) und von kanadischen bzw. US-Banken (in US\$) können wir freilich entgegennehmen.

- online per Kreditkarte: www.vho.org/store/pay.html
- Überweisung: Castle Hill Publishers, HSBC Bank; IBAN:
 GB30 MIDL 402005 91149156; BIC: MIDL GB 2129 U.
 Überweisungen von Europa nach England mit dem EU-Standard-Überweisungsformular sind kostenlos!

Wir haben **KEIN** Konto in Deutschland! Bez. Bank in den USA vgl. unseren Briefkopf oder vho.org/store/pay.html.

<u>Kündigung:</u> 3 Monate vor Ablauf des Bezugszeitraumes, ansonsten Verlängerung um ein (bzw. 3) Jahr(e).

<u>Urheberrecht:</u> Abdruck der Beiträge nur nach Vereinbarung gestattet. Alle Rechte vorbehalten.

Tantiemen: nach Vereinbarung.

<u>Unterstützung:</u> Sollten Sie unsere Arbeit wertvoll finden, so bitten wir Sie herzlich, uns nach Kräften zu unterstützen, sei es durch Abonnements, die Vermittlung neuer Abonnenten, durch Spenden oder durch aktive Mitarbeit. Vgl. www.vho.org/support für Informationen, wie Sie bei unserem Aufklärungsprojekt mithelfen können. Spenden fließen zu 100% in die Erforschung und Veröffentlichung wichtiger geschichtlicher Fragen.

Voraussetzungen für den Abdruck von Artikeln in den Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung:

Inhaltliche Voraussetzungen:

Themengebiete: Geschichte, insbesondere Zeitgeschichte; daneben auch Meinungs- und Forschungsfreiheit. Nach Möglichkeit neuartige, bisher unveröffentlichte Berichte, Übersichtsartikel bzw. Forschungsergebnisse;

Stil: systematischer Aufbau; sachlich; Belegung von Tatsachenbehauptungen; merkliche Trennung von Meinung und Tatsachenbehauptungen.

Äußere Voraussetzungen: Aus naheliegenden Gründen drucken wir Beiträge gegebenfalls auch unter Pseudonymen ab, die wir selbstverständlich streng vertraulich behandeln. Anonym zugesandte Beiträge, die ebenfalls willkommen sind, können nur veröffentlicht werden, wenn sie inhaltlich annähernd druckreif sind.

Es besteht keine Umfangsbeschränkung für eingereichte Beiträge. Beiträge, die merklich 10 Seiten in unserer Zeitschrift überschreiten (etwa 50.000 Zeichen, bzw. 9.000 Wörter), müssen damit rechnen, in mehrere Teile zerlegt in aufeinanderfolgenden Ausgaben publiziert zu werden. In solchen Fällen ist dafür zu sorgen, daß der Beitrag eine Gliederung aufweist, die eine solche Teilung erlaubt.

Beiträge von zwei Seiten Länge oder mehr sollten mit Abbildungen versehen sein, um den Text aufzulockern (Buchumschläge behandelter Werke, Dokumenten-Faksimiles, Portraits behandelter Personen und evtl. der Beitragsautoren, Autorvorstellungen, Bilder historischer Ereignisse etc.). Vorgehensweise: Mit Ausnahme anonym zugesandter Beiträge werden Korrekturbögen nach Erfassung zugesandt, ein Recht auf Abdruck entsteht dadurch nicht. Das eventuelle Erscheinungsdatum behält sich die Redaktion vor. Ein Autorenhonorar wird nur gezahlt, falls der Autor unter gesellschaftlicher und/oder staatlicher Verfolgung wegen seinen Meinungsäußerungen leidet. Es wird jeweils nur ein Belegexemplar versandt. Auf ausdrücklichen Wunsch können bis zu fünf Belegexemplare zugesandt werden.

<u>Daten:</u> Wir bevorzugen Datenübertragung per Email oder per Post auf Datenträgern (PC, 3,5"/1,44MB; ZIP (100/250 MB); CD; DVD). Die Dateiformate der üblichen Textverarbeitungsprogramme können in der Regel alle verarbeitet werden, vorteilhaft sind jedoch aus Gründen der Portabilität Dateien der Formate *.doc (Word) und *.rtf (Rich Text Format). Wir selbst verwenden bevorzugt MS Word (97/2000/XP) sowie PageMaker 6.5;7.x/InDesign (MS Publisher und Quark Express können gelesen werden). Bitte senden Sie Ihre Manusripte nicht per Fax, da dies ein automatische Erfassung (OCR) erschwert. Bilder können sowohl in allen gängigen Bildformaten per Email, auf Diskette als auch im Original zugesandt werden.

3,5"-Disketten, CDs sowie unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt, verlangte Original-Manuskripte und Abbildungen nur auf ausdrückliche Bitte.

Falls Sie mit diesen Bedingungen einverstanden sind, erwarten wir gerne Ihre Arbeiten.

Bestellschein Abonnement und/oder Probehefte

 \square Ja, ich möchte $\underline{\hspace{0.5cm}}$ Abo(s) der Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung (VffG) beziehen. Ich weiß, daß sich mein Abo automatisch verlängert, wenn ich nicht mindestens 3 Monate vor Ablauf kündige. Bitte kreuzen Sie das Abo Ihrer Wahl an. Sie können die fällige Summe in bar oder per Scheck beilegen, andernfalls erhalten Sie eine Rechnung:

Versandart:	Europa		Ubersee Seepost		Ubersee Luftpost		
Bezugszeitraum:	1 Jahr	3 Jahre	1 Jahr	3 Jahre	1 Jahr	3 Jahre	
Förderabo:	□ €100,00	□ € 270,00	□ €125,0	0 □ €337,50	□ €140,00	□ €378,00	
Normal-Abo:	□ € 55,00	□ €150,00	□ € 68,7	5 □ €187,50	□ €77,00	□ € 210,00	
Vorzugsabo*:	□ € 38,00	□ € 96,00	□ € 47,5	0 □ €120,00	□ €53,20	□ €134,40	
* Für Azubis, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Wehr- bzw. Zivildienstleistende oder Rentner mit kleinem Einkommen (Nachweis nicht vergessen!).							
In Ja, ich bin Neukunde und möchte ein <i>freies</i> Probeexemplar von <i>VffG</i> beziehen. Ich bin bereits Kunde von Ihnen und möchte Probeexemplar(e) von <i>VffG</i> zum Schnupperpreis von je nur €6,- (beiliegend har, Briefmarken, oder als Scheck) beziehen.							
ame			(Meine Abonnement ab Datum des Posts weiten Unterschrif Kenntnis genomme	stempels) schriftlic ft bestätige ich, vo	ch widerrufen. I	Mit meiner

PLZ

Straße/Postfach

atum Unterschrif

Wohnort

Sie können einem Freund, einem Verwandten oder einer öffentlichen Institution (z.B. Bibliothek) ein Geschenk- bzw. Patenabonnement vermachen. Falls Sie ein derartiges Abo einrichten wollen, wenden Sie sich bitte an uns.



Sie können auf Ihr Abo einen Nachlaß erhalten, wenn es Ihnen gelingt, für *VffG* einen neuen Leser zu werben. Sobald der von Ihnen vermittelte neue Abonnent seine Rechnung beglichen hat, haben Sie als Vermittler ein Anrecht darauf, daß sich Ihr Abonnement um zwei (bei Förderabonnenten um eine) Ausgabe(n) pro geworbenen Neuleser kostenlos verlängert.

Haben Sie etwas verpaßt? Dann bestellen Sie doch einfach nach!



VffG, Jahrgang 1, 1997 (1: 58 S.; 2: 74 S.; 3: 90 S.; 4: 82 S.)

L: Zyklon B · Selbstassistierter Holocaust-Schwindel · Französischer Hersteller von Zyklon B? · Affäre Garaudy/ Abbé Pierre · Historiker: Keine Beweise für Gaskammern! · Zur Legalität von Geiselerschießungen · Ein anderer Auschwitz-Prozeß · Juden in Wehrmachtsuniform · Zur Wissenschaftsfreiheit in Deutschland · Bücherverbrennung in Deutschland heute · »Prawda«: Der Holocaust ist ein Mythos u.a.m; 2: Wannsee-Konferenz · Wieviele Juden überlebten Holocaust? · Sonderbehandlung · Gespensterkrankheit · Loch in der Tür · Unbefohlener Völkermord · Völkermord durch Telepathie · KGB-Novellist G. Fleming · Revisionismus im Cyberspace · Rudolf Gutachten in der Kritik · Zur Lage des Holocaust-Revisionismus · Völkermord nicht gleich Völkermord · Deutschland verletzt Meinungsfreiheit u.a.m.; 3: Holocaust: Dieselmotorabgase töten langsam · Revisionisten haben Luftüberlegenheit · Auschwitz-Kronzeuge Dr. Münch im Gespräch · "Wissenschaftler" am Werk · A. Bomba, der Friseur von Treblinka · Auschwitz: Die Paradoxie der Erlebnisse · Über die

Feigheit des Establishments · Über den Mut von Einzelgängern · *Grundlagen zur Zeitgeschichte*: Gutachterliche Stellungnahme u.a.m.; <u>4:</u> Rudolf Gutachten: »*gefährlich*« · Technik deutscher Gasschutzbunker · Sauna ein »*Verbrechen*«? · Was geschah den aus Frankreich deportierten Juden? · Wieviel Gefangene wurden nach Auschwitz gebracht? · Himmler-Befehl zum Vergasung-Stop · NS-Sprache gegenüber Juden · Ch. Browning: unwissender Experte · Deutscher Soldat in Auschwitz und Buchenwald · Menschenrechtsorganisationen und Revisionismus u.a.m.



VffG, Jahrgang 2, 1998 (alle Ausgaben 82 Seiten)

1: Grundwasser in Auschwitz-Birkenau · Die » Gasprüfer« von Auschwitz · Zweimal Dachau · Ein Australier in Auschwitz · Die Affäre Papon-Jouffa-Faurisson · Milliarden Franc den Juden geraubt... oder von Marschall Pétain? · Büchervernichter und ihre Opfer · Vom Holocaust Museum ausgeladen: Schriftsteller spricht beim Nationalen Presseclub u.a.m.; 2: Kurzwellen-Entlausungsanlagen in Auschwitz · SGaskammern · von Majdanek · Auschwitz: Krema-Zerstörung als Propaganda-Bremse · » Gaskammer« von Auschwitz I · Wiedergutmachung: Korrektur eines Fehlurteils · Der Mythos von der Vernichtung Homosexueller im Dritten Reich · Guido Knopp: Meister der Gehirnwäsche u.a.m.; 3: » Schlüsseldokument« ist Fälschung · Dokumentation eines Massenmordes · Verdrängte Schiffskatastrophen · Vatikan und » Holocaust«: » Komplizenschaft« zurückgewiesen · Lügen über Waffen-SS-Division · Auschwitz Sterbebücher · Auschwitz-Überleben · Falsche Erinnerungen überall – nur nicht in der Zeitgeschichte · J. W. Goethe knapp BRD-Zensur entgangen u.a.m.; 4: » Gasdichte« Türen in

Auschwitz · Kurzwellen-Entlausungsanlage, Teil 2 · Redefreiheit, dissidente Historiker und Revisionisten, Teil 1 · 1944: Schreckensjahr im Kaukasus · Repression gegen Dissidenten in Schweiz · Zensur findet nicht statt, es sei denn... u.a.m.

VffG, Jahrgang 3, 1999 (alle Ausgaben 120 Seiten)

V_IO, Jahrgang 3, 1999 (and Ausgabert 120 Settern)

1: Deutschlands Historiker anno 1999 · Eine Fallstudie früher integrierter Kriegführung · Redefreiheit..., Teil 2 · Rückblick auf den Revisionismus · Wie die Siegerpropaganda aus Bäckereien » Krematorien« schuf · » Zur Bestreitung des Holocaust – Fakten und Motive« · Geschichte und Pseudogeschichte · Die 1998'er Konferenz in Adelaide, Australien · Das Rudolf Gutachten in der Kritik, Teil 2 · Pyrrhussieg in der Schweiz für die jüdische Gedankenpolizei · Die Wilkomirski-Pleite · Fragen an die UNESCO zum Thema Auschwitz; 2: Kriegsgründe: Kosovo 1999 – Westpreußen 1939 · Partisanenkrieg und Repressaltötungen · Der 1. Holocaust 1914-1927 · Polnische Bevölkerungsverluste während des 2. Weltkrieges · Lebensweg eines tschechischen » Partisanen« · Geschichte und Pseudogeschichte, Teil 2 · Versuche der Widerlegung revisionistischer Thesen · Woher stammt der David-Stern? · Gewißheit um Heisenberg · Irrtümer und Unsinn über Wagner · Der Abfall eines jüdischen Revisionisten · Redefreiheit..., Teil 3 · Zensur und Willkür ohne Ende · Kristallnacht in Barcelona, u.v.a.m.; 3: KL Stutthof · Der große Patentraub · Wlassow in neuem Licht · Wandlungen der Totenzahl von Auschwitz · Wieviele Tote

gab es in Auschwitz? Das Schicksal der Juden Deutschlands 1939-45 · Unbekannter Hunger-Holocaust · Sowjetische Bildfälschungen · Britische Propaganda 1939-45 · Aufstieg und Fall von Lindbergh · Die Beneš-Dekrete · Konrad Henlein und die sudetendeutsche Frage · Grenzen der Naturwissenschaft · Wahnwelten · Redefreiheit..., Teil 4 · Jürgen Graf: Urteil von Appelationsgericht bestätigt, u.v.a.m.; 4: Fremdarbeiter im Dritten Reich · Deutsche Zwangsarbeit und ihr Entschädigung · Ist Amerika seit 250.000 Jahren besiedelt? · Wer waren die Ureinwohner Amerikas? · Perspektive in "Holocaust"-Kontroverse · Holocaust-Religion · 100 Mio. Kommunismus-Opfer: Warum? · Kulmhof/Chelmno · Sinti und Roma · Peenemünde und Los Alamos · Entmachtung der deutschen Vertriebenen · "Deutsche Geschichtsschreibung" · Bundesprüfstelle verweigert Political Correctness · Holocaust im Internet · Wissenschaft oder Ideologie?

Wenn Sie den Umschlag dieses VffG-Heftes nicht zerschneiden wollen, kopieren Sie diese Seite einfach und füllen Sie die Kopie aus.

^{*} zuzüglich 10% Porto & Verpackung in Europa (außerhalb GB), 30% für Seepost, 40% für Luftpost außerhalb Europas.

Inhalt

In Kürze	488
Gegendarstellung	484
Leserbriefe	
Der Mann, der zu viel wußte, von Thomas Dunskus	
Die Weltkriege, Signatur der Humanitas, von Rolf Wiesenberg	472
Bücherschau	
Dank an die Verfasser Von Robert Faurisson	
Wo die Freiheit fast grenzenlos ist Von Kim Rasmussen	458
Verurteilt	
Die Verfolgung des Ingenieurs Fröhlich in Wien	
Volksverhetzung? Von Dr. Ursula Haverbeck	450
Aufruf zum Aufstand	445
Kritik an Fritjof Meyer durch einen Universitätslehrer	443
Der deutsch-norwegische Entschädigungsbetrug	
Im Namen des Völkerrechts: Grenzvertrag mit Polen illegal	
So manipulieren sie täglich	
Rattenbekämpfung im KL Auschwitz Von Erik Kylling	
Leichenverbrennungen im Freien Von Heinrich Köchel	427
Der vorbildliche Holocaust	425
Deutsche und Juden Von Georg Wiesholler	
Major Reder, Gefangener antideutschen Hasses Von Zoltán Bruckner	402
Der Dolchstoß – keine Legende Von Arne Grotefend	380
Tollwut im Bundestag Von Germar Rudolf	377
Befreiungsideologie Revisionismus	371
Übergabe Von Germar Rudolf	370

Übergabe

Von Germar Rudolf

Die schlechte Nachricht vorweg

Die Resonanz auf den im letzten Heft niedergelegten Aufruf um Hilfe durch Mitarbeit oder finanzielle Unterstützung war so dürftig - eine einzige Person meldete sich, um für die Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung Buchrezension zu verfassen -, daß man den Eindruck gewinnen könnte, es interessiert niemanden, ob VffG bestehen bleibt oder nicht. Inzwischen ist die Abonnentenzahl so weit abgesunken (unter 600), daß die Hefte nicht mehr kostendeckend produziert werden können. Noch ein Jahr dieses Trends, und die VffG werden sich nicht weiter über Wasser halten können. Dann wird auch noch die letzte freie deutschsprachige Stimme des Revisionismus verstummen. Derweil versuche ich freilich, eine solche Entwicklung zu verhindern, aber mit etwa

€20.000 Schulden beim Drucker und über \$20.000 Schulden bei meinem US-Rechtsanwalt, der mich aus deutschen Gefängnissen herauszuhalten versucht, sind meinen Bemühungen enge Grenzen gesetzt.

Doppelte Arbeit

Das vor Ihnen liegende Heft sollte eigentlich einen ganz anderen Inhalt haben. Geplant war, es zu einer Sonderausgabe zu machen, die fast ausschließlich den Arbeiten eines bestimmten Kreises deutscher

Ingenieure und Architekten gewidmet sein sollte. Das Heft war weitgehend fertig gesetzt, der zentrale Artikel enthielt aber nicht wie vereinbart die Auswertung von Dokumenten zu dem speziellen Thema, das der Autor versprochen hatte zu behandeln, sondern allgemeine Ausführungen, wie sie den Lesern der VffG schon hinreichend bekannt sind. Dazu kam, daß der Verfasser nicht damit einverstanden war, daß sein Text sprachlich korrigiert und gestrafft würde.

Vor die Wahl "Alles oder nichts" gestellt, haben wir entschieden, daß der Verfasser seine Denkschrift in Eigenregie veröffentlichen solle, wie er es ohnehin bereits vorgeschlagen hatte.

Die Konsequenz war, daß dieses Heft ganz von vorn neu zusammengestellt werden mußte, was doppelte Arbeit bedeutete. Zugleich mußte ich einen Teil der redaktionellen und drucktechnischen Arbeiten an Mitarbeiter delegieren, die erst eingelernt werden müssen, was Zeit kostet und nicht ganz ohne Schlaglöcher abgehen wird. Ich darf unsere Leser schon jetzt diesbezüglich um Verständnis bitten.

Die gute Nachricht

Gute Nachrichten sind rar. Eine davon ist, daß es die kleine Schar unserer Übersetzer und Korrekturleser gibt, ohne deren ehrenamtliche Mitarbeit die Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung schon lange nicht mehr bestünden.

Die andere gute Nachricht ist, daß mir weder mein Drucker noch mein Anwalt den Hahn zudrehen, obwohl mich beide in den Bankrott treiben könnten. Als Freunde geben sie mir Kredit, solange der Schuldenberg nicht ins Uferlose wächst.

Steter Tropfen höhlt den Stein, und so spricht sich denn langsam aber sicher die Kunde herum, daß wir in den letzten acht Jahren geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse veröffentlicht haben, die das Geschichtsbild

> und damit zwangsläufig auch das politische Bild – früher oder später revolutionieren werden. Wenn nicht heute und morgen, dann doch für die Generation unserer Kinder und Kindeskinder. Wer Geduld und geschichtlichen Weitblick hat, der wird auch darin eine gute Nachricht entdecken können.

Und zu guter Letzt: Ich bin am 25.2.2005 wieder einmal Vater geworden. Wenn das kein Grund zum Feiern ist... Allerdings hat dieses freudige Ereignis auch eine Kehr-

seite: Ich werde ab August als Hauptberuf Hausmann und Familienvater sein, da ich von meiner Frau nicht erwarten kann, daß sie ihre erfolgreiche Karriere abbricht, um mir mit unserer Tochter in meinem sinkenden Schiff Gesellschaft zu leisten. Für mich persönlich ist dies gar kein schlechtes Los, sehr wohl aber für den Revisionismus. Es bedeutet nämlich, daß ich ab dann nur noch wenige Stunden täglich für mein Hobby, den Revisionismus, aufbringen kann. Ich werde daher versuchen, in naher Zukunft noch mehr der anfallenden Arbeiten auf freiwillig Helfer zu verteilen. Wer mit anpacken will beim Lesen, Schreiben, Formatieren, Korrigieren und Setzen, bitte bei mir melden!

P.S.: Aufgrund der angehäuften Schulden hatte mein Drucker meine anstehenden Projekte – darunter diese Ausgabe – im Spätwinter vorerst auf die lange Bank geschoben. Erst kürzlich kamen wir zu einer Einigung, wenigstens diese Ausgabe zu drucken. Der Druck aller angekündigten Buchprojekte, die alle druckfertig sind, schreitet jedoch zunächst nur im Schneckentempo voran. Ich bitte um Verständnis.



Befreiungsideologie Revisionismus

Von Germar Rudolf

Die politisch-wirtschaftliche Lage Deutschlands

Das deutsche Volk stirbt aus. Wenn der gegenwärtige demographische Trend bestehen bleibt, wird das deutsche Volk in Deutschland in 50 Jahren in der Minderheit sein, und in weiteren 100 Jahren wird es praktisch aufgehört haben, zu bestehen. Es wird im wesentlichen durch Türken ersetzt sein. Deutschland wird islamisch werden. Sieht man sich die selbstsichere Radikalität der Türken an, mit der sie die Eroberung Mitteleuropas ins Visier nehmen, kann man sich denken, daß es ab der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts kein Vergnügen sein wird, blonde Haare und blaue Augen zu haben. Was den Türken mit ihren Schwertern 1683 vor Wien mißlang, das gelingt ihnen heute mit ihren Scheiden.

Von wenigen kurzen Unterbrechungen abgesehen ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland seit Mitte der 1970er Jahre stetig angestiegen. Das gleiche gilt für die Zahl der Sozialhilfeempfänger. Parallel dazu steigt die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und entsprechend die Steuerlast für die noch erwerbstätige Bevölkerung. Die öffentliche Schuldenlast hat einen Punkt erreicht, wo sie beständig schneller steigt als das Bruttosozialprodukt. So besteht ein immer größerer Teil des Bruttosozialprodukts nicht aus der Produktion von Gütern oder Dienstleistungen, sondern aus der Schuldenwirtschaft. Die Wirtschaft wird erdrosselt. Es ist der Punkt erreicht, von wo es kein Zurück mehr gibt. Ein Kollaps kann verzögert, aber nicht verhindert werden.

Im gleichen Zeitraum ist der Außenhandelsüberschuß der deutschen Wirtschaft stetig und in den letzten Jahren sogar drastisch gestiegen. Deutschland verdient mehr, als es ausgibt. Deutschland ist stinkreich.

Wie passen beide Bilder zusammen? Ganz einfach: Der Reichtum in Deutschland wird mehr und mehr von unten nach oben verlagert. Die Armen werden immer ärmer, und die Reichen immer reicher. Es gibt immer weniger Menschen, die einen immer größeren Anteil am deutschen Reichtum besitzen.

Einer der Hauptmotoren für diese Umverteilung ist die Verschuldung der öffentlichen Hand. Die öffentliche Hand leiht sich Geld von all jenen, die staatliche Anleihen kaufen. Die Zinsen und Zinseszinsen für diese Schulden werden dann vom Steuerzahler aufgebracht. Wer aber bringt den Großteil der Steuern in Deutschland auf? Arbeiter, Angestellte sowie der Mittelstand, also der Durchschnittsbürger. Und wer hat das Geld, in erheblichem Umfang staatliche Anleihen zu kaufen, deren Renditen (mit Steuern bezahlt) er dann über Jahre und Jahrzehnte kassiert? Die obere Mittelschicht sowie all jene, die im Geld schwimmen. Öffentliche Schulden

sind also identisch mit der Umverteilung des Wohlstandes von der Mittelschicht an die Reichen.

Dieser Prozeß kann theoretisch so lange weitergehen, bis alle Mitglieder der Mittelschicht so verarmt sind, daß sie keine Steuern mehr zahlen können. Wenn also die Reichen alles in diesem Land besitzen und die Armen gar nichts. Die damit einhergehenden sozialen Spannungen führen notwendigerweise zu Revolten und Revolutionen. Der Weg dahin ist begleitet von immer drakonischer werdenden politischen Zwangsmaßnahmen, um radikale Reformen des Finanz- und Wirtschaftssystems sowie eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes zu verhindern. Eine Demokratie wandelt sich so langsam in eine totalitäre Diktatur um. Deutschland hat diesen Weg bereits teilweise zurückgelegt.

Radikale Lösungen zur Umkehr der demographischen Katastrophe sowie zur Umkehr der Umverteilung des Wohlstandes in Deutschland bedürften einer politischen Programmatik, die vom herrschenden System als extremistisch oder gar nazistisch angeprangert und durch diktatorische Verfolgung verhindert werden (Parteiverbote, Strafverfahren, Berufsverbote). Eine friedliche Lösung durch pluralistische Diskussion der Optionen wird daher verhindert.

Die politisch-wirtschaftliche Lage Europas

Ein Blick über den deutschen Tellerrand zeigt, daß die Lage auch in den anderen europäischen Ländern nicht anders ist. Italiens demographische Entwicklung ist sogar noch schlimmer als die Deutschlands. Sogar in Polen geht die Bevölkerung drastisch zurück, und auch in Rußland kollabiert das Volk, hervorgerufen vor allem durch eine katastrophale wirtschaftliche Lage. Irland scheint bisher das einzige Volk zu sein, daß sich noch selbst erhält. Parallel zu diesem Schwund der einheimischen Bevölkerung steigt die Zahl der Einwanderer von anderen Kontinenten stetig an, wobei die Herkunftsländer der Einwanderer zumeist durch die koloniale Geschichte der jeweiligen Länder bestimmt wird: In Frankreich aus den westlichen arabischen Staaten; in England aus Indien und verschiedenen schwarzafrikanischen Ländern, usw.

Die wirtschaftliche Entwicklung aller europäischen Länder verläuft im wesentlichen parallel zu der Deutschlands. Ganz Europa erwirtschaftet riesige Außenhandelsüberschüsse, bereichert sich also an den Gütern der Welt, aber die europäischen Völker werden immer ärmer. Ausnahmen davon sind die Länder der "Reichen", wie Luxemburg, Schweiz, Liechtenstein. Alle anderen sehen sich der gleichen Schuldenfalle ge-

genüber, die auch dort über eine Umverteilung von unten nach oben zur Erdrosselung der Wirtschaft und zu zunehmenden sozialen Spannungen führt.

Als Reaktion auf diese zunehmenden demographisch-ethnischen sowie wirtschaftlich-sozialen Spannungen reagieren praktisch alle europäischen Machthaber gleich: In Frankreich änderte man zuerst das Wahlrecht, um die rechte Front National aus den Parlamenten zu halten. Als dies nicht mehr half, verfolgte man den Vorsitzenden wegen seiner mißliebigen historischen Ansichten. In England wurden jüngst die Vorsitzenden der British National Party wegen angeblicher Aufstachelung zum Haß gegen Einwanderer verhaftet. In Belgien verbot man Ende 2004 den Flamse Block, die stärkste Partei der Flamen, da sie radikale Konzepte gegen die demographische Katastrophe entwarf. Und in den Niederlanden werden rechte Oppositionsführer (Pim Fortuyn) und literarische Kritiker der multikriminellen Gesellschaft (Theo van Gogh) einfach ermordet.

Zensurgesetze gegen Dissidenten wurden in fast allen europäischen Ländern Schritt für Schritt eingeführt. Sie richten sich alle gegen vermeintliche "rechte" Ansichten.

Die politisch-wirtschaftliche Lage in der Welt

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden die USA zu der dominanten Weltmacht schlechthin. Die öffentliche Hand in den USA ist ähnlich verschuldet wie die Staatshaushalte in Europa, jedoch wächst dort das Bruttosozialprodukt noch schneller als die öffentliche Verschuldung. Dieses Wachstum ist jedoch ein reines Binnenwachstum, ausschließlich hervorgerufen durch die "illegale" Einwanderung von Millionen Armutsflüchtlingen aus Mittel- und Südamerika. Seit 1980 ist zudem die Außenhandelsbilanz der USA negativ. Dieses Defizit wächst seit Ende der 1990er Jahre so gigantisch etwa 5% des jährlich erwirtschafteten Sozialprodukts fließt ins Ausland ab -, daß von einem Ausverkauf Amerikas gesprochen werden muß. Finanziert wird dies durch öffentliche, aber auch durch private Schulden, die beide einen Stand erreicht haben, wo eine Rückzahlung unmöglich ist, ohne eine gigantische Umverteilung von unten nach oben zu bewirken, die zu massiven sozialen Spannungen führen würde. Schon heute sind die USA das Land mit dem krassesten Gegensatz zwischen arm und reich. Es gibt kein Land, wo der Wohlstand so ungleich verteilt ist wie in den USA. Und die private wir öffentliche Verschuldung verstärkt diesen Trend mit exponentieller Dynamik.

Fügt man der Gleichung die Rassenunruhen in Los Angeles (1992) und in Cincinnati (2001) hinzu, die deutlich machen, daß die These vom "Melting Pot" nicht stimmt, so kann man sich ausmalen, daß zusätzlich zu wirtschaftlichen und sozialen Spannungen auch noch rassisches Dynamit unter der Oberfläche des vorerst ruhenden US-Vulkans liegt.

Die Welt, und hier insbesondere die Reichen unter

den Europäern und Asiaten, hält die US-Wirtschaft durch andauernde Anleihen im Gang, da man Vertrauen in das Wachstum der US-Wirtschaft hat (oder man hat einfach keine andere Wahl). Dies ist auch der Grund, warum niemand etwas in den USA gegen die "illegale" Masseneinwanderung unternimmt, obwohl diese soziale und rassische Konflikte verschärfen kann. Kommt diese Einwanderung nämlich zum Stillstand, so verschwindet das reale Wirtschaftswachstum. Dies hätte den Vertrauensverlust der ausländischen Gläubiger zur Folge, was zum Kollaps des Dollars und damit zum Kollaps der Weltwirtschaft führte.

Fast alle Länder der Dritten Welt sind bei den westlichen Ländern dermaßen verschuldet, daß der Hauptwirtschaftzweck dieser Länder darin besteht, Zinsen und Zinsenszinsen zu zahlen, um die Gläubiger bei Laune zu halten. Mit anderen Worten: auch auf weltweitem Niveau kommt es zu einer stetigen, unaufhaltsamen Umverteilung des Wohlstandes von armen nach reichen Ländern, wiederum getrieben durch Zins und Zinseszins. Die dadurch immer drückender werdende Armut führt zu Migrationsströmen in die wohlhabenderen Ländern, was wiederum zu den beschriebenen Folgen in den Aufnahmeländern führt.

Ein genereller Schuldenerlaß für die Dritte Welt wäre nötig, jedoch hätte dies gigantische Umverteilungen in der Hochfinanz zur Folge, da viele Anleihen von US-Banken nicht abgesichert sind, wohingegen europäische Banken einen höheren Deckungsgrad ihrer Anleihen haben (oder anders ausgedrückt: sie "erlassen" Schulden, indem sie Teile der Volkswirtschaft des Schuldnerlandes als Besitz übernehmen). Mit anderen Worten: Die Wall Street würde ihre Macht verlieren und in die Hände europäischer Bankiers übergehen, hauptsächlich solchen mit Hauptsitz in Frankfurt am Main. Dies hätte bereits Anfang der 1980er Jahre beinahe zu einem Kollaps der US-Banken geführt, dem die US-Regierung nur durch massive Eingriffe in das Bankensystem Einhalt gebieten konnte.

1999 schlitterte Asien ganz knapp an einem wirtschaftlichen Kollaps vorbei. Seither hängen die Volkswirtschaften der "Tiger" Asiens an einem Bindfaden. Überkapazitäten haben im asiatischen Wirtschaftsraum zu stagnierenden Wirtschaften sowie negativen Inflationsraten geführt (Deflation). Die öffentliche Verschuldung, bei der es keine negativen Zinsen gibt, hat dadurch zum Beispiel in Japan einen Stand erreicht, der eine ernste Gefahr für das Wirtschaftswachstum darstellt. Solange die US-Wirtschaft wächst und daher die asiatische Überproduktion wenigstens teilweise absorbieren kann, geht alles weiter wie gehabt.

Kommt die US-Wirtschaft ins Schleudern, könnte dies einen Dominostein-Effekt zur Folge haben, der die Weltwirtschaft wie bereits 1928 in einen Abgrund zieht. Totalitäre Regierungen und kriegerische Konflikte zur Ablenkung von inneren sozialen Spannungen und zur "Lösung" wirtschaftlicher Probleme werden denkbar.

Vom gleichen Blickwinkel aus betrachtet erkennt man eine der Motivationen zum Krieg gegen den Irak, der anno 2002 seinen gesamten Außenhandel auf den Euro umstellte. Wären andere erdölexportierende Staaten dem Beispiel gefolgt, was von einigen dieser Länder damals erwogen wurde, wäre der Dollar kollabiert.

Die Feinde der Menschheit

Es ist unvermeidbar, daß jemand für das Ausleihen von Werten oder Gütern eine entsprechende Entschädigung verlangt, also Zinsen. Ein entscheidender Faktor bei der Entstehung der oben beschriebenen Probleme ist jedoch nicht der Zins, sondern der Zinseszins, also die exponentielle Explosion von Schulden. Es gibt keine mathematische Funktion, die schneller ansteigt, als die Zinseszinsfunktion. Der Zinseszins muß daher als der Hauptfeind der Menschheit angesehen werden. Die Brechung der Zinseszins-Knechtschaft ist der einzige Weg, aus dem Teufelskreis von Verschuldung, Verarmung, Diktatur, Krieg und Revolution auszubrechen, der die Geschichte mit einer Blutspur durchzieht, die einen erschaudern läßt.

Dies auszusprechen, bedeutet, sich Feinde unter all denen zu machen, denen der Zinseszins als Grundlage ihres Wohlstandes und ihrer Macht dient. Dazu gehören all jene, die nicht durch ehrliche Arbeit ihren Reichtum und ihren Einfluß mehren, sondern durch die Schulden anderer.

Die Namen sind einfach zu nennen: Die Internationale Hochfinanz bzw. der Großkapitalismus, die ganze Volkswirtschaften zu Sklaven machen; die Gläubiger der öffentlichen Hand sowie jene, die überhaupt erst öffentliche Schulden machen, ohne dafür je zur Verantwortung gezogen zu werden; und dann freilich all jene Büttel, die in den Medien und in der Politik dafür sorgen, daß jeder, der sich gegen diese Feinde stellt, ausgegrenzt oder sogar verfolgt wird. Kurz: fast alle Reichen, Mächtigen und Skrupellosen dieser Welt. Die schlimmsten Feinde, die man haben kann.

Es sind zu diesen Feinden zudem all jene Ideologen zu rechnen, die das Werk des internationalen Großkapitalismus bereiten, indem sie Beihilfe leisten bei der Auflösung der ethnischen und kulturellen Identitäten der Völker dieser Erde. Dadurch wird auf Dauer ein identitätsloser Einheitskonsument geschaffen, dessen massenmarkgerechte Bedürfnisse durch billige, welteinheitlich Massenproduktion profitreich zu stillen sind. Es entsteht dadurch der einheitliche Massenmensch, dessen politische und soziale Denkweise sich weltweit durch eine einheitliche Propaganda einfach abrichten läßt. Dies ist das perfekte Vorspiel für die Weltherrschaft der Superreichen.

Der Wegbereiter dieses Homo Anonymus ist ganz konkret jeder, der von der "Gleichheit" aller Menschen faselt und davon, daß man Grenzen überwinden – sprich Nationen auflösen – und Kulturen mischen – sprich vernichten – müsse.

Die Lüge als Herrschaftsinstrument

Die Welt stand schon einmal an einem ähnlichen Abgrund, dem wir uns heute wieder nähern. Das war 1928. Damals stürzte die Welt, und jeder versuchte, auf Kosten des Schwächeren zu retten, was zu retten ist. Deutschland war damals das schwächste dieser Länder, denn es hatte einen Weltkrieg verloren und wurde von aller Welt erpreßt und ausgeplündert. Erst der Zweite Weltkrieg führte den Rest der Welt aus dieser Wirtschaftskatastrophe heraus – und Mitteleuropa in den Untergang. Erst 50 Millionen Tote brachten die Welt zurück auf jene Gleise, wo die Feinde der Menschheit ihr Unwesen weiter treiben konnten und können.

Es gab jedoch schon vor dem Zweiten Weltkrieg ein Land, das es schaffte, die Krise zu überwinden. Es war dies zugleich das unwahrscheinlichste Land, denn es war das schwächste und wehrloseste aller Länder. Dieses Land schaffte es, allen Widrigkeiten zum Trotze wie Phönix aus der Asche zu steigen. Während die Welt weiter mit der Krise rang, stieg dieses Land von den tiefsten Tiefen einer wirtschaftlichen Katastrophe empor zu allgemeinem Wohlstand. In einer Welt von Armut und sozialen Spannungen schaffte es dieses eine Land, Armut und soziale Spannungen hinter sich zu lassen. Und dies, obwohl dieses Land wie kein anderes von aller Welt boykottiert, ausgegrenzt, zum Aussätzigen erklärt worden war: Deutschland in den Jahren von 1933 bis 1939.

Deutschland hatte damals die Zinsknechtschaft gebrochen. Es hatte die Herrschaft von Wall Street und der Londoner City untergraben, indem es unter Umgehung "harter Währungen" und der Internationalen Hochfinanz direkt mit anderen Ländern Handel trieb (Barter-Handel, eine Art Tauschhandel). Es hatte zudem die historischen Handschellen der "einzigartigen Schuld" am Ausbruch des Ersten Weltkriegs weggeworfen und weigerte sich, den ehemaligen Siegern als Sklave zu dienen.

Dazu ein Experte, der es wissen muß: In einem Rundbrief vom Juli 2003 berichtete der Präsident der Glenview State Bank (Illinois, USA):

"Die große Wirtschaftskrise der 1930er sah fallende Preise, riesige Arbeitslosigkeit und erschütterte Aktienmärkte überall auf der Welt, und die führenden Staatsmänner der Welt schienen kein Gegenmittel zu haben. Mit Ausnahme eines Mannes. Sein Name war Adolf Hitler. Im Gegensatz zu Frankreich und England, und anders als die Vereinigten Staaten, verbrachte Deutschland den Großteil der 1930er mit einer wachsenden, nicht schrumpfenden Wirtschaft. Wenn es uns gelingt zu verstehen, warum Deutschland zu Zeiten der Wirtschaftskrise dieser Krankheit widerstehen konnte, dann würden

wir besser verstehen, wie beunruhigt wir heute im 21. Jahrhundert sein sollten." (Chicago Sun-Times, 30.7.2003)

Daß diese Anmerkungen den Zorn der Juden in den USA hervorrief und daher zur Vernichtung dieses Rundbriefes führte, kann nicht überraschen. Dieses Thema ist jedoch der Schlüssel zu unserem Problem. Wenn es richtig ist, daß Hitler gigantischen Erfolg hatte, als der Rest der Welt nur Mißerfolge zu verzeichnen hatte, und wenn Hitler nur dadurch gestoppt werden konnte, daß man sein Land verwüstete und seine Ideen mit Stumpf und Stil ausrottete, sollte uns das nicht tatsächlich Anlaß geben, daß wir uns fragen, was wohl das Geheimnis von Hitlers Erfolg war?

Fast alle Kriege haben wirtschaftliche Ursachen. Es sollte daher nicht überraschen, wenn dies auch auf den Zweiten Weltkrieg zutrifft. Aber was genau ist es, das uns daran hindert, Hitlers wirtschaftliches Geheimnis sachlich zu erforschen und gegebenenfalls zu wiederholen?

Die Antwort darauf ist einfach:

Der Holocaust

Wäre die Welt nicht davon überzeugt, daß Hitler die Juden vergast hat, so würden seine Taten wie die jedes anderen politischen Führers sachlich analysiert. Man würde aus Hitlers Taten nicht nur abschreckende Lehren ziehen, sondern auch nachahmenswerte. Der Holocaust-Mythos jedoch verhindert das, und zwar derart drastisch, daß in Deutschland nun sogar ausdrücklich verboten werden soll, etwas Positives über Hitler bzw. das Dritte Reich zu sagen.

Die historische Lüge war schon immer eines der Hauptinstrumente der Machterhaltung. Die Fälschung der Konstantinischen Schenkung durch die katholische Kirche sicherte ihr ein Jahrtausend lang die totale und totalitäre Herrschaft in Europa.

Revisionismus – Hauptfeind der Lüge

Die Revision, also die Wiederbetrachtung und eventuelle Korrektur geschichtlicher Behauptungen ist aus genau diesem Grunde eine sehr wichtige Aktivität. Denn wenn die Herrschaft gegenwärtiger Regimen auf Lügen gegründet ist, so ist es der historische Revisionismus, der diese Lügen aufdeckt. Er ist es, der den Herrschenden die moralische Rechtfertigung ihrer Herrschaft entzieht. Obwohl der Revisionismus rein wissenschaftlich vorgeht, ist er dennoch – oder besser: gerade deshalb – potentiell eine hochgradig revolutionäre Tätigkeit.

Die Feder ist mächtiger als das Schwert!

Die Entlarvung der Fälschung der Konstantinischen Schenkung motivierte Luther zu seiner Reformation, die das Ende der Herrschaft der totalen katholischen Kirche einläutete.

Darum werden Holocaust-Revisionisten in der gan-

zen westlichen Welt gesellschaftlich verfolgt und in vielen Ländern sogar in Gefängnisse gesperrt und ihre Schriften werden verbrannt. Sie schwingen die mächtigste aller Waffen – die Federn. Sie entlarven die Lügen der Mächtigen. Sie zerstören deren moralische Machtgrundlage. Sie bereiten die kommende Revolution vor:

- ➤ die Befreiung der Dritten Welt von der Zinseszinsknechtschaft;
- ➤ die Verhinderung der demographischen Katastrophe Europas;
- ➤ die Überwindung der Umverteilung des Wohlstandes von unten nach oben:
- ➤ und nicht zuletzt das Ende der ethnischen, kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Verwüstung unserer Erde durch den Imperialismus des internationalen Großkapitals;

all dies hängt davon ab, daß zuerst die moralische Machtgrundlage der Mächtigen von heute untergraben wird.

Ohne die Holocaust-Ideologie verlieren die Mächtigen nicht nur jede Rechtfertigung zur andauernden Besetzung und Ausbeutung deutschen wie auch arabischen Landes. Sie verlieren darüber hinaus die ideologische Luftherrschaft in der Politik im allgemeinen. Internationalistische, multikulturelle Ideologien der Gleichmacherei müssen sich dann mit der vollen Wucht der Identitätsbewegungen aller Völker auseinandersetzen. Nicht nur die Amazonas-Indianer wollen ihr Recht auf Selbstbestimmung durchsetzen, sondern ebenso die Deutschen, die Franzosen, Engländer, Schotten, Flamen und Kurden, um nur wenige Beispiele zu nennen.

Der Holocaust-Revisionismus ist die Befreiungsideologie für die Armen, Verfolgten und Ausgegrenzten der Welt im allgemeinen und von ganz besonders befreiender Wirkung für alle Deutschen – mit Ausnahme ihrer gegenwärtigen Führungsschicht – sowie für alle Araber, insbesondere in Palästina und im Irak, aber auch anderswo – wieder mit Ausnahme der mit den Feinden kollaborierenden Führungsschicht (frei nach Prof. Dr. Robert Faurisson).

Der Weg und das Ziel

Die Strategie der herrschenden Führungsschicht zur Bekämpfung des Revisionismus sowie aller politischen Bewegungen, die ihnen gefährlich werden können, ist klar: Ausgrenzung durch Verteufelung, indem man die Revisionisten und politischen Gegner mit "Nazis" gleichsetzt, was in den Köpfen der meisten Menschen identisch ist mit dem leibhaftigen Teufel. Genauso ging die Heilige Inquisition der katholischen Kirche im ausgehenden Mittelalter und zum Beginn der Neuzeit gegen die "Ketzer" vor: Man beschuldigte sie, mit dem Teufel im Bunde zu stehen, warf ihnen also Hexerei vor. Die Folgen sind bekannt.

Der Revisionismus jedoch ist das Mittel, welches

das Totschlagargument "Nazi" stumpf werden läßt. Wo sich der Revisionismus durchsetzt, verlieren die Mächtigen ihre demagogische Wunderwaffe.

Sämtliche Massenmedien der Welt sind unter der Kontrolle des Großkapitals, also der Feinde der Menschheit. Die Medien werden also ihre Greuelpropaganda ("Nazis!" "Holocaust!" "Niemals vergessen!") gegen oppositionelle Gruppen im allgemeinen wie gegen den Revisionismus im besonderen in dem Maße steigern, wie die Herrschaft der Menschheitsfeinde wackeliger wird.

Solange die wirtschaftliche Lage der überwiegenden Mehrheit nicht unerträglich ist, wird diese glauben, was ihnen die Massenmedien suggerieren. Gegen die Suggestionskraft des mit Milliarden gefütterten Fernsehens steht den Revisionisten kein Medium zur Verfügung. Es ist daher illusorisch zu glauben, man könnte mit Flugblattaktionen. Kettenbriefen, kostenlos verteilten Broschüren und CDs eine Wende herbeiführen. Diese Aktionen sind nicht mehr als Nadelstiche gegen das System. Dessen drakonische Reaktionen auf solche Nadelstiche weisen aber daraufhin, daß man sich der Achillesferse durchaus bewußt ist. Zunehmende Repressionen sind die Folge, die Angst, Unmut und Unzufriedenheit in der Bevölkerung steigern und somit die Aufnahmefähigkeit für revisionistische Ideen erhöhen. Diesen Rückkopplungseffekt gilt es stetig zu nutzen. Zur Eskalation dieser Wechselwirkung, also zur Resonanzkatastrophe, bedarf es jedoch mehr als der mickrigen Breitenwirkung einiger weniger aktiver Revisionisten. Im schlimmsten Fall wird erst der große Kladderadatsch der Weltwirtschaft mit dem sich daran anschließenden Katzenjammer der Massen deren Ohren für alternative Sichtweisen öffnen.

In der Zwischenzeit muß der Revisionismus die intellektuelle Basis schaffen, von der aus die anstehende politische Revision in Deutschland, Europa und der Welt ausgehen kann. Das heißt ganz konkret: Die winzigen Ressourcen, die dem Revisionismus zur Verfügung stehen, müssen genutzt werden, um unsere historischen Thesen wasserdicht abzusichern. Letztlich müssen unsere Arbeiten so gut sein, daß etablierte Historiker nicht umhin können, sich entweder vor aller Welt lächerlich zu machen oder aber die Seiten zu wechseln.

Die moderne Gesellschaft ist eine arbeitsteilige. Nicht jeder kann ein Fachmann in bestimmten geschichtlichen Fragen sein. Juristen, Politiker und Journalisten verlassen sich bei der Beurteilung historischer Fragen bzw. der Berichterstattung über geschichtliche Ereignisse auf die Urteile von Historikern. Solange die Historiker jedoch im Gleichschritt mit dem herrschenden Dogma marschieren, hat keine Führungspersönlichkeit Erfolgsaussichten, sollte sie ihre Meinung zum Holocaust ändern. Sie braucht dazu die Rückendeckung von Fachleuten.

Historiker werden in der Regel von Steuergeldern

finanziert, da es mit Ausnahme weniger Erfolgsautoren für Geschichte keinen Markt gibt. Mit anderen Worten: die Historiker hängen am Tropf ihrer jeweiligen Regierungen. Sie sind für Drohungen und Erpressung durch die Feinde der Menschheit am empfindlichsten.

Der in diesem Heft abgedruckte Beitrag von Dr. Zarnow zeigt jedoch, daß es Historiker gibt, die sich nicht gänzlich einschüchtern lassen. Dr. Zarnow ist inzwischen nicht mehr der einzige Fachmann, der bereit ist, hinter den Kulissen an unserem geschichtlichen Revisionswerk mitzuarbeiten. Angst ist unser größter Feind. Um die Angst zu mindern, bieten wir all jenen Historikern, die Geschichte wieder so schreiben wollen, wie sie wirklich war, die Möglichkeit, bei uns im Geheimen und unter Pseudonym mitarbeiten zu können. Auf diese Weise steigt unsere Kompetenz, unsere Überzeugungskraft und unsere Attraktivität für weitere Historiker. Auch diesen Rückkopplungseffekt gilt es zu nutzen.

Die wahre Identität dieser Historiker wird nur mit Zustimmung der beteiligten Fachleute und erst dann veröffentlicht, wenn wir genügend Fachhistoriker auf unserer Seite haben, so daß ein Schauprozeß gegen eine solche Menge an Experten unmöglich ist, ohne einen Zusammenbruch des Rechtssystems in Deutschland und Europa herbeizuführen.

Der Weg, der vor uns liegt, ist immer noch steil und steinig. Um Widerstand so gering wie möglich zu halten, müssen wir meiner Ansicht nach zwei Prinzipien strikt einhalten:

- 1. Divide et impera: Es gilt, sich so wenig Feinde wie möglich zu machen. Es nützt nur unseren Gegnern und Feinden, bestimmte Gruppen von vornherein von einer Mitarbeit auszuschließen. Unter meinen Kunden befinden sich Rechte und Linke. Deutsche und Türken. Atheisten und Juden. Es kommt nicht darauf an, wie jemand aussieht oder als was er wo geboren wurde, sondern ob er unsere Feinde auch als seine ansieht. Wie oben dargestellt, ist der zu lösende Konflikt von weltweiter Natur, und er ist auf keine ethnische oder religiöse Gruppe beschränkt. Auch die Mitglieder der Führungsschicht müssen angesprochen werden, denn auch ihnen kann nicht entgehen, daß die völlige Umverteilung aller irdischen Güter von unten nach ganz oben sowie die Auflösung ethnischer und kultureller Identitäten ein auf Dauer unhaltbarer Zustand ist. In ihrem eigenen Interesse sollten sie liebgewordene, machtsichernde Tabus überdenken und nach friedlichen, sozial und ethnisch gerechten Lösungsmöglichkeiten suchen.
- 2. Moralische Hegemonie: Mit zunehmenden Einschränkungen der Menschenrechte und eskalierenden sozialen und ethnischen Spannungen verliert die Führungsschicht ihre moralische Legitimation zur Herrschaft. Den Völkern dieser Welt muß sich eine moralisch bessere Alternative anbieten. Das Recht auf individuelle wie kollektive Selbstbestimmung, ausgedrückt

in den Menschen- und Völkerrechten, ist dabei Leitbild. Es wäre in dieser Situation fatal, wenn wir einerseits die Beschränkung unseres Rechtes auf Freiheit von Wissenschaft und Meinungsäußerung einfordern, andererseits aber androhen, das gleiche Recht unseren Gegnern zu verwehren, wenn sich das Blatt einmal wendet. Ich wende mich daher strikt gegen jeden Versuch, Menschen belangen zu wollen, weil sie zum Holocaust andere Ansichten vertreten als ich. Was unterscheidet uns dann von den jetzigen Zensoren?

Um auf Lorenzo Valla zurückzukommen, so hat die Geschichte gezeigt, daß bei einem Paradigmenwechsel nicht die schlichte Umkehrung eines Dogmas zur Befriedung führt, sondern die Aufhebung aller rechtlich durchgesetzten Dogmen. Nicht erzungene Reformation oder Gegenreformation hat im Deutschland des ersten Dreißigjährigen Krieges zum Frieden geführt, sondern religiöse Toleranz.

Erst, wenn es keine Rolle mehr spielt, welche Auffassung wir zum Holocaust haben, wird daher Friede in unserem modernen Glaubenskampf einziehen. Die revisionistischen Reformatoren müssen Toleranz fordern,

und zwar auch für die Ansichten ihrer Gegner und Feinde. Nur so sind wir attraktiv für unsere Mitmenschen. Nur so erlangen wir die moralische Hegemonie. Und nur so können wir Deutschland, Europa und die Welt in diesem Glaubenskrieg befrieden.

Lorenzo Valla, der die Konstantinische Schenkung als Fälschung entlarvte, erlebte das Ende des katholischen Machtmißbrauchs nicht mehr. Die Zeit schreitet heutzutage schneller voran, so daß wir glücklicher sein können als Valla. Aber selbst, wenn wir den Fall der Holocaust-Lügen und damit den Sturz oder Wandel der heutigen Herrschenden nicht mehr erleben, so hat unser Handeln dennoch einen tiefen, historischen Sinn, denn unsere Stunde wird kommen.

"Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte."

Immanuel Kant

"Hier stehe ich, ich kann nicht anders."

Martin Luther

"Ich hab's gewagt"

Ulrich von Hutten

Tollwut im Bundestag

Von Germar Rudolf

Der 27. Januar hat sich mittlerweile zum internationalen Gedenktag für den "Holocaust" entwickelt. Auf der ganzen Welt gedenkt man der "Befreiung" des Konzentrationslagers Auschwitz, das in den Massenmedien fälschlich und lügnerisch als "Vernichtungslager" dargestellt wird.

Wie sehr sich die Auschwitz-Häftlinge Anfang 1945 auf die Befreiung durch die heranrückende Rote Armee freuten, hat kein geringerer als Elie Wiesel in seinem berühmten Buch *Die Nacht zu begraben, Elischa* dargelegt:¹

"Die Entscheidung lag in unserer Hand. Ein einziges Mal konnten wir unser eigenes Schicksal entscheiden. Wir könnten beide im Krankenhaus bleiben, wo ich ihn [seinen Vater] dank des Arztes als Patienten oder Krankenpfleger registrieren lassen könnte. Oder wir könnten den anderen folgen. 'Nun, was werden wir tun, Vater?' Er blieb stumm. 'Laß uns mit den anderen evakuiert werden', sagte ich ihm."

Diese Passage beweist klipp und klar, daß Wiesel sich nicht vor den Deutschen, sondern vor den Russen fürchtete. Sie beweist, daß Wiesel die Deutschen nicht als lebensgefährliche Bedrohung empfand. Daß Wiesel und sein Vater mit dieser Einsicht nicht falsch lagen, bewiesen die dann eintretenden Ereignisse. Ich zitiere aus der *Chicago Tribune*:²

"Obwohl die Sowjets als Befreier willkommen waren [von wem?], dauerte es nur wenige Wochen, bevor sie jene zu plündern und zu vergewaltigen begannen, die sie befreit hatten. Frauen, die die Nazis überlebt hatten, wurden von sowjetischen Soldaten zu Tode vergewaltigt, so die entsprechenden Berichte Überlebender.

Zehntausende sowjetischer Kriegsgefangener wurden 1941 nach Auschwitz gesandt, doch die Überlebenden unter ihnen erwartete ein grimmiges Schicksal. Stalin hatte bestimmt, daß es keine sowjetischen 'Gefangenen' gebe, sondern nur 'Vaterlandsverräter'. Die dermaßen Eingestuften wurden zusammengetrieben und verendeten in Sibirien.

Viele Osteuropäer sahen die Sowjets 'nicht als Befreier, sondern als Aggressoren an – es war eine zweite Besetzung', sagte Piotr Setkiewicz, Direktor des Archives des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau."

Die Feierlichkeiten um den 27. Januar sind daher nichts anderes als Manifestierungen stalinistischen Terrors. Wir alle werden gezwungen, uns vor der Lüge niederzuwerfen und unser Peiniger und Unterdrücker von damals Befreier zu nennen. Der 27. Januar, einst als Kaisers Geburtstag gefeiert, ist nun der Feiertag der Lüge und Unterdrückung.

Die einzige Ausnahme von dieser Würdelosigkeit und Verlogenheit deutscher Politiker war die Landtagsfraktion der NPD in Sachsen, die für den 21. Januar 2005 eine Aktuelle Stunde durchgesetzt hatte, bei der das "Verhalten der Sächsischen Staatsregierung und des Landtags zu Erinnerungs- und Gedenkveranstaltungen zum 60. Jahrestag der anglo-amerikanischen Terrorangriffe auf die sächsische Landeshauptstadt Dresden" diskutiert werden sollte. Als dann der Landtagspräsident Erich Iltgen (CDU) die Parlamentsmitglieder im Gegenzug zu Beginn der Sitzung aufforderte, der Opfer des Holocaust und der Bombardierung Dresdens zu gedenken, verließen die zwölf Abgeordneten der NPD den Saal

Holger Apfel, Vorsitzender der Dresdner NPD-Fraktion, bezeichnete in seiner sich daran anschließen-



Holger Apfel, Vorsitzender der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen

den Rede die Bombardierung Dresdens als "industriellen Massenmord" und "Bomben-Holocaust", die Alliierten als Massenmörder. Während die Zahl der Opfer des Nationalsozialismus hochgerechnet werde, würden die Dresdner Opferzahlen in propagandistischer Absicht heruntergerechnet.

Apfel forderte die Einführung eines offiziellen Gedenktages und

die Errichtung einer sächsischen Landesstiftung "Opfer des Luftkrieges" nach dem Vorbild der Schoa-Stiftung. Auch kündigte er an, seine Partei werde nicht eher ruhen, "bis keine neuen Gedenkstätten zur Anklage gegen das deutsche Volk mehr gebaut werden, sondern endlich Gedenkstätten für die in Dresden, Hamburg, Berlin und anderswo ums Leben gekommenen Deutschen".³

Was Apfel also forderte, war das gleichmäßige Gedenken aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Was er forderte, war das Ende des anti-deutschen Rassismus, der zwischen guten, gedenkwürdigen Opfern – den (oft erfundenen und übertriebenen) Opfern der Deutschen – und bösen, zu vergessenden Opfern – den (oft untertriebenen) deutschen Opfern – unterscheidet. Was Apfel forderte, war die Normalität.

Was darauf allerdings folgte, war die Tollwut deutscher Politiker.

Der Ruf nach dem Staatsanwalt wurde noch im Parlament laut, obwohl doch die parlamentarische Immunität ein strafrechtliches Vorgehen gegen Apfel unmöglich machte. Die CDU-Bundestagsfraktion schlug daraufhin vor, die Immunität von Abgeordneten bei Volksverhetzung aufzuheben. Eine solche Gesetzesänderung würde sich im momentanen politischen Klima ausschließlich gegen Redebeiträge wenden, die als rechts angesehen werden.

Um weiteren öffentlichen Auftritten rechter Politiker vorzubeugen, schlug dann am 11. Februar die Justizministerin eine Gesetzesverschärfung des Straf- und Versammlungsrechts vor:⁵

"Mit einem verschärften Versammlungs- und Strafrecht will die Bundesregierung gegen Aufmär-

sche von Rechtsextremisten vorgehen. Innenminister Schily und Justizministerin Zypries stellten heute entsprechende Gesetzentwürfe mit Blick auf die angekündigte Demonstration der NPD am 8. Mai in Berlin vor. Die Initiative richtet sich gegen Versammlungen von Neonazis an Gedenkstätten zur Erinnerung an NS-Gewaltverbrechen. Auch soll der Tatbestand der Volksverhetzung erweitert werden, um



Brigitte Zypries: Wolf im Schafspelz

verharmlosende Äußerungen über die Nazi-Herrschaft zu bestrafen."

Nach einiger Rangelei in der Regierungskoalition sollte die vereinbarte Gesetzesänderung ungefähr so aussahen:⁶

"Rot-Grün hat sich darauf verständigt, den Straftatbestand der Volksverhetzung auszuweiten. Demnach soll künftig die

Billigung oder Verherrlichung von Menschenrechtsverletzungen unter den Nationalsozialisten strafbar sein, da sie die Menschenwürde der Opfer verletzt. Höchststrafe: Drei Jahre Haft."

Das liest sich entweder wie eine Satire oder wie ein Protokoll eines Tollhauses. Wie kann ein Parlament, das selbst durch seine Gesetze die strafrechtliche Verfolgung und Inhaftierung politischer und historischer Dissidenten sowie die Verbrennung abweichlerischer Literatur beschließt und durchsetzt, jene bestrafen wollen, die Menschenrechtsverletzungen billigen oder verherrlichen? Da darf man doch wohl fragen: Und wann wird die Billigung, Forderung, Durchsetzung und Verherrlichung von Menschenrechtsverletzungen in der BRD durch deutsche Politiker, Richter, Staatsanwälte, Verfassungsschützer, Kriminalbeamte und Journalisten mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft?

Die würden ja gar nicht alle in die Gefängnisse passen, also müßte man Lager errichten...

Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!

Offenbar haben die Herren Juristen in den Vorstandsetagen der Volksvernichtungsrepublik Deutschland gemerkt, daß sie sich mit einem solchen Gesetzestext eine Schlinge um den eigenen Hals legen würden. Es kam daher anders. Der schließlich am 15.3.2005 vom Bundestags beschlossene und am 18.3. vom Bundesrat abgenickte neue Gesetzestext von Absatz 4 des §130 StGB enthält den Begriff "Menschenrecht" nicht:

"Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die

> Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewaltund Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt."

Aber Vorsicht! Im Kleingedruckten wird dann nachgebuttert. In den Erläuterungen der Bundesregierung zu dem Gesetz heißt es:⁷

"Dabei kann die Tat auch dadurch begangen werden, dass die Verantwortungsträger der NS-Gewalt- und Willkürherr-



Otto Schily: Vom Terroristenverteidiger zum Polit-Terroristen

schaft angepriesen oder in besonderer Weise hervorgehoben werden. [...] Es genügt, wenn etwa die schwerwiegenden Verbrechen, die die NS-Gewaltund Willkürherrschaft charakterisieren, als zwar bedauerlich, aber unvermeidbar hingestellt werden. Dabei muss sich der Täter nicht auf eine konkrete Tat beziehen. Es reicht aus, wenn er konkludent etwa durch Werturteile über die verantwortlichen Personen – eine positive Einschätzung der unter der NS-Herrschaft begangenen Menschenrechtsverletzungen abgibt."

Mit anderen Worten: Selbst wenn man die Menschenrechtsverletzungen des NS-Regimes nicht einmal zum Thema hat, macht man sich womöglich strafbar, wenn man irgend etwas Positives oder Entlastendes über das Dritte Reich ausführt - und damit immer auch über deren Herrscher. Vor einer Strafverfolgung könnte man sich in solchen Fällen wohl nur schützen, wenn man zugleich ein pauschales moralisches Verdammungsurteil gegen das Dritte Reich ausspricht, das der Staatsanwaltschaft überzeugend erscheint. Personen, die im Verdacht stehen, rechte Ansichten zu hegen, wird ein solches Verdammungsurteil freilich im Zweifelsfall

nicht helfen, denn "konkludent" heißt: sich aus den Begleitumständen (z.B. Verhaltensweise, Wortwahl, Gesinnung) ergebend. Die Tat muß also gar nicht konkret begangen werden, sondern sie kann sich aus der Persönlichkeit und dem Verhalten des Täters ergeben. Solch eine dehnbare Definition öffnet der Willkür Tür und Tor, denn die Interpretation des Gerichts hängt damit letztlich davon ab, welche Ab-

sichten, sprich: welche politischen Ansichten es dem Angeklagten unterstellt.

Damit ist dieses Gesetz nicht nur ausschließlich gegen ein bestimmtes politisches Regime der Geschichte gerichtet – was an sich schon verfassungswidrig ist –, sondern zugleich auch ausschließlich gegen eine bestimmte politisch definierte potentielle Tätergruppe. Es handelt sich also deutlich um ein politisches Strafgesetz, was sich ja auch aus der Geschichte dieser Gesetzesänderung ergibt, die erfolgte, um öffentliche Äußerungen rechter Oppositionspolitiker zu historischen Fragen unterbinden zu können.

Diese erneute Zensurverschärfung macht es jedem zur Pflicht, diese tragische Periode deutscher Geschichte unabhängig von der wissenschaftlichen Beweislage vollständig zu dämonisieren. Über die aufrechterhaltene Verknüpfung des Dritten Reiches mit dem deutschen Volk mittels Kollektivscham und Kollektivverantwortung wird damit auch das gesamte deutsche Volk dämonisiert.

Im Begleitkommentar der Bundesregierung taucht

sie dann wieder auf, die angebliche strafrechtliche Verwerflichkeit der "konkludenten" Billigung, Verherrlichung oder Rechtfertigung von - Menschenrechtsverletzungen! Die Schlinge ist also gelegt. In ihr drohen all jene gefangen zu werden, die selbst tagein, tagaus Menschenrechtsverletzungen im heutigen Deutschland begehen.

Menschenrechtsverletzungen zum Schutz von Volk und Reich sind ein Verbrechen, fürwahr, doch Menschenrechtsverletzungen zum Schutz von Verfassung und freiheitlich-demokratischer Grundordnung, das ist ja etwas anderes. Solche Menschenrechtsverletzungen muß man billigen, verherrlichen und rechtfertigen, zur Not sogar unter Strafandrohung.

Wenn Deutschlands Politiker auch sonst auf ganzer Linie total versagen, wenn es um ihren Eid geht, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden, so sind sie zumindest im Verbieten und Zwangsverordnen inzwischen wieder Weltklasse! Wenigstens etwas!

Der Bundesvorsitzende der NPD Udo Voigt hatte einen Tag nach Apfels Rede in Dresden dessen Äußerungen als "zutreffende Wortwahl" bezeichnet, was ihm

> postwendend Strafanzeigen wegen Volksverhetzung einbrachte. Als die Staatsanwaltschaft Hamburg 10.4.2005 entschied, gegen Voigt kein Ermittlungsverfahren einzuleiten, gab sich Judenführer Paul Spiegel empört: Moralisch habe er dafür kein Verständnis. Die Staatsanwälte öffneten damit "Tür und Tor für ähnliche Äußerungen." Dabei könne man sie verbie-



Berungen, die klar volksverhetzend sind, zur Meinungsfreiheit gehören".8 Wenn man bedenkt, daß die Juden in der Bundesre-

publik Deutschland noch immer bekommen haben, was sie wollten, dann darf man sich fragen, wie lange es wohl dauert, bis es als Verbrechen eingestuft wird, die Verbrechen an Deutschen Verbrechen zu nennen.

Anmerkungen

- In der englischen Ausgabe Night, Bantam Paperback-Ausgabe, 1960, S. 78.
- Tom Hundley, "Struggle to mark horror of Auschwitz", Chicago Tribune 27.1.2005
 - (www.chicagotribune.com/news/nationworld/chi-0501270319jan27,1,3035296.story)
- Vgl. Tagespresse vom 22.1.2005.
- AFP, 27.1.2005
- ARD Tagesschau, 11.2.2005, 20:00 Uhr
- Der Spiegel, 22.2.2005.
- www.bmj.bund.de/enid/Presse/Pressemitteilungen_58.html.
- Tagespresse, 10.4.2005.

Der Dolchstoß – keine Legende

Eine Rückkehr zur Geschichte

Von Arne Grotefend

Noch immer ist unser geschichtliches Bewußtsein von den Umwälzungen des Zweiten Weltkrieges erfüllt. Kaum eine Erinnerung reicht hinter die Marksteine 1939 bzw. 1933 zurück.

Der Erste Weltkrieg, zu seiner Zeit erlebt als der Weltkrieg, spielt für uns Heutige höchstens noch die Rolle einer Vorbereitung auf "unseren" Weltkrieg, den Zweiten.

Der Erste Weltkrieg fand seinen gewaltsamen Abschluß mit der deutschen Novemberrevolution von 1918, was von einem Großteil der damaligen Zeitgenossen als "Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Heeres" empfunden wurde und eine tiefe Bitterkeit hinterließ.

Ebenso wie der Erste Weltkrieg ist der "Dolchstoß" vergessen. Wenn seiner noch gedacht wird, dann nur als "Dolchstoßlegende", als Lebenslüge der damaligen Generäle.

Das Ende des Ersten Weltkrieges legte aber die Grundlagen für den Ausbruch des Zweiten. Es ist Zeit, den verschütteten Ereignissen von damals erneut nachzugehen.

Krieg

Reichsoberhaupt ist der Kaiser. Er ernennt die Regierung, d. h., den Reichskanzler und dessen Kabinett der acht Staatssekretäre. Der Reichstag stimmt ab über Gesetze, im Kriegsfalle über die Gewährung von Kriegskrediten. Dominierende Parteien im Reichstag sind die sog. Mehrheitsparteien SPD, das Zentrum und die freisinnigen Liberalen.

Der Kaiser ist oberster Kriegsherr. Er entscheidet über Krieg und Frieden und ernennt die Generäle der Obersten Heeresleitung (OHL). Die OHL organisiert das Heer und die Heimatfront, das ist die von stellvertretenden Generalkommandos geführte Etappe, welche das kämpfende Heer mit Munition, Verpflegung, Nachschub mit Soldaten usw. versorgt. Stützpunkte der

Die Oberste Heeresleitung des Deutschen Reiches im Großen Hauptquartier in Spaa, Belgien, v. I.: Generalfeldmarschall Paul v. Hindenburg, Kaiser Wilhelm II., Generalquartiermeister Erich Ludendorff.

Etappe sind die Garnisonen, Standorte des Ersatzes. Im Krieg wird der Belagerungszustand ausgerufen, d. h., die stellvertretenden Generalkommandos der Etappe sind den zivilen Behörden übergeordnet. Zivile Gerichte sind den Kriegsgerichten unterstellt. Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit werden eingeschränkt.

Das Deutsch Reich steht gegen eine erdrückende Übermacht, im Osten gegen das Zarenreich, im Westen gegen die Großmächte England und Frankreich. Die Verbündeten Deutschlands, Österreich-Ungarn und die Türkei, mit denen es den Block der Mittelmächte bildet, sind kaum eine Hilfe.

Gleich zu Beginn des Krieges hat England mit Unterstützung der neutralen USA eine Seeblockade gegen Deutschland verhängt und so das Reich von Rohstoff-

und Lebensmittellieferungen abgeschnitten. Derartige auch gegen die Zivilbevölkerung gerichteten Maßnahmen verstoßen gegen das Völkerrecht.

England ist für den Krieg nur unzureichend gerüstet. Seit Kriegsbeginn läßt es sich von den USA auf Kredit mit Waffen versorgen, welche, in Handels- und auch Passagierschiffen als Konterbande versteckt, täglich ostwärts über den Ozean schiffen. Konterbande sind kriegswichtige Güter, die von Schiffen neutraler Staaten, entgegen geltendem Völkerrecht, für eine kriegführende Partei transportiert werden.

Da die deutschen Proteste gegen Aushungerung und illegale Waffenhilfe verhallen, versucht das Reich mit seinen U-Booten um England eine Gegenblockade zu legen. Zunächst wird der U-Bootkrieg nach den Regeln des Kreuzerkrieges geführt: Handels- und Passagierschiffe, die nach geltendem Seerecht nicht bewaffnet sein dürfen,

werden vom U-Boot angehalten und nach Konterbande durchsucht. Wird solche gefunden, wird vor der Versenkung des Schiffes der Besatzung Gelegenheit gegeben, sich mit Rettungsbooten in Sicherheit zu bringen. Seerechtswidrig setzen die Engländer verdeckt bewaffnete Handelsschiffe als sog. "U-Boot-Fallen" ein. Nähert sich einem solchen Schiff ein U-Boot mit der Absicht, es zu durchsuchen, wird das an der Oberfläche wehrlose U-Boot unversehens mit Schnellfeuer angegriffen und meist zerstört. Die deutsche Antwort auf die U-Boot-Fallen ist seit dem 1. Februar 1917 der "uneingeschränkte U-Bootkrieg". In einem umgrenzten Gebiet werden sämtliche Schiffe ohne Vorwarnung durch Unterwassertorpedos versenkt. England erleidet schwere Verluste, die erst durch die Einführung bewaffneter Geleitzügen für die Handelsschiffe zurückgehen.

Nach der Oktoberrevolution von 1917 ist Rußland nicht mehr kampffähig und scheidet aus dem Krieg aus. Das Deutsche Reich ist im Osten entlastet und hat begründete Hoffnung auf einen Sieg gegen die verbliebenen Feinde im Westen.

Die USA haben bis 1917 bereits 35 Milliarden Dollar in die alliierte Rüstung investiert, ihnen ist an einem Sieg der Mittelmächte nicht gelegen¹. Die Einbußen, die ihnen durch den uneingeschränkten U-Bootkrieges entstehen, nehmen sie zum Anlaß, am 6. April 1917 dem Deutschen Reich den Krieg zu erklären.

Die derzeitige OHL, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und der Erste Generalquartiermeister Erich Ludendorff, will im Frühjahr des Jahres 1918 den siegreichen Durchbruch an der Westfront durchsetzen, ehe die US-Armee endgültig an der Atlantikküste angelandet ist. Der Durchbruch mißlingt. Im Sommer erscheinen die ersten amerikanischen Truppen mit ihren Panzern, denen das deutsche

Heer nichts entgegenzusetzen hat. Die deutschen Angriffsschlachten werden zur Verteidigung. Unter verlustreichen Kämpfen zieht sich die deutsche Front zurück. Die OHL sieht die Zeit gekommen, um Waffenstillstandsverhandlungen nachzusuchen, Waffenruhe, solange das Heer für den Fall von unannehmbaren Bedingungen der Gegenseite noch in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen.

Waffenstillstandsverhandlungen

Schon im Januar des Jahres 1918 hat Präsident



Paul v. Hindenburg 1847 – 1934 Zeichnung von Oskar Bruch 1915



Erich Ludendorff 1865 – 1937



Admiral Reinhard Scheer

Wilson sich als Vermittler eines möglichen Friedens angeboten und ein "Vierzehn-Punkte-Programm" verkündet, das einer künftigen Weltordnung zugrunde gelegt werden solle. Kern dieser Vierzehn Punkte sind die "Freiheit der Meere" und das "Selbstbestimmungsrecht der Völker". Zur Ergänzung fordert Wilson am 4. Juli des Jahres in Mount Vernon:²

"Vernichtung jeder militärischen Macht, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht."

Überdies hat der Präsident wiederholt verlauten lassen, daß er nur mit parlamentarisch regierten Staaten Frieden zu schließen bereit sei. Parlamentarische Regierung bedeutet, daß das Parlament die Regierung ernennt und daß diese dem Parlament verantwortlich ist.

General Ludendorff überredet den Kaiser, dem Reich eine parlamentarische Regierungsform zu geben, um die Amerikaner verhandlungsbereit zu stimmen.

Ab dem 3. Oktober 1918 hat der Reichstag bei der Ernennung des Reichskanzlers und der Staatssekretäre Mitspracherecht. Die Regierung ist auf das Vertrauen des Reichstages angewiesen. Neuer Kanzler ist der liberal eingestellte Prinz Max von Baden, neue Staatssekretäre sind Matthias Erzberger für das Zentrum und Philipp Scheidemann für die SPD.

Der Kaiser braucht hinfort für die Entscheidung über Krieg und Frieden und für die Ernennung und Entlassung der Offiziere die Zustimmung des Reichstages bzw. der Regierung.

Diese Verfassungsänderungen, vorgenommen, um von der Gegenseite einen möglichst schnellen und günstigen Waf-

fenstillstand zu erhandeln, bergen Gefahren: Der Kaiser und die OHL können nicht mehr allein über Krieg und Frieden, d. h., über die Gestaltung der Waffenstillstandsverhandlungen, bestimmen. Die OHL hat sich in ihren Entschlüssen der Regierung und dem Reichstag unterworfen. Im Reichstag aber dominieren die Parteien, die schon dem Reichsgründer die meisten Schwierigkeiten bereitet haben, die SPD, das katholische Zentrum und die liberalen Freisinnigen.

Im Zuge der Umgestaltung der Regierung wird überdies eine Amnestie politischer Gefangener be-

schlossen.

Ludendorff nimmt die Gefahren in Kauf. Er hofft, der Reichstag werde sich für den Fall unannehmbarer Waffenstillstandsbedingungen jenseits allen Parteihaders zum letzten Kampf um einen erträglichen Frieden zusammenfinden.

Am 2. Oktober stellt der Unterstaatssekretär Major v. dem Busche vor den Parteiführern des Reichstages fest:³

"Gleichzeitig mit dem Friedensangebot muß eine geschlossene Front in der Heimat erstehen, die erkennen läßt, daß der unbeugsame Wille besteht, den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen Frieden oder nur einen demütigenden Frieden geben will"

Von Hindenburg teilt der Regierung mit, daß für den Fall demütigender Bedingungen die deutsche Front voraussichtlich den Winter über zu halten sei.

Am 5. Oktober 1918 geht das Gesuch um Waffenstillstandsverhandlungen an den amerikanischen Präsidenten ab. Grundlage der Verhandlungen sollen die schon erwähnten Vierzehn Punkte sein.

Am gleichen Tage spricht der Reichskanzler vor dem Reichstag über das mögliche Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen:⁴

"Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge: ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einig finden wird sowohl zu einem redlichen Frieden, [...] als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert sein sollte."

Am 8. Oktober kommt Wilsons Antwort. Der Präsident stellt die erste Bedingung zur Waffenruhe: Die Mittelmächte sollen "sofort die Truppen überall aus den besetzten Gebieten zurückziehen."⁵

Das Befürchtete ist eingetreten. Waffenstillstand hatte bisher lediglich bedeutet: Festschreibung des status quo. Wilson stellt im Vollgefühl seiner Überlegenheit

jedoch schon für den Waffenstillstand Bedingungen, die nach Kriegsrecht erst Gegenstand von Friedensverhandlungen wären.

Den Verantwortlichen des Reiches ist nun klar, daß die Gegenseite keinen Verhandlungsfrieden will, sondern Demütigung und womöglich die Vernichtung des Reiches. Die OHL will standhalten:

Es wird ein Kräftezuwachs für die wankende Westfront beschlossen, Einziehung der Jahrgänge 1900. Überdies fordert Ludendorff, das Volk über die Lage aufzuklären, um es auf den eventuellen Endkampf vorzubereiten. Von Hindenburg fordert in einem Telegramm die Reichsregierung auf,⁶

"mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine einheitliche vaterländische Stimmung in allen Stämmen und Schichten des deutschen Volkes lebendig wird und deutlich erkennbar in Erscheinung tritt. An dem felsenfesten Willen des Volkes, gegen jede demütigende Bedingung sich bis aufs Äußerste zu wehren, darf niemand zu zweifeln Veranlassung haben. Nur dann findet das Heer die Kraft, der Übermacht zu trotzen; nur dann finden unsere Unterhändler den Rückhalt für ihre schweren Aufgaben am Verhandlungstisch."

Die Reichsregierung, die nun über Krieg und Frieden mitzuentscheiden hat und den Notenwechsel führt, gibt sich zögerlich. In der Antwortnote an den Präsidenten wird die Räumung besetzter Gebiete zugesagt.

Die Antwort Wilsons kommt wenige Tage später. Es gibt weitere Forderungen:

Einen Rückzug an der Westfront ohne Zerstörungen, Einstellung des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Dazu:⁷

"Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front zu schaffen."

Dabei wird auf die Botschaft von Vernon hingewie-

Nun ist es heraus: Die gegnerischen Waffen werden



v.l.: Ein Soldat, Reservisten, und ein Hauptmann der Deutschen Armee im Ersten Weltkrieg

erst ruhen, wenn Deutschland sich seiner Waffen begeben hat.

In Berlin finden sich am 17. Oktober Generalstab und Regierung zur Krisensitzung zusammen.

Für die OHL gibt es nur einen Weg: Durchhalten. Die Lage an der Westfront habe sich verbessert, auch der Feind zeige Ermüdungserscheinungen, ein gegnerischer Durchbruch sei nicht mehr zu befürchten. Auf keinen Fall solle der U-Boot-Krieg eingestellt werden, da es die einzige noch schlagkräftige Waffe des Reiches sei. Überdies sei eine Steigerung der U-Bootproduktion vorgesehen. Das Wichtigste sei, dem Volk die Lage klar zu machen, um seine Zuversicht zu stärken.

Vizekanzler Friedrich von Payer stimmt zu:⁸

"[...Da] wir als Nation, vor allem wirtschaftlich, zugrunde gerichtet werden sollten, überlegte sich jeder: Müssen wir das erdulden, oder gibt es noch eine Möglichkeit, das abzuwenden? Wenn wir den Leuten sagen, es gibt noch eine Möglichkeit, das abzuwenden, wenn ihr nur durchhaltet. Wenn ihr aber nicht noch ein paar Wochen halten könnt, dann müßt ihr damit rechnen, daß Deutschland halb und halb aus dem Kreise der Nationen ausgestrichen wird. Ihr müßt mit einer Belastung durch Entschädigungen rechnen, die uns erdrücken wird – dann könnte man sie [die Deutschen] noch einmal hoch bekommen."

Von Hindenburg schickt ein zweites Telegramm an die Reichsregierung:⁹

"Es ist die Frage zu stellen: Will das deutsche Volk um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern oder will es sich zur Kapitulation und damit zum Untergang vor der äußersten Kraftanstrengung drängen lassen?

Mit der durch das Zugeständnis der Note bewirkten Preisgabe des U-Bootkrieges ohne jede Gegenleistung beschreiten wir den letzteren Weg.

Wir würden zudem auf die Stimmung der durch die harten Kämpfe schwer geprüften Armee äußerst ungünstig einwirken. Ich kann daher der Note in diesem Punkte nicht zustimmen. Muß die Regierung, falls sie sich dieser Ansicht anschließt, damit rechnen, daß die Verhandlungen mit Wilson scheitern, so muß sie entschlossen sein, den Kampf bis zum letzten Mann unserer Ehre halber auszukämpfen.

Ich kann mir trotz der ungemein schweren Lage der Armee keinen anderen Weg denken und hoffe fest, daß die Regierung für diesen schweren Entschluß das ganze Vaterland hinter sich haben wird."

Doch die Regierung, bedrückt von der Verantwortung, gedämpft von den neuen Staatssekretären Erzberger und Scheidemann, will die geforderte Kraftanstrengung nicht aufbringen. In der Antwortnote vom 20. Oktober wird die Einstellung des uneingeschränkten U-

Bootkrieges zugesagt.

Schweren Herzens müssen sich die OHL und die Seekriegsleitung fügen.

Durch die Freistellung der U-Boote ist jedoch eine neue Situation eingetreten: Seit der Schlacht am Skagerrak liegt die Hochseeflotte untätig in den Häfen, da sie ohne U-Boote nicht kampfbereit ist. Mit den freigestellten U-Booten ist die Hochseeflotte wieder einsetzbar

Admiral Reinhard Scheer, Chef der Seekriegsleitung, sieht noch eine Chance für das bedrängte Reich: Gemeinsam mit der U-Bootwaffe sei die Flotte stark genug, England erneut zur Schlacht zu stellen. Überdies hätten Agenten die Nachricht gebracht, daß die Engländer eine Landung in Holland planten, um dem rechten deutschen Heeresflügel an der Westfront in den Rücken zu fallen. Wenn auch nicht mit einem Sieg gerechnet werden könne, so würden doch Kräfte der Engländer gebunden und die Westfront entlastet. Mit etwas Kriegsglück könne am Ende noch eine Wende herbeigeführt werden.

Am 22. Oktober ergeht ein entsprechender Befehl der Seekriegsleitung an die in Kiel und Wilhelmshaven liegende Flotte. In der Mitteilung des Kommandos der Hochseestreitkräfte vom 24. Oktober heißt es:¹⁰

"Der Gegner soll unter für uns günstigen Bedingungen zur Schlacht gestellt werden.

Hierzu Nachtvorstoß der gesamten Hochseestreitkräfte in die Hoofden. Angriff gegen Streitkräfte und Verkehr an der flandrischen Küste und in der Themsemündung. Durch diesen Stoß soll der Gegner veranlaßt werden, sofort Flottenteile in Richtung auf die Verbindungslinie Hoofden – Deutsche Bucht vorzuschieben. Es ist beabsichtigt, diese Flottenteile am Abend des II. Operationstages zur Schlacht zu stellen oder sie während ihres Anmarsches in der Nacht vom 2. zum 3. Operationstage mit den Torpedobooten anzugreifen. Zur Unterstützung der Hauptaufgabe werden die Anmarschwege des Gegners von den ostschottischen Häfen nach dem Seegebiet bei Terschelling mit Minen verseucht und durch U-Boote besetzt werden."

Am Folgetag kommt aus den Staaten die Antwort auf die letzte deutsche Note:

Die USA stellen fest, daß sie nicht mehr¹¹

"[...] mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands [verhandeln werden, sondern nur noch mit] Vertretern des deutschen Volkes."

Das bedeutet, die Waffen werden erst ruhen, wenn der Kaiser abgesetzt ist und das Militär völlig entmachtet. Andernfalls werde bis zur bedingungslosen Unterwerfung weiter gekämpft werden.

Die Kluft zwischen Oberster Heeresleitung und Regierung vertieft sich zum Bruch. Die OHL hält an ihrem Entschluß: "Weiterkämpfen, keine Kapitulation" unbe-

eindruckt fest. Reichskanzler und Kabinett zeigen sich kriegsmüde. Die SPD fordert offen die Abdankung des Kaisers.

"Es war klar, die Regierung wollte nicht mehr kämpfen", schreibt Ludendorff in seinen Erinnerungen.¹²

Am 26. Oktober 1918 kommt es zur Auseinandersetzung zwischen Ludendorff und der Reichsregierung in Gestalt von Vizekanzler von Payer. Max von Baden hat sich wegen Migräne abgemeldet.

Wiederholt stellt Ludendorff dem Vizekanzler den Vernichtungswillen des Feindes vor Augen,

der durch Nachgiebigkeit eher gesteigert als gemildert werde. Vergebens, von Payer hat vergessen, was er noch vor wenigen Tagen sagte. Als der General von "Soldatenehre" spricht, empfindet der Vizekanzler es als Reizwort.¹²

"Ich kenne keine Soldatenehre, ich bin einfacher schlichter Bürger und Zivilist. Ich sehe nur das hungernde Volk".

Die Hoffnung Ludendorffs auf ein Zusammenstehen aller Kräfte des Reiches in höchster Not hat getäuscht. Für den Vizekanzler ist der Krieg zu Ende.

Nach den Worten: "Dann, Eure Exzellenz, werfe ich Ihnen und Ihren Kollegen die ganze Schmach des Vaterlandes ins Gesicht", ¹³ reicht Ludendorff, der die Kriegslast während der letzten zwei Jahre getragen hat, seinen Abschied ein.

Ludendorff schreibt:14

"Am Abend des 26.10. fuhr ich nach Spaa zurück, um meinen Herren, mit denen ich lange Jahre Freud und Leid geteilt hatte, Lebewohl zu sagen und meine persönlichen Angelegenheiten zu ordnen.

Am 27. mittags war ich im großen Hauptquartier, nachmittags verabschiedete ich mich. Ich war bewegt. Meine Herren und die Armee in diesem schweren Augenblicke zu verlassen, griff mich an. Bei meiner Auffassung, die ich von meiner Stellung als Offizier gegenüber meinem allerhöchsten Kriegsherren hatte, konnte ich nicht anders handeln, als ich es tat, so unendlich schwer es mir wurde."



Meuternde Matrosen in Kiel

Der Nachfolger Ludendorffs ist General Groener, ein Name, den man nicht mehr kennt.

Am 27. Oktober geht wieder eine Note der Reichsregierung an Wilson ab:

Es wird bekräftigt, daß die Verhandlungen von einer Volksregierung geführt werden, wie der Präsident es verlange. Somit sieht "die deutsche Regierung [...] nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat."¹⁵

"Würdeloser konnte nicht gesprochen werden", 16 kommentiert Ludendorff.

Abseits des Tauziehens um den Waffenstillstand wird an den Fronten mit unverminderter Härte weitergekämpft. Die Seekriegsleitung bereitet das Auslaufen der Flotte in den Kanal vor. Alle verfügbaren Kräfte der Marine werden zusammengefaßt, die U-Boote sind vorgeschoben. Das Auslaufen der Flotte wird auf den 28. Oktober festgesetzt.

Revolution

Am 28. Oktober ist die deutsche Kriegsflotte auf der Schilling-Reede vor Wilhelmshaven versammelt. Der Befehl zum Auslaufen wird gegeben. Auf der "Markgraf" kommt es zu ersten Gehorsamsverweigerungen. Diese breiten sich aus. Das Auslaufen wird auf den 30. Oktober verschoben.

Am 30. morgens verweigern die Mannschaften der Großkampfschiffe "Thüringen" und "Helgoland" das Ankerlichten und verschanzen sich in den Maschinenräumen. Die Offiziere haben Hemmungen, die Meuterei mit Gewalt zu ersticken, sie wollen nach vier Kriegsjahren kein weiteres Blutvergießen, nur ca. 1000 der Aufständischen werden festgenommen. Am 31. Oktober wird das Unternehmen als undurchführbar abgesagt.

Damit ist dem Reich seine letzte noch schlagkräftige Waffe aus der Hand genommen. Die mit äußerster Kraftanstrengung und wahrem Heldenmut kämpfende Front im Westen steht allein.

Die Dinge nehmen nun ungehindert ihren weiteren



v.l.: Meuternde Matrosen in Kiel; Revolutionäre in Magdeburg; Revolutionäre in Berlin

unheilvollen Verlauf.

Ein Zeitgenosse schreibt:¹⁷

"Schwerlich hätten die Dinge den gleichen Verlauf genommen, wenn an der 'Thüringen' und an der 'Helgoland' ein furchtbares Exempel vollzogen worden wäre und wenn dadurch der rücksichtslose Wille, die Disziplin und Autorität um den äußersten Preis aufrechtzuerhalten, zum Ausdruck gebracht wäre."

Die Flotte wird wieder zerstreut, ein Teil fährt zurück nach Kiel.

3. NOVEMBER

Die Matrosen in Kiel gehen an Land und verlangen die Freilassung der verhafteten Kameraden. Die Freilassung wird verweigert, die Matrosen versammeln sich auf einem Exerzierplatz. Tausende von Arbeitern stoßen dazu sowie die Marinesoldaten aus den Garnisonen. Reden werden gehalten, in denen sofortiger Frieden, die Abdankung des Kaisers und die sozialistische Republik gefordert werden. Es formiert sich ein Demonstrationszug. Wieder gibt es keinen entschlossenen Widerstand. Nur eine Patrouille fordert: "Auseinandergehen!". Als dies nicht erfolgt, wird geschossen, neun Tote. Die Demonstranten erschießen den Offizier.

Damit hat sich die Meuterei zum Aufstand erweitert. Die zur Niederwerfung der Revolution beauftragten Truppen werden vom Kieler Stadtkommendanten am Eingreifen gehindert. Die Soldaten schließen sich der Revolution an. Auf den Schiffen und an Land werden die Offiziere entwaffnet, die Marinestation, die Garnisonen und die öffentlichen Gebäude der Stadt werden besetzt, man bildet Arbeiter- und Soldatenräte, überall wehen roten Fahnen.

SPD-Funktionäre erscheinen in Kiel nicht, um die Revolution, sondern um "das Schlimmste" zu verhindern.

4.-7. NOVEMBER

In den kommenden Tagen schwärmen die Matrosen mit selbstgeschriebenen Urlaubsscheinen zu Tausenden in die deutschen Städte aus. Als hätte man dort auf sie gewartet, schließen sich überall die Arbeiter und Garnisonssoldaten den Ankömmlingen an, geführt von Vorsitzenden der örtlichen USPD, das sind die Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands, die sich von der SPD abgespalten haben.

Keiner der Etappenkommandeure wagt noch einen Widerstand.

6. NOVEMBER

Die letzte Antwortnote von Wilsons trifft ein: Eine weitere Forderung wird erhoben: Die besetzten Gebiete sollen nicht nur geräumt, sondern auch wiederhergestellt werden.

"Die alliierten Regierungen sind der Ansicht,

daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen dadurch, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Wasser und zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Allierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll."

Das bedeutet Reparationen in noch festzulegender Höhe aufgrund der deutschen Kriegsschuld. Anschließend wird mitgeteilt, daß der Kommandierende der allierten Truppe, Marschall Foch, "von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen."

Durch die Revolution ist die Reichsregierung der Entscheidung: weiterkämpfen oder kapitulieren, enthoben. Die Forderung Wilsons nach Selbstentwaffnung der deutschen Streitkräfte ist bereits erfüllt, die bedingungslose Kapitulation vollzogen.

Eine Waffenstillstandsdelegation wird in Marsch gesetzt, geführt von dem Staatssekretär des Zentrums, Matthias Erzberger, Ziel ist ein Eisenbahnwaggon im Wald von Compiègne.

7. NOVEMBER

Am 7. November sind folgende Städte in der Hand der Aufständischen:

Kiel, Wilhelmshaven, Lübeck, Bremen, Hamburg, Oldenburg, Cuxhaven, Wismar, Warnemünde, Schwerin, Braunschweig, Hannover, Magdeburg, Leipzig, Dresden, Weimar, Erfurt, Stuttgart, Köln, die meisten Städte des Ruhrgebietes.

Vertreter der SPD überreichen dem Reichskanzler ein Ultimatum, unverzüglich, und zwar bis zum Mittag des nächsten Tages für die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen zu sorgen, andernfalls werde die Revolution womöglich die Hauptstadt ergreifen.

Der Kaiser im Großen Hauptquartier in Spaa will nicht abdanken. Er überlegt, ob er mit Truppen nach Berlin marschieren und die Revolution niederschlagen soll

Die Fürsten werden allerorts zur Abdankung gezwungen. Die öffentlichen Gebäude wie Rathäuser, Bahnhöfe, Post werden besetzt. Arbeiter- und Soldatenräte übernehmen die örtliche Regierungsgewalt. Generalstreiks werden ausgerufen und die Gefängnisse geöffnet, nicht nur für politische Gefangene.

Die stellvertretenden Generalkommandanturen werden aufgelöst, die Depots geplündert. Jegliche Versorgung des noch kämpfenden Westheeres ist eingestellt, Verpflegung, Munition und personeller Nachschub sind ab jetzt gestrichen. Selbst die Verwundeten und die Gefallenen können nicht mehr in die Heimat abtransportiert werden. Der Zusammenbruch des vom Nachschub abgeschnittenen Heeres ist eine Frage von Tagen.

München ist für Matrosen zu weit. Der Vorsitzende der dortigen USPD, Kurt Eisner, im Zuge der Amnestie aus der Haft entlassen, organisiert am 7. November auf eigene Faust den Umsturz: Mit seinen Anhängern zieht er in die Kasernen und fordert die Soldaten zum Mitmachen auf. Die Soldaten machen mit und der Revolutionär kann von einem Lastwagen aus verkünden:¹⁹

"Die bayerische Revolution hat gesiegt. Sie hat den Plunder der Wittelsbacher Könige hinweggefegt.

Der letzte Wittelsbacher, der greise Ludwig III., ist bereits geflohen.

Es werden Waffenläden geplündert, die öffentlichen Gebäude besetzt und im Landtagsgebäude Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gewählt. Vorsitzender ist Kurt Eisner.

Der Zeitzeuge kommentiert:²⁰

"Eine Handvoll mäßig bewaffneter Matrosen hatte überall genügt, um die höchsten militärischen Dienststellen zu beseitigen und jeden Versuch eines Widerstandes im Keime zu ersticken. Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen (in den verschiedenen Städten) die Regierung mit einer Leichtigkeit und Selbstverständlichkeit, als sei dies die natürlichste Sache der Welt und als sei es eine Kleinigkeit, die staatliche Ordnung im Lande Friedrichs des Großen und Bismarcks im Augenblick der schwersten äußeren Krise, die Deutschland seit Jahrhunderten durchmachte, aufzulösen."

Es ist, als sei das Reich schon lange von innen her zerfressen gewesen, so daß es nur noch eines geringen Stoßes bedurfte, das Gebäude einstürzen zu lassen.

Schaffung einer neutralen Zone von 30 bis 40 km Tiefe,

- 6. Auslieferung von 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen,
- 7. Auslieferung aller Kriegsgefangenen ohne Recht auf Gegenseitigkeit,
- 11. Abrüstung aller deutschen Kriegsschiffe, 6 Schlachtkreuzer, 10 Geschwaderpanzerschiffe, 8 leichte Kreuzer, 100 Unterseeboote, 50 Zerstörer [...] sollen in den Häfen der Verbündeten interniert werden.
- 12. Die Blockade bleibt aufrechterhalten, deutsche Schiffe, die auf offener See gefaßt werden, bleiben der Beschlagnahme unterworfen.

9. NOVEMBER

Ein Jägerbataillon, das zum Schutz von Berlin herbeigeholt wurde, ist nicht bereit, die alte Ordnung zu schützen. Die Revolution kommt in die Hauptstadt.

12 UHR MITTAGS

Der Reichskanzler gibt, ohne dazu ermächtigt zu sein, die Abdankung des Kaisers bekannt. Anschließend tritt er von seinem Amt zurück und bestimmt Friedrich Ebert, den Vorstand der SPD-Fraktion, zu seinem Nachfolger.

14 UHR

SPD-Staatssekretär Philipp Scheidemann ruft vom Balkon des Berliner Schlosses der unten versammelten Menge zu:²¹

"Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte ist nicht mehr. Es lebe die Republik!'

8. November 10 Uhr

Erzberger trifft mit seinem Gefolge in Compiègne ein. Er steht vor Foch, um die Bedingungen für einen Waffenstillstand entgegenzunehmen. Foch überreicht ein Ultimatum: Dieses enthält mit einer Frist bis zum 11. 11. 12 Uhr die Bedingungen für eine Waffenruhe von 30 Tagen. Für den Fall der Nichtannahme ist die Fortsetzung des Kampfes vorgesehen.

Die Bedingungen sind u.a.:

"[…]

- 4. Auslieferung von 5000 Kanonen 30000 Maschinengewehren, 3000 Minenwerfern usw.,
- 5. Räumung des linken Rheinufers innerhalb von 25 Tagen. [...] Besetzung der Brückenköpfe von Mainz, Koblenz und Köln, auf dem rechten Rheinufer



Ausbreitung der Revolution am 9. November 1918

Das Volk, d. h., Arbeiter und Etappensoldaten, hat gegen die eigene militärische Führung gesiegt, gegen seinen Kaiser, nicht aber gegen den Feind.

Der Generalstreik wird ausgerufen, aus den Kasernen strömen die Soldaten, aus den Fabriken die Arbeiter auf die Straßen, die Stadt ist schwarz vor Menschen. Auf dem Berliner Schloß weht die rote Fahne.

16 UHR

Karl Liebknecht, wie Kurt Eisner im Zuge der Amnestie aus dem Zuchthaus entlassen, ruft auch die Republik aus – die sozialistische.



Karl Liebknecht ruft in Berlin die sozialistische Republik aus

In den Abendstunden wird eine provisorische Regierung gebildet, der "Rat der Volksbeauftragten" mit je drei Mitgliedern aus SPD und USPD. Diese Vertreter des revolutionären Volkes sind es nun, welche die deutsche Waffenstillstandsdelegation in Compiègne legitimieren. Auch die Forderung Wilsons nach Abschaffung der Monarchie ist durch die Revolution erfüllt.

11. NOVEMBER, 12 UHR

Die Delegation in Compiègne unterschreibt die Waffenstillstandsbedingungen. Der Weg zum Diktat von Versailles ist frei, das nun den weiteren Verlauf der Geschichte bestimmen wird.

Reue

Die Sieger sind entzückt über ihren schnellen Sieg. Der Begriff "Dolchstoß" stammt von dem englischen General Maurice, über dessen Auslassungen die *Neue Zürcher Zeitung* berichtet.²²

Im Reich kommen die Verlautbarungen der Reue zu spät.

Die *Deutsche Tageszeitung* schreibt am 10. November:²³

"Worte reichen nicht aus, der Empörung und dem Schmerze Ausdruck zu geben. [...] Das Werk, das unsere Väter mit ihrem kostbaren Blute erkämpft – weggewischt durch Verrat aus den Reihen des eigenen Volkes! Deutschland, das noch gestern unbesiegt war, von Männern, die den deutschen Namen tragen, seinen Feinden preisgegeben, durch Felonie aus den eigenen Reihen niedergebrochen in Schuld und Schande!

Die deutschen Sozialisten wußten, daß der Friede ohnehin im Werden sei und daß es nur noch gelte, Wochen, vielleicht nur Tage lang dem Feind eine geschlossene, feste Front zu zeigen, um ihm erträgliche Bedingungen abzuringen. In dieser Lage haben sie die weiße Fahne gehißt.

Das ist eine Schuld, die nie vergeben werden kann und nie vergeben wird. Das ist ein Verrat, nicht etwa nur an der Monarchie und am Heere, sondern am deutschen Volk selber, das seine Folgen durch Jahrhunderte des Niederganges und des Elends zu tragen haben wird."

Max von Baden ist von seiner Migräne wieder genesen und schreibt seine Erinne-

rungen:24

"[...] wenn die Entscheidungsschlacht nun einmal beschlossenen Sache war [die geplante Schlacht der Flotte], so war es Pflicht der Flottenleitung, sich zum sicheren Glauben an den Sieg hinaufzustimmen. Wenn ich nun auch dieser Hochstimmung gegenüber nüchtern geblieben wäre, so hätte ich doch dem Grundgedanken des Marineunternehmens zugestimmt, und zwar aus folgenden Erwägungen heraus:

Wenn der Sieg erfochten wurde – und das war nicht unmöglich bei unserer Führung [...] – dann wäre dem bedrängten Heere und der mit täglich steigender Ungeduld leidenden Heimat ein gewaltiger Auftrieb zum Durchhalten gegeben. Nach einem deutschen Flottensiege wären Revolution und Kapitulation am 9. und 11. November nahezu eine seelische Unmöglichkeit geworden; [...] Wenn aber unsere Flotte eine ruhmreiche Niederlage erleiden [...]



würde, so war dennoch die militärisch-politische Zweckmäßigkeit unbedingt zu bejahen. Von der Opfertat würde eine beschämende Kraft ausgegangen sein. Ohne Kiel keine Revolution, ohne Revolution keine Kapitulation am 11. November [...]. Dann ist es meine Überzeugung, daß sich unser Wille zum Verzweiflungskampfe nur wenige Wochen hätte zu bewähren brauchen, um den Feinden das Ziel unserer Vernichtung zu verleiden. Aus ihren Völkern wäre ein übermächtiger Schrei aufgestiegen:

Wir müssen noch HHunderttausende opfern, nur um Fochs Waffenstillstandsbedingungen zu erzwingen [...]. Neue Verhandlungen wären dann wohl eingeleitet worden. Die Waffenstillstandsbedingungen, die wir dann hätten annehmen müssen, wären sehr hart gewesen; aber sie hätten, das ist mein Glaube, Deutschland dem Versailler Diktat nicht wehrlos ausgeliefert."

Ludendorff kann das Ende schwer verkraften. Er schreibt in seinen Kriegserinnerungen:²⁵

"Am 9. November sank Deutschland bar jeder festen Hand und bar jeden Willens, seiner Fürsten beraubt, wie ein Kartenhaus zusammen. Wofür wir gelebt und jetzt wiederum vier schwere Jahre lang geblutet hatten, verschwand. Wir hatten kein Vaterland mehr, worauf wir stolz sein konnten. Die staatliche und gesellschaftliche Ordnung wurde vernichtet. Jede Autorität hörte auf. Chaos, Bolschewismus und Terror, undeutsch ihrem Wort und Wesen nach, hielten ihren Einzug in das deutsche Vaterland. Arbeiter- und Soldatenräte waren in der Heimat in langer, planmäßiger unterirdischer Arbeit vorbereitet und geschaffen. [...]

Die Mehrzahl der Etappentruppenteile, in denen der Umsturzgedanke schon lange Boden gewonnen hatte, trat auf die Seite der Revolutionäre. [...] An der kämpfenden Westfront konnten Soldatenräte mit höherer Genehmigung nicht schnell geschaffen werden. Die neuen Gewalthaber und ihre bürgerlichen Mitläufer verzichteten auf jeden Widerstand und unterschrieben ohne Rechtstitel unsere Kapitulation auf Gnade und Ungnade einem unerbittlichen Feind. [...] Das stolze deutsche Heer, das vier Jahre dem überlegenen Feind siegreich widerstanden, in der Geschichte noch nie Gesehenes vollbracht und die Grenzen der Heimat geschützt hatte, verschwand. Die siegreiche Flotte wurde dem Feind ausgeliefert. Die heimischen Gewalten, deren Vertreter nie am Feind gekämpft hatten, konnten Deserteure und andere militärische Verbrecher und damit auch zum Teil sich selbst und ihre nächsten Freunde nicht schnell genug begnadigen. Sie und die Soldatenräte arbeiteten mit Eifer und mit entschlossener Absichtlichkeit an der Vernichtung allen militärischen Lebens. Das war der Dank der neu geformten Heimat an die deutschen Soldaten, die für sie zu Millionen

geblutet und ihr Leben gelassen hatten. Die von den Deutschen vollzogene Zertrümmerung der deutschen Wehrmacht war ein Verbrechen und von einer Tragik, wie sie die Welt noch nie gesehen hatte. Eine Hochflut war über Deutschland hereingebrochen, aber nicht durch elementare Naturgewalt, sondern durch die Schwäche der vom Reichskanzler vertretenen Regierung und durch das Erlahmen des nicht geführten Volkes [...]. Die Welt stand dem allem staunend gegenüber; sie konnte das Ungeheuerliche: diesen Zusammenbruch des stolzen und mächtigen Deutschen Reiches, des Schreckens seiner Feinde, nicht fassen. [...]"

Die Vorbereitung

Was sind das für Kräfte, welche die Arbeiter- und Soldatenräte in langer unterirdischer Arbeit geschaffen haben?

Als Wegbereiter der Revolution wird die USPD genannt, die Unabhängigen Sozialdemokraten. Die USPD ist eine Abspaltung der SPD. Beide Parteien fußen auf den Lehren des Marxismus und werden zur damaligen Zeit vom Judentum beherrscht.

Die Rolle des Judentums im deutschen Sozialismus

Der jüdische Anteil am Bolschewismus, der russischen Ausprägung des Marxismus, ist 1934 festgestellt von Hermann Fehst in *Bolschewismus und Judentum*, neuerdings dokumentiert von der jüdischen Schriftstellerin Sonja Margolina in *Das Ende der Lügen* und von Johannes Rogalla von Bieberstein in *Jüdischer Bolschewismus*.

Über den jüdischen Anteil an der deutschen Novemberrevolution von 1918 gibt es bislang keine erschöpfende Darstellung. Von Bieberstein deutet das Thema an. Eine kurze Einführung mit wichtigem Quellenmaterial gibt Georg Franz-Willing in *Ursprung der Hitlerbewegung*.²⁶

Die folgende Abhandlung will das Thema in bescheidenem Rahmen vertiefen.

Seit der Französischen Revolution sind die Juden aus ihrer Abgeschlossenheit in den Ghettos befreit. Schritt für Schritt haben sie allerorts Gleichberechtigung bei ihren Gastvölkern erlangt, in Deutschland abschließend mit dem Gesetz des Norddeutschen Bundes vom 21. Juli 1869, das den Juden alle Staatsämter öffnet. 1871 wird das Gesetz in die Reichsverfassung übernommen.

Viele Juden streben die Assimilierung an das Gastvolk an und treten aus der jüdischen Religionsgemeinschaft aus. Damit haben sie ihr religiöses Fundament verloren, aber das Gefühl, Außenseiter zu sein, ist geblieben. Die emanzipierten Juden suchen nach einer neuen Identität.

Seit der ca. 1830 beginnenden Industrialisierung Europas gibt es einen neuen Stand, den Fabrikarbeiter. Die

Arbeiter leben ohne Heimatgefühl in den wachsenden Großstädten, meist unter den ärmlichsten Umständen. Ihr einziger Besitz ist ihre Arbeitskraft. Die Staaten haben noch nicht vermocht, diesen neuen Stand zu seiner Zufriedenheit in das Staatsgefüge einzugliedern, so sammelt sich in den besitz- und heimatlosen "Proletariern" mit der Zeit ein Sprengstoff, der die Staaten zum Einsturz bringen könnte. Ein neuer Begriff taucht auf: "Sozialismus": Gleichheit aller Menschen durch Abschaffung von arm und reich.

1837 veröffentlicht der Rabbinerenkel *Moses Heß* das erste sozialistische Buch in Deutschland, die *Heilige Geschichte der Menschheit*, in dem der Sozialismus mit der alttestamentlichen Heilsgeschichte gleichgesetzt wird.²⁷

Heß war auch Förderer eines anderen Rabbinerenkels: Karl Marx, der 1848 das *Kommunistische Manifest* schreibt, das ursprünglich *Kommunistisches Glaubens*bekenntnis heißen sollte. 1867 erscheint *Das Kapital*, *Kritik der politischen Ökonomie*. Der Sozialismus wird zur Lehre:

"Grundlage des menschlichen Seins ist die Materie, sind die Produktionsverhältnisse. Die Produktionsverhältnisse bedingen die Entstehung von Klassen, die im steten Kampf miteinander begriffen sind. So ist Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen. Nationen, Staaten Religionen und Weltanschauungen sind als Folge der Produktionsverhältnisse sekundär. Derzeit sind die Arbeiter, ist das Proletariat der Welt im Begriff, die Herrschaft der bisher herrschenden Klassen, Adel und Bürgertum, abzuschütteln. Dem Bürgertum wird die Bildung von Arbeitskapital als Ausbeutung des Arbeiters ausgelegt, ohne zu berücksichtigen, daß Arbeitskapital für eine funktionierende Produktion notwendig ist und dem Arbeitnehmer wieder zufließt oder zumindest zufließen sollte. Leih- und Börsenkapital, die Ausbeutungsmittel der Banken, die lediglich die Betreiber bereichern, bleiben bei Marx unerwähnt.

Das internationale Proletariat wird aufgefordert, durch eine Weltrevolution zunächst die "Diktatur des Proletariats", anschließend die klassenlose Gesellschaft auszurufen. Die klassenlose Gesellschaft verwirklicht den Gedanken der Gleichheit aller Menschen, kennt keinerlei Abgrenzungen und Herrschaftsstrukturen mehr und garantiert als Ende der Geschichte das ewige Friedensreich auf Erden."

Die neue Lehre ist Heilslehre, ist jüdische Religion in neuem Gewand:

Das religiöse Judentum ist auf ein Ziel ausgerichtet: das von den Propheten verheißene Friedensreich auf dem Zion, dem heiligen Berg des jüdischen Gottes. Das Friedens- und Gottesreich wird am Ende der Zeiten in Erscheinung treten, um das stets von der Schuld des Ungehorsams gegen seinen Gott bedrückte jüdische Volk von dieser Schuld zu erlösen, d. h., es endgültig

mit seinem Gott zu versöhnen.

So spricht der Herr:²⁸

"Denn siehe, ich schaffe einen neuen Himmel und eine neue Erde; man wird der früheren Dinge nicht mehr gedenken und niemand wird sich ihrer mehr erinnern, sondern man wird frohlocken und jubeln auf ewig über das, was ich schaffe. Denn siehe, ich wandle Jerusalem zu Jubel um und sein Volk zu Frohlocken [...] und nicht soll man darin fürder hören den Laut des Weinens und den Laut der Klage [...] ehe sie [das Volk Israel] rufen, werde ich antworten; während sie noch reden, werde ich erhören. Wolf und Lamm werden einträchtig weiden, und der Löwe wird Stroh fressen wie das Rind; doch Staub ist das Brot der Schlange. Nichts Böses und nichts Verderbliches wird man tun auf meinem ganzen heiligen Berg,"

Andere Völker werden dem Friedensreich untertan sein. So spricht der Herr zu Israel:²⁹

"Ja, zu mir sammeln sich die Seefahrer, [...] deine Söhne aus der Ferne zu bringen; ihr Gold und Silber führen sie mit für den Namen des Herrn, deines Gottes, für den Heiligen Israels, weil er dich verherrlicht. Fremde werden deine Mauern bauen, und ihre Könige werden dir dienen; denn in meinem Zorn habe ich dich geschlagen, doch in meiner Huld mich deiner erbarmt. Deine Tore werden allezeit offenstehen, werden Tag und Nacht nicht geschlossen werden, damit die Schätze der Völker zu dir eingehen unter der Führung ihrer Könige."

Ja, zu Israels Beruhigung wird den Völkern, die Israel in der Zerstreuung bedrückt haben, gar die Vernichtung angedroht:³⁰

"Fürchte dich nicht, mein Knecht Jakob, spricht der Herr, denn ich bin mit dir. Ich will den Garaus machen allen Völkern, unter die ich dich verstoßen habe; nur dir will ich nicht den Garaus machen."

Wenn die Zeit da ist, wird Jahwe, der Gott der Juden, seinen Abgesandten, den Messias senden, um das Reich auszurufen:³¹

"Ein Reis wird hervorgehen aus dem Stumpf Isais, und ein Schoß aus seinen Wurzeln Frucht tragen. Auf ihm wird ruhen der Geist des Herren."

Jahwe gebietet jedoch seinem Volk, nichts selber zu ergreifen und geduldig auf den Abgesandten zu warten.

Karl Marx und seine Anhänger wollen die Erlösung des Friedensreiches, aber sie wollen nicht warten. Sie haben dem Gott ihrer Väter den Rücken gekehrt, um selbst Gott zu sein. Messias ist nicht der Abgesandte des Herren, es ist das Proletariat der Welt, Ort des Friedensreiches ist nicht Gottes heiliger Berg, sondern die ganze Erde. Der Weg zum Heil ist die Weltrevolution, d. h., der Erlösung muß die Auflösung aller Dinge vorangehen. Die Weltrevolution wird nicht durch Gott ins Werk gesetzt, sondern durch menschliches Tun, durch die Zersetzung des Bestehenden, um aus den Einzeltei-

len das Neue zu schaffen.

Zersetzung heißt: einem Ganzen das Gerüst nehmen. Die Menschen leben in Völkern, und ihr Gerüst ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit aufgrund der gleichen Abstammung und eine auf Tradition beruhende Ordnung des Zusammenlebens. Das, so sagen die Zersetzer, müsse den Menschen genommen werden, um sie, jeglichen Haltes beraubt, zu dem Neuen wieder zusammenschweißen zu können.

Der Jude Nahum Goldmann, obwohl kein Marxist, träumt im Jahre 1915 schon als Zwanzigjähriger den jüdischen Erlösungstraum:

"So besteht denn die erste Aufgabe unserer Zeit in der Zerstörung: alle sozialen Schichten und gesellschaftlichen Formungen, die das alte System geschaffen hat, müssen vernichtet, die einzelnen Menschen müssen aus ihren angestammten Milieus herausgerissen werden; keine Tradition darf mehr als heilig gelten; das Alter gilt nur als Zeichen der Krankheit; die Parole heißt, was war, muß weg."

Das Medium des Zerstörungswerkes ist für ihn nicht die Weltrevolution, sondern:³³

Zeit ausführen, sind: auf dem wirtschaftlich-sozialen

dem politisch-geistigen die Demokratie."

Für viele Juden wird die marxistische Heilslehre zur neuen Heimat. Mit Energie machen sie sich daran, den erwählten Messias, das Proletariat, mit der ihm zugedachten Aufgabe bekannt zu machen.

Das Proletariat hat nichts zu verlieren, es greift zu. Zentrum der neuen Lehre ist Deutschland.

1863 gründet der jüdische Historiker und Philosoph Ferdinand Lassalle den "Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein".

1869 gründen August Bebel und Wilhelm Liebknecht in Eisenach auf der marxistischen Grundlage die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

1875 werden beide Parteien in Gotha zur Sozialistischen Arbeiter-Deutschlands vereinigt. Grundlage der Partei ist weiterhin



Nahum Goldmann, geb. 1895 in Litauen, gest. 1982

"Die Kräfte, die diese negative Aufgabe unserer

Gebiet der Kapitalismus, auf



Paul Singer, 1844-1911

der Marxismus.

1878 wird das Sozialistengesetz erlassen, die Partei ist aufgrund ihrer staatsfeindlichen Lehren unter Ausnahmegesetz gestellt. Nur die Reichstagsfraktion besteht weiter. Die Partei geht in den Untergrund und gewinnt weiter neue Mitglieder.

Auf Betreiben Bismarcks werden für die Arbeiter im Deutschen Reich soziale Verbesserungen durchgesetzt, die sie bei Unfall, Krankheit und im Alter absichern: die gesetzliche Unfall- Kranken- und

Rentenversicherung.

Seit 1882 wird den rechtlich und wirtschaftlich schlecht gestellten Juden Rußlands die Auswanderung ermöglicht. In einem anwachsenden Strom wandern die sog. Ostjuden gen Westen, meist nach den USA. Eine Anzahl bleibt in Deutschland. Dort fühlen sie sich doppelt heimatlos und oft nur von den Erneuerungs- und Umsturzideen der unterdrückten Partei verstanden.

1890 wird das Sozialistengesetz aufgehoben. Die Partei nennt sich fortan Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD. Sie bekommt vor allem Zulauf von jüdischer Seite. Die jüdischen Mitglieder sind keine Arbeiter, sondern der sog. Bourgeoisie zugehörende Intellektuelle, welche die geistige Führung der Partei übernehmen. Parteivorsitzende sind August Bebel und der

> Jude Paul Singer. Trotz der staatlichen Fürsorge wendet der weiter wachsende Arbeiterstand sich unter der jüdischen Führung den marxistischen Lehren zu. Die SPD bekommt auf Anhieb 19,7 % der Stimmen. Die Revolution jedoch bleibt aus.

> 1912 ist das Proletariat noch immer revolutionsresistent, doch die Lehren greifen weiter. Die SPD ist die stärkste Partei im Reich. Sie bekommt 34 % der Wählerstimmen. Von den 110 SPD-Reichstagsabgeordneten sind 14 jüdischer Herkunft. 11 von ihnen sind Akademiker, meist Juristen. Von den nichtjüdischen SPD-Abgeordneten haben nur noch acht akademische Bildung.

> August Winnig, ein zeitgenössischer Gewerkschaftsführer, schreibt 1925:³⁴

"Es kommt nicht darauf an, wie groß die Zahl der Juden in









Eduard Bernstein, 1850-1932

Oskar Cohn, 1869-1934

Ludwig Frank, 1874-1914

Georg Gradnauer, 1866-1946









Hugo Haase, 1863, starb am 7. November 1919 an den Folgen eines Attentats.

Otto Landsberg, 1869-1957

Paul Levi, 1883-1930

Karl Liebknecht, Halbjude, Sohn von Wilhelm Liebknecht, geb. 1871, ermordet 1919

der sozialistischen Bewegung ist. Wichtiger als dieser zahlenmäßige Anteil ist ihr Einfluß."

Einige der jüdischen Abgeordneten der SPD im Reichstag sind in der nachfolgenden Tabelle mit Portrait wiedergegeben. Weitere jüdische SPD-Abgeordnete, hier ohne Portrait, waren: Max Cohen-Reuß; Georg Davidssohn; Joseph Herzfeld; Gustav Hoch; Richard Lipinski; Emanuel Wurm.

Daneben arbeiten Juden als Parteifunktionäre in den Büros des Parteivorstandes, in der Parteischule, in den Schriftleitungen der Parteipresse und auf lokaler Ebene. Folgende Liste der für die Partei tätigen Juden erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit:

Leo Arons, Siegfried Aufhäuser, Leo Baeck, Paul Blumenthal, Otto Braun, Robert Breuer, Hermann Cohen, Hermann Duncker, Otto Flake, Adolf Gabor, Alfons Goldschmidt, Hans Goslar, Hugo Heimann, Alexand Israel Helphand (Pseudonym: Parvus), Berthold Heymann, Rudolf Hilferding, Paul Hirsch, Johann Jacoby, Leo Jogiches, Julian Kaliski, Simon Katzenstein, Karl Kautsky, Max Kayser, Samuel Kokosky, Theodor Lessing, August Levin, Eugen Leviné, Gabriel Löwenstein, Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski, Ludwig Marun, Franz Mehring, Ernst Meyer, Friedrich Muckle, Paul Natorb, Pseudonym: Parvus, Johann Plenger, Jo-

hann Plenger, Kurt Rosenfeld, Hugo Simon, Hugo Sinzheimer, Arthur Stadthagen, Friedrich Stampfer, Franz Staudinger, Ewald Vogtherr, Karl Vorländer, Alfred Wolfenstein

Die wichtigsten Parteiorgane waren:

Überregionale Presse: Vorwärts, Sozialistische Monatshefte, Neue Zeit, Die Weltbühne, Lichtstrahlen, Die Glocke.

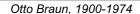
Regionale Presse: Leipziger Volkszeitung, Münchner Post, Sächsische Arbeiterzeitung, Hessische Landespost, Fränkische Tagespost.

In München, im Schwabinger Café Stefanie, vom Volksmund "Café Größenwahn" genannt, träumen jüdische Poeten davon, die alte Welt in Trümmer zu legen: Erich Mühsam, Gustav Landauer, Ernst Toller, Kurt Eisner.

Dazu kommen eine Reihe jüdischer Literaten mit sozialistischer Ausrichtung: Franz Werfel, Arnold Zweig, Carl Sternheim, Alfred Döblin.

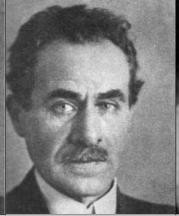
Die Gründe, warum sich jüdische Intellektuelle vom Sozialismus angezogen fühlen, sieht der zeitgenössischer Gewerkschaftsführer August Winnig so:³⁵







Eugen Leviné, geb. in Petersburg 1883, hingerichtet 1919



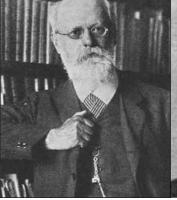
Leo Jogiches, geb. 1867 in Wilna, gest. 1919 im Gefäng-



August Thalheimer, 1884-1941



Franz Mehring, 1846 -1919



Karl Kautsky, geb. 1854 in Prag, gest. 1938



Rosa Luxemburg, 1871 in Zamosc, Polen, ermordet 1919



Clara Zetkin, 1857-1933

"Verhältnismäßig früh ist mir aufgefallen, daß die in der sozialistischen Bewegung tätigen Juden, die ja fast ausnahmslos Intellektuelle waren, von den Arbeiterfragen im engeren Sinne nicht berührt wurden und sich langweilten, wenn man sie mit ihnen besprach. Für die Hebung der wirtschaftlichen Lage

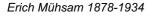
der Arbeiter hatten sie kein Interesse, und es war ihnen geradezu unangenehm, daß es dergleichen gab. Im Jahre 1912 unterhielt ich mich mit Frau Rosa Luxemburg über die Frage, ob die Arbeiterbewegung zu einer Revolution treiben oder ob sie sich durch den kulturellen und politischen Aufstieg der Arbeiter durchsetzen würde. Zu meinem Erstaunen bestritt sie die Tatsache des Aufstiegs glattweg und war überzeugt, daß wir Gewerkschaftsführer einen Aufstieg nur darum behaupteten, weil er sich mit unserer antirevolutionären Gesinnung so gut vertrage.

Im folgenden Jahr führten mich Tarifverhandlungen im Reichstaggebäude zufällig mit Karl Liebknecht zusammen. Es ergab sich, daß ich ihm erzählte, wie wir bei den langwierigen Verhandlungen gefahren seien [...]. Nie kann ich vergessen, wie ge-



reizt mich dieser unglücklich veranlagte Mann anfuhr: Das sei das Linsengericht, wofür wir das Erstgeburtsrecht der proletarischen Revolution verkauften. Ich ließ ihn nicht aus den Fingern und setzte ihm zu: er solle einmal mit mir durch Thüringen oder Oberschlesien (das waren die Länder der niedrigsten Löhne) und Holstein oder Nordhannover (Gebiete mit hohen Löhnen) reisen und sich die Wohnungen und Lebensweise der Bauarbeiter ansehen und sie miteinander vergleichen; er würde dann erkennen, daß







Gustav Landauer, geb. 1870, 1919 erschossen



Ernst Toller, geb. 1893 Samotschin/Posen, gest. 1939



Kurt Eisner, geb. 1867, ermordet 1921



Franz Werfel, geb. 1890 in Prag, gest. 1945



Arnold Zweig, 1887-1968



Carl Sternheim 1878-1942



Alfred Döblin, 1878-1957

jenes Linsengericht einen Kulturfortschritt gebracht habe, der schon äußerlich festzustellen sei. Liebknecht bestritt das und rief zuletzt, er pfeife auf den Kulturfortschritt.

Immer wieder habe ich mich überzeugen müssen, daß diesen Menschen das wirkliche Leben der Arbeiter gleichgültig war. Ich habe jetzt in dem Briefwechsel eines verstorbenen Freundes viele Briefe dieser jüdischen Literaten durchgesehen, Briefe der Frau Luxemburg, Briefe von Trotzki, Radek, Karski, Marchlewski und anderen. Wenn in diesen Briefen, die sich alle mit Angelegenheiten der sozialistischen Bewegung beschäftigen, doch auch nur einmal vom Arbeiter die Rede wäre! Nicht einmal das Wort kommt in ihnen vor. Der Arbeiter ist ihnen im Innersten gleichgültig – er ist ihnen nur Sockel, auf dem sie stehen, er ist ihnen nur Mittel und niemals Zweck.

Was den jüdischen Intellektuellen von jeher angezogen hat, sind, nach meiner Überzeugung, hauptsächlich die in der sozialistischen Bewegung liegenden revolutionären Möglichkeiten. Allen jüdischen Sozialisten war ein Gefühl des Gegensatzes zur volkhaft-deutschen Lebensordnung eigen, alle lebten sie aus einer Grundstimmung des Gegensatzes, die sich in den leichter entzündlichen Köpfen zu revolu-

tionärer Spannung erhöhte."

Zurück zu den Wurzeln: Die Unabhängigen

1914 bricht der Krieg aus, der sich zum Weltkrieg weitet. Der Krieg ruht auf den Schultern des dank Englands Blockade hungernden "Proletariats", es ist für die Revolution empfänglicher geworden.

Zunächst schließt die SPD in der anfänglichen Hochstimmung mit den alten Mächten den "Burgfrieden" und stellt sich entgegen ihrer Grundsätze auf den Boden der Vaterlandsverteidigung. Sie stimmt am 4. August 1914 geschlossen den Kriegskrediten zu. Der Parteivorsitzende Hugo Haase ruft aus:

"Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich."

Der linke Parteiflügel aber will sich nicht verstellen, zu verführerisch lockt das Morgenrot der Revolution. Schon am nächsten Tag gründet Rosa Luxemburg mit ihren Gesinnungsgenossen die später als "Spartakusbund" bekannte "Gruppe Internationale". Die Gruppe wird von Juden dominiert.

Am 2. Dezember 1914 stimmt Karl Liebknecht zunächst als einziger Abgeordneter gegen weitere Kredite.

Die SPD gibt sich entsetzt, am 23. Februar des folgenden Jahres aber läßt sie einen ihrer Abgeordneten im "Vorwärts" schreiben:³⁶

"Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde."

Im Mai 1915 ist Italien gegen die Mittelmächte in den Krieg eingetreten. Liebknecht reagiert mit seinem Flugblatt:

"Der Hauptfeind steht im eigenen Land". Darin heißt es:³⁷

"Italiens Eingreifen in den Krieg soll ihnen (den deutschen und österreichischen Imperialisten) die willkommene Gelegenheit bieten, neuen Taumel des Völkerhasses zu entfachen, den Friedenswillen zu ersticken, die Spur ihrer eigenen Schuld zu verwischen.

Würde der saubere Plan glücken, das Ergebnis zehnmonatiger blutiger Erfahrung wäre zu nichts, das internationale Proletariat stände wiederum entwaffnet da, völlig ausgeschaltet als selbständiger politischer Faktor."

Die SPD geniert sich, hält sich aber bedeckt.

Im August des Jahres sind es schon 20 Abgeordnete, die gegen die Kriegskredite stimmen.

Im März 1916 gründen die SPD-Reichstagsabgeordneten, welche die Vaterlandsverteidigung nicht mehr mittragen wollen, die "Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft". Es sind mehrheitlich Juden.

Am 1. Mai 1916 veranstaltet Karl Liebknecht auf dem Potsdamer Platz eine öffentliche Kundgebung, um zur Front abgestellte Soldaten zum Desertieren aufzurufen. Das Maß ist voll. Karl Liebknecht verbringt den weiteren Verlauf des Krieges im Zuchthaus, von wo er mit Hilfe seiner Genossen jedoch unerschrocken weiter zum Klassenkampf aufruft. Da sich Rosa Luxemburg inzwischen ebenfalls in Haft befindet, übernimmt der polnische Jude Leo Jogiches die Führung des Spartakusbundes.

Im "Steckrübenwinter" 1916/17 verhungern eine dreiviertel Million Menschen.

Im Februar wird erstmalig in Rußland revoltiert. Der Zar muß abdanken. Der Krieg gegen Deutschland geht weiter.

Am 6. April erklären die USA den Mittelmächten den Krieg. Ein deutscher Sieg ist in weite Ferne gerückt. Am gleichen Tag gründen die Mitglieder der "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" in Gotha eine eigene Partei, die "Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands", USPD. Vorsitzender ist Hugo Haase. Der "Spartakusbund" tritt der neuen Partei bei. Die SPD-Mitglieder bleiben als "Mehrheitssozialisten" zurück.

marxistischen Ziele. Beendigung des Krieges ist Mittel, nicht Zweck.

Die neue Partei steht offen auf dem Boden der alten

Am 12. April wird ein Aufruf erlassen, der die neue Richtung angibt und daher hier vollständig wiedergegeben werden soll:³⁸

"Aufruf!

Die Opposition der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich Ostern 1917 in Gotha zu einer einheitlichen Organisation zusammengeschlossen unter dem Namen:

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Unabhängig gegenüber der Regierungspolitik, unabhängig gegenüber der der bürgerlichen Parteien, unabhängig gegenüber den Regierungssozialisten, wird die neugeschlossene Organisation zielbewußt eine selbständige sozialdemokratische Politik treiben.

In einer Zeit der tiefsten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen wird sie die Massen des deutschen Proletariats sammeln im Geiste der Internationale zur Beschleunigung des Friedens.

Es gilt die Volksmassen zurückzuführen auf den Weg, den uns Marx, Engels und Lassalle gewiesen, auf dem uns August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer jahrzehntelang ruhm- und siegreich geführt haben. Ihr Werk mit Hingebung und Tatkraft nicht nur fortzuführen, sondern auch fortzubilden zur Verwirklichung der Demokratie und des Sozialismus zur endgültigen Befreiung der Menschheit von Kriegsschrecken und Kriegsgreueln – das ist unsere Aufgabe.

In dem erhebenden Bewußtsein, daß in Gotha die alte Sozialdemokratie neu erstanden ist,werden Hunderttausende den neuen unabhängigen Organisationen zuströmen, die schon bestehen oder in allen

Kreisen zur Bildung gelangen werden.

Alle, die den Glauben an die Sozialdemokratie verloren haben, als sie voll Schmerz sahen, wie die Partei die alten Grundsätze preisgab und zu einer nationalsozialen Regierungspartei wurde, werden mit Hoffnungsfreudigkeit und Zuversicht Mitglieder der neuen Organisation werden, um den Kampf für das aufzunehmen und weiter zu führen, wofür sie früher ihre besten Kräfte eingesetzt, wofür sie gelebt haben - für die hohen Ideale des Sozialismus.

HEILIGE NACHT
Erich Mühsam

Geboren ward zu Bethlehem
ein Kindlein aus dem Stamme Sem.
Und ist es auch schon lange her,
seit's in der Krippe lag,
so freun sich doch die Menschen sehr
bis auf den heutigen Tag.
Minister und Agrarier,
Bourgeois und Proletarier
es feiert jeder Arier
zu gleicher Zeit und überall
die Christgeburt im Rindviehstall.
(Das Volk allein, dem es geschah,
das feiert lieber Chanukah.)







Willi Münzenberg, 1889- 1940

Alfred Hermann Fried, 1887-1921

Karl Radek, geb. 1885 in Lemberg, gest. 1939 im sowjetischen Gefängnis

Adolf Joffe, geb. 1883 in Rußland, 1927 Selbstmord, um der Hinrichtung unter Stalin zu entgehen.

Genossen und Genossinnen! Wir, die Unterzeichneten, sind von der Konferenz in Gotha mit der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei betraut worden. In dieser schicksalsschweren Zeit, in der wir unser verantwortungsvolles Amt übernehmen, können wir es nur dann mit Erfolg ausüben, wenn wir der freudigen, entschlossenen, zähen Mitarbeit der Genossen und Genossinnen sicher sind.

Werdet Anhänger für unsere Sache.

In unablässiger Arbeit. Gründet Organisationen für die Verbreitung und Durchführung unserer Grundsätze in jedem Wahlkreise, in dem sie noch nicht bestehen, und baut die bestehenden mit Eifer aus. Schwierigkeiten, die sich hier und da Euch entgegenstellen, werdet Ihr unerschrocken überwinden! Wir sind überzeugt, Wir appellieren nicht vergeblich an den Mut und die Ausdauer der erprobten Kämpfer für die Wiedergeburt der deutschen Sozialdemokratie.

Auf dem Frauentage, der in der Zeit vom 2. bis 5. Mai stattfindet, werden die Frauen ihre Forderungen erheben für ihre Gleichberechtigung, für ihren und ihrer Kinder Schutz, für die Beendigung des entsetzlichen Kriegsgemetzels!

Genossen! Genossinnen! Wir wissen es: wir appellieren auch nicht vergeblich an Eure altbewährte Opferwilligkeit. Trage jeder nach seiner Leistungsfähigkeit dazu bei, daß wir nicht aus Mangel an Mitteln einen Teil der gewaltigen Aufgaben, die uns gestellt sind, unerfüllt lassen müssen. Die regelmäßige Beitragsleistung genügt nicht.

Sorgt für die Aufbringung außerordentlicher Mittel durch Marken, Bons, Sammellisten!

Ihr wißt, daß die gesammelten Geld nicht, wie es in den letzten Jahren seitens der Regierungssozialisten geschah, dazu verwendet werden, um eine Euch schädliche Politik zu treiben, sondern zur Förderung einer unabhängigen und selbständigen sozialistischen Politik.

Genossen, Genossinnen! Das Eisen glüht! Frisch ans Werk, es zu schmieden! Berlin, den 12. April 1917

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands."

Der Aufruf ist Aufforderung zum Hochverrat. Er ist jedoch verfaßt in einer Sprache, die in Deutschland verstanden wird: "Verantwortung, Einsatz, Kampf für die gute Sache", auch die Reichsführung spricht diese Sprache, die Menschen, auf denen die Last des Krieges ruht, verlieren die Orientierung.

Unverständlich erscheint, daß das gegen eine Welt von Feinden ringende Reich nicht die Kraft aufbringt, dieser Front in den eigenen Reihen Einhalt zu gebieten. Im Reichstag gibt die SPD den Ton an. Irrlichternd zwischen Reichstreue und verschämten Umsturzträumen läßt sie die zu den alten Grundsätzen Zurückgekehrten erst mal machen. Nicht alle Juden sind zu den Unabhängigen übergegangen, viele sind in der SPD geblieben, z. B. Otto Braun, Otto Landsberg, Gustav Hoch. Eduard Bernstein ist nach einem kurzen Zwischenauftritt in der USPD wieder heimgekehrt.

Die anderen Mehrheitsparteien, das Zentrum und die Freisinnigen, geben sich uninteressiert. Die Regierung schlingert im Kielwasser des Reichstages kraftlos dahin. Es gibt keinen energischen Kriegskanzler wie in England und Frankreich, wo Lloyd George und Clemenceau jede Form von Verrat mit härtesten Strafen belegen – und siegen!

So nehmen die Dinge im Reich weiter ihren Lauf. Die Frauen fühlen sich von den Unabhängigen verstanden. Die Arbeiter in den Fabriken ballen die Faust, die Soldaten in den Garnisonen fühlen sich stark zum Kampf gegen die Vorgesetzten, die Kämpfer an der Front horchen auf, falls ihnen im Kugelregen Zeit bleibt.

Überall in den Regionen entstehen aktive Ortsgruppen, die folgenreichste in München, geführt von dem Schwabinger Poeten Kurt Eisner.

Die Partei ist unter dem Vorsitz von Hugo Haase im

Reichstag vertreten und eilt, ohne noch ernsthaft gehindert zu werden, auf den Flügeln von Hunger und Schlachtentod dem Friedensreich entgegen. All die Agitation der Unabhängigen im einzelnen zu beschreiben, würde Bände füllen.³⁹ In diesem Rahmen kann nur ein kleiner Einblick in die Vorbereitungsarbeit der Novemberrevolution gegeben werden.

Hilfen von draußen

Die USPD steht nicht allein, von allen Seiten wird ihr Hilfe zuteil.⁴⁰

INTERNATIONALER SOZIALISMUS

Das Büro des Internationalen Sozialismus befindet sich in Stockholm und wird dort von der aus der Ukraine stammenden Jüdin Angelika Balabanoff betreut, welche die Partei mit Nachrichten und Ratschlägen versorgt.

INTERNATIONALES JUGENDSEKRETARIAT

Seit April 1915 gibt es in der Schweiz eine sozialistische internationale Jugendorganisation, geleitet von dem Juden Willi Münzenberg. Hier kümmert man sich um den sozialistischen Nachwuchs aus Deutschland.⁴¹

DESERTEURE

In Holland wird eine Zentrale zur Unterstützung der deutschen Deserteure eingerichtet. Das Organ: *Der Kampf. Revolutionär-Sozialistisches Wochenblatt*, wird illegal im Reich verteilt. Tausende gehen der Front verloren. Kontaktperson für die Kriegsscheuen ist der USPD-Vorsitzende Hugo Haase.⁴²

Einer der zeitgenössischen Autoren gehörte selbst zu den Deserteuren. Er hatte eine Eingabe vorbereitet, um der Einberufung zum Heeresdienst nicht Folge leisten zu müssen:⁴³

"Auf Anraten des Reichstagsabgeordneten Haase, mit dem ich wiederholt gesprochen hatte, schickte ich die Eingabe nicht ab, weil er mir riet, mich zunächst ruhig einziehen zu lassen, um dann in der Etappe, wo es am leichtesten wäre, zu verschwinden."

Und so geschah es.

BÜRGERLICHER PAZIFISMUS

Der USPD brüderlich gesonnen ist der bürgerliche Pazifismus, der verdeckt für den Sieg der Entente arbeitet.

Auch hier ist das Judentum überproportional vertreten.

Mittelpunkt eines Berliner Kreises bürgerlicher Pazifisten ist der jüdische Präsident der Nationalbank, Geheimrat Richard Wittig. Aus dem Kreis fließen der USPD geistige Unterstützung und beträchtliche Summen zu. Im gleichen Sinne arbeitet der im November 1914 in Berlin gegründete "Bund Neues Vaterland", dem als jüdische Mitglieder Rudolf Goldscheidt, Hermann Fried, Simon Bernfeld und die jüdischen Emigranten Richard Grelling und Hermann Fernau angehören.

Organ des bürgerlichen Pazifismus ist die kurz nach der USPD-Gründung am 14. April 1917 in Bern gegründete Freie Zeitung. Unabhängiges Organ für Demokratische Politik.

Das Blatt wird massenweise im Reich verteilt.

England

England, das Mutterland der Kriegspropaganda, hat im Ersten Weltkrieg die Waffen der Verleumdung zur Perfektion gesteigert. ⁴⁴ Lord Northcliffe, ab Beginn des Jahres 1918 der führende Kopf im Propagandaministerium, bestimmt die Richtung: Das deutsche Volk, so sagt er, stehe auf Humanität. Es müsse ihm daher klar gemacht werden, daß der Krieg allein von der gewalttätigen Rücksichtslosigkeit seiner herrschenden Klassen verschuldet sei und daß es Pflicht des Volkes sein müsse, sich dieser Klassen zu entledigen. Dann aber sei ihm ein Frieden des Wohlstandes und des Wiederaufbaues sicher.

Zwischen England und der USPD kommt es zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit. Dank Englands finanzieller Unterstützung kann tonnenweise Propagandamaterial im neutralen Ausland gedruckt werden, um im Reich verteilt oder von englischen Flugzeugen über Front und Etappe millionenfach abgeworfen zu werden.

USA

Präsident Wilson, von jüdischen Beratern gestützt, arbeitet im Sinne der Freimaurerei für die Errichtung einer Weltrepublik. Der Krieg ist für ihn⁴⁵

"ein Kreuzzug für eine Demokratie [...], deren Anwendung schließlich alle Tatsachen und Kräfte des Lebens umfassen wird – alle moralischen und sozialen und ökonomischen Beziehungen; eine Demokratie, großartig, die eine Annäherung an die frühchristliche Idee des Himmelreichs auf Erden sein wird."

Aufgrund ähnlicher Ziele unterhält der Präsident zum Sozialismus brüderliche Beziehungen. Reiche Mittel fließen auf seine Veranlassung den Umstürzlern im Deutschen Reich zu. 46

Rußland

Seit Februar 1917 ist in Rußland die Macht zwischen Volksvertretung und sozialistischen Räten geteilt. Die Regierung führt den Krieg weiter.

Am 9. April sind Lenin und sein Gefolge mit deutscher Hilfe aus der Schweiz über die russische Grenze gereist, um den totalen Umsturz zum Sozialismus und damit das Ausscheiden der Russen aus dem Krieg zu erzwingen. Das Werk gelingt.

Zur Errichtung des Heilsreiches der Werktätigen

werden die russischen Oberschichten so gut wie ausgelöscht. Es sterben im Verlauf der kommunistischen Machtkämpfe weit mehr Menschen als in den Weltkriegen zusammen, im Ganzen ca. 80 – 100 Millionen.

Lenin ist Vierteljude, seine Mitstreiter sind Juden.⁴⁷

Die Deutschen, Regierung und OHL, handelten aus Not, als sie Lenin und seinen Genossen die Reise nach Rußland ermöglichten. Hätte man damals, 1917, das Ausmaß des Mordens voraussehen können, das durch Lenin entfesselt wurde?

Der Fluch der Tat schlägt umgehend auf das Reich zurück. Das neu entstandene russische Arbeiter- und Bauernparadies wird in Berlin durch den jüdischen Botschafter Adolf Joffe vertreten.

Dieser sucht und findet Kontakt zur USPD, um sie zentnerweise mit Propagandamaterial und mit Finanzen zu versorgen. Mittelsmann ist der jüdische USPD-Abgeordnete Oskar Cohn.

Die russischen Juden Karl Radek und Pawel Axelrod schließen sich der marxistischen Bewegung in Deutschland an

Das Reich hat sich der Ostfront entledigt. Die Front im Inneren hat zugelegt.

Das Werk

FLUGBLÄTTER

Eine Sturzflut von Flugblättern ergießt sich seit Sommer 1917 über das Reich, um den Hungernden und Sterbenden zuzurufen: Nicht die Feinde Deutschlands sind schuld an eurem Elend, es sind der Kaiser, die Generäle, die verdammten Großbürger und die eingebildeten Offiziere.

Erich Mühsam, die nicht an der Front war, erstellt weiter Poesie im Café Größenwahn:

Kriegslied Von Erich Mühsam

Sengen, brennen, schießen, stechen, Schädel spalten, Rippen brechen, spionieren, requirieren, patrouillieren, exerzieren, fluchen, bluten, hungern, frieren ... So lebt der edle Kriegerstand, die Flinte in der linken Hand, das Messer in der rechten Hand mit Gott, mit Gott, mit Gott für König und Vaterland.

Aus dem Bett von Lehm und Jauche zur Attacke auf dem Bauche! Trommelfeuer Handgranaten Wunden Leichen Heldentaten bravo, tapfere Soldaten! So lebt der edle Kriegerstand, das Eisenkreuz am Preußenband, die Tapferkeit am Bayernband, mit Gott, mit Gott, mit Gott, mit Gott für König und Vaterland.

Stillgestanden! Hoch die Beine!
Augen gradeaus, ihr Schweine!
Visitiert und schlecht befunden.
Keinen Urlaub. Angebunden.
Strafdienst extra sieben Stunden.
So lebt der edle Kriegerstand.
Jawohl, Herr Oberleutenant!
Und zu Befehl, Herr Leutenant!
Mit Gott, mit Gott,
mit Gott für König und Vaterland.....

STREIK

Schon Ende Juni 1916 war in Zentren der Rüstungsindustrie Berlin, Stuttgart, Bremen und Braunschweig zum ersten Mal gestreikt worden.

In Gotha hat die USPD den Streik als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele bezeichnet.

Am Gründungstag der Partei, am 6. April 1917, wird ein zweites Mal zum Streik aufgerufen, diesmal in der Rüstungsindustrie von Berlin und Leipzig. In Leipzig wird ein Arbeiterrat gewählt. Die OHL wünscht harte Maßnahmen. Regierung und Reichstag halten sich bedeckt. Die SPD zeigt sich verständnisvoll. Der jüdische SPD-Abgeordnete Gustav Hoch sagt im Reichstag:⁴⁸

"Für Befehle von einer militärischen Stelle haben die Arbeiter kein Verständnis, sie lachen über eine solche Sprache. Damit könne man ihnen nicht imponieren."

Dennoch können die militärischen Behörden den Streik unter Kontrolle bringen.

Im Januar 1918 plant die OHL die Frühjahrsoffensive, die letzte Chance für einen Sieg.

Am 27. Januar rufen führende Mitglieder der USPD, darunter Hugo Haase, zum Generalstreik auf. Mitbeteiligt sind die Münchner Unabhängigen Kurt Eisner und Ernst Toller. Am nächsten Tag beginnt der großen Munitionsarbeiterstreik, in allen Teilen des Reiches legen Hunderttausende von Arbeitern die Arbeit nieder, in Berlin, Hamburg München, Kiel, Bremen, Danzig, Breslau, Bielefeld, Halle, Jena, Kassel, Wilhelmshaven und im Ruhrgebiet. Während bei den vorangegangenen Streiks wirtschaftliche Ziele noch im Vordergrund standen, hat dieser Streik unverhüllt politische Ziele. Arbeiterräte und ein Aktionskomitee werden gebildet, es werden Forderungen gestellt. An die Proletarier aller Länder wird ein Aufruf zum politischen Massenstreik gerichtet.

An eine sofortige Niederschlagung des Streiks ist nicht zu denken. Abgeordnete von USPD und SPD treten in die Streikleitung ein, die SPD angeblich, um ihren Einfluß auf die Massen nicht zu verlieren.

Noch einmal kann der Zusammenbruch verhindert

werden. Regierung und die OHL sprechen am 31. Januar den verschärften Belagerungszustand aus: verschiedene Rüstungsbetriebe werden unter militärische Leitung gestellt, die Arbeiterräte und die Streikleitung werden aufgelöst, die Anstifter verhaftet oder an die Front geschickt. Am 4. Februar ist der Streik erloschen.

Völlig erloschen?

Die Anstifter sehen es als eine Art Generalprobe zum großen Umsturz an. Auf Anhieb haben sie den Hoffnungsträger, das vielgeliebte Proletariat, als Ganzes für ihre Zwecke mobilisieren können. Man ist sich nun sicher, daß das Experiment jederzeit wiederholbar sei.

Der kämpfende Frontsoldat kämpft weiter in dem bedrückenden Gefühl, daß die Daheimgebliebenen feindlich gesonnen in seinem Rücken stehen. Die OHL muß befürchten, daß der Umsturzgedanke auf die Front übergreift.

Das feindliche Ausland hat die Streiks im Reich mit Entzücken zur Kenntnis genommen und Siegesmut daraus gesogen.

Meuterei

Am 4. Juni 1917 kommt es in Wilhelmshaven auf einigen Linienschiffen zu Gehorsamsverweigerungen. Der Meuterei wird nachgegangen und ein ganzes Verschwörungswerk kommt an den Tag:

Seit der Seeschlacht am Skagerrak im Jahre 1916 liegt die Hochseeflotte untätig in den Häfen. Die Matrosen sind von der Last des Krieges befreit, haben aber bei schmaler Kost genügend Zeit, die Unerfreulichkeit ihrer Lage zu bedenken. Trotz des Verbotes, an Bord Parteipropaganda zu betreiben, werden sie von Mitgliedern der USPD zum Zeitvertreib mit Lesestoff versorgt, vor allem mit der "Leipziger Volkszeitung". Ende Mai 1917 sieht die Führung Anlaß, auf das Verbot politischer Agitation an Bord hinzuweisen. Ein Sprecher der Unzufriedenen, der Matrose Max Reichpietsch vom Linienschiff "Friedrich der Große" in Kiel macht Urlaub in Berlin und sucht bei USPD-Abgeordneten Unterstützung. Der Vorsitzende Hugo Haase zeigt sich mit drei anderen Abgeordneten zur Hilfe bereit. Über die Unterredung der Abgeordneten mit dem Matrosen liegt keine Quelle vor, Max Reichpietsch aber berichtet in der später folgenden Gerichtsverhandlung, wie er die Unterredung verstanden hat. Folgendes sei ihm gesagt worden:

In einer bevorstehenden internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm würden Beschlüsse für einen baldigen Frieden gefaßt werden, die in den kriegführenden Staaten notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden müßten. Die USPD betrachte sich als ein ausführendes Organ dieser Beschlüsse und dränge darauf, daß in der Flotte eine feste USPD-Organisation geschaffen werde, die auf einen Wink aus Berlin zu handeln bereit sei. Landesverrat liege nicht vor, da in allen kriegführenden Staaten am gleichen Tage der Militärstreik ausgerufen werde.

Seit Reichpietschs Rückkehr aus Berlin steigert sich die Zufuhr von Propagandamaterial an Bord, von der Zentralleitung auf dem Schiff "Friedrich der Große" wird Verbindung zu allen anderen Schiffen organisiert. Die Listen der neuen USPD-Mitglieder füllen sich, Anfang August sind es über 4000. Zu der Kieler Ortsgruppe der USPD bestehen enge Beziehungen. Man ist zum Losschlagen bereit, wartet nur noch auf das Zeichen aus Berlin. Das Zeichen kommt nicht. Am 1. August verlieren einige der Friedensbringer die Geduld und rebellieren ohne Anweisung. Es kommt zu Festnahmen. Ein Flugblatt mit der Aufforderung, in die USPD einzutreten, zwecks Erzwingung eines sofortigen Friedens, wird gefunden. Am 20. August wird Max Reichpietsch mit einem Mitstreiter zum Tod verurteilt, andere zu langjährigen Zuchthausstrafen.

Leitende Stellen in Regierung, Heer und Flotte weisen auf die Urheberschaft der beabsichtigten Generalmeuterei hin und verlangen, daß man der landesverräterischen Vergiftung mit radikalen Mitteln entgegentrete und die eigentlich führenden Köpfe voll zur Verantwortung ziehe. Gegen Haase und die drei anderen wird eine Voruntersuchung eingeleitet. Ergebnis dieser Voruntersuchung ist, daß die vier USPD-Abgeordneten "zwar im hohen Maße für die Vorgänge in der Marine verantwortlich seien, daß ihnen aber die Mittäterschaft an einer landesverräterischen Handlung in gesetzlich strafbarem Sinne nicht nachzuweisen sei." Die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen Hugo Haase und Mitstreiter wird abgelehnt.

Am 9. Oktober kommt die Meuterei im Reichstag zur Sprache. Der Reichskanzler Michaelis wirft der USPD staatsgefährdende Ziele vor. Die übrigen Parteien, SPD, Zentrum, Freisinnige, fühlen sich mit beleidigt und stellen sich auf die Seite der Angegriffenen.

Ein Zeitgenosse schreibt:50

"[...] ein energisches, rücksichtsloses Zugreifen der Regierung [hätte] das deutsche Volk vor dem verhängnisvollen und erbärmlichen Zusammenbruch des 9. November [...] retten können."

Die Regierung aber greift nicht zu. Der greise Reichskanzler Michaelis reicht bald darauf seinen Abschied ein. Die letzte Gelegenheit, die aufkeimende Revolution mit gesetzlichen Mitteln zu ersticken, ist vertan. Die Vorbereitungen des Umsturzes gehen weiter mit frischem Mut. Waffen werden besorgt, die Fäden des Umsturzes in die Etappe hinein gesponnen. Es wird festgelegt, wer am Tage X was mit seiner Gefolgschaft zu besetzen hat: Rathaus, Bahnhof, Post...

Und so erlebt die damalige Welt am Ende das gespenstige Schauspiel, daß mitten im Endkampf eines Weltkrieges Hunderttausende eines großen Volkes, an den Fäden von meist Landfremden gezogen, zu Landesverrätern werden und den noch kämpfenden Volksgenossen an der Front wie ein mörderischer Dolch in den Rücken fallen.

Geschichte ist niemals monokausal,

d. h., Umwälzungen von diesem Ausmaß

haben nie nur eine Ursache. Wenn die

treibenden Kräfte der deutschen Revolu-

tion im November 1918 auch Juden wa-

ren, so sind diese nicht die einzige Ursa-

Deutschland nicht für einen Zusammen-

bruch dieses Ausmaßes bereitet gewe-

sen, hätte das Werk der Zersetzung nicht gelingen können. Der Boden war berei-

Wäre der Boden im damaligen

Epilog

tet.

Das Ende

Der Revolution folgt der Bürgerkrieg, es folgen die Demütigungen des Diktats von Versailles. Dem Werk der Zersetzung ist nichts mehr hinzuzufügen. Ludendorff schreibt in seinen Erinnerungen:51

"In Deutschland fließt Bruderblut. Deutsches Gut wird zerstört. Staatsgelder werden verschleudert und zu eigennützigen Zwecken verwendet, die Finanzen des Reichs, der Einzelstaaten und Gemeinden mit jedem Tage zerrütteter. Die gesunkene Moral des Volkes treibt haltlos in der

"Freiheit" der Revolution; die niedrigen Instinkte des Menschen suchen sich unbeschränkt und ohne jede Rücksicht auszuleben. Überall herrschen Unordnung, Arbeitsscheu, Trug und Übervorteilung, dabei an vielen Stellen der widerlichste Genußtaumel – dicht neben den Gräbern der Millionen für ihr Vaterland Gebliebenen und im Angesicht der vielen Verstümmelten, auf denen unser Auge ruht. Deutschland bietet ein grauenvolles und würdeloses Schauspiel, das unsagbare Trauer in jedem deutschfühlenden Herzen auslöst, beim Feinde und Neutralen aber Verachtung erweckt."

Das Heil, das Friedensreich ist ausgeblieben, ausgeblieben für die Juden, ausgeblieben für die, welche ihren Versprechungen folgten.

Viele der jüdischen Kämpfer fanden ein gewaltsames Ende. Hugo Haase, dessen Betätigungen sich wie

ein unterirdisches Rinnsal durch all die Kriegsjahre ziehen, wurde am 8. Oktober 1919 von dem angeblich geistesgestörten Lederarbeiter Johann Voß durch Schüsse schwer verletzt und starb am 7. November, dem zweiten Jahrestag der bolschewistischen Revolution.

Es liegt eine Tragik um das jüdische Volk, das in seinem eigenmächtigen Ringen um seinen Frieden wohl den ersten Schritt, die Zerstörung, bewerkstelligen kann. Aber der Frieden, der für den Juden letztlich nur der Frieden mit seinem Gott sein kann, bleibt immer in der Ferne. Niemals erkämpfen Juden den Himmel, oft aber die Hölle auf Erden. Es ist, als ließe der verlassene Gott der Juden sein Volk jedesmal bitter büßen, wenn es sich ungeduldig anschickt, die verheißene Erlösung ohne ihn ins Werk zu setzen.



Wilhelm Dittmann, 1874-1954

Das Reich war noch jung, viele seiner Glieder grollten dem Reichsgründer und empfanden sein Werk als eine Zwangsvereinigung, waren somit an einer Mehrung des Reiches durch einen Sieg nicht interessiert. Der neue Stand der Arbeiter fühlte sich im Reich nicht zuhause.

Nur eine starke, rücksichtslose Hand hätte die Widerstrebenden während des Krieges zum Wohl des Ganzen zusammenzwingen können. Ludendorff hatte die Kraft, aber er war Militär, kein Politiker.

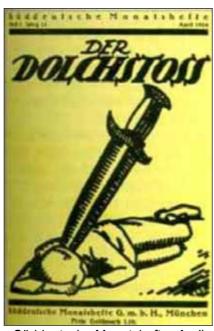
Der Erste Weltkrieg war die erste große Kraftprobe für das neue Deutsche Reich. Das Reich hat die Kraftprobe nicht bestanden - wir Nachfahren tragen immer noch die Folgen.

Der jüdische Marxismus hat unter den nichtjüdischen Reichsbürgern tatkräftige Mitstreiter gefunden, ohne deren Hilfe das Zerstörungswerk nicht in diesem Umfang gelungen wäre: Friedrich Engels, August Be-

> bel, Wilhelm Liebknecht, Wilhelm Dittmann, Emil Barth, Georg Ledebour, Richard Müller, Wilhelm Pieck.

> Und: Nicht alle Juden waren Marxisten. In allen Bereichen des damaligen Daseins haben sich Juden in der verschiedensten Weise betätigt. Viele ungenannte Juden liebten ihr Gastland und waren bereit, es mit ihrem Leben zu verteidigen. Mehrere tausend jüdische Soldaten sind gefallen, z. B. der erwähnte SPD- Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank.

Die bitterste Anklage gegen den Dolchstoß stammt von dem zum Katholizismus übergetretenen Juden Nikolaus Coßmann, dem Herausgeber der Süddeutschen Monatshefte. Mit dem Heft: "Der Dolchstoß" zog er sich eine Anklage wegen Geschichtsfälschung zu, die im Münchner Dolchstoß-Prozeß von 1925 verhandelt wurde.



Süddeutsche Monatshefte, April 1924. Die Süddeutschen Monatshefte wurden herausgegeben von dem Juden Nikolaus Coßmann, 1869-1942

Die Folge

Der Strom der Geschichte aber sucht sich meist das breiteste Bett, um weiter zu fließen.

Am 10. November 1918 erfährt ein augenverletzter junger Gefreiter im Lazarett von Pasewalk in Pommern das Ergebnis der Revolution. Halbblind tastet er sich zum Schlafsaal und wirft sich weinend auf sein Lager:⁵²

"Es war alles umsonst gewesen. Umsonst all die Opfer und Entbehrungen, umsonst der Hunger und Durst von manchmal endlosen Monaten, vergeblich die Stunden, in denen wir, von Todesangst umkrallt, dennoch unsere Pflicht taten, und vergeblich der Tod von zwei Millionen, die dabei starben. Mußten sich nicht die Gräber all der Hunderttausende öffnen, die im Glauben an das Vaterland einst hinausgezogen waren, um niemals wiederzukehren? [...] Was folgte, waren entsetzliche Tage und noch bösere Nächte – ich wußte, daß alles verloren war. Auf die Gnade des Feindes zu hoffen, konnten höchstens Narren fertig bringen oder – Lügner und Verbrecher. In diesen Nächten wuchs mir der Haß, der Haß gegen die Urheber dieser Tat."

Und er beschloß, "Politiker zu werden", um seine Vorstellung vom Heil ins Werk zu setzen.

Literatur

- H. G. Adler, *Die Juden in Deutschland*, München 1960
- Johannes Rogalla von Bieberstein, "Jüdischer Bolschewismus", Mythos und Wirklichkeit, Schnellroda, 2003
- Wolfgang Breithaupt, Volksvergiftung, Dokumente der Vorbereitung des 9. November 1918, Berlin, 1925
- Konteradmiral a. D. Brüninghaus, Die politische Zersetzung und die Tragödie der deutschen Flotte, dargestellt unter Benutzung amtlichen Aktenmaterials, Berlin, 1926
- Hellmut Diwald, Die Erben Poseidons, Seemachtspolitik im 20. Jahrhundert, München 1984
- Herman Fehst, Bolschewismus und Judentum, Berlin 1934
- Georg Franz-Willing, Die Finanzierung der Novemberrevolution 1918, Rosenheim 1999
- Georg Franz-Willing, Ursprung der Hitlerbewegung 1919-1922, Preußisch Oldendorf 1974
- Nahum Goldmann, Der Geist des Militarismus, Stuttgart 1915
- Sebastian Haffner, Die Deutsche Revolution 1918/19, Berlin 1979/2002
- Hans Herzfeld, Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg, Leipzig, 1928
- Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1934
- Hans-Helmuth Knütter, Die Juden und die Deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918-1933, Düssel-

dorf 1971

- Hermann v. Kuhl, Die Kriegslage 1918, 1922
- Erich Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914-1918, Berlin 1919
- Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, hrg. von Erich Ludendorff, Berlin 1922, 3. Aufl.
- Sonja Margolina, Das Ende der Lügen, Berlin 1991
- Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914,
 hg. von Werner E. Mosse, Tübingen 1976
- Eugen Prager, Geschichte der USPD, Berlin, 1921
- Gerhard Schmolze, (Hg.), Revolution und R\u00e4terepublik in M\u00fcnchen 1918/19, D\u00fcsseldorf 1969
- Süddeutsche Monatshefte, Heft 7, Jahrgang 21: "Der Dolchstoβ", April 1924
- Heft 8, Jahrgang 21, Die Auswirkung des Dolchstoβes, Mai 1924
- Erich Otto Volkmann, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege, Berlin 1925
- Shulamit Volkov, Die Juden in Deutschland 1780-1918, München 1994
- Robert F. Wheeler, USPD und Internationale, Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt 1975
- August Winnig, Vom Proletariat zum Arbeitertum, Hamburg 1930
- Gottfried Zarnow, Der 9. November 1918, Die Tragödie eines großen Volkes, Berlin 1933
- v. Zwehl, Der Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres, 1921

Anmerkungen

- Hier ist an die Balfour-Deklaration zu erinnern, die den Juden eine Heimstatt in Palästina versprach. Damit wurde das Interesse des Judentums auf Seite der Alliierten in die Waagschale gelegt, während es zuvor zwei etwa gleichstarke Gruppen gab: eine prodeutsche Fraktion und eine proalliierte. (Anm. d. Red.)
- ² Urkunden OHL, S. 553f.
- ³ AaO., S. 538
- ⁴ AaO., S. 544
- ⁵ AaO., S. 546
- ⁶ AaO., S. 552
- ⁷ AaO., S. 553
- ⁸ AaO., S. 563f.
- ⁹ AaO., S. 573
- Zarnow, 9. November, S. 90.
- ¹¹ Urkunden OHL, S: 577.
- Ludendorff, *Erinnerungen*, S. 614.
- ¹³ AaO., S. 69.
- ¹⁴ Ludendorff, *Erinnerungen*, S. 617.
- ⁵ Urkunden OHL, S. 580.
- ¹⁶ AaO., S. 580.
- ¹⁷ Volkmann, S. 217f.
- ¹⁸ Urkunden OHL, S. 580f.
- ¹⁹ Schmolze, S. 99.
- ²⁰ AaO., S. 227.
- ²¹ Zarnow, S. 112.
- ²² Neue Zürcher Zeitung vom 17. 12. 1918.
- ²³ Haffner, S. 123.
- ²⁴ AaO., S. 149.

- ²⁵ Ludendorff, Erinnerungen, S. 618-620.
- ²⁶ Franz-Willing, *Ursprung*, S. 13-26.
- ²⁷ Bieberstein, S. 54f.
- ²⁸ Jesaja, 65, 17-25.
- ²⁹ Jesaja 60, 9-11.
- ³⁰ Jeremia 46, 28.
- ³¹ Jesaja, 11, 1f.
- ³² Vgl. Bieberstein, S. 47-91.
- ³³ Goldmann, S. 38.
- ³⁴ Winnig, S. 183.
- ³⁵ AaO., S. 187f.
- ³⁶ Zarnow, S. 78.
- ³⁷ Breithaupt, S. 26.
- ³⁸ Breithaupt, S. 87.
- ³⁹ Vgl. das angegebene Material. Die eingehendste Darstellung bringt Wolfgang Breithaupt: *Volksvergiftung*. Eine umfassende

- Untersuchung der Vorbereitung zur Novemberrevolution steht noch aus
- ⁴⁰ Vgl. vor allem Georg Franz-Willing, Die Finanzierung der Novemberrevolution 1918
- ⁴¹ Vgl. die detaillierten Schilderungen bei Wolfgang Breithaupt.
- ⁴² AaO., S. 11; Volkmann, S. 213.
- 43 Breithaupt, S. 62.
- ⁴⁴ Siehe Sir Campbell Stuart, Secrets of Crew House, London 1920.
- ⁴⁵ Franz-Willing, *Novemberrevolution*, S. 20.
- ⁴⁶ AaO., S. 18f.
- ⁴⁷ Siehe die detaillierte Darstellung von Sonja Margolina.
- ⁴⁸ Breithaupt, S. 88.
- ⁴⁹ Volkmann S. 181f.
- Breithaupt, S. 94.
- Ludendorff, Erinnerungen, S. 621.
- ⁵² Hitler, *Mein Kampf*, S. 223-225.

Major Reder, Gefangener antideutschen Hasses

Von Zoltán Bruckner

Vor 20 Jahren, am 24. Januar 1985 wurde in Italien der letzte deutsche Kriegsgefangene des Zweiten Weltkrieges entlassen. Er war seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, also fast 40 Jahre lang, in Gefangenschaft gehalten worden – verurteilt wegen eines Massakers, das nie stattgefunden hat. Hier sind die wichtigsten Stationen seines Lebens, die zu seinem Schicksal wurden.

Walter Reder wurde am 4. Februar 1915 in Freiwaldau in Schlesien geboren das damals österreichisch war. Am Kriegsende, als dieser Teil Schlesiens dem neugeschaffenen Vielvölkerstaat Tschechoslowakei zugeschlagen wurde, (der dann 70 Jahre später wieder von selbst zerfiel) übersiedelte die Familie nach Rest-Österreich. Walter Reder besuchte die Grundschule und das Realgymnasium in Wien und Steyr (Niederösterreich) und absolvierte danach die Handelshochschule in

Linz. In seiner Einstellung deutschnational, entschied er sich mit 19 Jahren zum Soldatenberuf. 1934 ließ er sich als Offiziersanwärter beim Waffen-SS-Regiment "Deutschland" in München anwerben. Er war Nationalsozialist und bekannte sich immer zu dieser Ideologie. 1936 wurde er Untersturmführer (entsprechend dem Dienstgrad Leutnant) der Waffen-SS.

Frontoffizier seit dem ersten Tag des Krieges

Am 1. September brach der Krieg aus, der später zum Zweiten Weltkrieg wurde. Reder war vom ersten Tag als Frontoffizier dabei. Er kämpfte in Polen, in Frankreich und in Rußland, überall in der ersten Linie. Er zeichnete sich durch persönliche Tapferkeit und durch Führungseigenschaften aus, bekam immer höhere Aufgaben: Kompanie- und Bataillonskommandant; wurde zum Obersturmführer und dann Hauptsturmführer der Waffen-SS befördert (Oberleutnant, bzw. Hauptmann), und mit dem EK II. und EK I. sowie dem Deutschen Kreuz in Gold ausgezeichnet. Diese Orden bekam er nicht umsonst. Er wurde mehrere Male verwundet: ein Gewehrschuß durchbohrte ihm den Hals, sein Knie wurde beschädigt. Im Februar 1943 nahm er als Kommandant eines Panzerbataillons in der Schlacht um Charkow teil. Die Schlacht führte zur (zeitweiligen) Zurückeroberung von Charkow, vielleicht der größte Sieg der sich zurückziehenden deutschen Armee in Rußland. Über diesen Sieg erfuhr er jedoch erst, als er im Lazarettbett erwachte. Sein linker Unterarm wurde amputiert, seine rechte Hand war radial gelähmt. Er wurde bis zum Ende des Jahres im Krankenhaus gepflegt. Mit seinen Verdiensten und Kriegsschäden hätte er leicht einen Dienst in einem Stab bekommen, aber er meldete sich wieder zum Frontdienst zurück. Sein nächster Einsatz war als Kommandant der 16. Panzer-Aufklärungsabteilung der 16. SS-Panzer-Grenadier-Division in Jugoslawien. Am 1. Januar 1944 wurde er zum Sturmbannführer der Waffen-SS (Major)

befördert. Im März des gleichen Jahres wurde die Einheit nach Wiener Neustadt verlegt, und am 19. März folgte der Einmarsch in Ungarn, der den Abfall dieses Landes, des letzten Verbündeten Deutschlands im Schlußkampf gegen die Sowjetunion, verhinderte. (Als Kuriosum kann genannt werden, daß die Okkupation Ungarns - Dank des mutigen und diplomatischen Auftritts von Otto Skorzeny bei der Besetzung des Regierungsviertels in Budapest - nur ein einziges Menschenleben kostete: ein hitzköp-



Walter Reder nach seiner Freilassung

figer Leutnant, der trotz ausdrücklichem Befehl des Reichsverwesers *Horthy* Widerstand leistete, wurde von deutschen Soldaten erschossen.) In Mai, nach zwei oder drei Wochen Ausbildungskurs kam Major Reder zu seiner Einheit, der Pz.Aufkl.Abt. 16 zurück, die damals schon nach Italien verlegt war.

Die Rückkehr der Mafia

Die Alliierten landeten am 10. Juli 1943 auf Sizilien. Schon bei der aller ersten Landungswelle hatten sie italienische Mafiabosse mit dabei, die in den dreißiger Jahren, als Mussolini das Land vom organisierten Verbrechertum gesäubert hatte, aus Italien geflüchtet waren und sich in den USA niederlassen hatten. Sie sollten jetzt den Alliierten mit der Organisierung der Unterwelt gegen die Faschisten und ihren deutschen Verbündeten helfen. (Wie gut sie sich organisieren konnten, das können wir noch in unseren Tagen bezeugen.)

Erbärmlicher König

Am 25. Juli tritt Mussolini nach einem Mißtrauensvotum in der eigenen faschistischen Partei zurück. Er bat König Victor Emanuel um eine Abschiedsaudienz. Der König empfing ihn, dankte ihm mit überschwänglicher Freundlichkeit, für seinen Einsatz, umarmte ihn zum Abschied – und ließ ihn beim Verlassen des Audienzsaales verhaften.

Verräter Badoglio

Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Marschall Badoglio folgte ihm als Ministerpräsident. Badoglio versicherte dem Oberkommandierenden der deutschen Streitkräfte in Italien, daß sein Land seine Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten einhalte. Das war dessen Bedingung, um die Ernennung, die übrigens für ihn "ganz überraschend" kam(!), zu akzeptieren! (Aber der deutsche Abhördienst - Görings "Forschungsamt" hat schon am 29 Juli ein Telefongespräch zwischen Churchill und Roosevelt abgehört, aus welchem offenbar hervorging, daß Badoglio seit längerer Zeit mit dem alliierten Oberkommando in Kontakt war.) Die erste alliierte Landung auf dem italienischen Festland erfolgte am 3. September bei Reggio del Calabria. Die nächste folgte am 8. September im Golf von Santa Eufemia. Am 9. September wurde die Kapitulation Italiens bekanntgegeben. (In Wirklichkeit haben Badoglio und Eisenhower zwischen dem 31. August und dem 3. September in dessen Hauptquartier auf Sizilien verhandelt.) Am gleichen Tag, dem 9. September geschah eine neue Landung bei Salerno, weit hinter dem Rücken der deutschen Streitkräfte. Es hat sich gezeigt, daß Badoglios Stab bei den Verhandlungen auf Sizilien den Amerikanern den Plan über die Minensperren und die minenfreien Seefahrtswege im Golf von Salerno überreicht hatte. (Man kann an Hitlers Worte denken: "Hast du die Italiener als Verbündete, brauchst du keine anderen Feinde!") Badoglios erste Handlung nach Bekanntgabe der Kapitulation war, daß er aus seiner sicheren Stellung im Schutz der Alliierten die Italiener durch Sendungen im Radio Brindisi aufforderte, "alle Deutschen, die sie erreichen können, wo und wann immer sich dazu Gelegenheit bietet, schonungslos zu ermorden!"

Skorzenys Coup

Mussolini wurde nach seiner Verhaftung "an unbekanntem Ort" verwahrt, und die Verstecke wurden mehrmals gewechselt. Schließlich wurde er doch, bewacht von ungefähr 200 Carabinieris, in einem Berghotel in 2000 Meter Höhe unter dem 2914 Meter hohen Gipfel des Gran Sasso (bei L'Aquila, etwa 100 Kilometer nordöstlich von Rom) aufgespürt. Er wurde dann am 12. September von dem schon erwähnten Otto Skorzeny befreit, der dieses Husarenstück geplant und mit Hilfe seiner Fallschirmsoldaten auf 12 Lastenseglern der Typs DSF 230 durchgeführt – letztere wurden von

dreimotorigen Ju 52 herangeschleppt und in großer Entfernung ausgeklinkt, um den Berg in lautlosem Gleitflug zu erreichen. Der Duce wurde mit Skorzeny zusammen vom Plateau vor dem Hotel aus mit einem Fieseler Storch 156 nach Rom geflogen, die Fallschirmsoldaten verließen den Berg mit der Seilbahn. Mussolini wurde dann im April 1945 bei Menaggio am Como-See, nahe der schweizerischen Grenze, von kommunistischen Partisanen unter Führung eines britischen Majors ermordet. Seine Leiche wurde bei einer Tankstelle an den Füßen aufgehängt, durch ein paar hundert MP-Schüsse durchlöchert, und tagelang der allgemeinen Betrachtung überlassen.

Heimtücke

Badoglios Mordaufrufe trugen Früchte. Während die Alliierten unter vollständiger Luft- und Seeüberlegenheit gegen harten deutschen Widerstand sich langsam den italienischen "Stiefel" hinaufkämpften, formten sich überall in den Bergen hinter den deutschen Linien anfangs kleine, später immer größere Partisanengruppen, die - von den Alliierten großzügig mit Waffen und Kommunikationsmitteln versorgt - Brücken und Fahrzeuge sprengten (sie schonten nicht einmal Sanitätsfahrzeuge) und einsame oder in kleineren Gruppen patrouillierende Soldaten aus dem Hinterhalt ermordeten, über Polizeistationen herfielen usw. Nicht einmal vor ihren eigenen Landsleuten machten sie Halt. "Carabinieris" (italienische Polizisten) waren für sie genauso "legitime" Ziele, wie Zivilisten, die sich weigerten, mit ihnen zusammenzuarbeiten und sie mit Informationen und Lebensmitteln zu versorgen, oder die einfach zur falschen Zeit am falschen Ort waren, so daß sie sich gefährdet fühlten. Den offenen Kampf vermieden sie konsequent. Uniform trugen sie nicht – außer bei Gelegenheit Uniformen der Deutschen Wehrmacht oder der faschistischen Miliz, die sie den ermordeten Opfern abnahmen. Wurden sie von überlegenen Truppen bedrängt, versteckten sie ihre Waffen und verwandelten sich in friedliche Schafhirten oder Dorfbewohner. Die Führungskader und ein Teil der Mannschaft waren Kommunisten, der Rest gewöhnlicher Abschaum und Kriminelle.

Die Frontlage

So war die Lage, als Major Reder in Italien eintraf. Dort hatten die Deutschen von Küste zu Küste eine stark befestigte Linie – die sogenannte Gotenlinie – ausgebaut. Es galt zu verhindern, daß die Alliierten die Po-Ebene vor dem Winter 1944-45 erreichen könnten. Major Reders Pz.A.A. 16 befand sich von September bis Dezember im mittleren Sektor der Gotenlinie. Dort verliefen zwei parallele Eisenbahnlinien sowie zwei kurvenreiche Bergstraßen von Bologna im Norden bis Pistoia bzw. Prato und weiter nach Florenz im Süden; die lebenswichtig für die Versorgung des ganzen mittle-

ren Sektors waren. Die westliche Linie folgt dem Tal des Reno, die östliche dem Tal der Setta. Die beiden Flüsse vereinigen sich etwa 20 Kilometer südlich von Bologna.

Die Partisanen und ihr selbsternannter Major

Und genau an diesem Bergrücken operierte eine kommunistische Guerillagruppe unter der Leitung eines ehemaligen Feldwebels der italienischen Armee: Mario Musolesi. Er beförderte sich selbst zum Major, nannte sich "Il lupo" – der Wolf. Unter diesem Namen "Major Lupo" ist er auch berühmt und berüchtigt geworden. Bis September 1944 sammelte er etwa 2000 "Widerstandskämpfer" um sich: Kommunisten, Brigantis, Ausgestoßene der Gesellschaft, und sonstigen Abschaum. Die nahegelegene Großstadt Bologna war fruchtbarer Boden für solche Elemente, außerdem - oder gerade darum - eine Hauptfeste des Kommunismus in Italien. -Um ehrlich zu sein, muß man sagen: Es gab auch gewöhnliche arme Bauern unter Musolesis Partisanen, er war nämlich nicht sehr wählerisch mit seinen Rekrutierungsmethoden! Er zwang die Bauern zur Zusammenarbeit, wenigstens zu Aufklärungs- und Versorgungsdiensten. Und wenn jemand diese Dienste verweigerte, dann hatte der Betreffende gewöhnlich nicht sehr lange Zeit, um seine Weigerung zu bedauern. Aus dem selben Grund ist auch die Zahl der Untergebenen von Major Lupos sehr unsicher. Die genannte Zahl 2000 bildet die obere Grenze. Wie dem auch sei, Musolesis Brigade "Stella rossa" [Roter Stern] war eine der größten Partisanenbanden Italiens.

Im September wuchsen die Aktivitäten der Terrorbrigade zu solchen Dimensionen an, daß sie eine ernste Gefährdung für die deutsche Kriegsanstrengungen und die Sicherheit der Truppen ausmachten. Generalfeldmarschall Keßelring, der deutsche Oberbefehlshaber in Italien, stand vor einer schweren Entscheidung. Die amerikanische 5. Armee bedrängte hart die Gotenlinie nur 20 Kilometer weiter südlich. Von dort Truppen ab-

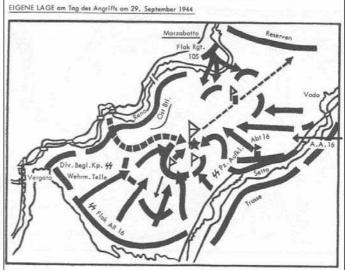
zuziehen, hätte eine unmittelbare Gefahr des Durchbruchs bedeutet. Aber mit einer so starken Partisanenbrigade im Rücken konnte eine erfolgreiche Abwehr der Angriffe auch nicht garantiert werden. Er beorderte General Max Simon, mit seiner 16. SS-Pz.Gren.Div., zu der Major Reders Pz.A.A. 16 gehörte, die Brigade Stella rossa niederzukämpfen. Er bekam einige kleinere Armee- und Fallschirmtruppeneinheiten zur Unterstützung. Major Reder arbeitete die Pläne aus.

Die Lage wird auf Major Reders beiden Kartenskizzen dargestellt. Die erste zeigt die Position des Feindes (der Stella rossa Brigade), die zweite den Angriffsplan selbst. Der Abstand der beiden Flüsse Reno (links und oben) und Setta (rechts und unten) beträgt an dieser Stelle etwa 8 Kilometer. Das Gebiet dazwischen ist wild zerklüftetes Bergsterrain, mit niederem Gebüsch bewachsen und fast unbewohnt. Nur zwei kleine Dörfer, San Martino und Cadotto, liegen auf dem Bergrücken, der 600-650 Meter hoch ist. Der höchste Punkt ist Monte Sola in der Nähe von San Martino. Dort hatte Musolesi sein Hauptquartier eingerichtet. Er war gut versorgt mit allerlei Schnellfeuerwaffen, Granatwerfern und Funkausrüstung. Die Flugaufklärung zeigte auch, daß er eine regelrechte Festung mit Schützengraben und befestigten Punkten ausbaute.

Der Kampf gegen die Partisanen

Die Truppenzusammenziehung gegen seine Brigade kam für ihn nicht überraschend. Der Priester in Marzabotto war ein getreuer Seelsorger für seine Lämmer – und Wölfe. Er kam in die Dörfer und berichtete alles von Bedeutung. (Nach dem Kriege wurde er für die kommunistische Partei Parlamentsabgeordneter seiner Heimatstadt.) *Il Lupo* hätte seiner früheren Taktik folgen und sich mit seinen Männern (und Frauen) als friedliche Zivilisten "verflüchtigen" können. Aber dann wäre sein Hauptquartier mit allen angesammelten Waffen verlorengegangen. Möglicherweise hat er auch damit gerechnet, daß die Amerikaner die Gelegenheit zum





Lagepläne vor (links) und während der Operation (rechts).

Durchstoß durch die Gotenlinie ausnützen und ihn dadurch entlasten würden - gleichzeitig wäre ihm eine große Ehre zuteil geworden! Wie auch immer, er blieb und bereitete sich auf eine Verteidigung vor. Der konzentrische Angriff der Deutschen startete im Morgengrauen des 29. September. Er wurde von General Max Simon geleitet. Major Reders Pz.A.A. 16 lag im Settatal (s. Skizze). Der Major selbst konnte seine Marschformation aufgrund eines Knieschadens nicht persönlich führen, er folgte den Kämpfen mit dem Feldstecher von der anderen Seite des Flusses aus, und gab seine Instruktionen per Funk. Die Truppen mußten sich ihren Weg den Berg hoch überall hart erkämpfen und wurden mit mörderischem Feuer aus Schnellfeuerwaffen empfangen, am stärksten auf der Ostseite, wo Reders Einheit war. Auf dem Bergrücken kämpften sie sich von Befestigung zu Befestigung vor, die oft mit Flammenwerfern niederkämpft werden mußten. Sie bekamen Hilfe von dem Artillerie- und Flakregiment der Division. Nach dem Fall des Hauptquartiers wurde der Kampf in den Dörfern fortgesetzt. Il Lupo hielt die Dorfbewohner mit Gewalt fest, dadurch starben viele von ihnen zusammen mit den Mitgliedern der Brigade. Am Abend war alles vorbei. Schon am folgenden Tag wurde die Division zur Front zurückverbracht, wo die Amerikaner inzwischen einen tiefen Einbruch in die Gotenlinie gemacht hatten. Zurückgeblieben auf dem Berg waren 270 tote Zivilisten - mit oder ohne Waffen. Musolesi war unter den Toten. Sicherlich sind viele von seinen Banditen entwischt oder konnten sich in Grotten und unübersichtlichen Schluchten verstecken, aber die Brigade Stella rossa war vernichtet. Reders eigene Verluste betrugen 24 Tote, 6 Vermißte und 40 Verwundete. Die Verluste der übrigen Truppen sind unbekannt. Der Einbruch in die Gotenlinie wurde zurückerobert, und die Linie konnte bis zum Frühjahr 1945 gehalten werden. In März wurde Reder zum Kommandanten des 26. SS-Pz.Gren.Reg. ernannt (innerhalb der 16. SS-Pz.Gren.Div.), die nach Ungarn verlegt wurde. Er wurde jedoch mit Verletzungen an beiden Knien im Lazarett gepflegt und konnte erst am 4. Mai wieder an die Front in Österreich reisen. Am 10. Mai wurde er in Salzburg von den Amerikanern gefangen genommen.

Ein Überläufer

Inzwischen ereignete sich etwas ohne sein Wissen, was verhängnisvolle Folgen für sein Leben haben sollte. Einige Tage nach der Schlacht gegen die Brigade Stella rossa desertierte ein junger Soldat seiner Einheit, ein Elsässer namens Julien Legoli. Er lief zu den Amerikanern über und erzählte eine vollkommen aus der Luft gegriffene Geschichte über ein Massaker in Marzabotto, auf direkten Befehl und unter persönlicher Kontrolle von Major Reder. Was für Motive er dazu hatte, kann man heute nur noch raten. Wahrscheinlich hatte er die Nase voll vom Krieg, und mit seiner Erzählung wollte

er sich bei den Feinden eine günstige Ausgangslage schaffen. Bekanntlich lieben die Feinde zwar jederzeit den Verrat, nicht aber den Verräter! Und Legolis Lage war heikel: Als Elsässer wurde er von den Alliierten als doppelter Verräter betrachtet. Erstens, weil er - als französischer Staatsbürger - sich freiwillig zur deutschen Waffen-SS gemeldet hatte, und zweitens, weil er von dort desertierte. Um sein Leben zu retten, brauchte er gewichtige Gründe! Die Amerikaner waren nicht besonders imponiert von seiner Geschichte, doch war sie interessant genug, um sie an ihre französischen Kollegen weiterzuleiten; und so wurde Legoli zum römischen Büro des französischen Nachrichtendienstes Deuxiéme Bureau überstellt. Das hat seine Aussichten verschlechtert, darum spann er die Geschichte noch weiter. Der Kern der Geschichte war, daß Reder in Marzabotto ohne jeden Grund die Erschießung von 1830 Zivilisten, darunter 5 Priester und eine größere Anzahl Frauen und Kinder befohlen habe, und dann die ganze Stadt niederbrennen ließ. Das Deuxiéme Bureau leitete diese Angaben an die Badoglio-Regierung weiter. Die Kommunisten und der britische Militärsender in Bari verbreiteten die Geschichte, und allmählich wurde sie ein "etabliertes Faktum", eine allgemein bekannte "historische Tatsache" - und Reder wurde ein "Kriegsverbrecher". Der Marzabotto-Mythos war geboren.

Hausarrest oder Angebot zur Flucht

Die Amerikaner setzten am 15. Mai den einarmigen, mehrfach kriegsversehrten und teilweise gelähmten Offizier unter Hausarrest. Das bedeutete nur, daß er Salzburg mit Umgebung nicht verlassen durfte. Aber als italienische Behörden seine Auslieferung verlangten, verhafteten sie ihn erneut und sperrten ihn ins Lager Glasenbach, nahe Salzburg ein. In zwei Jahren forschte man in Reders militärischem Tun und Lassen, zweimal verweigerte man das Begehren der Italiener - nichts hat man in seiner Vergangenheit gefunden, was eine Auslieferung hätte rechtfertigen können. Während dieser Zeit (1947) wurde Generalfeldmarschall Keßelring, Reders höchster Chef in England vor Gericht gestellt, und in einem zwei Jahre lang dauernden Prozeß zu Tode verurteilt. Danach folgte der Prozeß gegen General Max Simon, Reders unmittelbaren Vorgesetzten. Auch dieser Prozeß endete mit Todesurteil. In beiden Fällen spielte Julien Legolis schriftliche "Zeugenaussage" [s.g. affidavit] eine Rolle, aber Legoli selbst erschien bei keinem der beiden Prozessen persönlich. (Dem britischen Historiker A.J.P. Veale zufolge war er zu diesem Zeitpunkt schon tot, beseitigt durch das Deuxiéme Bureau.) Die beiden Todesurteile gegen die beiden untadeligen Offiziere lösten doch bei britischen Militärs so starke Proteste aus, daß die Urteile zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe umgewandelt und beide Gefangenen einige Jahre später still und leise entlassen wurden. Italien änderte dann seine Taktik und machte seine Forderungen England gegenüber geltend. So waren es jetzt die englischen Militärbehörden, die Reders Auslieferung begehrten. Am 29. September 1947, auf den Tag 3 Jahre nach der Schlacht gegen die Brigade Stella rossa, wurde Reder an die Briten ausgeliefert. Auch sie untersuchten, was der Major getan hatte, aber auch sie fanden nichts Belastendes. Im Gegenteil: Sie waren so von seiner Unschuld überzeugt, daß sie ihm eine Fluchtmöglichkeit boten: eine Woche "Urlaub" zu Weihnachten. Aber Reder kam zurück – er hatte ein reines Gewissen – und sträfliche Naivität. Aber die Briten stellten ihn weder vor Gericht, noch entließen sie ihn. Sie lieferten ihn statt dessen am 13. Mai 1948 an Italien aus.

Schauprozeß

Der Prozeß wurde in Bologna eröffnet, das nicht nur Hauptfeste der Kommunisten war, sondern auch Sitz der Partisanen. Die Kommunisten waren enttäuscht, daß sie weder Keßelring noch Max Simon "bekamen" und setzten eine Medienkampagne in Gang. In dieser Atmosphäre begann die Militär-Staatanwaltschaft mit der Zusammenstellung der Anklageschrift. Die Ankläger brauchten dafür drei Jahre. Ein General bei der Staatsanwaltschaft starb plötzlich. Sein Ersatzmann wurde ein gewisser Stellacci, ein 28-jähriger Dozent an der Universität, der nicht einen einzigen Tag seines Lebens Soldat gewesen war. Er wurde zum Leutnant ernannt, beim Beginn des Prozesses zum Hauptmann befördert. Aber das reichte nicht aus! Laut allgemein anerkannten Regeln des militärischen Rechtswesens soll ein Ankläger mindestens den gleichen Rang haben wie der Angeklagte. Als die Verteidigung auf diese Tatsache hinwies, wurde besagter Leutnant zum Major ernannt. Er konnte jedoch keine haltbaren Tatsachen gegen Major Reder vorbringen, und nahm dafür zu einer Sprache Zuflucht, die eher in eine Kneipe als in einen Gerichtssaal gepaßt hätte und beschimpfte Walter Reder als Mörder, Untier, Hyäne, Räuber und Landesverräter. (Das letztgenannte, weil Reder 1934 Österreich verlassen hatte und sich in Deutschland zum Dienst gemeldet hatte.) Er verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß Reder sein Ritterkreuz für die Ermordung kleiner Kinder in Rußland erhalten habe." In den haßerfüllten Ergüssen des Anklägers spukte auch Legolis "Zeugenaussage" herum, aber - wie gesagt - Legoli war für ein Kreuzverhör nicht erreichbar.

Typischer Kriegsverbrecher-Prozeß

Im übrigen lief der Prozeß nach dem Schema der übrigen Kriegsverbrecherprozesse: Die Ankläger hatten dreieinhalb Jahre zur Vorbereitung des Prozesses, die Verteidigung bekam dafür zwei Monate. Reder konnte aufgrund seiner mäßigen Kenntnisse des Italienischen dem Gerichtsverfahren nur in groben Zügen folgen. Eine Übersetzung der Anklageschrift hat Reder nie bekommen. "Präparierte" Zeugen traten auf, und wenn sie

sich nicht an die im Voraus einstudierten Aussagen hielten, bekamen sie Prügel. Die Zeugen der Verteidigung wurden bedroht und handgreiflich angegriffen, Richter eingeschüchtert. Der Anwalt der Verteidigung mußte um Polizeischutz ersuchen. Während des ganzen Gerichtserfahrens tobte der Mob auf der Straße. Der Abschaum der Gesellschaft, mit festen Tageslohnsätzen von der KPI (Italiens kommunistische Partei) bezahlt, demonstrierte vor dem Gerichtsgebäude und forderte den Tod des deutschen Offiziers.

Reders Anklage enthielt acht Punkte. Fünf davon wurden während des Verfahrens hinzugefügt, zumeist als "Ballast" gedacht, um die Objektivität des Gerichtes hervorzuheben – er wurde in diesen Punkten *aufgrund mangelnder Beweise* auch freigesprochen –, schuldig befunden wurde er in drei Anklagepunkten:

- 1. Die Hinrichtung von Geiseln bei Bardine. Diesbezüglich hat er sowohl seine eigene Anwesenheit wie auch die seiner Einheit verneinte, und die Anklage konnte auch keine Beweise erbringen.
- 2. Eine Strafaktion gegen eine andere Brigade nördlich von Massa-Carrara im August 1944.
- 3. Die Aktion gegen die Brigade Stella Rossa. Das Verbrechen, das man ihm vorwarf: er sei verantwortlich für den Tod italienischer Zivilisten (die Zahl 270 wurde erwähnt).

Marzabottos Niederbrennung und die Tötung der Einwohner war im Urteil nicht genannt. Das Urteil lautete auf lebenslange Gefängnisstrafe und Degradierung. Letzteres war reiner Unsinn, denn kein Gericht hatte das Recht, Reder den Majorsrang abzuerkennen (außer vielleicht ein deutsches Militärgericht – aber ein deutsches Militär gab es damals gar nicht mehr.)

Das Urteil mag dem Richter einigen Mut abverlangt haben, denn die italienische "Öffentlichkeit" forderte, aufgeputscht durch die Massenmedien, ein Todesurteil. Reders Leben war zwar gerettet, und das Urteil zeigte auch, daß die Richter Reder für unschuldig hielten – aber kein Gericht konnte das offen sagen. Das hätte nicht nur unmittelbare Lebensgefahr für die Richter, sondern auch den Sturz der Regierung bedeutet. Das politische Gleichgewicht war nicht belastbar. Die Macht der Kommunisten war groß, und man wollte nicht ihre vollständige Machtübernahme heraufbeschwören, denn sie konnten jederzeit den Pöbel auf den Straßen mobilisieren.

Die Revision

Reder meldete sofort "Rekurs" an, das heißt: er begehrte Revision. Das Oberste Militärgericht in Rom prüfte den Richterspruch von Bologna und machte einige Korrekturen: in den fünf Anklagepunkten, wo Reder aufgrund mangelnder Beweise freigesprochen worden war, wurde die Begründung jetzt auf erwiesene Unschuld geändert, "weil er die Tat[en] nicht begangen hat". (Das galt für die Tötung von 560+70+200 Personen auf verschiedenen Schauplätzen.) Aus den übrigen

Anklagepunkten wurde der erschwerende Umstand der vorsätzlichen Tötung gestrichen, und die Degradierung aufgehoben. Reder sollte als bestrafter Kriegsgefangener gelten. Mehr konnten auch die Richter des Obersten Militärgerichts nicht machen: auch sie standen unter politischem Druck. Der neue Richterspruch wurde am 16. März 1954 verkündet. Reder mußte seine lebenslange Gefängnisstrafe antreten.

31 Jahre Festungshaft

Gaeta ist eine schöne, obwohl etwas verfallene Stadt, ungefähr auf halben Weg zwischen Rom und Neapel, auf einem sonnenüberfluteten Südhang am nördlichen Ende des Golfs von Gaeta gelegen. Die Stadt wird von einer massiven Landzunge mit senkrechten Felsenwänden dominiert, die eben den nördlichen Abschluß der Bucht bildet. Am hohen Plateau der Klippe stehen zwei starke Festungen: das Castello Aragonese und das Castello Angioino. Das Letztere wird für die nächsten 31 Jahre Major Reders Domizil. Das Schloß war lange Militärgefängnis der italienischen Armee, aber am Kriegsende wurde es seiner Insassen entleert, um für verurteilten Soldaten des besiegten Deutschland Platz zu machen. [Ist Deutschland von Italien besiegt worden??] Bei Reders Ankunft hatte die Burg einen einzigen Gefangenen: Herbert Kappler, Roms Polizeichef während der deutschen Besatzung. Jeder Gefangene hatte sein Zimmer im höchsten Stockwerk der Festung. Es gab einen gemeinsamen Leseraum mit Bibliothek und eine etwa 10 x 30 Meter große Dachterrasse, umzäunt von Stacheldraht. Die Bewachung war rigoros, die Behandlung über die Jahre wechselnd. Jahrzehnte nach dem Ende des Krieges saßen zwei ehemalige Soldaten in einem fremden Land (drei andere waren in Breda in Holland im Gefängnis eingesperrt). Alle Gnadenappelle wurden abgewiesen. Drei Päpste (Pius XII., Johannes XXIII. und Paul VI.), zahlreiche Kardinäle, Prälaten, Bischöfe, Staatspräsidenten und Regierungschefs aber auch militärische Kameradschaftsvereine (sowohl aus Österreich, wie auch auf Seiten der Alliierten), Juristen und - natürlich - Angehörige baten um Gnade für diese beiden Deutschen. Die Antwort war jedesmal Nein! Briefe durften sie, wenigstens in den späteren Jahren, unbegrenzt schreiben und empfangen. Auch Pakete waren, sorgfältig kontrolliert, zugelassen. Besuche durften sie auch empfangen. Kappler hat sogar in der Gefangenschaft geheiratet, eine Homöopathin aus Lüneburg. Aber er war schon unheilbar an Magen- und Darmkrebs erkrankt. Im Sommer 1977 wurde er in ein Militärlazarett verlegt. Seine Frau besuchte ihn dort und befreite ihn. Sie, eine passionierte Bergsteigerin, seilte ihren zum Skelett abgemagerten, nur 40 Kilogramm schweren, vom Tode gezeichneten Mann aus einem Fenster ab und entführte ihn im Kofferraum ihres Autos. An der Tür seines Krankenzimmers war ein Schild zurückgeblieben: "BITTE NICHT STÖREN!"

Er starb drei Wochen nach seiner Heimkunft in Lüneburg, noch während die Abgeordneten im Bonner Parlament eifrig debattierten, ob sie Kappler wieder an den NATO-Partner Italien ausliefern sollten. Reder ist einsam auf "seiner Burg" geblieben.

Ringen der Anwälte

Unterdessen waren doch die Juristen, die sich um Reders Freiheit bemühten, nicht untätig geblieben. 1980 drückten sie eine Wiederaufnahme des Falles durch. Diesmal gingen sie sehr durchdacht vor. Als erste Maßnahme ließen sie die Zuständigkeit für den Fall von Bologna nach Bari überleiten. Der formelle Grund war, daß Gaeta zu Bari gehörte.

Durch diesen Schritt entzogen sie den Gefangenen vom direkten Einfluß des haßerfüllten Pöbels, dessen Haß jedesmal erneut aufgepeitscht wurde, wenn Reders Fall im Parlament oder im Justizministerium verhandelt wurde, wodurch es jedesmal gelang, eine Milderung oder Aufhebung des Urteils zu verhindern. Die neue Strategie war erfolgreich: Reders Status als Kriegsgefangener wurde bekräftigt, und seine Freilassung – zwischen null und fünf Jahren nach dem Beschluß – beschlossen.

Erster Kontakt

Ich habe 1980 von Major Reders Schicksal gelesen und schrieb ihm einen Brief. Er antwortete sehr freundlich, und eine herzliche Kameradschaft entwickelte sich. Im September 1981 besuchte ich ihn das erste Mal in Gaeta. Früher im gleichen Jahr machte ich eine Reise nach Mexiko, und ich beschrieb ihm die unvergeßlichen Eindrücke dieser Reise: den majestätischen Anblick des schneebedeckten Vulkankegels des Popocatepetl, die bewundernswerten Ruinenstädte der Azteken und Mayas usw. (Er liebte Reisebeschreibungen, sie waren für ihn die einzige Art, etwas von der großen Welt zu erfahren, von der er 31 Jahre lang nur die Berge um Gaeta und den ungebrochenen Horizont des Meeres sehen konnte.) Vor meinem Besuch habe ich ihn brieflich gefragt, ob ich ihm einen Wunsch erfüllen könnte. "Ein Tequila" (mexikanischer Agave-Branntwein) - war seine Antwort. So landete meine Flasche Tequila, die ich aus Mexiko mitgebracht habe, in einem italienischen Militärgefängnis.

Besuchserlaubnis

Einen Besuch in Gaeta zu machen, war kein einfaches Unternehmen. Mindestens 3-4 Monate vorher mußte man sich entschließen. Zuerst mußte man mit dem Major brieflich das Datum des Besuchstages vereinbaren. Besuch von höchstens zwei Personen war im Prinzip an jedem Werktag erlaubt, samstags und sonntags nur mit Einschränkungen. Danach mußte man ein Gesuch bei der österreichischen Botschaft in Rom einreichen, die dasselbe nach sorgfältiger Prüfung der Person(en) mit einer Empfehlung an das italienische

Kriegsministerium weiterleitete, das dann nach nochmaliger gründlicher Prüfung die Besuchserlaubnis erteilte – oder auch verweigerte. Der Beschluß wurde beiden Parteien (dem Major und dem Besucher) mitgeteilt. Hotelzimmer für seine Besucher bestellte der Major selbst. In seinem letzten Brief vor dem geplanten Besuch schrieb er mir auf meine Frage, wie ich zum Schloß kommen kann: "Sagen Sie dem Taxifahrer nur: 'Maggiore Reder' – ich bin in der Stadt bekannt wie ein bunter Hund!"

Bei unserer Ankunft auf der Burg wurden meine Begleiterin und ich einer Leibesvisitation und einer Untersuchung mit Metalldetektor unterzogen. Einige Sachen mußten wir beim Eingang zurücklassen, diese bekamen wir beim Verlassen der Burg wieder zurück. Ich hatte ein Buch über Major Reder von Robert H. Drechsler, einem ehemaligen Kameraden von Reder, dabei, das ich mir vom Major signieren lassen wollte. Der diensthabende Wachoffizier blätterte in dem Buch und sagte: "Ich kenne es, ein sehr gutes Buch" – und gab es mir zurück. Ich hatte auch eine Kamera dabei um ein gemeinsames Bild vom Major und mir zu machen.

meinsames Bild vom Major und mir zu machen. Das war eigentlich nicht erlaubt, nur der Wachoffizier durfte (mit "gefängniseigener" Kamera) fotografieren, und den exponierten Film an den Besucher aushändigen. Aber er sagte, daß er vom Fotografieren nicht viel verstünde und ließ mich meine eigene Kamera mitnehmen.

Geachteter Offizier

Als wir ins Besuchszimmer geleitet wurden, und der Major, begleitet von zwei Soldaten, ebenfalls das Zimmer betrat, war mein erster Eindruck: mit welchem Respekt ihn alle behandeln. Fast als wäre er ihr Vorgesetzter. Ein Unteroffizier überwachte die Begegnung - diskret und nicht sehr gewissenhaft - und ein junger Wehrpflichtiger stand dem Major für persönlichen Dienst zu Verfügung. Wir wurden mit belegten Brötchen und Wein bewirtet, und konnten uns unbeschwert unterhalten. Der junge Soldat sah den Major mit unverhüllter Bewunderung an, es reichte ein Blick oder ein Wink mit dem Finger, und der Soldat sprang und brachte neue Brötchen oder schenkte mehr Wein ein. Reder berichtete uns - nicht ohne Ironie - was für ein wertvoller Gefangener er war: als er der Gefängnisleitung andeutete, daß er auf der Dachterrasse von einem Scharfschützen von der gegenüberliegenden Bergseite aus getötet werden könnte, wurde die Terrasse in ihrer ganzen Länge (30 Meter!) durch kugelsicheres Panzerglas abgeschirmt. Ein Stab von 14 Mann, einschließlich einem Sanitäter, bewachte ihn pausenlos (zusammen mit Ablösungen, Verwaltungs- und Unterhaltspersonal der Burg waren es 70 Leute).

Ein Zimmer im städtischen Krankenhaus war für ihn reserviert, und ein Rettungswagen mit Fahrer stand bereit. Der "Burgherr" – wie er sich mit einer Portion Galgenhumor selbst nannte – hatte viel zu berichten, die zwei Stunden Besuchszeit vergingen schnell.

Befreiung abgelehnt

Im nächsten Jahr fuhr ich noch einmal nach Gaeta. Auf meinem Weg nach Süden machte ich auch einen Besuch in Kufstein bei Oberst Rudel, den ich lange kannte. Als er mein nächstes Reiseziel erfuhr, sagte er zu mir:

"Falls Sie Gelegenheit haben, mit dem Major ohne Zeugen zu sprechen, sagen Sie ihm: wenn er will, haue ich ihn raus."

Ich hatte Gelegenheit, und übermittelte ihm Rudels Worte. Reder antwortete jedoch:

"Richten Sie dem Obersten meinen Dank aus! Ich glaube auch, daß er das fertigbringen könnte. Aber ich verlasse diesen Platz entweder erhobenen Hauptes, oder man trägt mich mit den Füßen voraus hinaus."



Der Mensch ist nicht für sich allein geboren sondern zu einem Teil für sein Vaterland und zum anderen für seine Freunde (Platon)

geh 4 2 191

Abschiedsworte zum 26. April 1991

Sollte ich zur "Großen Armee" abberufen werden, verabschiede ich mich von Euch allen, meinen lieben Verwandten, Freunden. Kameraden und Bekannten und schließe Euch fest in meine Armel

Ich bitte Euch, über meine Abberufung nicht traurig zu sein und stets in heiterer Weise meiner zu gedenken: heiter, wie auch ich stets in meinem Leben war und wie ich auch unverwüstlich mein Gefangenenlos trug. Eine gute Fee legte mir die Gabe in die Wiege, einer gegebenen Situation stets die Lichtseiten abzugewinnen und die Schattenseiten in das hinterste Kämmerchen des Vergessens zu verbannen.

Trotz allem, was gewesen, bezeichne ich mich als Glückspilz! Ich verbrachte eine unbeschwerte und herrlich schöne Jugendzeit, wofür ich meinen geliebten Eltern und Geschwistern stets sehr dankbar war und bin, weil sie ja in der wirtschaftlichen Krisenzeit so viele Opfer für mich brachten; ich verbrachte eine freudvolle und sorgenlose Vorkriegszeit als Rekrut, Offiziersanwärter und aktiver Offizier! Ich liebte den Frohsinn, die gute Freundschaft und die aufrichtige Kameradschaft!

Nun laßt Euch alle nochmals recht lieb und herzlich grüßen von

Walte Rider
off auch "Bubi-Reder" genannt!

Verfaßt in Wien, den 25. 2. 1980

Walter Reders Abschiedsworte vom 25.2.1986

(Die gleiche Antwort hatte auch der legendäre Otto Skorzeny schon 1954 erhalten.)

Unwissenheit des Volkes

Reders Kriegsgefangenen-Status hat mir ein bemerkenswertes Erlebnis beschert. Als Kriegsgefangener war er berechtigt, kostenlos Post zu schicken und zu empfangen. Der Tequila aus Mexiko hat ihm anscheinend wohl geschmeckt, denn als ich ihn vor dem nächstem Weihnachtsfest fragte, was ich ihm schicken könnte, um ihm eine Freude zu bereiten, antwortete er wieder: "einen Tequila". Er schickte mir gleich ein vorgedrucktes Formular für die Post. Also kaufte ich eine Flasche Tequila, packte sie sorgfältig ein, und ging damit auf das nahegelegene kleine Postamt. Die Beamtin dort wollte mir nicht glauben, als ich ihr den Aufkleber "Kriegsgefangenenpost – gebührenfrei" zeigte.

"Das gibt es nicht! Kriegsgefangene 36 Jahre nach Kriegsende?!"

Vergeblich versuchte ich sie zu überzeugen, sie sagte: Damit solle ich an das Hauptpostamt gehen! Gesagt, getan. Dort traf ich auf die gleiche Reaktion, aber auf meine Beteuerung hin rief man den Bürochef, der es zwar auch nicht glauben wollte, aber schließlich brachte er ein großes, dickes Buch (irgendeine Dienstanweisung) hervor, und fand darin meinen Aufkleber als gültig. (Der Tequila reiste kostenlos!) Inzwischen versammelte sich ein kleiner Kreis von Postbeamte um den Schalter herum – die alle, mitten in der Mittagszeit mit vielen Kunden, ihre Schalter schlossen – und ich konnte ihnen einen kleinen Vortrag über die Realitäten der Nachkriegszeit halten. Manche gingen schweigend und betroffen an ihre Plätze zurück.

Freilassung und Medienbeschimpfung

Reder mußte nicht "mit den Füßen voraus" hinausgetragen werden. Der Entlassungsbeschluß von 1980 wurde am 24. Januar 1985 in Kraft gesetzt, ein halbes Jahr vor Ablauf der Fünfjahresfrist. Allerdings kam Reder auch nicht "erhobenen Hauptes" aus seiner Burg heraus. Aber das lag an den Umständen: sobald die Kommunisten von den Plänen seiner bevorstehenden Entlassung erfuhren, blockierten sie den Zufahrtsweg zur Festung. Sie wurden jedoch überrumpelt. Aber nicht nur sie! Die Entlassung kam auch für Major Reder unerwartet, so daß er ungefähr 500 unbeantwortete Briefe - Weihnachtsgrüße des Vorjahres - zurücklassen mußte. Er wurde mit einem italienischen Militärflugzeug nach Graz geflogen, wo ihn, den alten Kämpfer, der österreichische Verteidigungsminister Frischenschläger mit Handschlag und Umarmung begrüßte und in einem Hubschrauber ins Militärkrankenhaus nach Baden bei Wien folgte. Das kostete ihn dann seinen Ministerposten. Die österreichische und bundesdeutsche Presse wollte (mit wenigen ehrenswerten Ausnahmen) in Gemeinheit und Niedertracht nicht hinter den kommunistisch-italienischen Medien zurückstehen. Trotz den seit Jahrzehnten bekannten Tatsachen wurde Reder weiterhin Kriegsverbrecher, Massenmörder und "Schlächter von Marzabotto" genannt. Die Hetzkampagne umfaßte auch den Verteidigungsminister. Nach einigen Wochen vermochte er nicht länger dem Druck standzuhalten und reichte sein Abschiedsgesuch ein.

Erpressung

Im Kielwasser der Pressekampagne erfuhr ich über noch einen Schurkenstreich der Kommunisten in Italien. Eine Zeit nach Reders Entlassung erhielt ich von einer Verwandten einen Zeitungsausschnitt aus einer österreichischen Zeitung, mit einer angeblichen Äußerung des Majors, gefolgt von einem empörten Kommentar und einer Distanzierung seitens seiner ehemaligen Kameraden. Den Text will ich hier nicht wiedergeben, aber er war so kriecherisch und ekelerregend, daß ich sofort wußte: der kann nicht von Major Reder stammen! Die Verwandte, die wußte, daß ich mit dem Major in Verbindung stehe, bat mich um einen Kommentar. Ich schrieb ihr, daß der Text entweder gefälscht oder von Reder erpreßt wurde, aber ich wollte der Sache nachgehen! Meinem nächsten Brief an Reder legte ich eine Kopie des Artikels bei, und bat ihn um Stellungsnahme. Seine Antwort, in der Nachschrift seines Weihnachtsbriefes 1988 ist es wert, hier wörtlich wiedergegeben zu werden:

"Zu dem beigelegten Zeitungsausschnitt: Mein ital. Anwalt und andere damals anwesende Persönlichkeiten [- welche Persönlichkeiten? Etwa der Bürgermeister von Marzabotto? -] beknieten mich s.Zt. stundenlang, diesen vorgeschriebenen Text zu unterschreiben, meine Freilassung würde dann sofort erfolgen. Es kostete mich [sic!] grosse Überwindung, meinen Namen unter diesen Wisch zu setzen, ich wollte aber nach diesen vielen Jahren endlich heim. Wer mich kennt, wie z.B. Sie, der weiss, dass dieser Text nicht von mir stammen kann, ich ändere meine Haltung niemals. Nochmals alles Gute und herzlichste Grüsse, d. O."

Sanatorium und Krankenhaus

Reder war frei, aber seine Gesundheit war angegriffen. 70 Jahre alt, einarmig, die verbliebene Hand radial gelähmt, zwei Drittel des Magens und auch die Galle entfernt, war er ein körperlich – aber nicht in der Seele – angeschlagener Mann. Er genoß das freie Leben soweit er konnte, während er immer wieder in Krankenhäuser und Sanatorien mußte. Schon ein Jahr nach seiner Freilassung schrieb er einen Abschiedsbrief, der nach seinem Tod an alle verschickt werden sollte, die sich während seiner Gefangenschaft um ihn gekümmert hatten. Ein erschütterndes Dokument dessen, welch menschliche Gesinnung der als "Schlächter von Marzabotto" verunglimpfte Offizier besaß. Die Kopie des

Briefes füge ich bei.

Ich traf ihn, als freien Mann, noch einmal in Wien. Er lud uns zum Mittagessen in den Donauturm ein, ein Aussichtsturm auf dem Messegelände mit Drehrestaurant und herrlicher Aussicht über die ganze Stadt. Aus seiner respektvollen Behandlung durch das Personal war er hier als hochgeschätzter Stammgast zu erkennen. Reder berichtete uns eine rührende Geschichte: Einige Wochen nach seiner Freilassung tauchte der junge italienische Soldat (der ihn schon in Gaeta so offen bewunderte) bei ihm in dem Kärntner Sanatorium auf, in das er zur Rekonvaleszenz eingewiesen worden war. Er quittierte seinen Dienst in der Armee, weil er nur dem Major dienen wollte! Nach dem Mittagessen fuhren wir auf den Kahlenberg, ein beliebter Ausflugplatz der Wiener, wo wir einen Spaziergang machten, und schlossen unsere Begegnung mit einem Seidel Bier im Restaurant am Kahlenberg ab. Der Abschied danach war für immer. Am 26. April 1991 wurde Major Walter Reder zur Großen Armee seiner im Kriege gefallenen Kameraden einberufen.

Der Marzabotto-Mythos

Reder war nun tot, aber der Marzabotto-Mythos lebt noch. Er lebt nicht nur, er ist auch verewigt in Stein. Schon kurz nach Kriegsende entdeckte der Bürgermeister von Marzabotto, welch ungeahnten Möglichkeiten die Vernichtung der Brigade Stella rossa seiner Stadt bot. In der unterirdischen Galerie der Kirche wurden auf großen Steintafeln 1830 Namen eingemeißelt. Hinter einer dicken Glasscheibe liegen Skeletteile der "Opfer des Massakers". Eine große, gewinnbringende Touristenindustrie wurde aufgebaut, Postkarten und Touristenbroschüren verkünden jedem Besucher das bestialische Vorgehen der Deutschen. Marzabotto ist eine Art Wallfahrtsort geworden. 1957 unternahm ein österreichischer Journalist von Echo der Heimat eine Untersuchung: befragte Einwohner der Stadt, auch Priester und Lehrer. Er fand nicht eine einzige Person, die das angebliche, von Major Reder befohlene und geleitete Massaker, oder Major Reder selbst gesehen hätte. Er



Festung Angioino in Gaeta, Reders Gefängnis für 31 Jahre.

sah jedoch viele unbeschädigte Häuser, die älter als 30 Jahre und somit vor dem Krieg gebaut worden waren. 1961 schrieb ein italienischer Journalist von der Wochenzeitung Gente über Marzabotto als einer "kolossalen Mystifikation", und verglich die kirchlichen Matrikeln mit den in Stein gehauenen Namen. Er fand heraus, daß die 1830 Namen nicht nur sämtliche Tote der Kriegsjahre in Marzabotto und Umgebung beinhalten (einschließlich der Opfer des Partisanankrieges und der amerikanischen Luftangriffen), er fand darunter auch zahlreiche Personen, die noch - 1961 - am Leben waren! Und hinter der Glasscheibe gab es nicht die Überreste von 1830, sondern nur 808 Personen, darunter 195 österreichische Kriegsgefangenen aus dem Ersten Weltkrieg, die bei der Minenräumung für ihre Gewahrsamsmacht starben.

Die Pflege der Lüge

Ich schrieb als Titel für diese Abhandlung: "Major Reder, Gefangener antideutschen Hasses". Ich hätte genauso gut schreiben können: Gefangener eines Mythos. Hatte das vergangene 20. Jahrhundert, ein (angeblich) erleuchtetes und rational denkendes Jahrhundert, so großen Bedarf an Mythen? Und wie steht es mit unserem gegenwärtigen, 21. Jahrhundert? Wie viele Mythen haben noch immer überlebt, trotz besserem Wissen?! Rotterdam, Lidice, Oradour, Babi-Yar, Auschwitz, "Holocaust"? Solange aber diese Mythen leben, fordern sie auch Opfer! Vielleicht nicht direkte Todesopfer (obwohl manche in den Selbstmord getrieben wurden), jedoch verzweifelte Menschen, zerstörte Ehen, zerrissene Familien, entzweite Nationen. Die Tatsachen sind in den meisten Fällen längst bekannt, dokumentiert – und unterdrückt! Forscher und Historiker trauen sich nicht an diese gefährliche Themen heran, und diejenigen die es trotzdem tun, werden schonungslos verfolgt. Gefängnis, Landesverweis, Entlassung aus dem Dienst, Aberkennung des Doktortitels, Totschweigen, Zerstörung der Existenz, aber auch Brandstiftung, Prügel und Mordanschlag sind die Mittel, mit denen die Wahrheit unterdrückt wird. Und in der Zwischenzeit baut man Hunderte von "Gedenkstätten" - wie in Marzabotto für "Opfer", die nie existierten, während andere Gedenkstätten, (meist für deutsche Soldaten und Kriegsgefangenen, aber auch für Dichter und Künstler) geschändet, zerstört und eingeebnet werden. Wie lange noch? -Es hängt von uns ab!

Quellenverzeichnis

- Robert H. Drechsler, Walter Reder, der Gefangene von Gaeta, Verlag Die Leuchtkugel, Robert H. Drechsler, Wien 1977.
- Lothar Greil, Faustpfand Walter Reder, Herausgeber Franz Strasser, Perg/OÖ, 1977.
- F.J.P. Veale, Crimes Discreatly Veiled, Institute for Historical Review, Newport Beach

Deutsche und Juden

Eine notwendige Bestandsaufnahme

Von Georg Wiesholler

Das Deutschland Archiv – Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn, veröffentlichte in den Nr. 2 und 3/2004 eine Debatte zwischen Professor Konrad Löw und Professor Wolfgang Benz. Dazu schrieb der Verfasser einen Leserbrief, der – natürlich – nicht veröffentlicht wurde. Daraufhin hat der Verfasser seinen Artikel zu der nachfolgenden Denkschrift erweitert.

Bundeszentrale für politische Bildung übt Zensur

Nachdem ich den Artikel "Deutsche Identität" von Professor Konrad Löw gelesen hatte, war es mir unverständlich, warum die "Bundeszentrale für politische Bildung" und der Bertelsmann Verlag sich "aufs Schärfste davon distanzierten" und die Restauflage dann makulierten.

Übrigens: Bei dem Wort "makulieren" fiel mir unwillkürlich das Schlagwort von 1933 ein: "Wer Bücher verbrennt (makulieren ist eine euphemistische Umschreibung für verbrennen), verbrennt Menschen." Ich sage immer, wer geistig einem nicht gewachsen ist, der greift zu Verboten, zur Zensur. Wenn ich ehrlich bin, muß ich sagen: Ich wüßte nicht, was an diesem Artikel von Professor Löw antisemitisch ist.

Aber solches Makulieren ist ja nichts Einmaliges in der BRD und auch nicht einmalig für die "Bundeszentrale für politische Bildung". Da haben vor Jahren drei deutsche Professoren eine alternative Schulbuchempfehlung zu der offiziellen geschrieben (laut Urteil des polnischen Professors Mladislaw Markiewicz handelte es sich bei diesen deutschen Wissenschaftlern um zweitrangige Historiker). Die "Bundeszentrale für politische Bildung" erklärte sich bereit, diese in der Beilage zum "Parlament" "Aus Politik und Zeitgeschichte" zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen. Die drei Verfasser haben bereits die Korrektur gelesen und an den Verlag zurückgeschickt. Kurz darauf erhielten sie von der "Bundeszentrale für politische Bildung" einen Brief, in dem das Direktoriumsmitglied Rommerskirchen schrieb:1

"Aus allgemein politischen Gründen wolle man nunmehr, in Erachtung der unausbleiblichen innenund außenpolitischen Konsequenzen die Alternativempfehlung nicht publizieren. Sachlich habe man gegen die Wissenschaftler nichts einzuwenden, es gehe lediglich, um die zu erwartende politische Auswirkung."

Hier hat sich die Bundeszentrale zur Hure der Politik gemacht!

Wie kam es dazu? Der polnische Botschafter hat von der zu erwartenden Veröffentlichung der Alternativempfehlung erfahren und hat dann vom Auswärtigen Amt ein Veröffentlichungsverbot gefordert und durchgesetzt. Der liberale (?) Außenminister Genscher fügte sich dieser grundrechtswidrigen Forderung. Dies heißt auf deutsch: Die Wahrheit ist kriminell, ist nazistisch. In der BRD darf der Wissenschaftler keine Thesen hinterfragen und keine Hypothesen aufstellen, wenn es um tabubelegte Themen geht. Und dies, in der freiesten Republik der deutschen Geschichte.

Der schwedische Kirchenhistoriker Prof. S. Göransson schrieb:

"Die Geschichtsforschung und der Geschichtsunterricht beeinflussen die Geschichtsbetrachtung. Diese wiederum beeinflußt die politische Handlung."

Daß es zur richtigen Geschichtsbetrachtung kommt, dafür sorgt die "Bundeszentrale für politische Bildung" durch Makulieren "sachlicher Schriften". Somit möchte ich behaupten, beruht unsere Politik gegenüber Juden und Polen auf falschen Prämissen, wie wir in bezug auf die Juden gleich sehen werden.

Der Chefkommentator des *Jewish Chronicle*, Chaim Bermant, nennt eine solche Maßnahme einen "Affront gegen die Freiheit":²

"Keine Gefahr, die entstanden ist oder die durch Verbreitung revisionistischer Literatur entstehen könnte, ist auch nur annähernd so schlimm wie der entstehende Verdacht, daß es etwas zu verheimlichen gibt."

Professor Dr. Wolfgang Benz, Leiter des Antisemitismus-Instituts in Berlin, schreibt nun in seiner Antwort auf Professor Löws Artikel:

"Antisemitismus ist kein von Juden verursachtes Phänomen, ist auch nicht Reflex auf jüdische Eigenschaften oder Handlungen. Antisemitismus ist vielmehr ein Symptom für Defekte in der Mehrheitsgesellschaft, ausgelöst durch Frustrationen und Ängste, stimuliert durch Propaganda und Suggestion, genährt durch Tradition und Verabredung."

Unser großer deutscher Philosoph der Aufklärung, Immanuel Kant, leidet sicherlich auch an solchen geistigen Defekten; denn er schrieb:³ "Das Verhängnis der Juden ist ihre Wahnvorstellung, das auserwählte Volk Jahwes, eines Völkermörders, zu sein, welches alle anderen Völker anfeindet, und dafür von jedem angefeindet wird."

Der jüdische Historiker Arthur Herzberg stimmte ihm zu:⁴

"Judenhaß [ist] kein irrationales Vorurteil, welches die nichtjüdische Welt befallen hat, sondern eine wütende und gleichwohl nachvollziehbare Reaktion."

Auch der so angesehene jüdische Philosoph Schalom Ben-Chorin teilte diese Meinung:⁵

"Es ist nun die Kontinuität jener Ideologie der Thora, der Propheten, 'der Schriften', über Mischna, Talmud und Schulchan-Aruch, die das Judentum der Diaspora stets in zwangsläufigen Konflikt mit seinen Wirtsvölkern brachte, daß alle antijüdischen Reaktionen der Wirtsvölker, geistiger, kulturpolitischer Art, stets ihre Ursachen haben in jener Überheblichkeit der jüdischen Ideologie, ein von Gott angeblich auserwähltes Volk zu sein, ein Volk, das sich streng gegen die Gojim, die nichtjüdischen Wirtsvölker absonderte und abschloß und ihnen gegenüber jene talmudisch-kasuistische Doppelmoral bestätigte, die von jeher Entrüstung und Abwehr dieser Wirtsvölker hervorrief."

Auch der renommierte jüdische Historiker und Publizist Arthur Koestler meinte, daß die jüdische Religion keine Religion wie andere sei. Dies zu behaupten,⁶

"ist entweder Heuchelei oder Widerspruch in sich selbst. Der jüdische Glaube zwingt dazu, sich selbst in nationaler und rassistischer Hinsicht abzusondern. Er schafft seine eigenen kulturellen und ethnischen Gettos. [...] Aber ich möchte unterstreichen, daβ wir vor einem circulus vitiosus stehen: daβ eine Religion mit dem säkularen Anspruch rassischer Exklusivität zwangsläufig säkulare Rückwirkungen auslösen muβ. Der jüdische Glaube zwingt dazu, sich selbst in rassischer und nationaler Hinsicht abzusondern. Er schafft seine eigenen kulturellen und ethnischen Ghettos." (Hervorh. d.V.)

Professor Dr. Hans Joachim Schoeps wußte seinerzeit schon, was der jüdische Soziologe, Professor Dr. Alphons Silbermann, später zugegeben hat:⁷

"Überhaupt sollte nie übersehen werden, daß die von den Juden erfahrenen Leiden, ob physischer, existentieller oder geistiger Art, oft einem Eigenverschulden entsprangen."

Der geistige Vater des Zionismus, Theodor Herzl, fand den Antisemitismus sogar sehr nützlich:⁸

"Der Antisemitismus, der in der großen Menge etwas Starkes und Unbewußtes ist, wird aber den Juden nicht schaden. Ich halte ihn für eine dem Judencharakter nützliche Bewegung."

So dachte auch der jüdische Schriftsteller Israel Zangwill. Er fand schon 1888, daß der Antisemitismus

nicht zum Nachteil der Juden sein müsse. Er regt an, den Charakter der Juden zu formen. Er härtet die Juden. Er dient nach Darwin der Auswahl.⁹ So dachte auch der Sozialdarwinist Adolf Hitler!

In Deutschland war der Antisemitismus am Aussterben. Es ist falsch, schrieb der jüdische Kolumnist Jacques Schuster, ¹⁰

"in Deutschland von einer Symbiose zwischen Deutschen und Juden zu sprechen, denn die Juden waren Teil der deutschen Kultur und Gesellschaft. Eine Tatsache, die jeder belegen kann, der auf jüdische Stimmen der Vergangenheit hört, und er zitiert als Beispiel Rathenau: 'Ich habe und kenne kein anderes Blut als deutsches, keinen anderen Stamm, kein anderes Volk. [...] Vertreibt man mich von meinem deutschen Boden, so bleibe ich deutsch und es ändert sich nichts.'"

Ich könnte als Beispiel auch Dr. Hans Joachim Schoeps hinzufügen.

Aber Juden behaupten heute, weil es opportun ist, so auch Professor Julius Schoeps, der Sohn des eben zitierten Hans Joachim, auf einer Tagung der Katholischen Akademie in München im Kardinal-Wendel-Haus: Die Judenfeindschaft der Deutschen habe ihre Wurzeln in der christlich-jüdischen Differenz, in der Ablehnung des Judentums durch das Christentum; die Deutschen hätten den Antisemitismus schon in den Genen, denn "heute [wird] nicht mehr bestritten, daß die Entstehung des modernen Antisemitismus mit dem dramatischen Wandel zusammenfällt, dem die deutsche Gesellschaft nach 1870 ausgesetzt war."

Ist es denn Herrn Professor Schoeps entgangen, daß Juden es waren, die zuerst Christen verfolgt und ermordet haben, so den Hl. Stephan? (Siehe dazu Pauli "Erster Brief an die Thessalonicher", 1, 14 - 16) Der Christenhaß der Juden war der Vater des Judenhasses der Christen: ¹²

"Die Juden haben in der Tat, wo sie es konnten, Christen verfolgt, schon im antiken Palästina, solange ihre nationalen und religiösen Autoritäten neben den römischen Behörden einigen Einfluß erhielten, und besonders in Zeiten des Konflikts mit Rom, als sie Herren im Lande waren."

Laut Apostelgeschichte (2,46) gab es ursprünglich keine Feindschaft zwischen Christen und Juden. Diese verharrten nach der Kreuzigung Christi noch Tag für Tag einmütig im Tempel. Später wurden die Christen in Palästina von den Juden verfolgt und nicht von den Römern. Wer sich seinerzeit zu Christus bekannte, wurde von diesen jüdischen Manichäern "aus der Synagoge ausgestoßen." (Joh. 8,22)

Der Religionshistoriker Olof Blaschke behauptete auch in seinen Schriften, "der Antisemitismus sei nicht nur konstitutiv für bestimmte katholische Gemeinschaften, sondern bereits die katholische Lehre selbst ist antisemitisch, da zentraler Bestandteil der heiligen Schriften."

Hier verwechselt Olof Blaschke bewußt Antijudaismus mit Antisemitismus. Antisemitismus ist ein politisch-rassistischer Begriff und findet seine Anwendung nach meinen Kenntnissen erst im 19. Jahrhundert. Beim Urchristentum spielte der Rassismus überhaupt keine Rolle. Jesus bekämpfte nicht die Juden als Volk, die ersten Christen waren Juden, sondern die Pharisäer und Schriftgelehrten.

Ist es denn Herrn Professor Schoeps auch entgangen, daß dem vom Kaiser geadelten Eduard von Simson sogar die Ehre zuteil wurde, 1871 zum ersten Reichstagspräsidenten des Zweiten Reiches gewählt zu werden? Er repräsentierte sozusagen das deutsche Volk. Der geadelte Jude Heinrich von Friedberg, langjähriger preußischer Justizminister, gehörte zu den leitenden Verfassern des einheitlichen Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich. Juden waren also nicht nur vom Gesetz her allen deutschen Bürgern gleichgestellt, sondern auch angesehen. Die jiddische Literatur erlebte zu jener Zeit ihre größte Blüte.

Dies bestätigte auch die jüdische Philosophin Hannah Arendt in ihrem Buch *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*:

"Eine eigentliche antisemitische Bewegung hat der liberale und radikale Antisemitismus in Preußen, im Unterschied in dem von Frankreich und Österreich, so wenig entfesselt wie der der Aristokraten. [...] Die Judenfrage verlor überhaupt in den Jahrzehnten, die der Revolution von 1848 vorangingen, an Bedeutung; in den vierziger Jahren verlangten die deutschen Landtage überall die jüdische Emanzipation, und von antijüdischer Agitation war kaum die Rede. [...] In der Vorkriegszeit versickerte die Agitation der Antisemiten, und die Mitgliederzahl ihrer Parteien nahm so rapide ab, daß alle Welt meinte, es habe sich hier nur noch um ein letztes Aufflackern des alten Judenhasses gehandelt." (S. 75, 88)

Dann kam der Erste Weltkrieg – und hier schieden sich die Geister. Nicht alle deutschen Juden sind bereit gewesen, ihre Kräfte dem Vaterland zu widmen. Den ersten Schritt zur Trennung von Deutschland unternahm die zionistische Führung. Er bestand darin, ihr Hauptquartier in Deutschland aufzulösen. Sie setzten also schon auf die Niederlage Deutschlands. Das Zentralbüro wurde nun von Berlin nach Kopenhagen, ins neutrale Ausland verlegt. Nahum Sokolow persönlich, seit dem Tode Herzls Generalsekretär der Zionistischen Organisation, hielt nun nichts mehr vom Kaiser, der früher Herzl nach Jerusalem mitgenommen hatte. Er, der B'nai B'rith Bruder, der "Insider", der Herausgeber der zionistischen Zeitschrift "Die Welt", löste seinen Kölner Haushalt auf und zog gleich nach London, ins Feindesland.

Max Nordau, Herzls Nachfolger als zionistischer

Führer, beschuldigte sogar die kaiserliche Regierung, den Krieg gewollt zu haben. Er schrieb in der jüdischen *Vossischen Zeitung*, dies war nicht nur eine Zeitung mit "unterhaltsamen Blättern" (Benz), der Zeitung des Verlegers Georg Bernhard, am 1.11.1914:

"Der Ausbruch des Krieges war für Frankreich eine furchtbare Überraschung, für die Regierung nicht minder wie für das Volk; dieses hat ihn ebenso wenig gewollt, wie jene; das muß vor den Deutschen veröffentlicht und vor der Geschichte feierlich bezeugt werden."

Der deutsch-jüdische Philosoph Hermann Cohen, ein Neu-Kantianer, rief bei Kriegsbeginn die Juden der ganzen Welt auf, für Deutschland zu streiten. Denn wenn es einen Antisemitismus gab, dann gab es diesen in Rußland. Dies bestätigte sogar W. Churchill. Er stellte damals fest, was ihn aber nicht hinderte, sich mit den Russen zu verbünden:¹³

"In keinem Land in der Welt wurden die Juden so grausam behandelt, wie im miserablen russischen Staat."

Und mit diesem Land verbündeten sich nun die Zionisten:¹⁴

"Der Geist des deutschen Nationalismus ist der 'Geist des klassischen Humanismus und des wahren Universalismus', in dem sich für Juden gut leben ließ. [...] In seinen patriotischen Artikeln 'Deutschtum und Judentum' verteidigte Cohen während des Ersten Weltkrieges Deutschland als den wahren Vorboten der zu erwartenden messianischen Ordnung. Seit der Gründung Deutschlands (II. Reich) repräsentierte es den jüdischen Geist, und Juden auf der ganzen Welt stehen 'Deutschland gegenüber zum Dank verpflichtet, wie Kinder ihren Eltern gegenüber, und sie sollen für den gerechten Krieg kämpfen, der ihnen den ewigen Frieden bringt."

In Berlin lebte zu jener Zeit die größte Ansammlung von Juden. Hier mag es angebracht sein, Benjamin H. Freedman zu zitieren. Freedman war keine unbedeutende Persönlichkeit. Er war ein wohlhabender, jüdischer New Yorker Großkaufmann und mit Bernard Baruch, Samuel Untermeyer und Woodrow Wilson befreundet. In einer Rede im Jahre 1961 im Willard Hotel in Washington zu Ehren des Zeitungsherausgebers Conde McGinley sagte er:¹⁵

"Den Juden auf der Welt ist es nirgends besser gegangen als in Deutschland. Da war Herr Rathenau, der war in bezug auf Finanzen und Industrie möglicherweise für Deutschland hundertmal wichtiger als Baruch für Amerika; da war Herr Balin, der besaß die zwei größten Reedereien Deutschlands, den Norddeutschen Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie; da war Herr Bleichroeder [vom Kaiser 1872 geadelt], er war der Bankier der Hohenzollerndynastie; da war Herr Warburg in Hamburg, er war der größte Bankier der Welt. Den Juden ging es

sehr gut in Deutschland. Daran gibt es nichts zu deuteln. [...]

Als die Briten große Schwierigkeiten hatten und dazu neigten, auf die deutschen Friedensangebote einzugehen, wandten sich die Zionisten an das britische Kabinett und sagten: 'Schaut mal, ihr könnt den Krieg gewinnen. Ihr müßt nicht kapitulieren. Ihr müßt das Friedensangebot der Deutschen nicht annehmen. Ihr könnt den Krieg gewinnen, wenn es euch glückt, Amerika mit hineinzuziehen. [...] Den Preis, den ihr bezahlen müßt, ist, daß ihr uns Palästina versprecht, nachdem Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei besiegt sind.' Die Briten versprachen dies im Oktober 1916, und mit einem Schlag änderte sich die Stimmung in den Vereinigten Staaten: Die Deutschen waren Verbrecher; sie waren die Hunnen: sie ermordeten Rot-Kreuz-Schwestern; sie hackten Kindern die Hände ab; kurz gesagt: sie waren der Abschaum der Menschheit. [...]

Ich war befreundet mit Rollo Wells; er war Finanzminister. Ich saß mit Präsident Wilson und den anderen zusammen an einem Tisch. Ich hörte, wie sie Wilson [...] mit dem Zionismus indoktrinierten. Der höchste Richter der Vereinigten Staaten, der Zionist Justice Brandeis, war Wilson so nahe wie diese zwei Finger an meiner Hand. Diese bestimmten, daß wir in den Krieg ziehen sollten. Diese sandten unsere Jungs nach Europa, damit sie geschlachtet werden. Und wozu? <u>Damit die Juden in Palästina ihre Heimstätte erhalten</u>." (Hervorh. d.V.)

Zum Antisemitismus beigetragen haben auch deutsch-gebürtige Juden in den USA, was nach dem Kriege, als es bekannt wurde, als besonders verwerflich angesehen wurde. So verfilmte Carl Laemmle, ein gebürtiger Schwabe aus Laupheim, der Besitzer des Filmimperiums "Universal Pictures" einen Hetzfilm gegen das deutsche Kaiserreich. Ein deutscher Offizier, Erich von Eberhard, gespielt von dem jüdischen Hochstapler Erich Stroheim (Hochstapler, weil er sich das Adelsprädikat "von" zulegte), riß einer Frau das Kind aus den Armen und warf es auf den Boden, der Frau riß er die Kleider vom Leib, warf sie auf ein Bett, und versuchte, sie zu vergewaltigen. Da er durch den Schrei des Kindes gestört wurde, stieg er von der Frau herunter, warf das Kind zum Fenster hinaus und setzte dann seine Vergewaltigung fort."16

Dieser Film wurde während des Zweiten Weltkrieges in Soldatenheimen in Norwegen vorgeführt und darauf hingewiesen, daß die Herren Laemmle und Stroheim Juden waren und dies zum Krieg der USA mit Deutschland geführt hat. Ich sah ihn im Soldatenheim in Narvik.

Carl Laemmle wurde Ehrenbürger der Stadt Laupheim. Dagegen wetterte "Der Stürmer" auf das heftigste: 17

"Carl Lämmle betrieb die niedrigste, verlogenste

und schurkenhafteste Hetzpropaganda, die je ein Lump gegen Deutschland betrieben hat. Er ließ Filme herstellen, mit deren Hilfe der Name und die Ehre der deutschen Nation in unflätigster Weise in den Schmutz gezogen und in denen wir Deutsche das hassenswerteste und verrufenste Volk des Erdballs dargestellt wurde. Er hat dazu beigetragen, daß Amerika Deutschland den Krieg erklärt hat."

Die Zionisten haben Deutschland und die deutschgesinnten Juden verraten. Einige ihrer Führer, die in Deutschland während des Krieges lebten, wie Nahum Goldmann und der Salonbolschewist Harden, haben schon 1916, also während der Krieg heftig brannte und Deutschland sich in größter Not befand, das Deutsche Reich öffentlich bekämpft und verleumdet. Diese und ihre kommunistischen Rasse-Genossen arbeiteten auf den Sturz des Kaisers, auf die Vernichtung des Reiches hin und versetzten den deutsch gesinnten Juden in eine mißliche Lage. Im "Deutschen Revolutionsalmanach 1917" wetteiferten vor allem Juden (Hebräer, wie Hitler sie in "Mein Kampf" nannte), wie Philipp Scheidemann, Otto Landsberg, Karl Kautsky, Erich Mühsam, Friedrich Adler u.v.a. gegen den Kaiser und höhere Offiziere und unterließen nichts, um den Kaiser zu stürzen. Friedrich Adler ermordete sogar den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürghk. In seiner Tagebucheintragung vom 22.10.1916 schrieb Erich Mühsam. "Mit größter Freude und Genugtuung" empfing ich die Nachricht über die Ermordung des Grafen Stürghk durch Adler. 18

Sie erzwangen den Rücktritt des Generals von Ludendorff, einer der fähigsten Generale. Sie prahlten nach dem Kriege:

"Der Dolchstoß von hinten war der glücklichste Dolchstoß des revolutionären Proletariats."

Daß dieser Begriff von Juden kam, belegte der kaisertreue Jude Nikolaus Paul Cossmann in den Süddeutschen Monatsheften.¹⁹

Über Cossmann schrieb Hellmuth Auerbach in *Hitlers politische Lehrjahre*:

"Paul Nikolaus Cossmann hat die von ihm herausgegebenen angesehenen und einflußreichen 'Süddeutschen Monatshefte' ganz in den Dienst der 'nationalen Sache' gestellt. [...] Trotz der jüdischen Abkunft ihres Herausgebers war die Zeitschrift auch von einem latenten Antisemitismus durchzogen." Der Jude Cossmann war kein Antisemit. Er bekämpfte in Deutschland nur diese vaterlandslosen Juden wie übrigens auch Ludwig Thoma im Miesbacher Anzeiger."

Der Jude Kurt Eisner, Chef der bayerischen Räteregierung, interessierte sich nicht nur für Bayern (Benz). Er war auch der Meinung, daß ein "mea culpa" (meine Schuld, noch besser: eine mea maxima culpa) die Allierten in Versailles veranlassen würde, der revolutionären Regierung zu helfen. Daher veröffentlichte er "Do-

kumente", welche die deutsche Kriegsschuld eindeutig beweisen sollten. Diese Sammlung von Dokumenten war mit vielen Fehlern belastet. Dann wurde sie noch mit Eisners Kommentaren ergänzt, in denen er Deutschland die alleinige Kriegsschuld aufbürdete. Diese Verfälschungen Eisners dienten dann dem französischen Präsidenten Poincaré in seiner Einführungsrede in Versailles als Argument, um Deutschland alleine für den Kriegsausbruch verantwortlich zu machen.

Nun zur Weimarer Republik: Der schon zitierte Jude Nahum Goldmann schrieb:²¹

"Der Höhepunkt jüdischen Einflusses wurde in der Weimarer Republik erreicht – wohl eine der größten Kulturepochen der deutschen Geschichte [da kannte dieser Ostjude die deutsche Kulturgeschichte nicht]. Die drei bedeutendsten deutschen Banken [die alle pleite gemacht haben] – Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft und Dresdner Bank – hatten jüdische Direktoren; die drei größten Tageszeitungen – Berliner Tageblatt, Vossische Zeitung und Frankfurter Zeitung – gehörten Juden und wurden meist von Juden redigiert; die zwei einflußreichsten deutschsprachigen Zeitschriften – Die Fackel und Die Weltbühne – wurden von Juden geleitet; der wichtigste Theaterdirektor – Max Reinhardt – war Jude."

Im Nachlaß meines oben zitierten Freundes Dr. Friedlaender in "arbetarrörelsens arkiv" in Stockholm fand ich folgenden Text:

"Mein Deutschland – In diesem Deutschland war ich Bürger und wollte es sein. Daß ich Jude bin, gab hier und da Anlaß zu fühlen, wie dieser und jener sich distanzierte, nahm mir aber nie das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Volke, in dem die Vorfahren [sein Vater war kaiserlicher Sanitätsoffizier in Potsdam] seit Jahrhunderten als Kaufleute, Ärzte, und Beamte ehrlich gearbeitet hatten. [...] Es gab keine andere Geborgenheit. Hier gehörst Du hin, hier wächst Du wie der Baum auf dem Felde."

Dr. Friedlaender wurde in den zwanziger Jahren zum Vorsitzenden des deutschen Studentenbundes gewählt; dazu gehörten auch die österreichischen Studenten. Es gab wohl unter Studenten Animositäten gegen Juden, aber keine Diskriminierung, wie Dr. Friedlaender mir sagte.

Es gab also, dies darf man behaupten, in der Weimarer Republik keinen bedeutenden Antisemitismus. Die NSDAP brachte trotz ihres antisemitischen Programms keine Hörer in die Versammlungssäle. Erst durch die Wirtschaftskrise bekam sie Zulauf, woraus man ersieht, daß der Antisemitismus der NSDAP nicht der Anlaß zu Hitlers Erfolg war, obwohl Juden der Zugang zu den NSDAP-Versammlungen immer noch untersagt war. In den letzten Jahren der Weimarer Republik erwähnte Hitler in seinen Reden die Juden gar nicht mehr, sondern nur das soziale Elend; das "trieb ihn um", meinte

Rainer Zitelmann.²²

Der Historiker Heinrich Winkler schloß sich Zitelmann an:²³

"Die überzeugten Antisemiten hatte Hitler, als er den Durchbruch bei den Reichstagswahlen 1930 schaffte, weitestgehend hinter sich. Um über die Mittelschicht hinaus Arbeiter zu gewinnen, bedurfte es anderer Parolen. Denn in der Arbeiterschaft war der Antisemitismus weniger ausgeprägt. Da waren die Anti-Reparations-, Anti-Versailles- und Anti-Weimar-Parolen erfolgversprechender."

Auch der Zeithistoriker Golo Mann, der alles andere als hitlerfreundlich war und Hitler nie beim Namen nennen wollte, schloß sich den oben zitierten Historikern an:²⁴

"In den drei Jahren vor Hitlers Machtergreifung frönte die Nazi-Propaganda nur in geringem Maß dem Judenhaß. Zeitweise – wie etwa vor Hitlers entscheidendem Wahlsieg im September 1930 – ist die jüdische Frage so gut wie ausgeklammert."

Abschließend möchte ich noch ein aufschlußreiches Urteil des jüdischen Professors Dr. Dr. h.c. E. K. Francis über die Weimarer Republik zitieren:²⁵

"Wer die politischen Ereignisse der zwanziger Jahre aus eigener Nähe miterlebt hat, erinnert sich, daß eine freilich selten erwähnte Mitschuld an dem Anschwellen faschistischer Bewegungen jene tragen, deren parlamentarische Tricks, aufwendige Propagandamethoden, leere Reden zum Fenster hinaus, Unredlichkeit und Selbstbereicherung (die freilich nie das heutige Ausmaß erreichen konnte) so abstoßend auf viele wirkten, daß sie bereit waren, Hitler 'eine Chance' zu geben (wie man damals sagte), auch wenn sie selbst ganz und gar nicht für die Judenverfolgung, Bücherverbrennung oder Aufrüstung waren." (Hervorh. d.V.)

Nun wunderte sich Prof. Benz, daß nach der Machtübernahme "nicht einmal mehr das Minimum an Solidarität, Rechtsbewußtsein und Anstand, das im sozialen Leben einer so kultivierten Nation wie der Deutschen und angesichts des hohen Assimilationsgrades der deutschen Juden selbstverständlich hätte sein müssen, vorhanden war."

Ist es denn Prof. Benz nicht bekannt, daß Juden in England und in den USA das "Rechtsbewußtsein und der Anstand" fehlte, denn sofort nach der Machtübernahme Hitlers setzten diese eine ungeheure Greuelhetze in Gang und riefen zum Boykott deutscher Waren auf? Einer der Führer des "American Jewish Congress", Joseph Tenenbaum, rief gleich nach der Machtübernahme zum Boykott deutscher Waren auf und am 13.3.1933 drohte er Deutschland sogar mit einem bellum judaicum (jüdischen Krieg).²⁶

In britischen Zeitungen konnte man lesen, was heutige Historiker den Deutschen unterstellen:

"No German goods sold here." (Hier werden keine

deutschen Waren verkauft); oder "No German travellers should call here." (Deutsche Touristen sind nicht erwünscht)²⁷

Der Behauptung von Professor Wolfgang Benz, "zum Alltag in Deutschland gehörten die Schilder an Ortseingängen und prominenten Plätzen, die höhnisch und drohend antijüdische Botschaften verkündeten", möchte ich widersprechen. In den Pfingstferien 1939 machte ich eine Rundwanderung um Schleswig-Holstein. Da habe ich keinen einzigen Hinweis vor einem Dorf gesehen, daß Juden nicht erwünscht seien. Auch nicht in meiner oberbayrischen Heimatgemeinde und in meinem Heimatbezirk gab es derartige Hinweise. Dies sage ich "auf Ehr' und Seligkeit".

So wunderte sich auch George Clare im Sommer 1938, daß Juden in Berlin Autofahren und in Cafés sitzen durften, was laut der Hetze in den USA und in England Juden angeblich nicht gestattet war. "Auf dem gesamten Kurfürstendamm sah er nur ein einziges antijüdisches Schild."

Im *Daily Express* (Herausgeber Ralph David Blumenfeld) stand am 24. März 1933 in ganz großer Aufmachung:

"Juden der ganzen Welt einig – Boykott deutscher Waren – Massendemonstrationen."

Unterhalb dieser Schlagzeile befand sich eine Photomontage, die Hitler als Angeklagten vor einem jüdischen Gericht, dem Sanhedrin, stehend zeigte.

Dieser Boykott war so effektiv, sagte der oben schon zitierte Benjamin H. Freedman, ²⁹

"daß man in keinem Kaufhaus in New York Waren mit der Aufschrift 'Made in Germany' angetroffen hat. In einem Kaufhaus, das zur R.H. Macy-Kette gehörte, deren Besitzer die Familie Strauß war, die, wie bekannt, Juden sind, fand eine Frau Strümpfe, die aus Chemnitz kamen und mit 'Made in Germany' markiert waren. Ich sah, wie Hunderte von Menschen dieses Kaufhaus boykottierten. Sie gingen umher und trugen Schilder mit der Aufschrift 'Mörder, Nazis'. Aber zu jener Zeit wurde den Juden kein Haar gekrümmt. Sie mußten nicht leiden; sie mußten nicht hungern; sie wurden nicht ermordet; es geschah ihnen nichts."

Der jüdisch-polnische Staatsbürger und Mitglied der Comedian Harmonist, Roman Cykowski, sagte im Fernsehen in einem Gespräch mit Vilsmayer:³⁰

"'Ich will ehrlich sein, ich wurde in Deutschland nicht verfolgt, mir ist es immer gut gegangen. Ich durfte ins Ausland reisen und wieder zurückkommen. In Polen wurde ich verfolgt,' fügte er hinzu. 'Deswegen bin ich nach Deutschland ausgewandert.' Er mußte nicht flüchten, noch 1941 konnte er legal in die USA ausreisen. In Los Angeles erhielt er eine Kantorstelle."

Am 24.3.1933 vertraute der Propagandaminister Joseph Goebbels seinem Tagebuch an:

"Die Greuelpropaganda im Ausland macht uns viel zu schaffen. Die vielen aus Deutschland emigrierten Juden verhetzen das ganze Ausland gegen uns."

Zwei Tage später, am 26.3.1933, schrieb er:³¹

"Wir werden gegen die Auslandhetze nur ankommen, wenn wir ihre Urheber oder doch wenigstens Nutznießer, nämlich die in Deutschland lebenden Juden, die bisher unbehelligt blieben, zu packen bekommen. Wir müssen also zu einem großangelegten Boykott aller jüdischen Geschäfte in Deutschland schreiten. Vielleicht werden sich dann die ausländischen Juden eines besseren besinnen, wenn es ihren Rassegenossen in Deutschland an den Kragen geht."

So kam es am 1.4.1933 zu einem einmaligen Boykott iüdischer Geschäfte.

Diesen Boykott rechtfertigte sogar der evangelische Generalsuperintendant Otto Dibelius, der spätere Bischof von Berlin-Brandenburg. Die Maßnahmen der Reichsregierung seien eine legitime Antwort auf die Hetze ausländischer Juden. Er sagte, der Boykott sei in absoluter Ruhe und Ordnung verlaufen. Im Deutschen Rundfunk am 6.4.1933 richtete er einen Appell an Amerika:

"An den Schauernachrichten über grausame und blutige Behandlung der Kommunisten und Juden ist kein wahres Wort. Auf Grund dieser falschen Nachrichten hat nun das Judentum in mehreren Ländern eine Agitation gegen Deutschland begonnen. Um diesen Boykott zu brechen, haben die deutschen Nationalsozialisten nun ihrerseits eine Boykottbewegung gegen das Judentum in Deutschland eingeleitet."

Den *Schongauer Nachrichten* vom 1.4.33 entnehme ich:

"Der Jude hat es gewagt, dem deutschen Volke den Krieg zu erklären. Er betreibt in der ganzen Welt mit Hilfe der in seinen Händen befindlichen Presse einen großangelegten Lügenfeldzug gegen das wieder national gewordene Deutschland. Er bezichtigt die Deutschen der unerhörtesten und schändlichsten Greueltaten, der erbärmlichsten Verbrechen. Er fordert auf zum Boykott deutscher Erzeugnisse! Wir fordern die deutsche Bevölkerung auf: Kauft nicht in jüdischen Geschäften!"

In der Ostfriesen-Zeitung konnte man lesen:³²

"Zur Abwehr der Greuelhetze gegen Deutschland im Ausland wurden am 29. März in den meisten Orten Ostfrieslands die jüdischen Geschäfte für einen Tag geschlossen. Wenn sich auch in der Stadt Leer eine merkbare Erregung zeigte, so ist es doch zu keinen Zwischenfällen bei der Aktion gekommen."

Am 5.8.1933 belegte Rabbiner Wise Hitler sogar mit einem Bann, dem sogenannten "Cherem". Kein Jude durfte, wo immer auch auf der Welt, sich mit deutschen Waren befassen.³³ Wise wußte doch, daß in Deutschland ein Boykott gegen jüdische Geschäfte nicht mehr stattfand. Aber er hetzte trotzdem eifrig weiter – zum Nachteil und zum Leidwesen der in Deutschland noch lebenden Juden.

In einem Gespräch mit dem südafrikanischen Verteidigungs- und Wirtschaftsminister Pierow sagte Hitler:³⁴

"Er habe einen solchen Ekel vor der Hetze und den Judendebatten in England. Neun Zehntel der in Deutschland lebenden Juden seien in den letzten Jahrzehnten aus dem Osten eingewandert. Was sie uns antun, tut uns die gesamte jüdische Gemeinschaft an. Obwohl die Briten den Kaiser für den Krieg verantwortlich machten, mußte das ganze deutsche Volk dafür leiden."

In unseren jetzigen Schulbüchern und in Filmen sehen wir immer wieder, so auch wieder im *Münchner Merkur* am 10.10.1998 (eigentlich immer das gleiche Bild), wie zwei SA-Männer am 1. April 1933 vor jüdischen Geschäften stehen und Plakate mit der Aufschrift tragen: "Deutsche! Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!"

Von der oben erwähnten vorausgegangenen Boykott- und Kriegserklärung der zionistischen Führungscliquen in den USA und in England ist in den Schulbüchern und in den historischen Arbeiten – abgesehen von den revisionistischen – schon gar nichts zu lesen und in den Filmen nichts zu sehen.

In "Revisionismus", ein Pamphlet, herausgegeben vom bayrischen Innenministerium auf Kosten der Steuerzahler, das an allen Schulen verteilt wurde, heißt es auf Seite 6:

"Die nationalsozialistische Judenverfolgung begann 1933 bereits kurz nach der 'Machtübernahme' mit dem Boykott und der Plünderung jüdischer Geschäfte."

Der Hitler Biograph Joachim C. Fest verschwieg in seinem Buch von 1190 Seiten den Lesern, daß dem Boykott gegen jüdische Geschäfte ein Boykott gegen deutsche Waren in England und in den USA vorausgegangen ist:³⁵

"Schon im März war es zu ersten antisemitischen Ausschreitungen durch kommandierte SA-Einheiten gekommen. Sie hatten jedoch im Ausland so heftige Angriffe hervorgerufen, daß Goebbels und Julius Streicher Hitler bedrängten, durch offen verstärkten Druck die Kritik zum Schweigen zu bringen. [...] immerhin ließ er sich aber zu einem eintägigen Boykott überreden. Am Sonnabend, dem 1. April, standen vor den Türen jüdischer Geschäfte und Büros bewaffnete SA-Trupps und forderten die Besucher oder Kunden auf, die Räume nicht zu betreten. An den Schaufenstern klebten Plakate mit Boykottaufforderungen oder Beschimpfungen: 'Deutsche kauft nicht beim Juden!' oder 'Juden raus!'."

Dazu kamen noch die jüdischen Kriegserklärungen.

Schon vor der Machtübernahme schrieb Bernat Lacache (Präsident der LICA (World Jewish League against Antisemitism)):³⁶

"Deutschland [ist] unser Feind Nr. 1. Es ist unsere Absicht, diesem Land ohne Gnade den Krieg zu erklären."

Und gleich nach der Machtübernahme Hitlers verkündete der spätere jüdische Finanzminister Henry Morgenthau jun. der Welt:³⁷

"Die USA sind in den Abschnitt des Zweiten Weltkrieges eingetreten."

Im *Daily Express* konnte man am 24. März 1933 lesen:

"Das Judentum erklärt Deutschland den Krieg. Der jüdische Handelsfürst verläßt sein Geschäftshaus, der Bankier seine Bank, der Händler seinen Laden und der Hausierer seinen bescheidenen Tragekasten. [...] Vierzehn Millionen Juden stehen wie ein Mann zusammen, um Deutschland den Krieg zu erklären."

Der Präsident der "Internationalen Boykottkonferenz", Samuel Untermeyer, rief im August 1933 im Sender WABC zum "heiligen Krieg" gegen Deutschland auf:³⁸

"Meine Freunde, ich freue mich, wieder hier zu sein und über die Erleichterung und über das Gefühl der Sicherheit, die mir der amerikanische Boden bietet. Nach den herzzerbrechenden Erzählungen der Flüchtlingsopfer, die jeglicher Beschreibung spotten, bekam ich in den zwei Wochen [er nahm an der Internationalen jüdischen Boykott-Konferenz in Den Haag teil], die ich in Europa verbrachte, Alpträume und Ängste. Ihre begeisterte Begrüßung dient nicht mir, [...] sie dient dem heiligen Krieg für die Menschheit, auf den wir uns eingelassen haben. [...]

Es ist ein Krieg, der unermüdlich geführt werden muß. [...] Als unser Schiff heute an der Bucht herauffuhr, an unserer stolzen Freiheitsstatue vorbei, verrichtete ich ein Gebet der Dankbarkeit und Danksagung, daß dieses schöne Land der Freiheit dem Fluch entkam, der sich auf das ritterliche Deutschland legte, das dadurch von einer Kulturnation in eine wahrhaftige Hölle von grausamen und wilden Bestien verwandelt wurde. ...

Ich habe viele dieser mit Schrecken erfüllten Flüchtlinge getroffen [...] und ich möchte Ihnen sagen, daß, was zu ihnen durch die starre Zensur und Lügenpropaganda durchgedrungen ist, ... nur einen Bruchteil der schrecklichen Geschichte von teuflischer Folter, Grausamkeit und Verfolgung oder den Schrecken erzählt, in denen sie leben, die Tag für Tag diesen Männern, Frauen und Kindern zugefügt werden und schlimmer als der Tod sind. ...

Sie haben die Weltmeinung mißachtet und beharren dabei, sie zu mißachten und herauszufordern. Wir Juden sind die Aristokraten der Welt. [...] Wir schlagen vor und organisieren die Weltmeinung, sich in der einzigen Weise zu äußern, die Deutschland versteht. Hitler und sein Pöbelhaufen werden ihr Volk nicht wissen lassen, wie es von der Außenwelt angesehen wird. Wir werden sie auf die einzige Weise, die uns zur Verfügung steht, zwingen, dies zu lernen. [...]

Zusammen mit den Christen werden wir den letzten Nagel in den Sarg von Bigotterie und Fanatismus treiben. Präsident Roosevelt, dessen weise Staatskunst und Vision das Wunder der zivilisierten Welt ist, beschwört ihn herauf [den Krieg wahrscheinlich], um seine edle Vorstellung von der Neuordnung zwischen Kapital und Arbeit [...] zu fördern. [...] Können sich unsere furchtsamen Freunde einen noch erhabenen Präsidenten wünschen? Jeder von ihnen, Jude oder Nichtjude gleichermaßen, der nicht bereits an diesem heiligen Krieg teilnimmt und sich noch nicht freiwillig gemeldet hat, sollte es jetzt und hier tun." (Hervorh. d.V.)

Diese Kriegshetze dieser amerikanischen Juden bestätigte auch Graf Jerzy Potocki, der polnische Botschafter in Washington. Er berichtete am 12. Januar 1939 an sein Ministerium:³⁹

"Die Stimmung, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten herrscht, zeichnet sich durch einen immer zunehmenden Haß gegen den Faschismus aus, besonders gegen die Person des Kanzlers Hitler. [...] Die Propaganda ist vor allem in jüdischen Händen, ihnen gehört fast zu 100% das Radio, der Film, die Presse und die Zeitschriften. Obgleich diese Propaganda sehr grob gehandhabt wird und Deutschland so schlecht wie möglich hinstellt, [...] wirkt sie doch so gründlich, da das hiesige Publikum vollständig unwissend ist und keine Ahnung hat von der Lage in Europa. [...]

Die Lage hierzulande bildet ein ausgezeichnetes Forum für alle Art Redner und für die Emigranten aus Deutschland und der Tschechoslowakei, die an Worten nicht sparen, um durch die verschiedensten Verleumdungen das hiesige Publikum aufzuhetzen. [...] Es ist sehr interessant, daß in dieser sehr gut durchdachten Kampagne, die hauptsächlich gegen den Nationalsozialismus geführt wird, Sowjetrußland fast ganz ausgeschaltet ist. Wenn es überhaupt erwähnt wird, so tut man es in freundlicher Weise und stellt die Dinge so dar, als ob Sowjetrußland mit dem Block der demokratischen Staaten zusammenhinge. [...]

Außer dieser Propaganda wird auch noch künstlich eine Kriegspsychose geschaffen: Es wird dem amerikanischen Volk eingeredet, daß der Frieden in Europa nur noch an einem Faden hängt, ein Krieg sei unvermeidlich. [...]

Zu dem ersten Punkt muß man sagen, daß die innere Lage auf dem Arbeitsmarkt sich dauernd verschlechtert, die Zahl der Arbeitslosen beträgt heute schon 12 Millionen. [...]

Zum zweiten Punkt kann ich nur sagen, daß Präsident Roosevelt als geschickter politischer Spieler und als Kenner der amerikanischen Psychologie die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums bald von der innenpolitischen Lage abgelenkt hat, um es für die Außenpolitik zu interessieren. [...]

Ferner ist das brutale Vorgehen gegen die Juden in Deutschland [warum sind sie aus Polen ins Nazi-Deutschland geflohen?] und das Emigrantenproblem, die den herrschenden Haß immer neu schüren gegen alles, was irgendwie mit dem deutschen Nationalsozialismus zusammenhängt. An dieser Aktion haben die einzelnen jüdischen Intellektuellen teilgenommen, z.B. Bernard Baruch; der Gouverneur des Staates New York, Lehmann; der neuernannte Richter des Obersten Gerichts, Felix Frankfurter; der Schatzsekretär Morgenthau und andere, die mit dem Präsidenten Roosevelt persönlich befreundet sind. Sie wollen, daß der Präsident zum Vorkämpfer der Menschenrechte wird, der Religions- und Wortfreiheit, und er soll in Zukunft die Unruhestifter bestrafen. Diese Gruppe von Leuten, die die höchsten Stellungen in der amerikanischen Regierung einnehmen und die sich zu den Vertretern des 'wahren Amerikanismus' und als 'Verteidiger der Demokratie' hinstellen möchten, sind im Grunde doch durch unzerreißbare Bande mit dem internationalen Judentum verbunden. Für diese jüdische Internationale, die vor allem die Interessen ihrer Rasse im Auge hat, war das Herausstellen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen 'idealsten' Posten eines Verteidigers der Menschenrechte ein genialer Schachzug. Sie haben auf diese Weise einen sehr gefährlichen Herd für Haß und Feindseligkeit auf dieser Halbkugel geschaffen und haben die Welt in zwei feindliche Lager geteilt. Das ganze Problem wird auf mysteriöse Art bearbeitet: Roosevelt sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden, um die Außenpolitik Amerikas zu beleben und auf diesem Weg zugleich die kolossalen militärischen Vorräte zu schaffen für den künftigen Krieg, dem die Juden mit vollem Bewußtsein zustreben [...]" (Hervorh. d.V.)."

Wer denkt dabei jetzt nicht an die Kriege gegen Irak!

Carl Jakob Burckhardt, der Ex-Völkerbunds-Kommissar für Danzig, glaubte sicherlich dem Grafen Potocki, sonst hätte er diesen Text nicht in sein Buch einfließen lassen.

Mit den Nürnberger Gesetzen, meinte Professor Benz, wurde der Rassenantisemitismus in rohester Form durchgesetzt. Theodor Heuss plädierte schon 1932 in seiner Schrift *Hitlers Weg* für eine notwendige Ausschließung der Juden von den staatsbürgerlichen Rechten, denn diese schlage

"mengenmäßig nicht all zu sehr zu Buche. Sie trifft kaum ein Hundertstel der Deutschland bewohnenden Bevölkerung."

Es ist doch eine Tatsache, daß es auch viele Ausnahmen von diesen Gesetzen gab. So waren die Weltkriegsteilnehmer mit Auszeichnung nicht betroffen und Kinder von Juden, die im Kriege gefallen sind, auch nicht. Von den 4558 Rechtsanwälten konnten 3167 ihre Arbeit weitermachen. Von den 717 Juden im "Öffentlichen Dienst" 336 auf ihren Posten bleiben. Gegenüber den Ärzten war Hitler noch bedächtiger.⁴⁰

Diese "Nürnberger Ehegesetze" wurden von vielen Rabbinern und Juden begrüßt. Dies kann also nicht der Grund sein, warum Juden in England und in den USA die Nationalsozialisten so fanatisch bekämpften.

So befürwortete der Berliner Bankier Georg Kareski (ein aktiver Zionist) die Nürnberger Gesetze. Er hatte sein Büro in der ehemaligen Residenz Friedrich Eberts. Er hatte auch keine Bedenken in der Goebbelschen Zeitung "Der Angriff" zu schreiben. Kurz vor der Reichskristallnacht wanderte Kareski nach Palästina aus:⁴¹

"Seit vielen Jahren schon halte ich eine klare Trennung des kulturellen Lebens zweier Völker, die in einer Gesellschaft leben, für ein friedliches Nebeneinander für unabdingbar. Ich habe eine solche Trennung, die auf der Grundlage der Achtung der fremden Kultur beruht, lange unterstützt. Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 scheinen mir, unabhängig von ihren Verfassungsbestimmungen, ganz und gar auf dem Weg zu einer gegenseitigen Achtung der Selbständigkeit und Getrenntheit jedes Volkes zu liegen. Die Unterbindung des Vorgangs der Auflösung von vielen jüdischen Gemeinschaften, welche durch Mischehen gefördert worden war, ist von jüdischem Standpunkt aus durchaus willkommen. Für die Errichtung einer jüdischen Heimstatt in Palästina haben die Faktoren Religion und Familie eine entscheidende Bedeutung."

Der Zionistenführer Wladimir Jabotinski, den Dr. Otto Friedlaender auf einer Versammlung in Prag, wie er mir erzählte, kennenlernte und wörtlich einen jüdischen Nazi nannte, weil seine Anhänger auch braune Uniformen trugen, und er Hitler sogar in seiner Pose nachahmte, fand es in seiner Schrift "Rasse" von 1913 unmöglich, daß ein Mensch einer Rasse sich mit einer anderen vermischt.⁴²

Dr. Joachim Prinz, ein zionistischer Rabbiner, der später in die USA emigrierte, wo er zum Vizepräsidenten des Jüdischen Weltkongresses aufstieg, sah in den Nürnberger Gesetzen "die Erfüllung jüdischer Wünsche":⁴³

"Wir wünschen an die Stelle der Assimilation das Neue zu setzen: das Bekenntnis zur jüdischen Nation und zur jüdischen Rasse. Ein Staat, der aufgebaut ist auf dem Prinzip der Reinheit der Nation und Rasse, kann nur von dem Juden Achtung und Respekt haben, der sich zur eigenen Art bekennt. Nirgendwo kann er in diesem Bekenntnis mangelnde Loyalität dem Staate gegenüber erblicken. Er kann keine anderen Juden wollen, als die Juden des klaren Bekenntnisses zum eigenen Volk. Er kann keine liebedienerischen, kriecherischen Juden wollen. Er muß von uns das Bekenntnis zur eigenen Art fordern. Denn nur jemand, der eigene Art und eigenes Blut achtet, wird den Respekt vor dem nationalen Wollen anderer Nationen haben können."

In diesen Zeilen des Rabbiners liegt doch reines, nationalsozialistisches Gedankengut, und dieses Gedankengut feiert doch in Israel Urständ. Es dürfte doch bekannt sein, daß Israel der Tochter des ehemaligen BRD-Außenministers Kinkel, die mit einem Israeli verheiratet ist und mit ihm zwei Kinder hat, die Einbürgerung aus rassistischen Gründen verweigerte.

Die jüdische Professorin Dr. Hannah Arendt, meinte hierzu:

"Die Unbekümmertheit, mit der der Ankläger im Eichmannprozeß die Nürnberger Gesetze anprangerte, verschlug einem einigermaßen den Atem, da in Israel, wo der Personalstatus jüdischer Bürger durch rabbinisches Gesetz bestimmt wird, kein Jude einen Nichtjuden heiraten darf."

Der deutsche Diplomat Jörg von Uthmann, persönlicher Referent des deutschen Botschafters Pauls in Israel, behauptet in seinem Buch "Doppelgänger, du bleicher Geselle":⁴⁴

"Der Zionismus und der Nationalsozialismus hätten einen gemeinsamen Denkansatz. Gegen Ende seines Buches entdeckt Uthmann nicht mehr und nicht weniger, als daß die klassenlose Gesellschaft der Kommunisten, der heutige Staat Israel und Hitlers Großdeutsches Reich auf eine Stufe zu stellen seien – eine Bemerkung, die er im letzten Kapitel seines Buches noch verschärfte."

Prof. Hans Joachim Schoeps schloß sich der These an, daß entseelten Juden zum Antisemitismus der Nationalsozialisten beigetragen haben:

"Man darf jüdischerseits aber Hitler und seine Bewegung nicht ressentimental, sondern muß sie politisch sehen und einsehen, daß es für die Proletarier nicht gleichgültig ist, ob sie die Internationale oder 'Deutschland über alles' singen. Damit soll nichts gegen die Abwehr antisemitischer Übergriffe gesagt werden, doch sollte man bei der Abwehrarbeit einmal lernen, die antisemitischen Motive und Impulse der nationalsozialistischen Bewegung richtig zu sehen und zu verstehen. Der Judenhaß der Nationalsozialisten ist nämlich letztlich weder soziologisch noch metaphysisch noch religiös bestimmt, sondern der 'Jude', freilich in dämonisch verzerrter Gestalt, ist für die Nationalsozialisten ein heuristisches Prinzip. Alle die Eigenschaften, die ihnen ablehnens- und

hassenswert erscheinen, werden für sie im Typus des Juden manifest. Worum und wodurch ist dies aber möglich geworden? Stellt man einmal so die Frage, dann wird aus dem Unrecht des Antisemitismus ein Verschulden der Juden. Denn nur deshalb richtet sich der Haß so gegen die Juden, weil das deutsche Judentum sich in so exponierter Weise mit den linken Geistesmächten, die heute in der Krisis stehen und in ihrer bisherigen Gestalt untergehen werden, verbunden hat, daß die Juden quasi symbolische Repräsentanten für jene entseelende, auflösende und abstrakte 'Vernunft' wurden, die nicht genug gefüllt war, um geschichtlich zu sein, d.h. 'Geist' zu sein. [...]

Als dann in den ersten Wochen der Nichtariergesetzgebung der Völkische Beobachter die Regierungsmaßnahmen mit tägliche Zitaten aus Werken
von Eisner, Toller, Tucholsky, Gumbel, usw. zu
kommentieren unternahm, um den zersetzenden jüdischen Einfluß – freilich in grotesker Übertreibung
unseres Schuldenanteils – unter Beweis zu stellen,
konnten alle deutsch-gesinnten Juden nichts anderes
tun als erröten, abseits gehen und schweigen."⁴⁵
Weiter schrieb Professor Dr. Wolfgang Benz:

"Man muß die Jahre 1933 bis 1941 als Latenzphase definieren, die der physischen Vernichtung, dem Holocaust, voranging. Charakterisiert ist dieser Zeitraum erstens durch die massive antisemitische Propaganda der NSDAP [die ihre Ursache in der massiven jüdischen antideutschen Propaganda aus England und USA hatte], zweitens durch Gewalt, zuerst gegen einzelne Juden, verübt durch einzelne Täter, dann durch den verordneten Pogrom im November 1938.

Nach Einführung der Nürnberger Gesetze (1935):⁴⁶

"hatten die deutschen Juden ja einige relativ ruhige Jahre gehabt, in denen ihre Auswanderung gefördert wurde und in denen die große Anzahl der
Zurückbleibenden ein Gemeindeleben von erstaunlicher Mannigfaltigkeit und Vitalität zu entfalten vermochten. In der Wirtschaft schienen die jüdischen
Positionen kaum angetastet zu sein, und wer darauf
achtete, daß unter wirtschaftspolitischen Gesetzen
nicht selten neben der Unterschrift Adolf Hitlers
mehrere Unterschriften jüdischer Bankiers standen,
der brauchte nicht einmal ein Ökonomist zu sein, um
zu glauben, daß die realen Wirtschaftsmächte sich
gegen die bloße Ideologie der Partei leicht behaupten würden."

Im Jahre 1936 ebbte die erste große Verfolgungswelle ab: 47

"Für die deutschen Juden kam eine Phase äußerer Ruhe und sogar eine gewisse Rechtssicherheit. [...] Selbst die Ermordung von Wilhelm Gustloff, des Landesgruppenleiter der NSDAP in der Schweiz, durch den Juden David Frankfurter, ein gebürtiger Kroate, wurde zwar in der Presse ausgeschlachtet, aber in Hitlers Gedenkrede wurde jeder Ausfall gegen 'das internationale Judentum' vermieden."

Der Nationalsozialismus sei fern davon, wie man es ihm unterstellen wolle, "die Juden bis aufs Blut zu quälen", meinte Innenminister Frick schon kurz nach der Machtübernahme, "es solle auf legalem Wege eine klare Scheidung eintreten."

Dies bestätigte auch der israelische Minister Ben Elissár. Hitler wollte nicht die Ausrottung der deutschen Juden. Der Chef des 3. Reiches war kein besessener Fanatiker mit der fixen Idee, hebräisches Blut zu vergießen. Es wäre möglich gewesen, mit ihm zu einer gütlichen Einigung zu gelangen, besonders, wenn man ihn überzeugt hätte, daß es besser für Deutschland wäre, wenn eine unblutige Lösung angestrebt würde. Ben Elissár hat vergessen, daß es Juden in England und in den USA waren, welche dies nicht wollten und Hitler schon 1933 den Krieg erklärten!

Erst durch die Ermordung des Botschaftssekretärs vom Rath am 7.11.1938 durch Herschel Grynszpan kam es wieder zu Ausschreitungen gegen Juden. Hinter diesem Mord vermutete die deut. Reichsregierung die Tätigkeit des "internationalen Judentums" (was nicht auszuschließen ist!). So schrieb Goebbels im *Völkischen Beobachter*:⁴⁹

"Er habe nur Rache nehmen wollen für seine jüdischen Brüder in Deutschland. Die Nachforschungen in Paris ergeben, daß Grünspan vor drei Wochen aus Frankreich ausgewiesen worden war. Über seinen Aufenthalt bis zum Tage der Mordtat hüllt er sich bis zum heutigen Tage in Schweigen. Er war im Besitz eines gefälschten Passes.

Es ergibt sich hier die Frage: Wo war Grünspan in den letzten drei Monaten? Wer hat für seinen Unterhalt gesorgt? Wer hat ihn im Pistolenschießen unterrichtet? Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß er von einer jüdischen Organisation verhetzt und auf diese zynische Mordtat systematisch vorbereitet worden ist. Die Parallele zum Fall Gustloff liegt auf der Hand. Wie damals wurde von den jüdischen Hintermännern ein Jugendlicher als Attentäter eingeführt, um die Verantwortlichkeit zu verschleiern. Die Vernehmung der beiden Judenjungen zeigt eine genaue Übereinstimmung der Verteidigungsgründe und der Taktik der Attentäter. Auch aus dem Prozeßverlauf gegen Frankfurter ging hervor, daß man nicht den einzelnen Mann, sondern das nationalsozialistische Deutschland treffen wollte. Das zeigt auch in beiden Fällen der wohl vorbereitete Entlastungseinsatz der gesamten jüdischen Weltpresse.

Seit Wochen wird in den großen jüdischen Weltblättern gegen Deutschland als Nation zum Kriege und gegen einzelne prominente Vertreter des nationalsozialistischen Deutschlands zum Morde gehetzt. Besonders hervorgetan haben sich dabei die Juden Georg Bernhard und Emil Ludwig Cohn. In diesen Kreisen sind deshalb auch zweifellos die geistigen Inspirationen des Attentats [Schreibtischtäter] zu suchen."

Nach dem Mordanschlag auf vom Rath schrieb der *Völkische Beobachter* (8.11.1938):

"Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat [Terror?] seine Folgen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als ausländische Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen. Die Linie von David Frankfurter zu Herschel Grünspan ist klar gezeichnet. Wir können heute schon in der Weltpresse erleben, daß man sich auch diesmal bemüht, den Täter reinzuwaschen und zu verherrlichen und den Erschossenen zu verdächtigen [homosexueller zu sein]."

Jan von Flocken schrieb in Focus:50

"zwischen Täter und Opfer bestanden homosexuelle Beziehungen, weshalb der geplante Schauprozeß unterblieb."

Dies ist doch auch so eine "Rekonstruktion". Wir wissen doch aus dem Prozeß, daß Grynszpan glaubte, den Botschafter vor sich zu haben.

Der Hofhistoriker Helmut M. Müller schrieb in bezug auf den 9. November 1938 in *Schlaglichter der deutschen Geschichte*, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, auf Kosten der deutschen Steuerzahler und kostenlos an Lehrer verteilt:⁵¹

"Nachdem schon im April 1933 ein Boykott jüdischer Geschäfte veranstaltet worden war, wurden die deutschen Juden mit den Nürnberger Gesetzen von 1935 aus dem deutschen Staatsvolk ausgestoßen. Am 9. November 1938 fand das nationalsozialistische Vorgehen gegen die Juden mit den Morden, Brandstiftungen und Zerstörungen der 'Reichskristallnacht' einen vorläufigen Höhepunkt."

In diesem Buch wird der dem 1. April vorausgehende Handelsboykott und die Kriegserklärung der Juden an Deutschland mit keinem Wort erwähnt. Auch nicht die Attentate der Juden Frankfurter und Grynszpan. Letzterer löste doch die "Kristallnacht" aus.

Hier bietet sich ein Vergleich an, wenn es erlaubt ist, wie Israelis in ähnlicher Situation verfahren sind. Im Juni 1982 wurde der israelische Botschafter in London, Shlomo Argov, angeschossen. Wohlgemerkt: angeschossen. Ohne zu wissen, wer das Attentat ausgeführt hat, gab Begin den Befehl, den Libanon anzugreifen. Darüber berichtete Dieter Strothmann:⁵²

"Blinde Rache – Der Sturm kam prompt, ausgeführt mit brutaler Schonungslosigkeit und schon drei Stunden nach dem Londoner Attentat. Erst warfen die Bomber nahe Beirut ihre todbringende Last ab, auf Stellungen palästinensischer Guerillas wie auf Zivilisten. Auf den ersten Luftangriff über hundert tote Araber, darunter Frauen und Kinder. Und der Kreislauf der Gewalt fordert noch mehr Opfer, weitere israelische Bombenangriffe, dann palästinensische Vergeltungsschläge mit Raketen und Granaten auf israelische Dörfer, daraufhin israelische Gegenschläge auf libanesische Städte und Siedlungen mit Flugzeugen und Geschützen, bis schließlich die israelische Armee einrückte. Der Krieg ist da. Der Waffenstillstand, der nicht einmal ein Jahr hielt, zerbrochen. Es sieht alles, wie nach einem sorgfältig vorbereiteten, kühl kalkulierten Plan aus."

Es war ein "kühl kalkulierter Plan" des israelischen Geheimdienstes Mossad. Rund tausend Menschen wurden ermordet. Darunter Hunderte von Frauen und Kindern. Über diese Toten werden in Israel keine jährlichen Buß- und Erinnerungsfeiern abgehalten, wie dies in Deutschland Gepflogenheit ist. Es sind ja nur Palästinenser. Redakteur Ulfkotte bestätigte, daß den folgenden israelischen Vergeltungsschlägen Tausende von libanesischen Zivilisten zum Opfer fielen.⁵³

Die Juden sollten aber nicht vernichtet werden, denn noch nach der "Reichskristallnacht" reiste Dr. Schacht mit Genehmigung Hitlers im Dezember 1938 nach England, um mit Montagu Norman, dem Gouverneur der Bank von England, und dem Vertreter des "Evian-Komitees", George Rublee, zu verhandeln. 150.000 Juden wollte Hitler auswandern lassen, wenn Deutschland bei der Bank von England eine Anleihe von einer halben Milliarde aufnehmen könne. Die anfallenden Zinsen würde Deutschland mit Warenlieferungen bezahlen. Dies lehnten aber die Zionisten ab, vor allem Chaim Weizmann, weil dieser nur Auswanderungen nach Palästina wünschte, was damals die Briten nicht zuließen. 54

Die schon zitierte Philosophin Hannah Arendt schrieb:⁵⁵

"Die Rolle der jüdischen Führer bei der Zerstörung des eigenen Volkes ist für Juden zweifellos das dunkelste Kapitel in der ganzen dunklen Geschichte."

Davon wollen Juden heute nichts wissen.

Der niederländische Historiker Karl van Tienen schrieb: 56

"daß die nationalsozialistische Rassenlehre als politisches Programm niemals auf Rassenvernichtung, sondern auf Rassentrennung gerichtet war, und nicht strenger oder gewalttätiger gewesen sei als die heute in Israel gültigen Gesetze."

Siehe dazu auch die Rede Hitlers vor dem deutschen Reichstag am 17.5.1934!

Bei einer Besprechung in Auschwitz mit dem Amtsgruppenchef C, SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Dr. Ing. Kammler, beklagte sich Lager-

kommandant Rudolf Höß über die schlechte Versorgung mit Unterkünften, Wasser und Strom. Vor allem machte ihm die Entwässerung große Sorge – aus hygienischen Gründen. Er vermerkte:⁵⁷

"Dazu kam in letzter Zeit die Lösung der Judenfrage, wofür die Voraussetzung für die Unterbringung von zuerst 60 000 Häftlingen, die innerhalb kurzer Zeit auf 100 000 anwuchs, geschafft werden mußte. [... Weist dies auf eine Endlösung, auf eine Vernichtung der Juden hin?] Die täglichen Geburten gegen 50 Kindern im Zigeunerlager, die Krankenbehandlungen von 10 000 von Häftlingen ohne die hygienischen Einrichtungen, vor allem von Wasser, erlauben keine Ausweichmöglichkeiten." (Hervorh. d.V.)

Kein Geringerer als Chaim Weizmann, der Präsident der Jewish Agency, heizte durch seine Rede in New York die Verfolgung der Juden in Deutschland noch mehr an. Somit wurden jetzt alle Juden als fünfte Kolonne angesehen, als trojanisches Pferd. Weizmann bekannte sich am 9.5.1942 vor der Extraordinary Zionist Conference im Biltmore Hotel in New York City offen zur Kriegsteilnahme der Juden gegen Deutschland:⁵⁸

"Wir leugnen es nicht und haben keine Furcht, die Wahrheit zu bekennen, daß dieser Krieg unser Krieg ist und zur Befreiung des Judentums geführt wird. [...] Stärker als alle Fronten zusammen ist unsere Front, die Front des Judentums. Wir geben diesem Krieg nicht nur unsere ganze finanzielle Unterstützung, auf der die gesamte Kriegsproduktion basiert, wir stellen diesem Krieg nicht nur unsere propagandistische Macht zur Verfügung, die die moralische Triebkraft zur Aufrechterhaltung dieses Krieges ist. Die Sicherung des Sieges baut sich hauptsächlich auf der Schwächung der gegnerischen Kräfte, auf die Zerschlagung in ihrem eigenen Land im Inneren ihrer Festung des Widerstandes auf. Tausende in Europa lebende Juden sind der Hauptfaktor bei der Vernichtung unseres Feindes. Dort ist unsere Front eine Tatsache und die wertvollste Hilfe für den Sieg." (Hervorh. d.V.)

Daher sah sich die Reichsregierung genötigt, die Kriegshandlungen gegen das jüdische Volk zu erwidern und Schutzmaßnahmen gegen die Bedrohung durch Juden im Inneren des Landes zu ergreifen. Dazu gehörten die Deportationen von Juden in die Lager nach Osten. In Friedenszeiten wären diese unmenschlich gewesen, aber als Kriegsmaßnahmen waren sie völkerrechtlich zulässig. Siehe dazu die Deportationen von Deutschen aus dem Wolgagebiet nach Kasachstan, die Deportationen von Armeniern ins Innere der Türkei und auch die Deportationen von Palästinensern in den Libanon. Israels Oberster Gerichtshof hat sogar die Rechtsmäßigkeit der Deportationen bestätigt. Ministerpräsident Shamir sagte in einem Gespräch mit dem US-Botschafter Pikkering in Jerusalem, der dagegen protestierte, "es hand-

le sich um eine innere Angelegenheit."59

Bei der Vorstellung seines Buches "Der Krieg als Kreuzzug" sagte der jüdische Historiker Arno Mayer:⁶⁰

"Hätten die Deutschen den Krieg gewonnen, die Juden wären nicht umgebracht worden, sondern 'nur' deportiert – hinter den Ural."

Wollte Hitler die Juden wirklich vernichten, dann hätte er wohl kaum (bis zum Stichtag der letzten Zählung am 31.10.1941) 537.000 Juden aus dem Großdeutschen Reich legal entkommen lassen. So konnten aus dem Altreich, Österreich, Böhmen und Mähren bis zum 31.12.1942 noch 557.357 Juden auswandern.⁶¹

Die Deportation begann nach der Wannseekonferenz im Januar 1942. Anfang 1943 stellte die Reichsregierung den neutralen Staaten das Ultimatum, ihre Juden heimzuschaffen oder der Deportation zu überlassen. Ist es nicht merkwürdig, daß diese Juden, trotz der Diskriminierung in Deutschland geblieben sind? So weigerte sich Spanien, seine Juden aufzunehmen:

"Daher wurden im August 1943 367 spanische Juden aus dem nordgriechischen Saloniki verhaftet und in das 'Aufenthaltslager' Bergen-Belsen gebracht. Von dort konnten sie im Frühjahr 1944 nach Spanien ausreisen."

Daß gewisse Juden die größte Schuld an ihrem Schicksal haben, darf man wohl anhand meiner Darstellung behaupten. Sogar der ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning warnte Jakob Landau vom internationalen jüdischen Zeitungsdienst, solche Greuelpropaganda zu verbreiten, um eine jüdische Katastrophe zu verhindern:

"Im Frühjahr 1933 habe man gesehen, wie Hitler unmittelbar reagierte, als der Berliner Korrespondent eines New Yorker Blattes an einem außergewöhnlichen ruhigen Abend gekabelt hatte, daß die Spree angefüllt sei mit treibenden Leichen von durch die Nazis ermordeten Juden. Sofort hat Goebbels 'spontane Ausschreitungen' der SA gegen jüdische Geschäfte entwickeln lassen; er drohte damals mit schärferen Maßnahmen, falls sich solche Propagandaberichte wiederholten. [...]

Ich sagte Rabbi Baeck damals, wenn es den deutschen Juden nicht gelänge, ihre Glaubensgenossen im Ausland im Zaume zu halten, so würden sie besser daran tun, schon gleich zunächst die Kinder herauszubringen, dann ihre Kapitalien, wozu sie unter den damaligen Bedingungen Erlaubnis erhalten würden. [...]

Rabbi Baeck, den ich immer besonders verehrt hatte, war sehr traurig. Als ich meine Bewunderung für Rabbi Baeck aussprach, wiederholte ich Herrn Landau, was ich schon einmal in London gesagt hatte: Rabbi Baeck sei der einzige 'Christ' im Sinne der Bergpredigt, dem ich je begegnet sei. [...] Landau erklärte, Rabbi Baeck sei schwach und habe keinen jüdischen Kampfeswillen. Ich warnte sehr vor die-

sem Kampfeswillen; er würde zu entsetzlichen Missetaten gegen die Juden seitens Hitler führen, der sich in einen Drohungsrausch hineinreden könne.
[...]

Herr Landau sagte, der Kampf der Juden müsse mit allen Mitteln gegen die Nazis auf der ganzen Welt fortgesetzt werden. Ich erwiderte ihm, daß ich in diesem Falle <u>das größte Unglück für das Judentum in der ganzen Welt voraussehe.</u>" (Hervorh. d.V.)

Jakob Landau, 1892 in Wien geboren, gehörte als Gründer und Chef der weltweit meinungsbildenden Nachrichtenagentur Jewish Telegraphic Agency zu den haßerfülltesten Deutschenhetzern und somit zum Totengräber Tausender von Juden.

Diese verbrecherische Politik der Zionisten bestätigten später auch toratreue Juden in den Vereinigten Staaten:⁶⁴

"Woher nahmen die zionistischen Führer und der World Jewish Congress das Recht, für sich Vorteile zu fordern? Die weltweite Handelsblockade gegen Deutschland im Jahre 1933 und alle späteren Kriegserklärungen an Deutschland, veranlaßt von den zionistischen Führern und dem World Jewish Congress, erzürnte Hitler derartig, so daß er drohte, die Juden zu vernichten. Auf der Konferenz in Wannsee im Januar 1942 wurde das Schicksal der Juden beschlossen und ihr Leiden begann. Die Zionisten weigerten sich auch, den Juden mit Lebensmitteln zu helfen und blockierten alle Anstrengungen in dieser Hinsicht. Ihr Motto war: 'Rak B'Dam' (nur durch Blut werden wir das Land erhalten)."

Theodor Fontane, der alles andere als ein Antisemit war, der bei der Kreuzzeitung begann und bei der (jüdischen) Vossischen Zeitung endete, schrieb u. a. auch ironische Verse auf die aus dem Osten stammenden und reich gewordenen Berliner Neubürger. Er war ein guter Kenner des damaligen Pressewesens. Er stellte zu seiner Zeit schon eine Presseverschwörung der Juden fest und warnte sie:

"Wenn die Juden sich nicht ändern, würde in Zeiten, die wir freilich nicht mehr erleben werden, eine schwere Heimsuchung über sie kommen."

Hat Theodor Fontane schon die Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten vorausgeahnt? Ich möchte kein Prophet sein, aber diese Heimsuchung wird wieder über Juden kommen, wenn sie mit ihrem Übermut und ihrer Arroganz fortfahren und die Deutschen weiter demütigen, verleumden und ausbeuten. Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Die heutigen führenden Juden, die von einer unglaublichen Hybris befallen sind, tragen eine große Verantwortung, vor allem für die Zukunft der jungen Juden in der BRD. Daher diese Schrift – es muß ihnen gesagt werden!

© Georg Wiesholler, Juli 2004

Zum Verfasser: geb. am 13.7.1919 als Sohn der Bauerseheleute Georg und Maria Wiesholler aus Chieming am Chiemsee (Hausname "Denglhamer"), nach dem Volksschulbesuch Arbeit auf dem elterlichen Hof, dann freiwillig zum Arbeitsdienst und zur Kriegsmarine. Bald in Opposition zum Nationalsozialismus, Flucht nach Schweden, Arbeit bei einem Bauern in Hagbyhamn (Harald Andersson) und Besuch der Landwirtschaftsschule in Hammenhög (Schonen). Anschließend Gymnasium und nach dem Examen zum Abitur Versuch zur Rückkehr nach Deutschland. Nach Nichtanerkennung des schwedischen Abiturs (Maunz) Studium in Schweden und Staatsexamen für das "Höhere Lehramt" in Deutsch, Geschichte und Politische Wissenschaft. Anstellung als Lehrer im Landschulheim Ising, Entlassung nach 3 Jahren, erneute Emigration mit Frau und 6 Kindern. Später Anstellung als Lehrer in Leer (Ostfriesland) bis zum Ruhestand.

Dieser Artikel kann als Broschüre beim Verfasser bestellt werden: Bezugspreis 4 €; Verlagsrecht bei Georg Wiesholler, Goethest. 27, D-85521 Ottobrunn

Weitere Schriften des Verfassers:

- Die verfälschte Demokratie, 94 Seiten, 6 €
- Der Revisionismus, 41 Seiten, 4 €
- Die Missionare, 32 Seiten, 3 €
- Die Augenzeugen, 62 Seiten, 5 €
- Jetzt sind wir alle Amerikaner, weil..., 31 S., 3 €
- Israel. Eine historisch-kritische Betrachtung, 120 Seiten, 7 €
- Die Wahrheit wird euch frei machen. Zeitgemäße Betrachtung eines Unzeitgemäßen, 535 S. 15 €

Vorkasse auf Konto 2803909 bei Sparda Bank, München (BLZ 700 905 00) oder in Scheinen und Briefmarken

Anmerkungen

- Material zur deutsch-polnischen Schulbuchempfehlung, Bonn 1980.
- ² Australian Jewish News, 28.2.1997.
- ³ E. Kant, Die Religion innerhalb der Grenzen der bloβen Vernunft, Werke, Bd. 8, S. 791.
- ⁴ Gershom Schocken, *Bilanz des Zionismus*, Trans Atlantik, S. 86.
- ⁵ Ben Chorin, "Das ewige Gesetz", *Jüdische Wochenschau*, Buenos Aires, XVIII (1509), 1957, S. 3.
- ⁶ Arthur Koestler, *Juda am Scheideweg*, Scherz 1965.
- Was ist jüdischer Geist?, Interfrom, Zürich 1984, S. 11f.
- ⁸ Herzl, *Tagbücher*, Berlin 1922.
- Die Judenfrage als Frage der Rassenschädlichkeit für Existenz, Sitten und Kultur der Völker, Karlsruhe 1888.
- Frankfurter Allgemeine, 16.4.1997.
- "Werner Jochmanns Studien zur Judenfeindschaft", Frankfurter Allgemeine, 4.10.1989.
- Marcel Simon, Versus Israel. Étude sur les relations entre Chrètien et juifs dans l'empire romain, S. 148.
- ¹³ W. Churchill, *Illustrated Sunday Herald*, 8.2.1920.
- David Biale, Gershom Scholem. Kabbalah and Counter-History, S. 152, Messianism.
- Benjamin H.Freedman, "Warning to America", Rede im Willard Hotel Washington 1961, zit. n. *The Barnes Review*, 7-8/1999.
- 16 "Der Deutsche als Hunne Hollywoods Feindbild im Ersten Weltkrieg", gezeigt im Bayr. Fernsehen am 21.10.1995.
- ¹⁷ Der Stürmer, Nr. 15/1930.
- Erich Mühsam, *Tagebücher 1910 1924*, Hrsg. Christian Hirte,

- München 1994, S. 181.
- ¹⁹ In Süddeutsche Monatshefte, Nr.21/1924.
- Hellmuth Auerbach, Vierteljahrsheft für Zeitgeschichte, 25. Jg., 1977. Heft 1.
- ²¹ Nahum Goldmann aus *Die Zeit*, 26.1. / 2.2.1979.
- Rainer Zitelmann, Hitler Selbstverständnis eines Revolutionärs, München 1998, u. Die Zeit, Nr. 41/1989.
- ²³ In einem Gespräch mit *Der Spiegel*, Nr. 13/2003.
- Deutsche jüdische Soldaten 1914 1945, Militärgeschichtliches Forschungsamt, ISBN 3 8132 0174 0, S. 60/67.
- ²⁵ In einem Leserbrief in der *Süddeutschen Zeitung* vom 27.9.1998.
- Sharon Gerwitz, "The Anti-Nazi Boycott and the Board of Deputies of British Jews", *Journal of Contemporary History*, Nr.4/1991.
- ²⁷ Le Pacte Germano-Sioniste, S. 17.
- ²⁸ Christine Brink, "Die Täuschung des Zugehörigkeitsgefühls", Süddeutsche Zeitung, 9.6.1987.
- ²⁹ In seiner Rede 1961 im Willard Hotel in Washington, *The Barnes Review*, Nr. 7-8/1999
- NDR 19.4.2004, "Die Comedian Harmonists", Dokumentarfilm.
- Die Tagebücher von Joseph Goebbels, München 1993, S. 397.
- ³² Ostfriesen Zeitung, 30.3.1933
- Orthodox Rabbis Vote Boycott, New York Times, 7.9.1933.
- ³⁴ Akten z. dt. Auswärtigen Politik, Nr. 271, D-4, 24.11.1938.
- ³⁵ Joachim Fest, *Hitler*, S. 576f.
- ³⁶ Le droit de vivre, Paris, 9.11.1932.
- ³⁷ *Portland Journal*, 12.2.1933.
- ³⁸ New York Times, 7.8.1933.
- ³⁹ Zit. n. C.J. Burckhardt, Meine Danziger Mission, S. 253.
- ⁴⁰ Saul Friedländer, L'Allemagne Nazi et les Juifs, Bd.1, Seuil, 1979
- ⁴¹ G. Kareski, "Approves of Ghetto Laws Interview in Dr. Goebbels 'Angriff", *Jewish Chronicle*, London, 3.1.1936, S. 16.
- ⁴² Zit. n. Les Guerriers d'Israel, Édition Emmanuel Ratier, Facta

- 1995.
- ⁴³ Dr. J. Prinz, *Wir Juden*, Berlin 1934, S. 154.
- 44 *Der Spiegel*, Nr.30/1976
- ⁴⁵ Hans Joachim Schoeps, Bereit für Deutschland, S. 196, 201ff.
- ⁴⁶ E. Nolte, aaO, S. 294.
- ⁴⁷ Die Welt, 5.9.1977.
- 48 "Vor Jahr und Tag", Münchner Merkur, 2.11.1985.
- ⁴⁹ Zit. n. Münchner Neueste Nachrichten, 12.11.1938.
- Jan von Flocken, "Grynszpans Geheimnis", Focus, 44/2001.
- ⁵¹ Helmut M. Müller, Schlaglichter der deutschen Geschichte, Mannheim 1986, S. 180.
- ⁵² *Die Zeit*, Nr. 24/1982
- ⁵³ Ulfkotte, Frankfurter Allgemeine, 25.5.2000.
- ⁵⁴ Akt. z .A. Politik, D-4, Nr.280, 16.12.1938.
- 55 Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1958, Frankfurt 1962, S. 125.
- Das Los der Juden, Wahn und Wirklichkeit, 3. Kapitel: "Der Standpunkt des III. Reiches gegenüber den Juden", S. 21ff.
- Auschwitz, 22. Mai 1943, Aktenvermerk, Staatsarchiv der Russischen Föderation, 502-1-26, S. 85.
- New York Times vom 10. 11. u. 12. 5. 1942; sieh auch J.G. Burg, Sündenböcke, Dritte Auflage 1980, S. 243.
- ⁵⁹ Deportationen sind innere Angelegenheit Israels, Frankfurter Allgemeine, 25.8.1988.
- ⁶⁰ Peter Köpf, "Deutsches Wüten nur ein Kreuzzug?", Abendzeitung, München, 19.10.1989.
- Die Juden Poliakoff und Wulf, Das III. Reich und die Juden
- ⁶² Dr. Bernd Rother, "Franco und griechische Juden", Frankfurter Allgemeine, 2.9.1996.
- ⁶³ Heinrich Brüning, Briefe und Gespräche 1934 1945, Stuttgart 1974, S. 162.
- ⁶⁴ American Neturei Karta, Rabbi Schwartz, New York Times, 30.9.1997.

Der vorbildliche Holocaust

Von Ernst Manon

Wir haben das Buch Der Erste Holocaust von Don Heddesheimer erhalten. Es behandelt sachlich und ohne Polemik die jüdischen Spendenkampagnen mit Holocaust-Behauptungen im Ersten Weltkrieg und danach. Im Anhang sind ausgewählte Buch- und Zeitungsauszüge von 1900 bis 1991 beigefügt. Im Vorwort lädt der Herausgeber und Verleger Germar Rudolf den Leser ein, nach der Lektüre all dieser Lügenkampagnen, die sogar bis zum letzten Irak-Krieg reichen, die Behauptungen bezüglich der Ereignisse zwischen 1941 und 1945 kritisch zu überdenken und sich hierzu zu informieren.

Der Berliner Jude Horst Lummert, der sich auch Avram Kokhaviv nennt, sieht das alles ganz anders²:

"Es ist den jüdischen Institutionen schwerlich vorzuwerfen, daß sie, um ihren verarmten und bedrohten Leuten in Europa zu helfen, alle Mittel einsetzten, die zu Gebote standen, und daß sie auch mit psychologischem Nachdruck arbeiteten, als die Hilfsbereitschaft nachließ, ausgerechnet zu einer Zeit, da die Not sich täglich verschlimmerte. Der für seine hungernden und frierenden Kinder sorgende Familienvater hat immer recht."

Es folgen einige mit bibliographischen Angaben untermauerte Belehrungen über jüdische Armen-

fürsorge und Philanthropie einschließlich der Acht Stufen der Armenfürsorge von Maimonides aus dem zwölften Jahrhundert.

Was Lummert nicht behandelt, ist die damit verbundene Lüge, in seiner Diktion der "psychologische Nachdruck". Aber wir wissen ja, daß das Gebot "Du sollst kein falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten"³, unter Christen auch von den Zehn Geboten her bekannt, bei Juden nur für ihresgleichen gilt, für den "Genossen deines Blutes, deiner Rasse", also soviel wie "Volksgenossen".4

Mit dieser Lüge vom ersten Holocaust aber ist eine Verleumdung bisher nicht gekannten Ausmaßes verbunden. Jakob Pinchas Kohn, Dr. phil. und Rabbiner aus Leipzig, schrieb im Jüdischen Lexikon (1927):⁵

"Verleumdung ist in der Bibel (Lev. 9, 16) streng verboten. [...] Wie ein roter Faden zieht sich die

Mahnung gegen dieses größte aller Verbrechen, das, nach b. Arach 15 b und j. Pea 15 d, die drei Todsünden übertrifft, durch den Talmud. [...] Sie übertrifft alle andern Waffenarten, die nur in der Nähe töten, und gleicht dem Pfeile, der auch in die Ferne trifft. So auch der Verleumder: er spricht in Rom und tötet in Syrien. [...] Tod und Leben sind in der Gewalt der Zunge (Spr. 18, 21), d.h. wie die Hand tötet, so kann auch die Zunge töten."

Aber vermutlich gilt dies auch nur innerhalb des Judentums. Schließlich spricht Lummert auch nicht als

> Deutscher, sondern von "wir in Deutschland" und er meint:

"Solche Grundsätze und Re-

geln [wie die der Juden] wären den Deutschen in Not zu wünschen, die von ihren 'Besserverdienenden' – den Regierenden, Politikern, Unterhaltungsclowns und Schreiberlingen – öffentlich ausgelacht und - nach Arier-Art [schon wieder eine Verleumdung!] - wie der letzte Dreck behandelt werden.'

Nun braucht man allerdings kein Verschwörungstheoretiker zu sein, um zu erkennen, daß die Regierenden und auch die Unterhaltungsclowns in Deutschland absolut nichts unternehmen können, was nicht die Zustimmung des "Zentralrats der Juden in Deutschland" fände. Ja, wo kämen wir denn hin,

wenn wir z. B. weltweit eine Kampagne zur Unterstützung des Deutschtums starteten mit der Behauptung, Tausende von Juden ermordete Deutsche trieben in der Spree, im Rhein und in der Donau?! Diese Art von Verleumdung liegt eben dem Arier nicht; lieber läßt er sich wie den letzten Dreck behandeln.

Arier bzw. Nichtjuden haben es aber auch gar nicht nötig, zu Lüge und Verleumdung Zuflucht zu nehmen. Jahrzehnte der revisionistischen Forschung haben der gegen Deutschland gerichteten Lügenflut längst den Grund entzogen und das System gezwungen, zu immer absurderen Maßnahmen Zuflucht zu nehmen. Wie weit dies sogar in der politischen Mitte geht, zeigt der Fall Martin Hohmann & Reinhard Günzel. Der CDU-Ratsherr Hans Knoblauch aus Recklinghausen hatte auf einen Artikel über Hohmann, der im dortigen Parteibüro aushing, geschrieben: "Man darf in Deutschland nicht

"Der für seine hungernden und frierenden Kinder sorgende Familienvater hat immer recht."

So rechtfertiat der Berliner Jude Horst Lummert jüdische Lügenkampagnen während des Ersten Weltkriegs und danach zur Finanzierung jüdischer Gemeinden und zur Unterstützung der bolschewistischen Revolution in Rußland. Lügen, Betrügen, Morden, Plündern, Vergewaltigen. Der sorgende Familienvater hat immer recht, insbesondere wenn er jüdisch ist?

mehr die Wahrheit sagen." Die CDU wollte ihn sofort rauswerfen. "Diese Haltung ist mit den Grundsätzen der CDU nicht vereinbar." Knoblauch entging dem Ausschluß aus allen seinen Ämtern nur dadurch, daß er zu Kreuze kroch und Abbitte leistete.⁶

Auch unser Horst Lummert mußte schon früher die Erfahrung machen, daß dies nicht der freie Staat ist, in dem es "jedem erlaubt ist, zu denken, was er will, und zu sagen, was er denkt", wie es schon Spinoza gefordert hatte. 1997 hatte er in einem Fax an *DIE WELT*, "Herrn Uwe Bahnsen persönlich", geschrieben:

"Das Insistieren auf dem 'Holocaust' ist ja in Wahrheit eine Beleidigung des jüdischen Volkes. Wer einen Mord, einen Völkermord, an den Juden geplant, inszeniert, durchgeführt oder auch nur als geplant, inszeniert, durchgeführt behauptet hat und weiterhin behauptet, macht sich der 'Volksverhetzung', der Verleumdung des jüdischen Volkes, der Verunglimpfung des Andenkens seiner Verstorbenen schuldig."

Von der Verleumdung des deutschen Volkes war natürlich wieder keine Rede. Lummert wurde zu einer relativ geringen Geldstrafe verurteilt – relativ zu Strafen, die Deutsche und andere Nichtjuden in der ganzen Welt zu gewärtigen hätten. Neuerdings maßt sich sogar Israel an, sog. Holocaust-Leugner weltweit anzuklagen und ihre Auslieferung nach Israel zu fordern. Aber schließlich heißt es ja schon beim Propheten Jesaja:

"Denn von Zion wird das Gesetz ausgehen, und des HERRN [JHWHs] Wort von Jerusalem."

Ist es nicht höchst kurios, wenn Lummert, der vor einigen Jahren die Behauptung eines (Zweiten) Holocausts als Verleumdung des jüdischen Volkes bezeichnet hat, nun den behaupteten "ersten" Holocaust als vorbildliche Maßnahme jüdischer Armenfürsorge bezeichnet? Aber wie sagte doch Elie Wiesel: "Bei uns [Juden] ist alles anders." – Besonders mit der Logik!

© 9. November 2004

Anmerkungen

- ¹ Castle Hill Publishers, Hastings 2004 (www.vho.org/D/deh).
- Worbildlich Ich sehe das ganz anders" in: kokhaviv publications NewCatch online exclusive 2004-10-05 (Internet: www.kokhavivpublications.com/2004/newcatch/avram_kokhaviv/20041005 224.html).
- ³ Exodus 20,16; Deuteronomium 5,20.
- Dietrich Bronder, Bevor Hitler kam, 2. Aufl., Marva, Genf 1975, S. 443, Ann. 184.
- Werleumdung" in: Jüdisches Lexikon Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden; Jüdischer Verlag, Berlin 1927; unveränderter Nachdruck: Jüdischer Verlag bei Athenäum, Königstein 1982/87, Bd. IV, Sp. 1192/1193.
- Nach PHI/Aufklärungsarbeit (Internet).
- Abgedruckt in seiner Zeitschrift kuckuck, feder 13, II. Quartal 1997.
- ⁸ "Globale Ahndung" in: FAZ vom 24. Juli 2004, S. 34.
- ⁹ Jesaja 2,3.

Leichenverbrennungen im Freien

Von Heinrich Köchel

Im Zusammenhang mit einer Beurteilung der Zahl der Leichen, die in den verschiedenen von deutschen Behörden während des 2. Weltkriegs eingerichteten Konzentrationslagern beseitigt wurden, ist die Kapazität der entsprechenden Einrichtungen – Krematorien, offene Feuer, Massengräber – ein wesentliches Element. Die Literatur hinsichtlich der Krematorien ist ziemlich reichhaltig und technisch gut dokumentiert, besonders durch die Arbeiten von Jean-Claude Pressac zu diesem Thema. Speziell das Lager Auschwitz war mit Krematorien gut ausgestattet. Die anderen in Ostpolen eingerichteten Lager (Treblinka, Sobibór und Belzec) besaßen solche technisch ausgefeilten Einrichtungen nicht, hier mußten die Leichen im Freien verbrannt werden. Diesen Lagern werden traditionell zwei Millionen Opfer zugeschrieben. Der Verfasser untersucht, inwiefern die Beseitigung so vieler Leichen nach unseren heutigen Kenntnissen über die Verbrennung von Tierkadaver machbar war.

1. Berichte über Leichenverbrennungen in deutschen Lagern im 2. Weltkrieg

In dem Standardwerk von Yitzak Arad, *Belzec, Sobibor, Treblinka*, wird erklärt, daß diese Opfer hauptsächlich in der Zeit von Herbst 1942 bis Anfang 1943 in Gaskammern mittels Kohlenmonoxidgas (aus einem Dieselmotor) getötet und zunächst im Lager vergraben wurden. Wegen der Gefahr einer Verseuchung des Grundwassers durch die große Zahl solcher Leichen wurden diese dann im ersten Halbjahr 1943 wieder ausgegraben und im Verlaufe von mehreren Monaten verbrannt.

Abgesehen davon, daß solche Verbrennungen wegen der lodernden Flammen, der starken Hitze, des beißenden Rauches und des unerträglichen Gestanks als sehr eindrucksvoll beschrieben werden, gibt es hierzu nur wenige präzise Angaben. Manche Zeugen geben an, daß Menschen auch bei lebendigem Leibe in den Flammen umkamen, entweder, weil sie gezwungen wurden, sich ins Feuer hineinzustürzen, oder weil man sie in Gruppen von einem LKW mit Kippeinrichtung hineinfallen ließ. Dies ist jedoch nicht recht glaubhaft, da solche starken Feuer auch für die Henkersknechte und für die Fahrzeuge eine große Gefahr darstellten.

Yitzak Arad gibt in seinem Buch folgende Schilderung solcher Verbrennungen im Freien (S. 174f):

"[In Treblinka] bestand die Verbrennungseinrichtung aus einem Rost in Form von 5 oder 6 Eisenbahnschienen, die auf drei Reihen etwa 70 cm

hoher Betonblöcke ruhten. Die Einrichtung war etwa 30 m breit [...]. Die Leichen wurden auf diese Schienen gehäuft. Unter die Schienen legte man Reisig. Das Holz wurde mit Benzin übergossen.

[...Sie] nahmen die Leichen von den Bahren herunter und

häuften sie schichtweise auf den Rost bis zu einer Höhe von 2 Metern. Etwa 2000 bis 2500 Leichen – manchmal sogar 3000 – wurden auf den Rost gepackt. Wenn alles fertig war, wurden das trockene Holz und die Zweige, die unter dem Rost lagen, angezündet. Der ganze Bau, mit den Leichen, wurde schnell vom Feuer erfasst. Die Schienen glühten und die Flammen schossen 10 m hoch.

Anfangs wurden die Leichen mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen, um das Feuer zu beschleunigen, dies wurde jedoch später nicht mehr für nötig gehalten. [...] Yechiel Reichman, ein Mitglied der 'Brenngruppe' schreibt dazu:

Der SS-'Fachmann' für Leichenverbrennung befahl uns, Frauen – insbesondere dicke Frauen – bäuchlings als erste Schicht auszulegen, danach konnte dann beliebig vorgegangen werden, je nachdem, was anfiel. [...] Der 'Fachmann' befahl uns, trockene Zweige unter den Rost zu legen und sie anzuzünden. Das Feuer fasste dann innerhalb weniger Minuten und es war schwierig, näher als 50 m an den Herd heranzugehen. [...]

(In Treblinka) liefen die Verbrennungen Tag und Nacht. Tagsüber wurden die Leichen herangeschafft und auf die Roste gelegt, abends wurde gezündet und es brannte die ganze Nacht. Wenn das Feuer erloschen war, lagen nur noch einzelne Knochen auf dem Rost und Aschehaufen darunter. [...] In Belzec waren alle 600 000 Opfer schon begraben, als die





Rauch und Qualm so weit das Auge reicht: typisch für niedrige Brenntemperaturen.

Verbrennungen begannen. Sie mussten innerhalb von vier oder fünf Monaten ausgegraben und verbrannt werden. [...] In Belzec und Treblinka [...] musste ein System erarbeitet werden, mit dem 5000 bis 7000 [Leichen] pro Tag verbrannt werden konnten. Durch die Verwendung [...] von einfachen, riesigen Freiluftherden [...] gelang es der Mannschaft von Operation Reinhard diese Aufgabe durchzuführen."

Arads Buch enthält gewisse Angaben über Größe und Auslegung dieser Lager, und obwohl diese Angaben nicht genau mit anderen Quellen übereinstimmen, kann man sich einen Überblick über die Flä-

chen verschaffen, die dort als "Todeszone" für Vernichtung, Massengräber und Verbrennung zur Verfügung standen:

- Belzec: 250 mal 75 Meter, d.h. ca. 18.750 m² (etwa 2 Hektar)
- Treblinka: 250 mal 200 Meter, d.h. ca. 50.000 m² (etwa 5 Hektar)
- Sobibór: 90 mal 120 Meter, d.h. ca. 10.800 m² (etwa 1,1 Hektar)

Trotz der unwahrscheinlich klingenden Behauptungen, daß es möglich gewesen sei, Tausende von z.T. gefrorenen Leichen in weniger als einem Tag mit minimalem Brennstoffaufwand auf Herden zu verbrennen, die laut Arad eine Fläche von 1000 m² (Treblinka) bis 1500 m² (Belzec und Sobibór) aufwiesen, wobei am Ende nur Asche und kleine Knochen übrig blieben, die leicht mit Hämmern zu Staub zerschlagen werden konnten, haben solche Angaben seit einem halben Jahrhundert als wahr gegolten und als Beweise in verschiedenen Strafprozessen gedient.

Eine neuere Analyse der Verbrennungsherde, von M. Tregenza,² geht noch einen Schritt weiter. In einem deutschen Strafprozeß gegen SS-Wachmannschaften im Jahre 1964 sagten Zeugen aus, daß die in Belzec verwendeten Herde etwa 5 mal 5 Meter groß waren und daß es vier solcher Herde gab, von denen jedoch nur zwei verwendet wurden. Der Autor extrapoliert nun die Angaben über die diesem Lager bislang zugeschriebenen Opferzahlen und sagt "wenn mehr als nur 2 Herde, also 3 bis 4 während der Ausgrabungs- und Verbrennungszeit in Betrieb waren, könnten auch doppelt so viele Leichen verbrannt worden sein". Solche Berech-



Verkohlung, nicht Verbrennung.



nungen zeigen bestenfalls, wie unsicher die Beweislage bis heute ist. Tregenzas Übernahme der Herdgröße ist jedoch auch insofern interessant, als sie zeigt, wie wenig der Autor über die Probleme der Leichenverbrennung weiß.

2. Verbrennung von Tierkadavern während der Maul-und-Klauenseuche (MKS)

Im Jahr 2001 suchte diese Seuche Europa und speziell Großbritannien heim. Dies erlaubt uns, das Problem der Verbrennungen im Freien genauer zu untersuchen, da die Medien diesen Ereignissen breiten Raum geschenkt haben. Die verschiedenen Beispiele einer Verbrennung von Kada-

vern durch die Behörden geben uns detaillierte Hinweise in Bezug auf die Vorgehensweise, speziell hinsichtlich der benötigten Menge an Brennstoff, der Größe der Herde, der Dauer der Verbrennung, aber auch hinsichtlich der Arbeitskräfte oder der für den Aufbau usw. benötigten Zeit.

Die Tabelle am Ende stellt die Informationen zusammen, die sich aus Zeitungsartikeln oder anderen Anweisungen ergeben. Die Quellen betreffen zwar sämtlich die Verbrennung von Tieren – Rinder, Schweine, Schafe – lassen sich jedoch auf menschliche Leichen ausweiten, da die Zusammensetzung der Kadaver bezüglich Fett- oder Wassergehalt usw. recht ähnlich ist; außerdem lassen einige dieser Anweisungen Ausweitungen auf andere Tierarten ausdrücklich zu.

Die Quellen betreffen einerseits tatsächliche Feuer, andererseits Anweisungen, die zum Bau und Betrieb solcher Feuer gegeben worden sind. Für die vorliegende Arbeit sind acht tatsächliche Feuer berücksichtigt worden (die manchmal von mehreren Quellen erwähnt werden) sowie zwei typische Anweisungen. Entsprechende Daten enthält die Tabelle. Die Ergebnisse stellen sich wie folgt dar:

2.1. ART UND MENGE DER BRENNSTOFFE

Die Scheiterhaufen sind grundsätzlich ähnlich hinsichtlich der verwendeten Brennstoffe. Hauptbrennstoff ist Kohle, da jedoch Eisenbahnschwellen ein wesentliches Element beim Aufbau des Brennhaufens sind, tragen auch sie einen erheblichen Anteil an Energie bei. Daneben werden als Energieträger weitere Brennstoffe erwähnt, z.B. hölzerne Paletten, mit Öl getränkte Strobballen, schließlich auch hier und da Thermit als Zünd-

material.

Die tierärztlichen Anweisungen besagen, daß zum Zweck der Anlage eines Brennhaufens die Tierarten ineinander umgerechnet werden können, und zwar derart, daß ein Rind vier Schweinen oder vier geschorenen Schafen, oder drei ungeschorenen Schafen entspricht. Wenn man den Heizwert der verschiedenen Brennstoffe zugrundelegt und die Summe dann als äquivalente Menge Holz ausdrückt, ergeben sich Werte zwischen 125 und 875 kg Holz pro Schweinäquivalent bei etwa 325 als Mittelwert. Angesichts dieser relativ großen Schwankungsbreite erscheint es angezeigt, die beiden extremen Werte zu verwerfen, der so korrigierte Mittelwert liegt dann bei etwa 280 kg Holz pro Schweinäquivalent.

Betrachtet man menschliche Körper in dieser Weise, so kann man die vorsichtige Annahme machen, daß zwei menschliche Leichen einem Schweinekadaver entsprechen, bzw. acht menschliche Leichen einem Rinderkadaver. Man erhält so eine Menge von etwa 140 kg Holz, die für die Verbrennung einer Leiche eingesetzt werden müßte. Je nach Holzart entspricht dieses Ge-

wicht etwa 0,2 bis 0,3 Festmetern trokkenen (!) Holzes.

2.2. Auslegung der Brennstellen

Die Quellen sind sich darin einig, daß – bei gegebener Beladung – ein schmaler und langer Brennhaufen einer mehr quadratischen Form vorzuziehen ist. Das leuchtet ein, denn eine gute Luftzufuhr ist ganz wesentlich für eine gute, d.h. heiße und rasche Verbrennung. Je weiter der Weg vom Rande

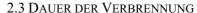
des Haufens bis in die Mitte ist, desto größer ist die Gefahr, daß die Brennmasse dort nicht ausreichend brennen kann, in sich zusammenfällt und schließlich bei eher niedriger Temperatur nur noch schmort.

Allgemein geben die Quellen an, daß die Breite eines Brennhaufens etwa 2,5 Meter betragen sollte, da dies der Länge einer Eisenbahnschwelle entspricht. Diese Dimension ist auch günstig in Bezug auf den Aufbau bzw. die Beladung solcher Haufen von der Längsseite aus, da die Helfer von beiden Seiten einander zuarbeiten können. Fotografien und Schemazeichnungen zeigen, daß Rinder generell in einer Schicht auf die unten liegenden Brennstoffe plaziert werden, während man Schafe und Schweine auch mehrschichtig laden kann, wobei die Höhe insgesamt 1,8 bis 2 Meter nicht überschreitet. Manuell kann man ohnehin kaum höher arbeiten, und es bestünde außerdem die Gefahr, daß der Haufen nach der Seite abkippt, etwa wegen ungleichmäßiger Verbrennung oder auch wegen einem möglichen Auftauen gefrorenen Bodens. Es ergibt sich so, senkrecht zur Längsrichtung, ein grob trapezförmiger Querschnitt von ca. 3 bis 4 m² Fläche, bzw. einem Volumen von 3 bis 4 m³ pro laufenden Meter Herdlänge.

Wenn die geographische Lage es nicht erlaubt, eine unbegrenzte Länge auszulegen, ist es natürlich möglich, mehrere Herde nebeneinander zu bauen. In einem solchen Fall sind Sicherheitsabstände zwischen den Herden einzuhalten, besonders dann, wenn nicht alle Herde gleichzeitig gezündet werden, so daß sie sich in unterschiedlichen Phasen befinden. Für MKS-Herde wird angegeben, daß man einen Mindestabstand von 250 Metern beachten solle, die Zeugen für die polnischen Lager sprechen von einem Bereich von 50 Metern zu einem brennenden Herd, der nicht betretbar war. Entsprechendes gilt verständlicherweise auch für künstliche oder natürliche brennbare Objekte, also etwa Häuser oder Wälder.

Unter Zugrundelegung der MKS-Daten kann man also berechnen, daß für den Fall einer Gesamtlänge von 1000 Metern, ausgelegt in einer einzigen Linie eine Gesamtfläche von 500 mal 1000 m², zuzüglich der Sicherheitszonen an jedem Ende (2 Halbkreise von je 250 m Radius), also etwas mehr als 50 Hektar benötigt würde, bei einer Aufteilung auf vier Längen von je 250 m wä-

ren sogar fast 100 Hektar (ca. 1 km²) nötig.



Die Quellen machen unterschiedliche Angaben über die Zeit, die für eine vollständige Verbrennung nötig ist, von "mindestens 24 Stunden" bis "1 bis 2 Wochen". Vermutlich beziehen sich die kurzen Zeiten auf tatsächliche, mit Flammen brennende Feuer, die längeren auf den Zeitraum, über den

der Herd noch warm ist.

Feuerfeste Anzüge

2.4 Arbeitsaufwand und andere Überlegungen

Der Bericht über die Verbrennung von 800 Schafen in Frankreich spricht von 100 Soldaten, die hier eingesetzt wurden, erwähnt aber auch eine Flotte von Lastkraftwagen (und vermutlich auch andere Hilfsmittel), die Verwendung fanden.

3. Die Verbrennung von Leichen im Freien in den Konzentrationslagern im Lichte der MKS-Daten

Die Beseitigung von Leichen in Konzentrationslagern unterscheidet sich von der Verbrennung von Tierkadavern in einer Reihe von Gesichtspunkten:

- Die Leichen mußten so weit zu Asche verbrannt werden, daß keine identifizierbaren Reste mehr übrig blieben. Die Literatur sagt aus, daß hierfür die eventuell noch verbleibenden Knochenreste manuell zu Pulver zermahlen wurden. Dies ist erst möglich, wenn die Herde entsprechend abgekühlt sind
- Für die Verbrennungen wurde vermutlich haupt-

sächlich Holz und nicht Kohle eingesetzt, da Holz in Form von mehr oder weniger großen Stücken auch von Hand transportiert werden kann, während für Kohle ein Minimum an mechanischen Mitteln (Schaufeln, Schubkarren usw.) vorhanden sein müssen.

- Da Holz pro Gewichtseinheit einen niedrigeren Brennwert als Kohle hat und außerdem eine geringere Dichte aufweist, sind solche holzbefeuerten Herde zwangsläufig voluminöser als dies für Kohle der Fall wäre; d.h. die Belegung mit Leichen pro Grundfläche ist geringer.
- Holzfeuer brennen im allgemeinen mit einer niedrigeren Temperatur als Kohlefeuer, so daß es schwieriger ist, Leichen auf diese Weise zu verbrennen.

Aufgrund der obigen Ausführungen kann man sagen, daß für die Verbrennung einer menschlichen Leiche im Freien jeweils mindestens 0,2 bis 0,3 Festmeter trockenes Holz benötigt wird. Zusammen mit der Leiche selbst und den für eine gute Verbrennung nötigen Zwischenräumen konnte ein typisches Feuer vielleicht zwei Leichen pro Kubikmeter aufnehmen. Die optimale Auslegung der Brennhaufen, wie sie weiter oben für kleinere Tierkadaver diskutiert wurde, könnte somit eine Beladung mit etwa 8 – 10 Leichen pro laufenden Meter erlauben. Im praktischen Betrieb waren die Verhältnisse sicherlich nicht ideal, so daß die Herde weniger als die erwähnte Zahl von Leichen aufnahmen.

Daher waren für die Tagesleistungen von 5000 bis 7000 Leichen, die in den Lagern verbrannt werden mußten, ohne Zweifel Herde nötig, die bei einer Breite von 2,5 m eine Länge von 500 bis 700 m oder mehr aufwiesen.

Nach dem Aufbau wurden die Haufen gezündet und brannten dann ein bis zwei Tage, wie für die MKS-Verbrennungen berichtet wird. Aus Erfahrung mit grö-

ßeren Haufen heißer Asche weiß man, daß solche Haufen durchaus noch mehrere Tage heiß bleiben, möglicherweise eine Woche nach Zündung. Danach mußten die Haufen nach Knochenresten durchkämmt und diese zermahlen werden, wofür vermutlich auch mehr als ein Tag benötigt wurde. Es ist daher realistisch anzunehmen, daß der Platz für einen bestimmten Herd auf etwa 10 Tage insgesamt belegt war, bevor dort ein neuer Herd aufgebaut werden konnte.

Für die in der Literatur erwähnte Verbrennungsleistung von täglich bis zu 7000 Leichen mußten also jederzeit insgesamt etwa

10 Herde gleichzeitig – in verschiedenen Stadien des Prozesses – vorhanden sein. Wenn man auch nur einen Abstand von 100 m zwischen zwei Herden und um die Peripherie aller Herde ansetzt, so ergibt sich eine Gesamtfläche von etwa 1000 mal 1000 m, die für solche Aktionen vorhanden gewesen sein müßte. Eine solche Fläche übersteigt bei weitem die Dimensionen, die in der Literatur diesen Lagern insgesamt zugeschrieben werden.

Absolut notwendig ist natürlich die Verfügbarkeit von Brennstoffen. Dieses Problem wird von der traditionellen Literatur überhaupt nicht behandelt, da dort die Verbrennungen keinen Brennstoff benötigen. Unter der Annahme, daß trocknes Holz der Hauptbrennstoff war, kommt man auf eine Menge von 1000 bis 1500 Festmetern Holz (trocken und gesägt) das täglich in die Lager gebracht werden mußte. Das entspricht 100 oder 150 LKW-Ladungen, bzw. 50 bis 75 mittleren Güterwagen bei Eisenbahntransport, und dies täglich über mehrere Monate. Angesichts der unsicheren Transportsituation in der Kriegszeit wäre es angezeigt gewesen, eine Mindestreserve von 2 oder 3 Tagesleistungen anzulegen, also 3000 bis 5000 Festmeter Holz einzulagern. Bei einer Stapelhöhe von 2 m ist hierfür eine Lagerfläche von 1500 oder 2500 m² erforderlich, sowie ein zusätzlicher Raum für Zu- und Abfahrtswege; die Gesamtfläche hierfür läge also ohne weiteres bei 100 mal 100 m, also einem Hektar. Diese Fläche stellt schon einen erheblichen Teil derjenigen Fläche dar, die bei Arad für die "Todeszonen" (s.o.) dieser Lager erwähnt wird.

Bezüglich des Aufwands an Arbeitskräften für die Verbrennungen kann man aufgrund der Kriegslage annehmen, daß hier in der Hauptsache auf Zwangsarbeiter zurückgegriffen wurde und mechanische Hilfsmittel kaum zur Verfügung standen. Der bei Arad abgebildete Bagger, der auch nicht immer funktioniert haben soll,



Viehkadaververbrennung aus der Luftperspektive. Die angeblich wesentlich größeren Verbrennungsstellen in Auschwitz hätten die ganze Umgebung unter Rauch gesetzt.

Davon ist freilich auf den alliierten Luftaufnahmen nichts zu sehen.

konnte keinesfalls mehr tun, als Leichen aus den Massengräbern heben und den Hilfskräften zu Füßen legen.

Es ist nicht möglich, hier eine eingehende Schilderung des Arbeitsablaufs zu geben, doch sollte man sich vor Augen halten, daß die große Fläche, die für die Verbrennungen gebraucht wurde (wenn sie überhaupt zur Verfügung stand) es nötig machte, daß die Hilfskräfte weite Wege zurückzulegen hatten, um Brennstoffe und Leichen zu den Brennstellen zu schaffen – Entfernungen von mehr als einem Kilometer in jeder Richtung sind durchaus als realistisch anzusehen.

Die Literatur erwähnt beiläufig, daß manchmal eine Feldbahn angelegt wurde. Aufgrund der geschilderten optimalen Auslegung der Brennstellen ist dies jedoch keineswegs eine praktikable Lösung, denn die Gleise hätten ja an den Herden entlang geführt und jedesmal wieder in eine neue Herdreihe verlegt werden müssen, noch dazu am besten zweispurig. Es wäre unmöglich gewesen, die Gleise in der Nähe eines brennenden Scheiterhaufens zu belassen, weil die starke Hitze den Stahl beeinträchtigt hätte. Man muß auch berücksichtigen, daß für den Transport von 7000 Leichen pro Tag und 1000 oder 1500 Tonnen Brennmaterial der Bedarf an rollendem Material nicht unerheblich gewesen wäre.

4. Schlußfolgerungen

Die in der Literatur zu den Vernichtungslagern gemachten Angaben einerseits und die Erkenntnisse aus den Verbrennungen im Zusammenhang mit MKS andererseits widersprechen sich dermaßen, daß es unmöglich ist, die Schilderungen zu akzeptieren, wonach innerhalb der Lagergrenzen von Treblinka, Sobibór und Belzec monatelang täglich Tausende von Leichen verbrannt worden seien. In diesen Lagern gab es vermutlich durchaus Einrichtungen, die eine Verbrennung von Leichen gestatteten, jedoch in einem Umfang, der erheblich kleiner war, als behauptet wird. Eine großzügige Be-



Viehkadaververbrennungsgrube aus der Vogelperspektive. Grube, ausgehobene Erde, massive Zerstörung von Vegetation und Aufwühlung des Erdreiches um die Grube herum – all das kann man auf den Luftaufnahmen von Auschwitz nicht sehen!

rechnung ergibt, daß sich auf den Flächen, die in der Literatur als "Roste" ausgewiesen werden (1000 bis 1500 m² für jedes Lager) von der Größe und der Dauer her vielleicht 1500 Leichen pro Woche verbrennen ließen, nicht jedoch mehrere zehntausend, wie immer behauptet worden ist.

Wenn man den Angaben von M. Tregenza für echte Brennstellen folgt (4 mögliche "Roste", je 5 mal 5 Meter, also insgesamt 100m²) sinken solche Schätzungen nochmals um fast eine Größenordnung auf einige hundert Leichen, die wöchentlich so hätten beseitigt werden können. In jedem Fall liegt die Behauptung, für die Verbrennungen hätte man außer Anmachholz keine Brennstoffe gebraucht, außerhalb jeder Erfahrung und ist daher zu verwerfen. Alle Berichte über tatsächliche MKS-Feuer wie auch die Anweisungen zum Bau solcher Scheiterhaufen betonen den erheblichen Bedarf an Brennstoffen.

Da bekanntlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit unabhängig von der Anzahl der Opfer sind, sollten diese Überlegungen nicht so interpretiert werden, solche Verbrennungen hätten in diesen oder anderen Lagern nie stattgefunden – juristische und moralische Fragen werden nach ganz anderen Gesichtspunkten entschieden als technische Dinge. Wir müssen uns jedoch mit dem Gedanken vertraut machen, daß die zwei Millionen Opfer, die diesen Vernichtungslagern zugeschrieben werden, eine Übertreibung darstellen, und daß aufgrund der vorhandenen Erkenntnisse über die Lager selbst und über die MKS-Verbrennungen in diesen Lagern insgesamt nur 3000 bis 5000 Leichen pro Woche beseitigt werden konnten. Bezogen auf die gesamte Dauer der Verbrennungen im Rahmen der "Aktion Reinhard", also vier bis sechs Monate, sind maximal 80.000 bis 125.000 Leichen denkbar, die auf diese Weise beseitigt worden sein können.

Literatur

- Jean-Claude Pressac, Die Krematorien von Auschwitz, Piper, München 1994
- Jean-Claude Pressac, Technique and Operation of the Gas Chambers, Beate Kalrsfeld Foundation, New York, 1989
- Yitzak Arad, Belzec, Sobibor, Treblinka, Indiana University Press, Bloomington/Indianapolis, 1999

Anmerkung

- Alle Fotos von www.whale.to/m/fmd70.html.
- Report on the Archeological Investigations at the Site of the Former NAZI Extermination Camp in Belzec, Poland, 1997-98, S. 29f. Vgl. C. Mattogno, Belzec, Castle Hill Publishers, Hastings 2004 (www.vho.org/D/b).

Tabelle über benötigte Brennstoffmengen

Beschreibung tatsächlicher MKS-Verbrennungen und Anweisungen für den Bau entsprechender Herde

Nr.	Ort bzw.	Rinder	Schweine	Schafe	Schweine-	Eisenbahn-	Kohle	Holz	Heizöl	Stroh	Länge	Holz-	Holz/
	Quelle				äquivalent	schwellen	[t]		[1]		(Meter)	äqui-	Schwei
												valent [t]	n [kg]
1	Heddon-on-	75	850		1150	250	75			2 LKW-	150	185	160 kg
	the-Wall									Ladungen			
2	Caldbeck	500			2000	3800	700	900 Paletten	7600	60 t		1750	875 kg
3	Shadwick	401			1604	700	200					450	280 kg
4	Burdon	200		730	1770	800	290	29 t	3000	20 t	250?350?	700	370 kg
5	Epynt	300			1200	380	175	250 Paletten	2800	4 t	250?500?	400	330 kg
6	Oswestry	68	450	115	860	200	30	4 LKW-Ladungen,	150	350 Ballen	60	110	130 kg
								200 Reifen					
7	Oswestry	45 Kühe,		90	320	150	25	2 LKW-Ladungen,	150	250 Ballen	45	75	235 kg
		10 Kälber						100 Reifen					
8	FAO	1	oder 4	oder 4 geschorene	4	1	0,2	35 kg	5	1 Ballen		0.5	125 kg
				oder 3 ungesch.									
9	DOH	1			(4)	3	1	40 kg		1 Ballen		2.3	575 kg
10	Bondues,			818	1100	350	60	56 m³	(60 t?)	10 t	100	190	170 kg
	Frankreich												

Mittelwert: 325 kg Korr. Mittelwert: 280 kg

Zum Zweck der Darstellung wurden die Brennwerte der einzelnen Brennstoffe als entsprechende Äquivalente für Holz ausgedrückt. Angesichts gewisser Unsicherheiten in den Angaben (Strohballen, LKW-Ladungen usw.) mußten manche Berechnungen geschätzt werden. Der Beitrag der Kohle und des Holzes war jedoch in allen Fällen der wesentliche Wert. Eine Eisenbahnschwelle wurde mit 2,5 mal 0,3 mal 0,2 m und einer Dichte von etwa 0,5 eingesetzt.

Quellen für die jeweilige Nummer

- 1) The Guardian, 26. Februar 2001; The Times, 26. Februar 2001; Der Spiegel, SPIEGEL ONLINE 26. Februar 2001, 06:53; www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,119729,00.html
- 2) The Guardian, 28. April 2001
- 3) The Independent, 19. März 2001
- 4) Financial Times, 5. März 2001, The Times, 2. März 2001
- 5) Current Concerns, P.O. Box 927, CH-8044 Zürich, Archiv, 2. Januar 2002
- 6) Village Tidings, ISSN 1353 2243, c/o Ferryhouse, Bolton Abbey, nr. Skipton, N Yorks BD23 6HB; e-mail: vtontheweb@planetall.com, Bd. 39, Sommer 2001 (Dieser Herd, wie auch Herd Nr. 7, wurde während der MKS-Epidemie des Jahres 1968 betrieben)
- 7) ditto
- $8) \quad www.fao.org/livestock/agah/empres/gemp/resources/prnt-stamping-out.html\\$
- 9) www.doh.gov.uk/fmdguidance/disposalriskassessmentannexes.pdf
- 10) La Voix du Nord, 6. März 2001, "Un bûcher de 100 m de long pour 600 moutons"

Rattenbekämpfung im KL Auschwitz

Von Erik Kylling

Von deutscher Seite, insbesondere durch die SS, wurden große Anstrengungen unternommen, um die Ausbreitung von Ratten im KL Auschwitz zu verhindern. Wie die hier vom Verfasser präsentierten Dokumente zeigen, wurde der Rattenbekämpfung ein hoher Stellenwert eingeräumt, nicht nur, weil diese Nagetiere knappe Nahrungsmittel vernichten und durch Benagen Schäden anrichten, sondern auch, weil sie Überträger gefährlicher Krankheiten sind.

Wir möchten das Augenmerk des Lesers auch darauf richten, daß die hier abgelichteten Briefe erstaunliche Einblicke geben, die vollkommen im Widerspruch stehen zu dem offiziellen Bild der "Knochenmühlen zur Beseitigung ermordeter Häftlinge" – das KL Auschwitz hatte Mangel an frischen Markknochen, die der offiziellen Version zufolge doch im Überfluß hätten existieren müssen. Statt Rattenfütterung mit Menschenknochen wurde in Auschwitz Rattenbekämpfung zugunsten aller dort lebenden Menschen durchgeführt. (Die Redaktion)

Schädling Ratte

Bei der Ratte handelt es sich um ein weltweit verbreitetes Nagetier, das sehr häufig als Vorrats- Materialund Gesundheitsschädling auftritt. Die Ratte ist dem Menschen in alle Klimazonen gefolgt, lebt in seinen Gebäuden und Behausungen und ernährt sich von seinen Vorräten und Abfällen.

In allen größeren Ansiedlungen des Menschen ist die Ratte, in Mitteleuropa als Haus- und vor allem als Wanderratte (*Rattus rattus*, *Rattus norvegicus*) ein stetiger und ungeliebter Mitbewohner. In ganz Deutschland nahm die Rattenplage während des Zweiten Weltkrieges stark zu, besonders in den zerbombten Städten (siehe z.B.: Schreiben des Reichsministers des Innern an das Reichssicherheitshauptamt vom 19. Februar 1944 über den "Erlaß einer Reichspolizeiverordnung zur Rattenbekämpfung"; A g 7070/43-5202, Bundesarchiv: NS 21-799-30). In diesem Schreiben wird die Bekämpfung der Rattenplage sogar als kriegswichtig bezeichnet.

Ratten besitzen eine hohe Vermehrungsrate und ein großes gesundheitsgefährdendes Potential für den Menschen. Sie dienen einerseits dem stabilen Erhalt eines Erregers als Reservoir, sind andererseits aber, in Abhängigkeit vom Erreger und dessen geographischer Verbreitung, gleichzeitig Erregerverschlepper oder überträger. Laut Niedersächsischem Landesamt für Verbraucherschutz Lebensmittelsicherheit und (www.laves.niedersachsen.de/master/C2998646 N2530 258 L20 D0 1826.html) können Ratten etwa 120 Infektionskrankheiten übertragen. Insgesamt sind danach weltweit ohne die vielfältigen Hantavirusspezies, 42 wichtige, mit Nagetieren assoziierte humanpathogene Erreger oder Erregersubtypen bekannt. Besonders ist die große Bedeutung der Schadnager als Reservoir für Salmonellen und als Überträger von z.B. Typhus (Salmonella typhi), Paratyphus, Leptospirose (Bakterien der Gattung *Leptospira*), Tularämie (Anthropozoonose durch *Francisella* (= *Pasteurella*) *tularensis*), Trichinose (Larven von *Trichinella spiralis*), Ruhr (*Entamoeba histolytica*), Cholera (*Vibrio cholerae / Vibrio el Tor*) und Pest (*Yersinia pestis*) hervorzuheben.

Daher sind Ratten vor allem in Wohnstätten und Unterkünften von besonderer Gefahr, in denen Menschen in großer Dichte und Fluktuation unter mangelhaften hygienischen Umständen leben. Unter diesen Umständen, die sich in Kriegszeiten in zerstörten Städten, Kriegsgefangenen-, Flüchtlings- und Internierungslagern schnell bildeten, war eine Ansteckungsgefahr außergewöhnlich hoch. So auch im Konzentrationslager Auschwitz.

In einem Schreiben des "Reichsführer-SS Persönlicher Stab" an den "Reichsgeschäftsführer Das Ahnenerbe" SS-Standartenführer Sievers vom 20. August 1943 (Akt. Z.: G/R/10; Bundesarchiv: NS 21-799-30) heißt es:

"Die Rattenplage im Konzentrationslager Auschwitz soll so groß sein, daß der SS-Standortarzt, SS-Hauptsturmführer Dr. Wirth, die Befürchtung hat, die Rattenpest könnte ausbrechen. Auch der Verwaltungsführer, SS-Obersturmbannführer Moekkel, befürchtet den Ausbruch von Seuchen, wenn nicht umfassende Bekämpfungsmaßnamen sofort getroffen werden.

Wenn auch SS-Standartenführer Dr. Mrugowski, der vor etwa 14 Tagen in Auschwitz war, nicht diese Befürchtung teilt, da keine Pestträger vorhanden sein sollen, bitte ich doch gemäß dem damaligen Auftrage des Reichsführer-SS an das Ahnenerbe, die Rattenbekämpfung verantwortlich zu übernehmen, möglichst schnell hier durchzugreifen. Ich bin der Ansicht, daß auch die augenblicklichen Umzugsschwierigkeiten kein Hindernis sein sollen für die sofortige Inangriffnahme der Rattenbekämpfung in

Auschwitz."

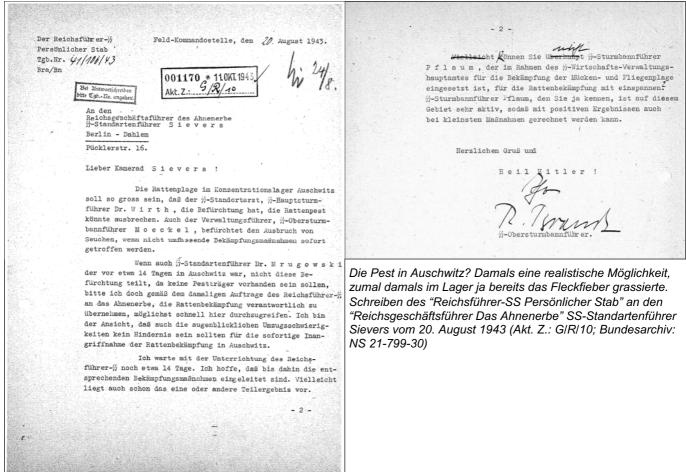
Nach einem Besuch im K.L. Auschwitz am 13.09.1943 schreibt der Dozent Dr. habil. Eduard Mey am 15.09.1943 an den "Reichsführer-SS Persönlicher Stab Amt Ahnenerbe" unter dem Betreff "Rattenbekämpfung im K.-L. Auschwitz" (Akt. Z.: G/R/10, Bundesarchiv: NS 21-799-30):

"Das K.-L. Auschwitz umfasst ein Gelände von 30000 Morgen; die einzelnen Lager beherbergen insgesamt 80000 Häftlinge. Da dieses Riesenlager außerordentlich schnell gewachsen ist und bei der Schnelligkeit dieses Wachstums den notwendigen hygienischen Maßnahmen naturgemäß vielfach nur in vorläufiger Weise Rechnung getragen werden konnte, so erklärt sich das Überhandnehmen der Ratten, sowie des Ungeziefers, von selbst. Es kommt noch hinzu, dass in einzelnen Lagern des Auschwitzer Komplexes ein geradezu unvorstellbarer Abschaum verwahrloster Polen, Juden, Zigeuner usw. - teilweise ganze Familien - auf die primitivste Weise untergebracht sind, wodurch eine ständige Gefahrenquelle gegeben ist. Schließlich ist noch zu berücksichtigen, dass in Anbetracht der Riesenzahl der Häftlinge, die, ich wiederhole es, zum Teil aus gänzlich verwahrlosten Halbmenschen bestehen, die Zahl der zur Betreuung unbedingt notwendigen Ärzte, Hygieniker usw. samt Hilfspersonal m.E. viel zu gering ist. Die ganze Last der Seuchen- und Schädlingsbekämpfung ruht auf den Schultern von Herrn Dr. Wirts, der bei aller Tatkraft und bei bestem Willen nicht durchkommt."

SS-Hauptsturmführer Professor Dr. Tratz wird in einem Schreiben von SS-Sturmbannführer Sievers, "Das Ahnenerbe Reichsgeschäftsführer" an den "Reichsführer-SS Persönlicher Stab" vom 20. Februar 1940 mit dem Betreff "Rattenbekämpfung" (A/1/101 S/Wo; Bundesarchiv: NS 21-799-30) aus seinem Brief vom 15. Juni 1939 betreffend "Rattenbekämpfung" an den "Reichsgeschäftsführer Das Ahnenerbe" SS-Sturmbannführer Sievers (Akt. Z.: A/1/101; Bundesarchiv: NS 21-799-30) folgend zitiert:

"Die Ratten haben nun die Eigenschaft, dass sie einheitlich in Anwendung gebrachtes Gift, wenn es auch noch so gut getarnt ist, bald nicht mehr annehmen. Danach erscheint es unbedingt notwendig, die Bekämpfung durch verschiedene Mittel, und zwar andauernd durchzuführen."

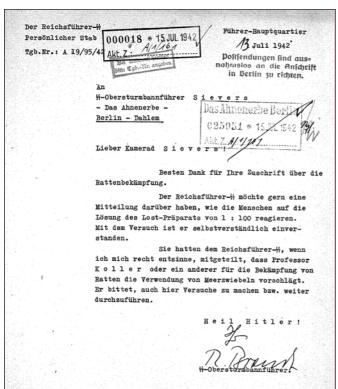
In einem "Vorschlag zur reichseinheitlichen Bekämpfung der Ratten" (Bundesarchiv: NS 21-799-30) des durch eine Entscheidung des Reichsführer-SS vom 22.02.1940 zur Rattenbekämpfung von der Wehrmacht angeforderten Stabsveterinärs Dr. R. Koller (siehe Schreiben des SS-Obersturmbannführers Prof. Dr. Tratz an den Chef der Ordnungspolizei Berlin vom 05.03.1941, Betr.: "Rattenbekämpfung"; Bundesarchiv: NS 21-799-30) schreibt dieser:



"Mit der bisherigen Art, die Ratten nur durch wiederholtes plötzliches Auslegen massenhafter Giftköder zu bekämpfen, ist das Problem der Rattenplage nie und nimmer zu lösen."

Mit Hilfe bzw. im Auftrage der "Forschungs- und Lehrgemeinschaft Ahnenerbe" wurde nun allgemein an verschiedenen alternativen Möglichkeiten der Rattenbekämpfung geforscht. Dazu gehörten das Erwägen einer Synthese des entsprechenden Wirkstoffes aus der Meerzwiebel (Urginea maritima oder Scilla maritima), des sogenannten Scillins, tierexperimentelle Studien zur Frage der medikamentösen Sterilisierung (durch Caladium seguinum / Dieffenbachia seguina) (siehe Schreiben des "Reichsgeschäftsführer Das Ahnenerbe" an SS-Obersturmbannführer Dr. R. Brandt "Persönlicher Stab RF-SS", Betr.: "Rattenbekämpfung" vom 04. Juli 1942, A/1/101; Bundesarchiv: NS 21-799-30), oder die Entwicklung von Giften auf Basis des Xantons oder der Arsenite (Brief von Dozent Dr. habil. Eduard Mey an SS-Standartenführer Wolfram Sievers vom 26.02.1945, Akt. Z.: G/R/10; Bundesarchiv: NS 21-799-30).

Professor Dr. M. von Lengerken und Dr. Werner Seitz, vom Institut für Landwirtschaftliche Zoologie der Universität Berlin stellen einen Antrag (Abschrift ohne Datum und Adressat; Bundesarchiv: NS 21-799-30) "auf Erteilung eines Forschungsauftrages und Einreihung in die Dringlichkeitsstufe" für die Erforschung neuer Rattentoxine, genauer "[...] im Darmkanal der



Schreiben des "Reichsführer-SS Persönlicher Stab" an SS-Sturmbannführer Sievers (Akt. Z.: A/1/101; Bundesarchiv: NS 21-799-30) vom 13. Juli 1942:

"Der Reichsführer-SS möchte gerne eine Mitteilung darüber haben, wie die Menschen auf die Lösung des Lost-Präparats von 1:100 reagieren." Ratten rhodanwasserstoffentwickelnde Verbindungen" und die Untersuchung der "Ködererwirkung der Rattenvertilgungsmittel". Weiter wird durch Lengerken und Seitz erwähnt, daß das schließlich seitens der SS gebräuchliche Mittel der Rattenbekämpfung, ein Produkt aus der Meerzwiebel, kriegsbedingt in Deutschland nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stünde. Weiter wird im selben Schreiben ebenfalls auf die Kriegswichtigkeit der Rattenbekämpfung aufmerksam gemacht.

Speziell bezüglich Auschwitz gibt ein Schreiben von SS-Sturmbannführer Guntram Pflaum ("Sonderbeauftragter des RF-SS für Schädlingsbekämpfung") an den "Amtschef i. Pers. Stab RF-SS", SS-Oberführer Dr. Wüst vom 09. September 1943 über den geplanten Einsatz des thalliumbasierten Rattengiftes "Zelio-Paste" von Bayer I.G. Farben Auskunft (Abschrift; Akt. Z.: G/R/10; Bundesarchiv: NS 21-799-30). SS-Standartenführer Sievers wird darin aus einem Fernschreiben folgend zitiert:

"Von RF-SS mit Rattenbekämpfung verantwortlich beauftragt. Sind Sofortmassnahmen wegen Seuchengefahr in Auschwitz einzuleiten. Beauftrage Sie mit Beschaffung 50 kg Zelio-Paste von Bayer I. G. Farben. Sie selbst müssen mit mindestens 25 kg, Montag 13.9. früh in Auschwitz eintreffen. Gleichzeitig dort eintrifft Dr. May um Bekämpfungsmassnahmen durchzuführen. Erbitte Bestätigung durch RF-SS, Pers. Stab, Amt Ahnenerbe, Berlin."

Weiter wurde durch das Amt Ahnenerbe der Einsatz des Kampfstoffes Lost zur Rattenbekämpfung in Deutschland in Erwägung gezogen.

In dem Brief des "Reichsgeschäftsführer Das Ahnenerbe" an SS-Obersturmbannführer Dr. R. Brandt "Persönlicher Stab RF-SS", Betr.: "Rattenbekämpfung" vom 04. Juli 1942 (A/1/101; Bundesarchiv: NS 21-799-30) schreibt Sievers, nachdem er die Methode der Gift-Sterilisierung von Ratten verwirft, über die Überzeugung Hirts (SS-Hauptsturmführer Professor Dr. Hirt von der Universität Straßburg),

"[...] dass es hingegen möglich sein müsste, in rattenverseuchten Gegenden eine Bekämpfung der Ratten mit Lost durchzuführen.",

da Ratten "außerordentlich lostempfindlich" seien. Weiter heißt es darin:

"Bisher hat Hirt Lösungen 1:100 angewandt. Es wäre zu erforschen, welche dünnsten Lösungen noch wirksam sind. Natürlich müsste bei Anwendung dieses Verfahrens grösste Vorsicht beachtet werden und es könnten nur damit vertraute Personen beauftragt werden. Das geschieht aber schon bei anderen Bekämpfungsverfahren (Blausäure)."

Anschließend schlägt Sievers in diesem Schreiben vor, einen Versuch mit Lost in rattenverseuchten Gebieten durchzuführen.

SS-Obersturmbannführer Dr. R. Brandt antwortet in

einem Schreiben des "Reichsführer-SS Persönlicher Stab" an SS-Sturmbannführer Sievers (Akt. Z.: A/1/101; Bundesarchiv: NS 21-799-30) vom 13. Juli 1942:

"Der Reichsführer-SS möchte gerne eine Mitteilung darüber haben, wie die Menschen auf die Lösung des Lost-Präparats von 1:100 reagieren. Mit dem Versuch ist er selbstverständlich einverstanden.

Sie hatten dem Reichsführer-SS, wenn ich mich recht entsinne, mitgeteilt, dass Professor Koller oder ein anderer für die Bekämpfung von Ratten die Verwendung von Meerzwiebeln vorschlägt. Er bittet auch hier Versuche zu machen bzw. weiterzuführen."

In einem Antwortschreiben vom 27.08.1942 von Sievers an Dr. Brandt (Schreiben an SS-Obersturmbannführer Dr. R. Brandt "Persönlicher Stab RFSS", G/H/6, G/Sch/4, G/R/10; Bundesarchiv: NS 21-799-30) zitiert Sievers eine Stellungnahme Professor Hirts bezüglich der Anwendbarkeit von Lost zur Rattenbekämpfung hinsichtlich der Verträglichkeit für den Menschen:

"SS-Hauptsturmführer Professor Dr. Hirt, Straßburg, teilt mir auf Anfrage mit: 'Lost in Verdünnung 1:100 ist auch für den Menschen schädlich, wenn es in entsprechenden Mengen an den Körper herankommt. Vor allen Dingen wirkt ja Lost bekanntlich noch in sehr großer Verdünnung vom Kleiderstoff aus stark schädigend, besonders in Verbindung mit Feuchtigkeit. An und für sich macht Lost in der Verdünnung 1:100, auf die Haut aufgebracht, noch eine Rötung, evtl. ruft es kleine Bläschen hervor, ohne, daß es zur Nekrose kommt.

Die Wirkung ist also viel schwächer als bei reinem Lost. Trotzdem kann es in entsprechenden Mengen an die Kleidung gebracht, besonders an den Schweißstellen, wie Achselhöhle, Leistenbeuge, genau so wirken wie konzentriertes Lost, dazu genügt häufig eine Spur. Das habe ich bei einem Laboratoriumsunfall an einem Laboranten erlebt, der ein Kaninchen nur eine Sekunde an seine Achselhöhle brachte und am nächsten Tag von dort aus eine Rötung bekam, die über den ganzen Körper wegzog, ohne allerdings weitere Folgen nach sich zu ziehen. Zur Verlostung kommt meiner Ansicht nach nur ein Gebiet in Frage, das zeitweise von menschlichen

Bewohnern geräumt werden kann. Ganz ausgeschlossen ist natürlich die Anwendung von Lost in der Nähe von Lebensmittellagern, vor allem Getreidelagern, da man ja nicht weiß, inwieweit die Ratten noch Lost dahinschleppen. Es käme also lediglich eine Verlostung von Schlupfwinkeln unter Anwendung der diesbezüglichen Vorsichtsmaßregeln in Frage. Wie sich das technisch durchführen läßt, kann ich natürlich nicht entscheiden, das müßten entsprechende Fachleute beurteilen. Es ist aber wahrscheinlich ebenso wie mit allen anderen Giften, die bei der Rattenvertilgung angewandt werden (Phosphorarsenik, Strychnin usw.), daß jede Giftbekämpfung ihre 2 Seiten hat. Trotzdem erscheint mir Ihr Gedanke, an die Ausrottung des Ungeziefers mit einem Kampfstoff heranzugehen, durchaus nicht abwegig, es müßte nur von einem Kampfstoffexperten festgestellt werden, ob es nicht noch für den Menschen harmlosere Mittel gibt, die die Ratten umlegen."

Vermutlich entschied sich die SS bei der Rattenbekämpfung in Auschwitz zumindest auch für die Meerzwiebel-Methode, bzw. für das von Bayer I.G. Farben vertriebene Rattengift "Zelio-Paste" (siehe oben: Schreiben von SS-Sturmbannführer Guntram Pflaum, "Sonderbeauftragter des RF-SS für Schädlingsbekämpfung" an den "Amtschef i. Pers. Stab RF-SS", SS-Oberführer Dr. Wüst vom 09. September 1943, Abschrift; Akt. Z.: G/R/10; Bundesarchiv: NS 21-799-30).

Ein Begleitschreiben zu einer Rechnung der Gebr. Borchers A.-G. "An den Herrn Reichsführer SS Persönlicher Stab Amt "A"" vom 04. Oktober 1944, G/R/10, Bundesarchiv: NS 21-799-30) belegt die Lieferung des Meerzwiebelproduktes nach Auschwitz:

"Wir übersenden Ihnen in der Anlage unsere Rechnung Nr. 3799 in dreifacher Ausfertigung über die Umarbeitung von Meerzwiebeln. [...] Wir haben im Waggon Hannover 19865 am 16.9. 250 Flaschen und durch Stückgut am 16.9. 100 Korbflaschen nach Auschwitz zum Versand gebracht. [...] Zwei Korbflaschen mit je 11 kg haben wir entsprechend Ihrem Auftrag nach Dachau zum Versand gebracht."

Dozent Dr.habil. Eduard May

Starnberg am See, den 15. 9. 1943 Nieder-Föcking Nr.5, Fernruf 2641

An den Akt.Z. S/A/10
An den Stührer-SS persönlicher Stab

Waischenfeld (Oberfranken).

Betrifft: Rattenbekämpfung im K.-L. Auschwitz

Am 13. 9. 1943 traf ich auf der Standortverwaltung
Auschwitz (SS-Obersturmbannführer Möckel) mit SS-Sturmbannführer Pflaum und dem dortigen Etandortarzt, SS-Hauptsturmführer Dr. Wirts, zusammen. Herr Pflaum erklärte einleitend,
dass er zwar persönlich an der Rattenbekämpfung interessiert und
deshalb auch nach Auschwitz gekommen sei, dass er sich aber der
Durchführung der Bekämpfungsmaßnahmen nicht annehmen könne. Er
unterstehe lediglich den Herren SS-Obergruppenführer General Pohl
und SS-Oberführer Frof.Dr. Wüst und müsse es ablehnen, irgendwelchen von anderer Seite kommenden Befehlen Folge zu leisten.

Das K.-L. Auschwitz hatte das im Fernschreiben des Herrn Reichsgeschäftsführers SS-Standartenführer S i e v e r s genannte Knochenmehl aus frischen rohen Markknochen nicht bereitgestellt. Als Begründung gab Herr Möckel an, dass in den Fleischereibetrieben des K.-L. Auschwitz die Knochen nicht zersägt, sondern zerhackt werden, um nach dem Auskochen durch die Küchenbetriebe zu Knochenleim usw. verarbeitet zu werden. Die Lagerverwaltung hatte zwar aus ausgekochten Knochen eine Portion Knochenmehl herstellen lassen, das ich jedoch gemäß den in Freilassing gemachten Erfahrungen für die Zubereitung des Rattenmittels nicht empfehlen konnte.

Aus den vorstehend angeführten Gründen musste ich mich darauf beschränken, Herrn Dr. Wirts (der die Rattenbekämpfung in - 2 -

Auschwitz unter sich hat) und einem von Herrn Dr. Wirts herbeigerufenen SS-Mann noch einmal ausführlich die Zubereitung des Rattenmittels zu schildern und vor allem die Funkte hervorzuheben, die
für den Erfolg wesentlich sind. Um ein übriges zu tun, habe ich
die erforderlichen Maßnahmen in Form eines Merkblattes noch einmal
schriftlich niedergelegt (siehe Anlage) und dieses mit gleicher
Fost dem Standortarzt zugesandt. Herr Pflaum hat auf seine Bitte
hin gleichfalls einen Durchschlag dieses Merkblattes erhalten.

Gemeinsam mit Herrn Dr. Wirts und Herrn Pflaum besichtigte ich dann diejenigen Blockhäuser, Baracken, Schuppen usw., die am starksten von den Ratten heimgesucht werden, und gab genaue Anweisungen für die Auslegung des vorschriftsmäßig zubereiteten Rattenmittels.

Das K.-L. Auschwitz umfasst ein Gelände von 30000 Morgen; die einzelnen Lager beherbergen insgesamt 80000 Haftlinge. Da dieses Riesenlager außerordentlich schnell gewachsen ist und bei der Schnelligkeit dieses Wachstums den notwendigen hygienischen Maßnahmer naturgemäß vielfach nur in vorläufiger Weise Rechnung getragen werden konnte, so erklärt sich das Überhandnehmen der Ratten, sowie des Ungeziefers, von selbst. Es kommt noch hinzu, dass in einzelnen Lagern des Auschwitzer Komplexes ein geradezu unvorstellbarer Abschaum verwahrloster Polen, Juden, Zigeuner usw. -- teilweise ganze Familien -- auf die primitivste Weise untergebracht sind, wodurch eine ständige Gefahrenquelle gegeben ist. Schließlich ist noch zu berücksichtigen, dass in Anbetracht der Riesenzahl der Häftlinge, die, ich wiederhole es, zum Teil aus gänzlich verwahrlosten Halbmenschen bestehen, die Zahl der zur Betreuung unbedingt notwendigen Arzte, Hygieniker usw. samt Hilfspersonal m.E. viel zu gering ist. Die ganze Last der Seuchen-und Schädlingsbekampfung

- 3 -

ruht auf den Schultern von Herrn Dr. Wirts, der bei aller Tatkraft und bei bestem Willen einfach nicht durchkommt.

Ich habe deshalb nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Rattenbekampfung nur dann Erfolg haben wird, wenn sie an allen Stellen nach derselben Methode durchgeführt und schlag - artig angesetzt wird. Herr Dr. Wirts hat zugesagt, in den Fleischerbetrieben die Herstellung der erforderlichen Nenge Knochenmehl aus frischen, rohen Markknochen zu veranlassen. Er wird die Zubereitung des Rattenmittels und dessen Auslegung überwachen und mir dann be-

Gegebenenfalls werde ich in etwa 2-3 Wochen noch einmal nach Auschwitz fahren, um mich über den Stand der Bekämpfungsarbeiten und die bis dahin sichtbaren Auswirkungen zu inforzieren. Schreiben von Dr. habil. Eduard May an den Reichsführer SS, Persönlicher Stab, Amt Ahnenerbe, vom 15.9.1943 (Bundesarchiv)

Edwar Luay!

So manipulieren sie täglich

Von Walter Lüftl

Am 27.11.1993 berichtete die *Frankfurter Allgemeine* unter dem Titel "London wußte 1942 von den KZ-Morden" über deutsche Untaten im Zweiten Weltkrieg. Die Meldung bezog sich auf einen Bericht des britischen Geheimdienstes, der am 26.11.1993 über Associated Press verbreitet worden war.

Nicht Morde, sondern Todesfälle

Der zeitgeschichtlich Interessierte las daraufhin besonders aufmerksam die darunter stehende Meldung, doch im Text war nicht von Morden, sondern nur von Todesfällen die Rede.

Demnach sei der damalige britische Premierminister Churchill spätestens 1942 über massenhafte Todesfälle in deutschen Konzentrationslagern informiert worden. Das gehe aus bisher geheimen Dokumenten hervor, die die Regierung in London jetzt freigegeben habe. Weiter heißt es darin, obwohl in Auschwitz offenbar Typhus (richtig: Fleckfieber! Die Übersetzer taten sich offenbar damit schwer, daß "typhus" nicht Typhus, sondern Fleckfieber ist!) herrsche, kämen weiterhin Transporte in dieses Lager.

Wie unmenschlich!

Daraufhin ging der Leser, ein radikaler (von radix = die Wurzel) Wahrheitssuchender, an die Wurzel. Ein gemeinsamer Bekannter machte es möglich, Kontakt mit der Redaktion der britischen Zeitung "Sun" aufzunehmen. Die um "Recherche an der Wurzel" gebetenen Reporter von "Sun" konnten dem Leser binnen Tagen eine Kopie des britischen Geheimdienstberichtes vom 26.9 1942 beschaffen.

In der Tat ist darin nicht von Morden, sondern von 8354 Todesfällen im August 1942 im Lager Auschwitz die Rede, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß wegen der ausgebrochenen Seuche eine "Lagersperre" bestehe.

Das Dokument ist "Most secret" und läßt erkennen, daß der britische Geheimdienst den Funkverkehr der "German police" problemlos abhören konnte. Darunter sind Mitteilungen zu lesen wie: "die norwegische Polizei ist angewiesen worden, daß Treffen zwischen Norwegern und Schweden an der Grenze absolut verboten sind und zu verhindern seien", "die norwegische Polizei muß täglich einen Funkbericht über die Widerstandsbewegung, Sabotage etc. senden", "im Lager Mosjöen in Nordnorwegen ist Fleckfieber ausgebrochen und ein SS-Oberscharführer ist der Krankheit am 15.9.1942 erlegen", usw.

Genauere Informationen über die Vorkommnisse im deutschen Einflußbereich konnte man augenscheinlich in Großbritannien nicht erlangen, wie man daraus ersieht, daß auch der an Fleckfieber verstorbene SS-Oberscharführer von Mosjöen Eingang in den "Most secret-Bericht" vom 26.9.1942 gefunden hatte.

Für den unbefangenen Leser bleibt aber die Frage, was einen deutschen Redakteur einer angesehene deutschen Tageszeitung dazu bewegen konnte, wahrheitswidrig einen Titel "KZ-Morde" zu erfinden, noch dazu, wenn die zitierte AP-Meldung vom 26.11.1942 dafür wirklich gar nichts hergab.

Bericht aus erster Hand? Nein! Oder doch? Ja! Aus den Fingern gesogen!

Wie tief muß man als Journalist moralisch sinken um solche, dem eigene Volk schadende Desinformation zu verbreiten?

Im Namen des Völkerrechts: Grenzvertrag mit Polen illegal

Von Karl H. Schwind

Der niederländische Völkerrechtler Dr. Frans du Buy betrachtet die Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich als illegalen Staat, weil sie auf eine Beschlußfassung westlicher Weltkriegsalliierter ohne Einbeziehung des deutschen Staatsvolkes zurückgeht. Aufgrund dieser Tatsache scheut der historisch gebildete Jurist mit ausgeprägtem Sinn für Recht und Gerechtigkeit auch nicht davor zurück, mit der deutschen Nachkriegspolitik hart ins Gericht zu gehen. Der langjährige Dozent für Jurisprudenz an der Reichsuniversität Utrecht fürchtet, daß die regierungsamtlichen Fehlleistungen in der Rechtsanwendung erst überwunden sein werden, wenn auch die Zeit der fremden Einflußnahme auf die europäische Politik vorüber ist.

Dominante Globalpolitik

Die sudetendeutsche "Arbeitsgemeinschaft Hochtaunus" hatte den renommierten Rechtswissenschaftler zu einem Vortrag nach Oberursel eingeladen. In der gediegenen Atmosphäre dieses geschichtsträchtigen Ortes, der am Fuße des alten Limes und des Römerkastells "Saalburg" liegt, unterbreitete Dr. Frans du Buy eine fundierte Betrachtung der europäischen Entwicklung bis zur heutigen politischen Lage. Dabei gab der profunde Kenner der Materie auch einen Einblick in das gegenwärtige Dilemma des Völkerrechts, das den Zwängen von außereuropäischen Hegemonialinteressen unterworfen ist.

Dr. Frans du Buy sieht in der wechselvollen europäischen Geschichte durch das Auftauchen einer überseeischen Militärmacht auf dem Kontinent die Ursache für den umsichgreifenden Nihilismus in der Politik. Zugleich fürchtet er, daß ein Ende dieses Zustandes und eine Rückbesinnung auf die traditionellen Werte nicht ohne eine Überwindung des status quo möglich wird. Solange dieses Ideal auf sich warten läßt, legt der bekennende Europäer die Hände nicht in den Schoß, sondern unterhält mit Briefen und Eingaben ein nervendes Bombardement der Verantwortlichen in der Politik, um diese für die Normen des Völkerrechts zu sensibilisieren.

Beschränkte Rechtsstaatlichkeit

So hat er erst kürzlich wieder den deutschen EU-Kommissar Günter Verheugen schriftlich daran erinnert, daß die Aufnahme Polens und Tschechiens in die Europäische Gemeinschaft den Normen des Völkerrechts zuwiderläuft, solange deren Regierungen ihre Beschlagnahme- und Enteignungsdekrete nicht aufgehoben und die geschädigten Menschen nicht aufgehoben und die geschädigten Menschen nicht angemessen entschädigt haben. Von den 2,5 Millionen Toten des Vertreibungsholocaust erst gar nicht zu sprechen, die es in diesem Gebiet gab. Um bei dem Nicht-Juristen Verheugen Irritationen zu vermeiden, täte der Rechtswissenschaftler gut daran, diesem den Hinweis nachzu-

liefern, daß dem Völkerrecht ein absoluter Vorrang gegenüber nationalem oder europäischem Recht zukommt.

Inwieweit im übrigen auch der EU-Kommission bei Entscheidungen Fessel-Vereinbarungen im Wege stehen, wie sie die Regierung Helmut Kohl unter Geheimhaltung vor der Öffentlichkeit eingegangen ist, wird am Ausgang dieses Falles erkennbar werden. Der verdeckte Eingriff in die Rechtsstaatlichkeit könnte auch der Grund dafür sein, weshalb selbst das Bundesverfassungsgericht berechtigte Klagen oft nicht annimmt oder mit lapidarer Begründung abschmettert.

Triumph der Gerechtigkeit

Dem langjährigen "Bimbes-Kanzler" der deutschen Politik, Dr. Helmut Kohl, der sein moralisches Waterloo bereits hinter sich hat, wird von dem niederländischen Rechtsgelehrten jetzt auch noch ein politisches Stalingrad bereitet, indem er gnadenlos aufdeckt: Der bundesdeutsch-polnische Grenzvertrag vom 14. November 1990 ist völkerrechtswidrig: Das Deutsche Reich, das aufgrund anerkannter Normen des Völkerrechts bis zum heutigen Tage fortbesteht, wird von diesem Vertrag nicht berührt. Die Westgrenze Polens entbehrt nach wie vor einer völkerrechtlichen Grundlage, weil die Regierung Kohl nicht legitimiert war, über ostdeutsche Gebiete zu verfügen. Ohne Gängelung der Gerichtsbarkeit müßte dieses erlösende Ergebnis auch schwarz auf weiß einklagbar sein.

Wie bei der Aufgabe der harten DM-Währung, dem Verfolgungsverzicht von Tätern des Vertreibungsholocaust (siehe auch Rolf-Josef Eibicht/Anne Hipp, *Der Vertreibungsholocaust. Politik zur Wiedergutmachung eines Jahrtausendverbrechens*, Riesa, Mai 2000), dem Verscherbeln unserer Muttersprache an überseeische Unterhaltungsgladiatoren und Fernseh-Werber sowie vielem anderen mehr, hat das System Kohl auch den Versuch unternommen, die historischen Heimatgebiete von 17 Millionen Ostdeutschen zu verramschen.

Wenn sich sein Nachfolger im Amt des Bundeskanz-

lers bis heute auch verpflichtet fühlt, die Kontinuität dieser unaufrichtigen Politik des einseitigen Verzichts zu wahren, so ist die Zeit absehbar, da sich der studierte Jurist die Fesseln abstreifen und auf die Seite des internationalen Rechts der Völker dieser Erde schlagen wird.

Ausblick

Das Völkerrecht ist eine unbestechliche Institution mit langem Atem, der weder Rechtsbrüche noch

Rechtsbrecher auf Dauer entrinnen können. Der niederländische Völkerrechtler Dr. Frans du Buy hat mit seinen Ausführungen einen fundierten Einblick in die politische Kulisse der "Deutschen Frage" gegeben, die er betont als "Europäische Problematik" verstanden wissen will. Zugleich hat er damit ein Beispiel kontinentaler Solidarität geliefert, das ihm nicht hoch genug angerechnet werden kann.

Der deutsch-norwegische Entschädigungsbetrug

Von Patricia Willms

Bei der Diskussion über die Entschädigung von Zwangsarbeitern war aus den Medien kaum in Erfahrung zu bringen, welche Gruppe(n) zu den Begünstigten gehören sollen: Kriegsgefangene, die zu Arbeiten herangezogen wurden? Nichtgefangene arbeitslose Zivilisten aus besetzten Ländern, die zur Arbeit verpflichtet wurden, weil ihnen sonst der Verlust ihrer Unterstützung drohte (analog zum heutigen Hartz IV)? Die freiwilligen Arbeiter, die für guten Lohn nach Deutschland kamen,? Oder geht es um KZ-Insassen? Was, wenn jemand mehreren Kategorien angehörte? Daß die Juden dabei wieder eine herausragende Rolle spielen müssen, ergibt sich schon daraus, daß der (einer der?) Verhandlungspartner beim Jewish Claims Committee residiert.

Neue Runde

Die jetzige "NS-Zwangsarbeiter-Entschädigung" ist bekanntlich nicht die erste Entschädigungszahlung der BRD. Es ist daher lehrreich, was kürzlich von offizieller norwegischer Seite diesbezüglich publiziert wurde.

Am 7. August 1959 wurde zwischen der BRD und Norwegen ein Abkommen unterzeichnet, demzufolge die BRD 60 Millionen DM an Norwegen zahlte, und zwar als Entschädigung für norwegische Gefangene während der deutschen Besetzung Norwegens. Offiziell war diese Entschädigung nur für Personen, die aufgrund "ihres Glaubens, ihrer Rasse oder ihrer Weltanschauung" während der deutschen Besetzung inhaftiert waren. Die 60 Millionen sollten einer Entschädigung von DM 150 pro Gefangenenmonat entsprechen, wobei eine durchschnittliche Haftdauer von 285 Tagen zur Grundlage genommen wurde, plus einer summarischen Zulage für Personen, die während der Haft gestorben sind oder Invaliden wurden.

Von norwegischer Seite wurden 868 Personen als "aufgrund ihrer Rasse" verfolgt angegeben. Die BRD erkannte davon sofort etwa 800 an (= alle die Juden, die die norwegische Staatsbürgerschaft hatten). Außerdem gab Norwegen 44.000 aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung Verfolgte an. Seitens der BRD wollte man nur eine etwa halb so große Zahl anerkennen (der damalige Finanzminister der BRD war selbst als Soldat in Norwegen gewesen und hatte gegenüber der BRD-Delegation erklärt, daß es in Norwegen keine sonderliche NS-Verfolgung gab). Offiziell wollte die BRD nicht für Kriegsgefangene, Saboteure oder Angehörige der Untergrundsbewegung zahlen.

Volksbetrug

Dies waren aber nur Spiegelfechtereien, denn zum einen belief sich die von der BRD gezahlte Entschädigung schließlich doch auf die anfangs genannten 60 Millionen DM, was zeigt (60.000.000÷1.425=42.105), daß letztendlich doch die von Norwegen angegebene Zahl um die 40.000 zugrunde gelegt worden war. Zum

anderen sollte mit diesen Beteuerungen nur die deutsche Öffentlichkeit ruhig gehalten werden.

In einem Forschungsbericht des Norwegischen Forschungsrats heißt es hierzu:¹

"Den deutschen Intentionen zufolge sollten inhaftierte Widerstandsleute [...] nicht zu den Begünstigen gehören. Deutschland hatte gemäß dem Völkerrecht das Recht, gegen solche Personen vorzugehen. Aber unter der Hand hatten die deutschen Verhandlungsführer durchblicken lassen, daß keine Einwendungen gemacht würden, wenn Personen aus dem Widerstand Entschädigungen empfingen. Aus Rücksicht auf die Verhältnisse in Westdeutschland konnte man nicht eingestehen, daß die Formulierung eine Täuschung war, um die deutsche Öffentlichkeit irrezuführen, so daß die Wirklichkeit des Vertrags die Beschränkungen aufhob, die ausdrücklich im Text des Abkommens standen."

Die damalige Sorge, daß die BRD-Regierung durch eine von Norwegen nach Deutschland überschwappende Mediendiskussion über die Einbeziehung der Widerständler in Verlegenheit gebracht werden könnte, erwies sich als völlig unbegründet.

Damit den Verantwortlichen in der BRD der Betrug nicht direkt nachweisbar war, nahm die BRD keine Entschädigung von Einzelpersonen vor, sondern zahlte die 60 Millionen an den norwegischen Staat. Zugleich erklärte die BRD ausdrücklich, sich in die Verteilung durch den norwegischen Staat nicht einmischen zu wollen und sie nicht kontrollieren zu können. Eine direktere Aufforderung, den selbst geäußerten Intentionen zuwiderzuhandeln, kann man sich kaum denken. Damit stand es der norwegischen Regierung frei, wie sie über das Geld verfügte. Zwar wurde die Verteilung des Geldes durch ein norwegisches Gesetz geregelt,² dessen Handhabung oblag aber einem eigens gebildeten Rat für Entschädigungen (Erstattningsrådet). Das (sozialdemokratisch orientierte) Arbeiderbladet in Oslo äußerte den Verdacht, daß dieser eine Art Deckorganisation für Kommunisten sei. (Den Kern der Widerstandsbewegung sowohl in Norwegen wie auch in Dänemark bildeten z.T. in Moskau geschulte Kommunisten, und ein Gutteil der als "Stikkerlikvidationer" bekannten Morde könnte in Wirklichkeit die Beseitigung nationaler Widerständler im Auftrag Moskaus sein).

Auch mit den sieben anderen Ländern (darunter Frankreich, Dänemark und Holland), die schon im Juni 1956 in gemeinsamen Noten eine Entschädigung gefordert hatten, wurden auf bilateraler Basis ähnliche Ab-

machungen getroffen.

Anmerkungen

- Baard Borge, Lars Borgersrud, *Fiendens barn Kunnskapsstatus Kunnskapsbehov*, 2. Aufl., Oslo 2000, S. 34.
- Gesetz vom 25.3.1960 über die Verteilung der Entschädigung, die gemäß der Abmachung vom 7. August 1959 zwischen Norwegen und der BRD getroffen worden ist.

Kritik an Fritjof Meyer durch einen Universitätslehrer

Von Dr. Gottfried Zarnow

Die Artikel von Fritjof Meyer "Die Zahl der Opfer von Auschwitz" aus *Osteuropa* 5/2002 und "Replik auf Piper" aus *IDGR* habe ich mit großem Interesse gelesen. Allerdings hinterließ die Lektüre bei mir einen eher unbefriedigenden Eindruck, was nicht nur an der mangelnden Gliederung liegt. Das Problem liegt tiefer und hängt u.a. damit zusammen, daß Meyer kein gelernter Historiker ist.

Geschichtsschreibung lebt von Quellen, und die Geschichtswissenschaft versucht jedem Studienanfänger beizubringen, daß nicht alle Quellen gleichwertig sind, sondern daß in Bezug auf ihren Aussagewert eine klare Hierarchie existiert.

Als Quellen erster Kategorie gelten allgemein die authentischen, zeitgenössischen Staatsdokumente für den internen Gebrauch der höheren Verwaltung oder der politischen Führung. Diese Dokumente enthalten in der Regel nur ein geringes Maß an propagandistischen Verzerrungen und zeichnen ein mehr oder weniger zuverlässiges Bild der Lagebeurteilung und Ziele der politischen Führung.

Diesen Quellen mindestens gleichwertig sind naturwissenschaftliche Befunde wie z.B. archäologische Ausgrabungen, zeitgenössische Luftaufnahmen oder kriminaltechnische Gutachten wie z.B. DNS-Analysen.

Dieser ersten Kategorie von Quellen deutlich nachgeordnet sind Regierungserklärungen, Reden von hohen Politikern, Pressekommuniqués, Leitartikel in regierungsnahen Zeitungen usw., also alles Material, das der Selbstdarstellung eines Staates und seiner Führung dient.

Weit hinter diesen beiden Arten von Quellen rangieren die Memoirenliteratur und Berichte von Zeitzeugen aller Art. Diese geringere Bewertung hängt mit der menschlichen Neigung zu Schönfärberei und Selbstrechtfertigung sowie der notorischen Unzuverlässigkeit des menschlichen Gedächtnisses zusammen. Es ist auch bekannt, daß verschiedene Zeitzeugen aus den unterschiedlichsten Motiven heraus bewußt die Unwahrheit sagen.

Die Geschichtswissenschaft sieht die Aussagen von Zeitzeugen in der Regel nur dann als zuverlässig an, wenn deren Richtigkeit durch Dokumente erster Kategorie überprüft werden kann. Wenn kein anderes Beweismaterial vorhanden ist, gilt die Übereinstimmung mehrerer Zeugenaussagen. Allerdings müssen diese Zeugenaussagen glaubhaft und widerspruchsfrei sein. Alles andere unterliegt immer dem Vorbehalt, daß es stimmen kann, aber nicht muß. Die Berichte von Zeitzeugen, die in einzelnen Punkten der Unwahrheit über-

führt wurden, stehen grundsätzlich im Verdacht der allgemeinen Unzuverlässigkeit.

Den Staatsdokumenten und den Augenzeugenberichten nochmals nachgeordnet ist die Sekundärliteratur, die immer nur eine Auswahl an dem historischen Material und die subjektive Meinung eines Autors bieten kann.

Mit größter Vorsicht zu behandeln ist Sekundärliteratur, die aus dem Herrschaftsbereich totalitärer Regime stammt. Die Zuverlässigkeit dieser Art von Literatur ist in vielen Fällen, vor allem dann, wenn es um heikle politische Themen geht, als gering anzusehen.

Zu den Vorgängen im KL Auschwitz-Birkenau gab es bis 1990 nur sehr wenige Dokumente erster Kategorie. Das Wissen über die dortigen Vorgänge beruhte bis dahin fast ausschließlich – wie 1965 das Frankfurter Gericht in seinem Urteil zugeben mußte – auf den Aussagen von Augenzeugen.

Nach der Auflösung des Warschauer Paktes wurden erstmals größere Bestände von authentischen Dokumenten der Lagerverwaltung von Auschwitz zugänglich – zunächst die Sterbebücher des Standesamtes Auschwitz, dann die Akten der Zentralen Bauleitung, und schließlich die Standort- und Kommandanturbefehle (letztere wurden sogar vom IfZ in Buchform publiziert).

In diesen Dokumenten finden sich nun keinerlei Hinweise auf eine planmäßige Massenvernichtung von Häftlingen. Im Gegenteil, die SS legte Wert darauf, die Arbeitskraft der Häftlinge für ihre diversen Rüstungsvorhaben zu erhalten, und sie unternahm erhebliche Anstrengungen, um die periodisch auftretenden Fleckfieberepidemien zu bekämpfen. Geradezu kurios mutet es an, wenn der Lagerkommandant die SS-Leute regelmäßig ermahnt, keinen vertraulichen Umgang mit den Häftlingen zu pflegen, sondern diese ebenso streng wie korrekt zu behandeln.

Für nüchterne und unvoreingenommene Betrachter ist der Gegensatz zwischen dem Inhalt der Dokumente und den Aussagen wichtiger Zeitzeugen, zwischen Quellen der ersten und Quellen der dritten Kategorie, geradezu grotesk.

Das IfZ hat zu diesem Sachverhalt nur die Vermutung beisteuern können, daß die SS in ihren internen Dokumenten eine "Tarnsprache" verwendet hätte; auf irgendwelche Belege für diese These wartet man bisher vergebens.

Was die Sache noch schwieriger macht, ist die Tatsache, daß die Berichte der Zeitzeugen (dazu zählen auch die Geständnisse von Höß u.a. SS-Leuten) vielfach widersprüchlich, ungenau und in etlichen Punkten unglaubhaft sind, was nicht dazu beiträgt, ihre Glaub-

würdigkeit zu erhöhen.

Das methodisch korrekte Verfahren zur Auflösung dieser Widersprüche wäre, nach weiteren Dokumentenbeständen zu forschen und diese zu erschließen. Dabei stellt sich zunächst die Frage, ob solche Bestände überhaupt existieren. Fritjof Meyer schreibt, daß möglicherweise noch das ganze Lagerarchiv mit 127.000 Akten in Rußland existiere und dem Vernehmen nach an Polen zurückgegeben werden solle. Sollte dies zutreffen, dann wäre es in höchstem Grade wünschenswert, wenn diese Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden.

Bis es soweit ist, besteht eine andere Möglichkeit darin, den Dokumenten erster Kategorie gleichwertiges Material zu sichten, so z.B. die vorhandenen Luftaufnahmen auszuwerten oder die Kapazität der Krematorien von Auschwitz von Grund auf durchzurechnen.

Die Kapazität der Krematorien spielt bei Meyer eine große Rolle. Es ist allerdings methodisch falsch, die Kapazität aufgrund widersprüchlicher und ungenauer Zeugenaussagen oder mit Hilfe von Dokumenten zweifelhafter Herkunft bestimmen zu wollen. Der richtige Ansatz wäre der, die Verbrennungskapazität auf Grundlage der vorhandenen Fachliteratur über den Bau von Krematorien und der einschlägigen physikalischen Gesetze zu errechnen.

Carlo Mattogno hat dies bereits vor Jahren getan, und wenn Meyer mit den Ergebnissen nicht einverstanden ist, dann steht es ihm völlig frei, diese Berechnungen selbst vorzunehmen oder einen Fachmann damit zu beauftragen und zu ermitteln, ob Mattogno sich geirrt, ob er vorsätzlich gefälscht oder ob er recht hat.

Fritjof Meyer wählt jedoch einen anderen Weg. Er ist der Überzeugung, daß die Augenzeugenberichte trotz Widersprüchen und Ungenauigkeiten die Wahrheit enthalten und versucht, diese herauszuarbeiten. Dabei geht er jedoch nicht den Weg, die Zeugenaussagen an den einwandfrei echten Dokumenten der Lagerverwaltung oder an naturwissenschaftlichen Befunden zu messen.

Ein Beispiel: Meyer vertritt die These, die Massentötungen mittels Gas hätten in der Hauptsache nicht – wie bisher allgemein angenommen – in den Leichenkellern der Krematorien, sondern in zwei umgebauten Bauernhäusern außerhalb des eigentlichen Lagerbereichs, bekannt als "Bunker 1" und "Bunker 2", stattgefunden. Hätte Meyer sich einmal die zahlreichen Luftaufnahmen von Auschwitz-Birkenau aus dem Jahr 1944 angesehen, so hätte er festgestellt, daß diese Gebäude dort nicht mehr aufzufinden sind. Sie haben zu diesem Zeitpunkt – 1944 – also nicht mehr existiert, und alle Zeugenaussagen, die etwas anderes behaupten, sind – zumindest in diesem Punkt – objektiv unwahr.²

Statt dessen wählt Meyer das Verfahren, die verschiedenen Zeugenaussagen miteinander zu vergleichen und dabei Wahres von Falschem zu trennen. Richtlinien sind dabei seine vorab formulierte These und seine In-

tuition. Das heißt, die Entscheidung, was wahr und was falsch ist, trifft Meyer willkürlich aufgrund seiner subjektiven Meinung. Meyer sucht sich aus den Aussagen und den Dokumenten immer nur das heraus, was seine Auffassung zu bestätigen scheint, anderes läßt er unberücksichtigt. Diese Methode wird zwar von vielen Historikern angewandt, sie ist aber trotzdem schlecht.

Eine große Rolle spielen bei Meyer die Zahlen der nach Auschwitz Deportierten, und zwar sowohl der registrierten wie der nicht registrierten Häftlinge. Aufgrund dieser Zahlen glaubt Meyer errechnen zu können, wie viele Menschen in Auschwitz insgesamt umgekommen sind. Dieser Ansatz ist durchaus sinnvoll, aber mangels anderen Zahlenmaterials verläßt sich Meyer auf Sekundärliteratur aus dem kommunistischen Polen, wie z.B. das *Kalendarium* von Danuta Czech.³ Diese Literatur ist nicht viel besser als der Untersuchungsbericht der sowjetischen "Außerordentlichen Staatlichen Kommission" zu Auschwitz (Nürnberger Dokument USSR-008) und mit größter Vorsicht zu genießen.

Eine Berechnung der Zahl der Deportierten auf Grundlage des *Kalendariums* und ähnlicher Bücher kann allenfalls hypothetischen Charakter haben. So gewonnene Zahlen können nur überzeugen, wenn sie dem Vergleich mit anderem statistischen Material standhalten. Meyer vergleicht die Zahlen aus dem *Kalendarium* mit der von ihm bestimmten Kapazität der Krematorien und übersieht, daß er auch hier auf sehr unsicheren Grundlagen aufbaut.

Die unbefriedigende Methodik Meyers führt zwangsläufig zu einem unbefriedigenden Ergebnis. Seine Beweisführung ist nicht schlüssig, sondern beruht auf Glauben und Vermutungen. Mit Belesenheit und gutem Willen allein ist dem Problem Auschwitz nicht beizukommen.

Anmerkungen

Dr. Gottfried Zarnow ist das Pseudonym eines Historikers, der an einer deutschen Universität moderne Geschichte lehrt. Aufgrund der Verfolgung von Geschichtsdissidenten in Deutschland können und werden wir seinen Namen nicht preisgeben. Historiker, die dem Beispiel von Dr. Zarnow folgen wollen, sind herzlich eingeladen, ihre Beiträge – auch anonym – unter Angabe des gewünschten Pseudonyms an die Redaktion der *Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung* zu senden. Wir werden Ihre Identität nicht preisgeben und auch dafür sorgen, daß sämtliche Beweise für Ihre Identität umgehend vernichtet werden!

- Carlo Mattogno, Franco Deana, "Die Krematoriumsöfen von Auschwitz-Birkenau", in: Ernst Gauss (Hg.), Grundlagen zur Zeitgeschichte, Grabert, Tübingen 1994, S. 281-320. Aktualisiert in Engl.: C. Mattogno, "The Crematoria Ovens of Auschwitz and Birkenau", in: Germar Rudolf (Hg.), Dissecting the Holocaust, 2. Aufl., Theses & Dissertations Press, Chicago 2003, S. 373-412.
- Anm. des Herausgebers: Diese Aussage ist nicht ganz korrekt, vgl. C. Mattogno, *The Bunkers of Auschwitz*, Theses & Dissertations Press, Chicago 2004 (www.vho.org/GB/Books/tboa)
- Danuta Czech, Kalendarium der Ereignisse des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau 1939 – 1945, Rowohlt, Reinbek 1989.

Aufruf zum Aufstand

Von Horst Mahler

Liebe Freunde,

das Folgende sage ich außerhalb der Verantwortung des Vorstandes, nur als Person, als einfaches Mitglied, als Horst Mahler.

Es war von Anfang an klar, daß diese Initiative, vorgeschlagen von [Paul] Latussek und von Ursula Haverbeck, weiterentwickelt bei mir in Kleinmachnow, eine grundsätzliche Bedeutung hat, weil die Zeit gekommen ist, daß wir an dieser Stelle durchbrechen werden.

Gestern hatte ich die Gelegenheit, hier über die Lüge einen Vortrag zu halten. Er gipfelte in der Feststellung, daß wir im **Zeitalter der Herrschaft der Lüge** leben, daß diese Lüge tagtäglich bizarrere Formen annimmt, was schon ihr Ende signalisiert, und daß wir in diesen Endzustand mit unserer Existenz, politisch als Subjekt, jetzt eingetreten sind.

Alles was sich jetzt abspielt, ob das nun in Israel-Palästina ist, oder ob das der Krieg gegen den Terrorismus ist oder die Ereignisse in Rest-Jugoslawien – alles, was an Ungeheuerlichkeiten vor unseren Augen im Fernsehen abläuft, wird immer gerechtfertigt als notwendig – wie Joschka Fischer es gesagt hat – um ein zweites Auschwitz zu verhindern!

Genau an dieser strategischen Stelle setzen wir an mit unserem "Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten", und die Bereitschaft, sich daran zu beteiligen, übertrifft meine Erwartungen um ein Vielfaches. Das zeigt auch schon, daß sich in diesem Lande irgend etwas bewußtseinsmäßig verändert.

Dieser Verein ist, nach meinem Verständnis, Teil des allgemeinen Volksaufstandes der Deutschen zur Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches. Dieser Aufstand hat begonnen. Es ist ein dynamischer Prozeß, der erst sehr klein anfängt, aber schon mit seinem ersten öffentlichen Schritt hin zur Organisierung dieses politischen Widerstandes, mit der Wartburg-Aktion, die ursprünglich in Auschwitz stattfinden sollte, sich den richtigen Arbeitstitel gewählt hat, nämlich: "Aufstand für die Wahrheit". Die Wahrheit ist unsere Waffe!

[Ursula Haverbeck entrollt das Spruchband der Wartburgaktion mit dem Text:]

Den Holocaust gab es nicht!

Und das heute ist die konkrete Fortführung dieser Wartburg-Aktion. Das Besondere gegenüber allen bisherigen Initiativen in dieser Richtung besteht darin, daß mit dem Aufsatz "Die Zahl der Opfer von Auschwitz –

Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde" von Fritjof Meyer, gedeckt von Rita Süßmuth, in der Zeitschrift *Osteuropa* (Heft 5/2002),² aus der gesellschaftlichen Mitte (wie man das so schön nennt), also nicht vom rechten Rand her, die Offenkundigkeit dessen, was uns als sogenannter Holocaust gelehrt wird, in sich zusammengebrochen ist, einfach dadurch, daß jetzt diverse Staatsanwaltschaften verschiedener Bundesländer, also allgemein, die Auffassung vertreten, das, was Fritjof Meyer gesagt und veröffentlicht hat, verstoße nicht gegen das Leugnungs- oder Bagatellisierungsverbot!

Das bringt wohl zum Ausdruck, daß Fritjof Meyer etwas gesagt hat, von dem man überzeugt sein kann, daß es die Wahrheit ist. Das ist ja genau der Kern der sog. Offenkundigkeitsthese, daß die Richter (und sie sind in dieser Funktion keine Richter, darauf komme ich gleich) immer gesagt haben:

"Nein, heute kann kein vernünftiger Mensch mehr der Überzeugung sein, daß der Holocaust nicht, oder nicht in diesem Umfang, und nicht in dieser Art und Weise stattgefunden habe, das ist so sichere Tatsachenkenntnis, daß jeder, der sich dagegen stellt, dies aus böser Absicht tut, die dann nicht schützenwert ist und daher auch eine Verurteilung rechtfertigt."

Wenn jetzt in der gesellschaftlichen Mitte dieser zentrale Baustein dieser Lügenordnung herausgeschlagen ist, weil die Staatsanwaltschaft gesagt hat: "Ja, das kann man doch wohl sagen, das ist nicht wider besseres Wissen gesagt, nicht geleugnet", dann ist das der Durchbruchspunkt!

Natürlich ist sich Meyer dieser Sache auch bewußt gewesen. Meyer ist nicht irgendwer, er ist leitender Redakteur des *Spiegel*, mit all seinen Titeln und Ehrenzeichen im Vorspann seines Aufsatzes genannt. Als leitender Redakteur des *Spiegel* – Augstein lebte da noch! – hat Meyer das nicht ohne Absprache mit Augstein gemacht. Und er hat dieses Organ, das von Rita Süßmuth als Präsidentin der Herausgebergesellschaft verantwortet wird, nicht gewählt, ohne dies mit Rita Süßmut abgesprochen zu haben. Die sind nicht so blauäugig. Sie kennen das Geschäft. Gerade die *Spiegel*-Leute wissen, was läuft. Und die haben sich natürlich darauf eingestellt, daß so was passieren könnte wie mit [Martin] Hohmann, oder jetzt mit General [Reinhard] Günzel.³

Für diesen Fall, ich bin absolut sicher, hat Fritjof Meyer das Spiegelarchiv ausgewertet und sich die Munition schon bereit gelegt für den Prozeß, falls es gegen ihn zu einem Prozeß kommt.

Gerade da weicht der Feind zurück, weil er weiß,

daß er lügt. Und der Feind weiß, daß in den Archiven bestimmte Dokumente vorhanden sind, die dann im Falle eines Prozesses in aller Öffentlichkeit die Lüge in den Raum stellen würden, so daß keiner mehr daran vorbei käme.

Das ist die Situation, und das ist das, wo wir jetzt sagen: – Wir greifen diesen Ball auf!

Ich bin sicher, daß Fritjof Meyer darauf wartet, daß irgendwer dieses Ding aus der Schweigespirale herausreißt. Man hat darüber geschwiegen. *Osteuropa* – wer liest das schon? Das ist eine kleine Gemeinde, das ist unschädlich. Im *Tagesspiegel* (TAZ)⁴ gab es eine kurze Rezension; abwertend natürlich. Aber damit war wieder Ruhe.

Und jetzt kommt diese Initiative, und das Besondere dieser Initiative ist: Es kann nicht mehr übergangen werden, wenn wir einen geeigneten Fall aufgreifen; und ich würde vorschlagen, daß dies der Fall von Germar Rudolf ist und von Hans Dietrich Sander, da die beiden zusammengehören. Hans-Dietrich Sander ist als Herausgeber der *Staatsbriefe* dafür verurteilt worden, daß er eine Zusammenfassung des *Rudolf-Gutachtens*⁵ in

der Zeitschrift *Staatsbriefe* veröffentlicht hat.⁶ Das gehört innerlich zusammen.

Sander hat besondere Bedeutung. Wir bringen das *Rudolf-Gutachten* wieder in die Diskussion. Die Leute werden das dann lesen, und sie werden staunen, was sie da lesen.

Wenn wir einen Wiederaufnahmeantrag stellen,

dann ist das ein Ereignis. Dann muß kraft Gesetzes die mit diesem Antrag angesprochene Instanz – ein Gericht – sich äußern: entweder zustimmend, dann wird das Wiederaufnahmeverfahren zugelassen und findet als Hauptverhandlung in aller Öffentlichkeit statt, oder ablehnend, und dann müssen sie trotz diesen Argumenten, die wir jetzt haben, erklären:

"Nein, es hat sich nichts geändert, nach wie vor gilt das Prinzip der Offenkundigkeit."

Dann haben wir was. Und dann ist das der Trittstein, auf den wir uns dann stellen, um weiterzugehen. Die Frage ist: Mit welcher inneren Einstellung tun wir das?

Das Besondere dieses Unrechtsregimes, das eine totalitäre Willkürherrschaft, eine totalitäre Gewaltherrschaft ist, aber als solche nicht genannt und als solche bisher nicht erkannt ist, das Besondere also besteht – und das ist echt talmudisch – in der Heuchelei.

Die Ziele der Alliierten im 2. Weltkrieg

Die Sieger haben nie darauf verzichtet, ihre Ziele in Deutschland, gegen Deutschland zu verfolgen. Sie haben inoffiziell durchaus gesagt, was das Ziel ist: Die Vernichtung des Deutschen Reiches für immer, die Durchmischung des deutschen Volkes, so daß dieses Deutsche Volk von da her nicht mehr existiert. Das hat F.D. Roosevelt, das hat Stalin klar ausgesprochen, das ist dokumentiert.

Jetzt ist durch das Buch von Martin Allen über die Hess-Mission⁷ ein Dokument bekannt geworden, wo der Drahtzieher der britischen Außenpolitik in den entscheidenden Monaten vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sich geäußert hat: Es ist nicht das Ziel, eine Diktatur zu bekämpfen, nicht das Ziel, Hitler zu bekämpfen, das Ziel ist, das Deutsche Reich zu vernichten und zwar so, daß es nie wieder eine Rolle spielen kann, nie wieder als Deutsches Reich in Erscheinung treten kann! Sie haben alle Friedensinitiativen der deutschen Reichsregierung (bis jetzt zählt man 52) abgewiesen und alles getan, die Initiative von Hess ins Leere laufen zu lassen. Das ist das Geheimnis der Hess-Initiative.

Der deutsche Widerstand hat sich ja auch mit Friedensverhandlungen und Friedensfühlern angebiedert. Aber bloß das nicht! Es geht das wohlbegründete Gerücht um, daß Churchill einen Wutanfall erlitten hat, als

er vom 20. Juli erfuhr.

Ganz egal, welche Kraft mit welchem Inhalt einen vernünftigen Vorschlag gemacht hätte, er wäre abgelehnt worden, weil das Ziel war und ist, das Deutsche Reich für immer zu vernichten. Und das geht nur, wenn das deutsche Staatsvolk als solches aufgelöst wird.



Wir müssen umdenken!

Mit welcher inneren Einstellung gehen wir an diese Auseinandersetzung? Ich beobachte es immer wieder, daß auch in den nationalbewußten Kreisen eine Haltung eingenommen wird, daß man sich als der Gute darstellt vor unseren Feinden. Da wird immer gesagt: Wir sind doch gar nicht so; wir sind keine Nazis! Natürlich sind wir das! Allerdings in der Weise, wie wir das verstehen, nicht wie der Feind uns definiert!

Dieses Verhalten, dieses Heraufschauen zum Feind (beobachten Sie das einmal, auch in der Gestik!) bedeutet, daß wir uns auf die Ebene begeben wollen, die der Feind beherrscht, wo er die Begriffe setzt, wo er definiert, was Wahrheit und was Unwahrheit ist. Insbesondere dann, wenn wir den Feinden vorhalten, daß sie die Menschenrechte verletzen, daß sie sich undemokratisch verhalten. Darin steckt die Anerkennung der Menschenrechtsideologie. Und das ist eine feindliche, eine imperialistische Ideologie. Darin steckt immer auch die Anerkennung des demokratischen Prinzips! Das ist das Übel! Es muß Klarheit bestehen, was die Demokratie

ist. Wir haben heute durchaus die Wahrheit der Demokratie und nicht etwa ihre Verbiegung, nicht ihren Mißbrauch! Das, was wir heute erleben, ist der klare, wesentliche Ausdruck der Demokratie. Was Besseres kommt nicht.

Wir dürfen uns dem Feind nicht in der Weise nähern, daß wir uns ihm so darstellen:

Wir sind die Guten, du bist der Böse! Sondern wir müssen ihm sagen: Hebe Dich hinweg, Satan!

Wir müssen wissen, das Deutsche Reich ist zweimal eingekreist worden, in zwei Kriegen militärisch besiegt worden, um es für alle Zeiten zu vernichten. Es ist egal, wann wo wer den ersten Schuß getan hat. Im Völkerrecht gilt der als Angreifer, der einen Feind in eine so verzweifelte Lage bringt, daß ihm nichts anderes übrig bleibt, als zur Selbstverteidigung den ersten Schuß abzugeben. Genau das ist geschehen in beiden Weltkriegen!

Wenn jemand das Recht auf Schadenersatz, auf Genugtuung geltend machen kann, dann ist es das Deutsche Reich. Da sind das Programm der Alldeutschen oder irgendwelche imperialistischen Äußerungen völlig uninteressant. Denn es war ein Kampf auf Leben und Tod um die Erhaltung des Reiches. Scheinbar hat es diesen Kampf verloren, aber wirklich nur scheinbar! Wir müssen uns als diejenigen begreifen, die von Anfang an das Ziel der Feinde des Reiches waren und daß wir immer das Recht auf unserer Seite haben.

Der Krieg ist immer ein grausames Geschehen. Da wird immer auch grausam gehandelt.

Und wenn man das beckmesserisch mit irgendwelchen Rechtsmaßstäben mißt, wird man immer auf jeder Seite genügend Beanstandungen finden, um Material zu haben, jemanden ins Unrecht zu setzten.

Das ist nicht das, was in der Geschichte vor sich geht. Das ist die große Geschichte, Weltgeschichte, und das ist der Gang Gottes durch die Welt zu sich selbst!

Das Geschehen der Geschichte mit allen Grausamkeiten ist der göttliche Prozeß der Selbstfindung. Bernhard Schaub hat es heute noch einmal klar gemacht: das ist urgermanisch! Nietzsche hat völlig zu Recht gesagt: "Die Deutschen sind Hegelianer, auch wenn es Hegel nie gegeben hätte" – weil das in der deutschen Mythologie relativ klar schon vorhanden ist. Und wer wollte denn über Gott richten? Kann man einem Stammtisch zugestehen, klüger zu sein und gerechter zu sein als Gott in der Qual, zu sich selbst zu kommen? Der Gott ist eben nicht der Vollkommene. Erst durch den Gang durch die Welt, als Geschichte, erfährt er, wer er ist.

Unser moralischer Hemmschuh

Also, es ist falsch, moralisch zu argumentieren. Es ist falsch, den Versuch zu machen, den Gegner in die moralische Ecke zu stellen und zu sagen: Du bist der Schuldige! In der Geschichte geht es nicht um Schuld oder Unschuld. Das ist eine persönliche Beziehung, die

man in einer Rechtsgemeinschaft hat, aber eben nur in einer Rechtsgemeinschaft, die im Volk lebendig ist; ob man also das, was im Volk als Recht gilt, verletzt hat und man damit eben Sanktionen auslöst.

In der Geschichte sind wir vor die Aufgabe gestellt, uns zu behaupten, nach unserer Art, gegen das Bemühen des Feindes, uns zu vernichten. Mit diesem Selbstbewußtsein, daß uns niemand zu richten hat, daß es keine Kollektivschuld gibt, daß die Geschichte nicht nach moralischen Maßstäben abgeht. Das ist es, was wir als Selbstbewußtsein meditativ, täglich, frühmorgens vielleicht, wenn wir aufstehen, uns nochmals zu vergegenwärtigen haben, damit wir nie wieder nach oben schielen, wenn wir mit unseren Feinden reden, sie niemals als Teilhaber einer moralischen Position anerkennen.

Gerade der Feind, der Judaismus, hat kein moralisches Verhältnis zu den Völkern, die nicht jüdisch sind. Da gibt es keine Moral, alles ist nur Heuchelei. Das müssen wir endlich sehen.

Und dann ist die Frage: Was ist hier in diesem Lande geschehen? Man hat uns dieses Bewußtsein: "da ist der Feind – und da sind wir" genommen durch die Umerziehung! Die Umerziehung ist die systematische Erzeugung einer Geisteskrankheit. Wir sind in diesem Sinne geisteskrank, und wir müssen uns heilen. Das geht nur durch die Tat. Die erste Tat ist, daß wir einen klaren Trennungsstrich ziehen zwischen uns und dem Feind. Der Feind hat genau gewußt, er kann uns nur bezwingen, indem er unsere Kultur, unser Identitätsbewußtsein zerstört. Der Feind – und das ist in Dokumenten niedergelegt – weiß, daß er das nur erreicht, wenn er nicht selbst in der Uniform des Siegers das Werk der Zerstörung verrichtet, sondern daß er Deutsche nehmen muß, die nicht als Feinde erkannt werden.

Denken Sie an das Märchen von dem Wolf und den sieben Geißlein: Es muß jemand sein, der seine Stimme verstellt, der diese weiße Pfote hat, der also fälschlich als Volksgenosse gesehen wird. Da sind wir wie gelähmt, und es kommt das Schuldgefühl. Das sind die verlängerten Organe der Siegerwillkür. Die Gerichte, wenn sie uns als Deutsche verfolgen mit § 130 StGB, sind keine Gerichte, sie haben keine Ehre, sondern das ist der Feind, der gegen die Grundsätze der Kriegsführung sich nicht in Uniform zeigt, sondern in der Verkleidung als deutscher Richter. Er ist der Feind! Das, was er anwendet, ist kein Recht!

Was ist denn Recht?

"Recht ist der vernünftige Wille, der als Gemeinwesen eine absolute Macht ist und der privaten Willkür Grenzen setzt."

Auch der Dieb will, daß das Eigentum geschützt ist, garantiert ist, daß die Person anerkannt ist; nur meint er, er könne sich leisten, sich als Einzelner dagegen zu stellen, weil es ihm bequemer erscheint. Aber im Gefäng-

nis, wenn er bestohlen wird, wenn man ihm den Tabak wegnimmt, wird er sofort nach der Todesstrafe rufen. Das ist ja ein Verbrechen, mir mein Eigentum zu nehmen! Das heißt, das ist der vernünftige Wille auch des Rechtsbrechers.

Was ist vernünftig, als Wille eines lebendigen Organismus? Ein Volk ist etwas Lebendiges. Vernünftig ist die Selbsterhaltung und die Entfaltung des Selbst, ohne daran gehindert zu werden, ohne von innen oder außen in der Selbstentfaltung als Volk gefährdet, bedroht und vernichtet zu werden.

Und was sind diese Bestimmungen, die uns zwingen, die Sage von dem Völkermord, die Lüge von Auschwitz zu akzeptieren, und sei es nur äußerlich, indem wir dagegen nicht aufstehen?

Das bedeutet, daß da ein Wille ist, uns zu zerstören, die Seele des Deutschen Volkes zu morden, und das kann nicht der vernünftige Wille des Deutschen Volkes sein! Also kann es auch nicht ein Gesetz im Sinne von Recht, von gesetztem Recht, sein. Sondern es ist im Gewande des Rechts, im Gewande des Gesetzes die Siegerwillkür, die hier durch Angehörige unseres Volkes, in der Verkleidung als Richter unseres Volkes, diese Siegerwillkür an uns vollstreckt.

Und so müssen wir auch auftreten. Wenn wir vor Gericht stehen, dann wollen wir nicht den Richter davon überzeugen, sondern ihm sagen, was er ist: Kein Richter und nicht Organ des deutschen Volkswillens, sondern Organ der Siegerwillkür. Und daß wir seine Stiefel unter der Robe sehen, daß wir ihn durchschauen. Und ihm sagen, daß er sich an einem Verbrechen des Völkermordes, einer Form des Seelenmordes beteiligt. Es ist nach der UNO-Definition Völkermord!

Wir sollten auch nicht von ihm sagen: Er glaubt halt daran! Wer heute noch behauptet (achten Sie auf meine Vita!), wer heute noch glaubt, daß 6 Millionen Juden vom Deutschen Reich systematisch ermordet worden sind, der kann das nur glauben nach dem Grundsatz der actio libera in causa. Das ist ein juristischer Begriff: Man kann sich gutgläubig halten, obwohl man ganz gut weiß: Ich müßte den Tatsachen auf den Grund gehen, und dann wüßte ich, daß alles falsch ist. Aber, es ist für mich zu gefährlich, deswegen blocke ich ab und tue so, als ob ich innerlich fest davon überzeug wäre, daß es so ist

Auch die sogenannten Gutmenschen müssen wir darauf ansprechen und sagen: Du bist Täter eines Völkermordes! Wenn du sagst, du bist voll überzeugt, dann mußt du Rechenschaft ablegen, warum du noch überzeugt bist! Hast du Germar Rudolf gelesen? Hast du das Leuchter-Gutachten gelesen? Hast du die Schriften von Udo Walendy gelesen? Hast du dich überhaupt gekümmert, auf welcher juristischen Basis behauptet wird, daß wir die Täter des größten, einmaligsten Verbrechens der Weltgeschichte sind? Wo hat je ein Prozeß stattgefunden, wo das Deutsche Reich sich hätte vertei-

digen können, oder das deutsche Volk, oder einzelne Volksgenossen? Die hatten bis jetzt keine Möglichkeit sich zu verteidigen. Die heute noch aufstehen als Einzelne und das bestreiten, die haben auch jetzt keine Möglichkeit, sich zu verteidigen. Und wenn sie oder ihre Verteidiger, Beweisanträge dieser Art stellen, dann ist es eine neue strafbare Handlung. Es sind Verteidiger hierzulande deswegen auch bestraft worden: RA Rieger zum Beispiel.

Die Unmoral der Gutmenschen

Wir müssen dieses grundsätzliche Freund-Feindverhältnis diesen Leuten vor Augen führen, indem wir sagen: Mach dich vom Acker! Du bist ein Täter, du versäumst das, was dem Menschen gegeben ist, nämlich die Suche nach der Wahrheit! (Das macht uns als Menschen ja aus. Das ist das, was uns von den Affen unterscheidet!) Du willst daran glauben, weil du Angst hast vor den Konsequenzen, weil du eingestehen müßtest, wie sehr wir belogen und betrogen sind, was an Lüge möglich ist.

Aber jetzt kommt uns der 11. September zu Hilfe! Das ist auch eine der großen Lügen. Aber die ist so fadenscheinig, jetzt schon, daß den Leuten vielleicht deutlich wird, was man mit der Lüge erreichen kann, weil sie wissen:

Es ist möglich, fast alle Menschen dazu zu bringen, fast alles zu glauben – unter einer Bedingung: Wenn es gelingt, ihnen zu suggerieren, daß fast alle anderen es glauben.

Darauf ist die ganze Lügenpropaganda aufgebaut. Das müssen wir durchstoßen! Und so haben wir jetzt also die verschiedenen Marschsäulen:

Es ist der 11. September! Es ist Pearl Harbor! Und es ist die Auschwitzlüge!

Wenn wir uns auf diese drei Marschsäulen, auf diesen Punkt konzentrieren, glaube ich, dann werden wir durchbrechen, weil die ganze Welt darauf wartet, daß dieses Lügensystem zusammenbricht, nicht nur die Palästinenser. Lesen Sie die Reden von Mahathir [malaysischer Ministerpräsident], der als erster Staatschef seit Hitler ausgesprochen hat, daß die Juden aufgrund ihrer religiösen Prägung die Weltherrschaft erlangt haben, und daß sie es sind, welche die Völker Stellvertreterkriege führen lassen und für die tödliche Gefahr verantwortlich sind, in der wir stehen.

Unser Selbstbewußtsein

Mit dieser Einstellung, daß wir das Recht verteidigen, daß wir uns nicht zu rechtfertigen haben, nicht einmal rechtfertigen dürfen, sollten wir an die Arbeit gehen. Man darf sich vor Satan nicht rechtfertigen! Und Jahwe ist Satan, so steht es in der Bibel.

Wir müssen so auftreten wie Siegfried, wie der germanische Krieger, der sagt: Ergib dich der Wahrheit, oder ich vernichte dich!

Ich rechtfertige mich nicht bei meinem Gegner, der sich der Lüge verschrieben hat, sondern ich sage: Hebe dich hinweg Satan! Du bist der Feind in der Uniform eines Richters. Aber du bist kein Richter!

Wenn wir die Kampagne so führen, so sind wir nicht ein Hilfsverein für die Betroffenen. Es gibt zu viele Betroffene. Wir müssen strategisch-politisch vorgehen. Wir müssen den eindrucksvollsten Fall nehmen, und dann schaffen wir auch Luft für die andern Einzelfälle. Wenn es dann Urteile gibt, die die Wiederaufnahme zulassen – möglich ist es, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich – dann können die andern sich auch berufen und in ihrem konkreten Fall auch Gerechtigkeit erlangen.

Die Zeit geht weiter. Hohmann war eine Taube, die sich da erhob, Günzel die zweite. Das ist die alte Geschichte: Wenn ein Vogelschwarm sich niedergelassen hat, so steigen erst nur einzelne auf, der Rest bleibt sitzen. Aber dann steigen mehr auf, und irgendwann geht plötzlich der ganze Schwarm los. Und das ist dann der allgemeine Volksaufstand der Deutschen als aktuelles Ereignis, und wir sind jetzt nicht mehr alleine, nicht mehr nur Einzelne: Ich bin sicher, wir werden schnell sehr viel mehr sein.

Ich habe das Gefühl: den Deutschen reicht es jetzt!

Irgendwie drängt das jetzt an die Oberfläche, und es muß jemand sein, der ruft.

Und dann geht's los!

Vlotho, 09.11.2003

Anmerkungen

- ¹ Vgl. VffG 7(3&4) (2003), S. 448.
- Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Nr. 5, Mai 2002, S. 631-641. Der Artikel ist online erhältlich unter www.vho.org/D/Beitraege/FritjofMeyerOsteuropa.html.
- ³ Vgl. "Gerechtigkeit für Deutschland vielleicht nächstes Jahr", VffG 7(3&4) (2003), S. 417-421.
- ⁴ Richtig: Sven Felix Kellerhoff, *Die Welt*, 28.8.2002: vgl. Jochen Arp, *Das Ostpreuβenblatt*, 27.7.2002, S. 20.
- ⁵ G. Rudolf, Das Rudolf Gutachten, 2. Aufl., Castle Hill Publishers, Hastings 2001 (www.vho.org/D/rga2)
- Richtig: Sander druckte einen Beitrag Rudolfs ab, in dem die Holocaust-Propaganda gekoppelt mit der Unterdrückung des Revisionismus als Völkermord am deutschen Volk eingestuft wurde: Germar Rudolf, "Naht ein deutsche Bürgerkrieg?", Staatsbriefe 6(6) (1995), S. 6-8
- (www.vho.org/D/Staatsbriefe/Rudolf6_6.html).

 7 Churchills Friedensfalle, Druffel Verlag, Berg 2004.

Volksverhetzung?

Verhetztes Volk – verhetzte Richter

Von Dr. Ursula Haverbeck

Wie wir berichteten, wurde am 9.11.2003 in Vlotho der "Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten" gegründet. Kurz danach wurden die Büroräume des Vereins durch die Polizei durchsucht und gegen die führenden Mitglieder des Vereins (Horst Mahler, Otto Chors, Ursula Haverbeck-Wetzel) ein Strafverfahren wegen "Leugnung des Holocaust" eingeleitet. (vgl. *VffG* 3&4/2003, S. 448 und *VffG* 1/2004, S. 125). Am 18. Juni 2004 fand vor dem Amtsgericht Bad Oeynhausen die Hauptverhandlung im Verfahren 5 Ds 46 Js 485/03-256/04 statt. Wir bringen hier die Stellungnahme von Ursula Haverbeck zur Anklage wegen Volksverhetzung (Leugnung des Holocaust) sowie ihr Schlußwort.

Zunächst eine Vorbemerkung. Ich stehe hier zwar als Angeklagte, aber in Wahrheit geht es nicht um mich. Ich habe nur die Funktion einer Art Türöffner. In diesem Prozeß geht es um das Recht und, mehr noch, um die Wahrheit für Deutschland.

Ich werde das begründen, wobei ich mich nicht bei strittigen Einzelheiten aufzuhalten gedenke. Dies auch deshalb nicht, weil ich weder als Betroffene in dem KL Auschwitz – und darum geht es hier – noch in irgendeiner Funktion dort tätig war; und ich nehme an, dies gilt für alle Anwesenden ebenso.

Ich bin auch kein selbständig forschender Geschichtswissenschaftler, kein Experte für Vergasungseinrichtungen noch ein Chemiker, der kompetent über die Reaktionen des Zyklon B Aussagen machen könnte, und wieder gehe ich davon aus, daß dies wohl auch für die Anwesenden zutrifft.

Wir sind also allesamt angewiesen auf die Medien, auf Bücher, auf Zeugenaussagen und Gerichtsprotokolle, und diese sind so umfangreich wie unterschiedlich, daß ich sie außer acht lassen will, damit wir uns nicht in von uns nicht zu beweisenden Nebensächlichkeiten verlieren.

Statt dessen werde ich von einigen wenigen, uns allen geläufigen und auch völlig unbestrittenen Tatsachen ausgehen, die mich zu meiner Ansicht über Auschwitz veranlaßt haben, die nicht mit der öffentlich sanktionierten übereinstimmt und derentwegen ich vor Gericht stehe. Es handelt sich insbesondere zunächst um vier Tatsachenstränge, die nebeneinander herlaufen, deren drei sich an einem entscheidenden

Punkt verknoten, während ein vierter weiterhin nebenherläuft und schließlich die anderen überlagert.

Die erste Tatsache: Die Holocaust-Bestreiter

Alle vor dem Nürnberger Militärtribunal stehenden deutschen Führungspersönlichkeiten, seien sie nun Politiker oder Militärs, haben bis zu ihrer Hinrichtung, und wie Speer, auch noch nach 20-jähriger Haft, übereinstimmend ausgesagt, daß ihnen nichts von einem durch Vergasung und auf Befehl ausgeführten Massenmord an den Juden bekannt gewesen sei. Joachim Fest hat dies noch einmal in seinem 2001 erschienenen Buch über Albert Speer festgehalten. Er zitiert Hermann Göring: "Die Gaskammern sind Propagandaschwindel! Hitler hätte niemals zu dem Gasmord an den Juden seine Zustimmung gegeben!" (Joachim Fest, "Albert Speer", S. 521)

Daß dieses so von allen Beteiligten behauptet wurde, ist eine Tatsache. Das heißt aber nicht, daß es stimmen muß. Bitte beachten Sie diesen Unterschied.

In dem mehr als neunhundert Schreibmaschinenseiten umfassenden Urteil des Frankfurter Auschwitz-Prozesses 1963 – 1965 sagen all diejenigen, die in irgendeiner Funktion etwas mit Auschwitz als Konzentrationslager zu tun hatten, daß sie von Gaskammern zur Ermordung der Juden nichts gewußt hätten, sondern es sich vielmehr um ein vorbildlich geführtes Lager gehandelt habe. Und wieder, daß dies NS-Funktionäre so sagten, ist eine Tatsache. Ob es stimmt, ist eine andere Frage.

[Anmerkung der Redaktion: dies



stimmt nicht, Pery S. Broad und Hans Stark "bezeugten" die Gaskammern, wenn auch nachweislich mit falschen Angaben.¹]

Dann traten Historiker auf, zunächst Prof. Paul Rassinier, der als französischer Widerstandskämpfer im KL Buchenwald inhaftiert war. Der Richter Dr. Wilhelm Stäglich schrieb sein Buch "Der Auschwitz-Mythos", da er selber während des Krieges eine Flakeinheit in unmittelbarer Nähe von Auschwitz kommandierte und mehrere Male selber im Lager war.

Ein weiterer Franzose, Prof. Dr. Robert Faurisson, der Amerikaner Prof. Arthur Butz, der Engländer David Irving und viele, viele andere Deutsche hatten eigene Forschungen, Dokumentenstudium, Zeugenbefragung, Besichtigung von Auschwitz usw. aufzuweisen. Ihre Ergebnisse veröffentlichten sie in vorliegenden Büchern. Das Ergebnis ist übereinstimmend: Es gab keine Vergasungen in Auschwitz.

Es begann der sog. Revisionismus, und der Massenmord an den Juden wurde längst der Holocaust genannt. Es folgte die Untersuchung in Auschwitz durch einen amerikanischen Gaskammerexperten, Fred Leuchter, und durch einen deutschen Chemiker im Hinblick auf die Reaktion des Zyklon B. Auch sie kamen zu dem Ergebnis, daß in den gezeigten Gaskammern in Auschwitz keinerlei Vergasungen stattgefunden haben können. Diese Bücher und Gutachten liegen vor. Sie sind eine Tatsache. Das heißt nicht, daß der Inhalt dessen, was da vorgetragen wird, stimmen muß.

Und obgleich bereits mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen ist seit dem Kriegsende und der Befreiung von Auschwitz durch die Russen, und mindestens einmal wöchentlich im Fernsehen dieser schrecklichen Verbrechen gedacht wird, so gibt es immer noch sehr viele "Ungläubige", wie jetzt aus einer Umfrage der italienischen Zeitung *Correre della Sera* hervorgeht, europaweit 7,5%.

Die zweite Tatsache: Zeugnisse der Opfer

Der zweite Tatsachenstrang befaßt sich mit den Opfern. Seit Kriegsende erscheinen Veröffentlichungen über die Leiden der Juden in den KL und natürlich insbesondere Auschwitz als dem Ort der Judenvernichtung durch Vergasung mit der Chemikalie Zyklon B, erschütternd die zahllosen Zeugenaussagen in den Auschwitz-Prozessen.

Auschwitz wurde zu dem Ort des Holocaust, und der Holocaust war Auschwitz.

Ich verweise nur auf ein Buch "Auschwitz – Zeugnisse und Berichte", bereits 1962 von der deutschen Verlagsanstalt herausgegeben als Taschenbuch. Die Vielzahl der Zeugnisse, Berichte, Fernsehreihen wie die Holocaust-Reihe 1979, der Film Schindlers Liste usw., die alle die furchtbaren Leiden der Juden in Auschwitz zeigen, und in allen Medien besprochen werden, aber auch in den Schulbüchern zu finden sind, machen wei-

tere Beispiele überflüssig. Der Holocaust ist das offenkundige, singuläre deutsche Verbrechen. Alle diese Darstellungen sind eine Tatsache. Aber auch hier gilt: das heißt noch nicht, daß die Aussagen stimmen. Gerade der als erstes aufgezeigte Tatsachenstrang macht deutlich, daß sie zumindest umstritten sind.

Allerdings muß es den Bürger einer pluralistischen Gesellschaft irritieren, für die doch Toleranz und das Geltenlassen anderer – auch abwegiger – Meinungen oberstes Gebot ist, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird, wenn auf der einen Seite die Darstellungen gefördert und überall verbreitet, auf der anderen Seite sie totgeschwiegen, ja sogar indiziert und verboten werden

Dritte, entscheidende Tatsache

Bei Gericht gehört es zum täglichen Brot, bei der Darstellung völlig entgegengesetzter Beurteilungen ein und derselben Sache zu der Erkenntnis und einem Urteil zu gelangen, wer von den beiden Parteien recht hat. Handelt es sich um sehr komplizierte Vorgänge, die großes Fachwissen und Sachkompetenz notwendig machen, dann werden Gutachter eingesetzt. Auch dies ist eine übliche Praxis.

Nichts anderes hätte auch in diesem Fall erwartet werden müssen, weil gerade hier ein ganz besonders schwerwiegendes und folgenreiches Problem vorlag. Hatte doch Nahum Goldmann seinerzeit von Konrad Adenauer eine finanzielle Wiedergutmachung an Israel für 6 Millionen ermordeter Juden ausgehandelt (s. Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", S. 166ff, 1978, Europäische Verlagsanstalt). Gutachter, renommierte Wissenschaftler von solchen Nationen, die nicht am Weltkrieg beteiligt waren, wie z.B. die Schweiz und Schweden, hätten hier berufen werden müssen, um die Wahrheit zu ermitteln.

Die Tatsache aber ist, daß am 18. September 1979 der Bundesgerichtshof entschied, daß das Leugnen des Massenmordes an den Juden strafbar sei. So steht es in der Anklageschrift gegen mich.

Nun ist das Leugnen von Auschwitz und einer großen Anzahl umgekommener Juden dort natürlich Unsinn. Kein ernstzunehmender Mensch wird das tun. Mit dem "Leugnen des Massenmordes an den Juden" ist etwas ganz anderes gemeint. Dies Urteil verbietet – obgleich das Wort nicht genannt wird – ein historisch umstrittenes Phänomen zu bestreiten: den Holocaust.

Vielleicht sagt nun der eine oder andere: Das kann doch gar nicht sein. In einem demokratisch verfaßten Staat, der auf dem Grundgesetz mit den vorgeschalteten Grundrechten basiert, kann es ein solches Urteil nicht geben. Wir haben eine garantierte Meinungs-, Rede-, Presse- und Forschungsfreiheit. Damit ist ein solches Verbot nicht vereinbar, erst recht nicht angesichts der strittigen Lage. Doch der Bundestag verabschiedete ein Gesetz, heute meist zitiert unter dem Namen Volksver-

hetzung § 130 StGB, das genau in dieser Weise ausgelegt und angewendet wird. Die Offenkundigkeit und Singularität des Holocaust darf nicht bezweifelt werden. So wird das Gesetz interpretiert, im Gesetzestext selber kommt das Wort Holocaust nicht vor.

Jemand, der wie ich sich mindestens 25 Jahre lang in der politischen Erwachsenenbildung betätigt hat, hat selbstverständlich auch immer wieder das Grundgesetz, die Grundlage dieser Demokratie, herangezogen. Bereits in der Goldmann-Ausgabe von 1967 weist Theodor Heuß zum einen darauf hin, daß das Deutsche Reich nicht untergegangen ist mit der Kapitulation der Wehrmacht, sondern fortbesteht, und zum anderen, daß die Grundrechte mit dem Anspruch der Rechtsverbindlichkeit ausgestattet wurden, d.h. "sie besitzen nicht den deklamatorischen Charakter des Bekenntnisses, sondern sind deklaratorischer Natur."

Dieser Gedanke wird dann von Prof. Dr. Günter Düring in der Beck'schen Taschenbuchausgabe von 1976, aber auch noch 1986, noch einmal verstärkt:

"Die Grundrechte sind unmittelbar geltendes Recht, also nicht lediglich, wie vielfach noch in der Weimarer Verfassung, bloße Deklamationen oder Programmsätze. Und ferner wird der Staat in allen seinen Erscheinungsformen (Gesetzgebung, vollziehende Gewalt, Rechtsprechung) an die Grundrechte gebunden. Zu betonen ist die Bindung auch der Gesetzgebung. Früher (noch während Weimar) galten die Grundrechte nur nach Maßgabe der Gesetze. Heute gelten die Gesetze nur nach Maßgabe der Grundrechte."

Die Bundeszentrale für politische Bildung sagt 1995 zu der Sonderbriefmarke "Freiheit der Meinungsäußerung":

"Von Demokratie kann nur dort und dann die Rede sein, wenn Meinungs-, wenn Kommunikationsfreiheit herrscht. Das Ausmaß dieser Freiheit zeigt an, welchen Entwicklungsstand eine demokratische Gesellschaft erreicht hat."

Auch mit den Bestimmungen zum Schutze der Ju-

gend und zur Wahrung der persönlichen Ehre wäre die Erforschung historischer Ereignisse nicht nur vereinbar, sondern notwendig. Die Jugend muß an dem Ringen um die Wahrheitsfindung beteiligt werden, wenn Historiker und Politiker für sie Glaubwürdigkeit haben sollen. Und die persönliche Ehre der Eltern- und Großelterngeneration verlangt zwingend eine objektive, wahrheitsgemäße Aufklärung dieser Frage. Den einen Tatsachenstrang zum Glaubensinhalt zu machen, während der andere verboten wird. kann nur zu einer allgemeinen Abwendung von der Geschichte und zur Politikverdrossenheit führen.

Dieser dritte Tatsachenstrang schlingt sich wie ein Knoten um den ersten, das sind die sog. Revisionisten. Sie sollen mundtot gemacht werden, doch das ist bis heute nicht gelungen. Ein wirklicher Wissenschaftler fühlt sich der Wahrheit und ihrer Verkündigung verpflichtet. Strafen vermögen da nicht abzuschrecken. Das hat erst vor wenigen Jahren ein mutiger Bürger des Kreises Herford bewiesen, der Politologe Udo Walendy, der 26 Monate im Gefängnis verbrachte für die von ihm erkannte Wahrheit.

Und wieder wird der Laie stutzig: Wieso ein Verbot statt einer sachlichen Richtigstellung? Das kann doch nur heißen, daß diese gefürchtet wird. Sollten die Opfervertreter ein schlechtes Gewissen haben?

Das Gesetz ist eine Tatsache. Auf Grund dieser Tatsache bin ich angeklagt. Ob dieses Gesetz in Übereinstimmung zu bringen ist mit den Freiheitsrechten, das ist eine offene Frage.

Vierte Tatsache: die Opferzahlen

Immer wieder haben sich Historiker und kritisch denkende Bürger gefragt: Wie kommt die Zahl 6 Millionen zustande? In dem Urteil des Internationalen Militärtribunals (IMT), das am 30. September und 1. Oktober 1946 verkündet wurde, findet sich folgender Absatz:

"Adolf Eichmann, der von Hitler mit der Durchführung dieses Programms beauftragt worden war, hat geschätzt, daß in Verfolgung dieser Politik 6 Millionen Juden getötet wurden, von denen 4 Millionen in Vernichtungslagern ums Leben gekommen sind."

Es handelt sich also um eine Schätzung, die angeblich von Eichmann vorgenommen worden sein soll. Diese Zahl wird heute allgemein zugrundegelegt. Auch am Tag der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar wird dieser 6 Millionen Ermordeter gedacht.

In Auschwitz selber gab es jahrzehntelang eine Tafel



Die drei Gedankenverbecher: Horst Mahler, Ursula Haverbeck, Ernst-Otto Cohrs

mit der Aufschrift von 4 Millionen ermordeter Juden. Diese Tafel wurde Anfang der neunziger Jahre ersetzt durch eine andere mit 1,5 Millionen. Es wurde dann sogar in den Fernsehnachrichten gezeigt, ich habe es selber gesehen. Anschließend gab es ein Streitgespräch zwischen Polen, Juden und Zigeunern, wer von ihnen den größeren Anteil unter diesen Opfern habe – zwecks Entschädigung.

Doch es blieb auch nicht bei dieser Zahl. Nachdem Leuchter und Rudolf ihre Gutachten vorgelegt hatten, daß in den gezeigten Gaskammern unmöglich mit Zyklon B Millionen von Juden vergast worden sein können, erschien eine Gegendarstellung bzw. ein Gegengutachten von dem Apotheker Jean-Claude Pressac. In diesem heißt es, daß in Auschwitz etwa 700.000 -800.000 Juden ums Leben gekommen seien. Inzwischen ist das Gutachten von Pressac auch als Fischer-Taschenbuch erschienen, in dem die Zahl noch weiter gesenkt worden ist auf etwa 500.000. Aber auch dabei blieb es nicht. Im Jahre 2002 wurde von einer wissenschaftlichen Gesellschaft, deren Vorsitzende die ehemalige Bundestagspräsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth ist, ein Artikel herausgebracht von dem Spiegel-Redakteur Fritjof Meyer mit dem Titel "Die Zahlen der Opfer von Auschwitz - Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde". In dieser Schrift wird von "wahrscheinlich 356.000 vergaster Juden" gesprochen.

Diese Veröffentlichung ist in keiner Weise diskriminiert oder gar strafrechtlich verfolgt worden, obgleich eine Anzeige wegen Verharmlosung des Holocaust sowohl gegen Meyer als auch gegen Rita Süßmuth erstattet wurde. Im Gegenteil, die Gerichte bestätigten, daß dieser Artikel keinen strafbaren Inhalt habe und daher verbreitet werden dürfe.

Vor 60 Jahren hat sich nach Ansicht der Zeugen und Opfer das unvergleichliche und singuläre Verbrechen der Menschheit in Auschwitz abgespielt, indem dort Millionen Juden vergast worden seien. Je größer der Abstand zu diesem Ereignis, desto geringer wurde die Zahl der Opfer. Ja man könnte sagen, sie nähert sich dem an, was die Revisionisten seit langem behauptet hatten. Sie können den Artikel von Fritjof Meyer nachlesen. Sie haben wahrscheinlich genau wie ich im Fernsehen die Reduzierung von 4 auf 1,5 Millionen miterlebt, und wir alle müssen uns nun fragen: Wer hat warum diese sechs Millionen festgeschrieben? Nicht zuletzt deshalb meine Eingangsfeststellung, es ginge nicht um mich, sondern um das Recht und die Wahrheit für Deutschland. In diesem Fall stimmt die Tatsache des Gesagt-worden-seins mit dem Gesagten als Tatsache überein. Die Zahl wurde innerhalb von zwölf Jahren auf weniger als ein Zehntel reduziert, von vier Millionen auf 356.000.

Neue Erkenntnisse – Neue Gesetze

Werden alle diese vier Tatsachenstränge miteinander

verknüpft und verbunden, dann ergibt sich eine deutliche Verschiebung zugunsten der Aussagen der Bestreiter im ersten Tatsachenstrang. Fritjof Meyer sagt vorsichtig immer noch "wahrscheinlich 356.000", die auch nicht in den bisher und bis heute in Auschwitz vorgezeigten sog. Gaskammern liquidiert worden seien, sondern außerhalb des Lagers Birkenau in zwei nicht vorhandenen Bauernhäusern, von derem einen man jetzt das Fundament entdeckt hat.

Damit wird die Größenordnung der zu beklagenden Toten entsprechend der Opfer zahl von Hiroshima oder von Dresden und wesentlich kleiner als die Opfer der deutschen Kriegsgefangenen nach dem Kriege auf den Rheinwiesen, oder der nach Rußland verschleppten Zivilisten und Kriegsgefangenen, von denen Millionen nicht zurückkehrten, und auch in keiner Weise vergleichbar mit den Vertreibungsopfern in Höhe von etwa 2,5 Millionen, die unter furchtbaren Umständen ums Leben kamen. Natürlich sind auch 356.000 Opfer von Auschwitz wie die von Hiroshima und Dresden unerträglich und das Bild des Menschen beleidigend, aber eben nicht Singular.

Einmalige, ungeheure Tatsache ist dagegen, daß dieses Geschehen von Auschwitz zu dem Holocaust, zum unsühnbaren Verbrechen eines ganzen Volkes festgeschrieben wurde.

Abschließend möchte ich noch eine fünfte Tatsache ansprechen. Diese fünfte Tatsache besteht darin, daß die Juristen nicht längst in großer Zahl empört aufgestanden sind, um zu sagen: Das machen wir nicht mit. Wir verurteilen unsere Kollegen in der DDR, daß sie politische Justiz verüben. Dieses hier ist auch politische Justiz. Ein solches Gesetz ist unvereinbar mit dem Recht auf freie Meinung und freie Forschung. Wir verlangen, daß es überprüft und abgesetzt werde, so wie seinerzeit der Bundesjustizminister Gustav Heinemann das Maulkorbgesetz, Staatsgefährdung, gegen links zu Fall brachte. Einzelne Juristen, sogar ein Kammergerichtspräsident, geben hinter vorgehaltener Hand zu, daß dieses Gesetz nicht mit dem Grundrechten zu vereinbaren sei. Aber getan haben sie alle nichts.

Der Jurist Stefan Huster hat in der *Neuen Juristischen Wochenschrift*, Heft 8/1996, S. 487 ff., überzeugend dargelegt, daß § 130 Abs. 3 StGB mit Artikel 5 Abs. 1 S. 1 GG unvereinbar ist.

Bis heute werden Menschen nach diesem Gesetz § 130 Volksverhetzung verurteilt. Im Jahre 2002 z.B. 9.807 Strafverfolgte laut Bundesverfassungsschutzbericht

Ich frage mich, wie die Wahrheitsfindung volksverhetzend sein kann.

"Mut zur Wahrheit" (Helmut Diwald)

Spätestens nach dem Artikel von Fritjof Meyer hätte dieses Gesetz gekippt werden müssen. Offenkundig ist nun nur, daß nichts im Zusammenhang mit dem Holocaust offenkundig ist: Nicht das Zyklon B als Mordmittel für Millionen, nicht die gezeigten Gaskammern, nicht die Millionenzahl der Opfer selber. Alles ist heute in Frage gestellt, nicht nur weil man es nicht glauben und sich reinwaschen will, sondern erwiesenermaßen aus sachlichen und naturwissenschaftlichen Gründen.

Die vier von mir aufgezeigten unbestrittenen Tatsachenstränge sind in ihrer Verknüpfung den Juristen erneut zur Prüfung vorgelegt. Das Schicksal bietet ihnen die Möglichkeit, von der Lüge zur Wahrheit vorzustoßen, sogar in gewisser Weise ohne das Gesicht zu verlieren, denn, wie gesagt, in den Gesetzen kommt das Wort "Holocaust" nicht vor.

Ergreifen sie nun aus Rücksichtnahme und Angst vor den Juden diese Möglichkeit nicht, dann machen sie sich schuldig vor ihrem Gewissen, vor ihrem Berufsstand und vor Deutschland.

Vollends unglaubwürdig würden sich Juristen machen, wenn sie nun auf andere, bis her nicht oder nur am Rande genannte Orte verweisen wollten, an denen die Millionen vergast worden wären, und wenn nicht mit Zyklon B, dann eben durch ein anderes Giftgas.

Das geht nicht mehr nach fünfzigjähriger Darstellung der Vergasungen mit gerade diesem Giftgas in Auschwitz.

Ich meine, die Tatsachen sprechen für sich. Sie sind so einfach, daß jeder Bürger sie ohne große Vorkenntnisse beurteilen kann.

Der Holocaust, so wie er uns jahrzehntelang eingehämmert wurde, mit seinen Millionenvergasungen in Auschwitz, ist nicht mehr aufrecht zu halten. Nicht die Wahrheitsfindung zu verbieten, sondern zu fördern wäre Aufgabe der Gerichte. Und für einen deutschen Richter oder Staatsanwalt dürfte es kein größeres Herzensbedürfnis geben, als der Wahrheitsfindung für Deutschland, und darüber hinaus der Wahrheit schlechthin zu dienen.

Ich danke, daß Sie mir die Möglichkeit gegeben haben, dieses darzulegen. Nicht ich bin angeklagt, sondern bei genauerer Betrachtung steht die Justiz in Deutschland vor Gericht.

Ein vorbildliches Schlußwort

In der Anklage gegen mich wird gesagt, daß ich Fritjof Meyer nicht als Beweis für meine Behauptung anführen könne, daß es den Holocaust so wie uns bisher dargestellt nicht gegeben habe. Denn Fritjof Meyer hätte nicht relativiert – also in Beziehung zu anderem gesetzt und daher in der Gewichtigkeit gemindert -, sondern er habe verifiziert, das heißt bewahrheitet, von veritas = Wahrheit, man könnte auch sagen, wahrheitsgemäß begründet.

Meyer hat verifiziert, und sein eindeutiges Ergebnis ist, daß alles ganz anders war, als bisher dargestellt. Nicht 6, nicht 8 – wie der Bürgermeister von Kleinmachnow noch 2003 schreibt – , auch nicht 4 und nicht

1,5 Millionen Juden wurden in Auschwitz, in dem Ort des Holocaust, vergast, sondern "wahrscheinlich" 356.000.

Dies ist und bleibt ein "Menetekel für die Nachgeborenen", wie es in dem Vorspann von Meyer heißt. Und er hat auch recht, Tausende von Menschen in ein Konzentrationslager zu sperren, ist ein Zivilisationsbruch. Ein solcher Zivilisationsbruch ist die gesamte Endphase des Weltkrieges von 1942 bis 1945.

Nur ist dies weder eine deutsche Erfindung noch eine deutsche Alleinschuld, es gilt dies genauso für die Gefangenenlager der Russen in Sibirien, wie für die Rheinwiesenhölle der Amerikaner, es gilt für Dresden und Hiroshima, und es galt auch schon für die Sklaventransporte nach Amerika, den Indianer- oder Kulakenmord und die englischen Konzentrationslager für die Buren, und erst recht für die 16 Millionen Heimatvertriebenen, wobei 2,5 Millionen umkamen.

Eine solche Relativierung muß nicht von Meyer ausgesprochen werden, sie ist das eindeutige Ergebnis seiner Verifizierung.

Ich nehme für mich in Anspruch, ja ich fühle mich dem verpflichtet, was mir als Handreichung von Regierungsseite für die politische Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt wurde, nämlich als guter Bürger – insbesondere in einem sich Demokratie nennenden Land – Mut und Eigensinn zu bewahren, ein guter Bürger, der, wie Immanuel Kant fordert, sich seines Verstandes ohne Anleitung eines anderen bedient. Dies habe ich getan. (InfoDienst 1/2003 des Landesinstituts für Qualifizierung von NRW, O. Negt,: Der gute Bürger ist derjenige, der Mut und Eigensinn bewahrt, S. 18)

Charakterprobe für Richter

Jetzt liegt die Entscheidung bei Ihnen. Es ist keine leichte Entscheidung, dessen bin ich mir bewußt. Doch sie ist nicht schwieriger als meine Entscheidung es war: die Entscheidung zwischen einem vorläufig noch gesicherten bürgerlich-vergnüglichen Leben und dem Einsatz für Recht und Wahrheit für Deutschland, wohl wissend, daß das heute mit Gefängnis bestraft werden kann. In Ihrem Fall wäre es wohl nur eine Schädigung von Ruf und Karriere. Doch man kann von niemandem Mut verlangen, das kann man nur sich selbst abfordern, und ich habe mich entschieden.

Eines ist überdeutlich: Wenn weiterhin Menschen aus Angst vor den Juden, wie es bei Petrus im Evangelium heißt, als er seinen Herrn verriet, nach § 130 Volksverhetzung verurteilt werden, dann sind damit die Grundrechte, auf denen jedes Gesetz, jede politische Bildungsarbeit und alle Politik in diesem Land beruhen soll, nach Art. 1 Abs. 3 GG außer Kraft gesetzt.

Und gelten die Grundrechte nicht mehr, dann leben wir in einer Diktatur, weil ich gelernt und jahrzehntelang vertreten habe, daß diese Grundrechte das Wesen eines demokratisch verfaßten Staates ausmachen im Gegensatz zu einer Diktatur. Sie dürfen nach Art. 19 Abs. 2 GG auch nicht durch ein Gesetz in ihrem Wesensgehalt angetastet werden.

Nun haben wir aber eine unerhört große Zahl von Verurteilungen nach diesem Paragraphen, in acht Jahren nicht weniger als 86.000 nach offiziellen Angaben. Dadurch ist bei genauerer Betrachtung die gesamte politische Bildungsarbeit der vergangenen 50 Jahre unglaubhaft gemacht und Lügen gestraft worden. Ein bestürzendes Fazit meiner Tätigkeit.

Frau Vorsitzende, Herr Staatsanwalt, es ist dies nur ein kleines Amtsgericht in Bad Oeynhausen, und wir, Richterin und Angeklagte, sind zwei unbedeutende Frauen, eine junge und eine alte, aber niemand weiß, ob nicht gerade von hier aus eine bedeutsame Wende eingeleitet wird, wenn wir uns nur der Wahrheitsfindung verpflichtet fühlen, einer Wahrheitsfindung gegen Vorurteile, Meinungen, Glauben und auch gegen Maulkorbgesetze, denn wie es im Johannesevangelium heißt: "Die Wahrheit wird euch frei machen". (Joh. 8, 32)

Ursula Haverbeck-Wetzel

Die Richterin zeigte sich unbeeindruckt und entschied sich für das "vorläufig noch gesicherte bürgerlich-vergnügliche Leben", indem sie Frau Dr. Haverbeck zu einer Geldstrafe von 4.500 € und Ernst Otto Cohrs zu einer von 3.600 € verurteilte.

Anmerkung

Vgl. wg. H. Stark: G. Rudolf, "Aus den Akten des Frankfurter Auschwitz-Prozesses, Teil 7", VffG, 8(2) (2004), S. 238-242; wg. P.S. Broad: ebenda, Teil 8, VffG 8(3) (2004), S. 334-342.

Die Verfolgung des Ingenieurs Fröhlich in Wien

Von Robert Faurisson

Sieben Jahre lang hat Wolfgang Fröhlich Juristen, Parlamentsabgeordneten, Politikern und Journalisten Tausende von Kopien seiner Schriften zugestellt, in denen er festhält, daß die angeblichen Nazi-Menschentötungsgaskammern, wie er sich ausdrückt, eine Lüge sind. Bemerkenswerterweise ist er dafür nicht gerichtlich belangt worden. Dann, nach der Veröffentlichung seines 368 Seiten starken Dossiers *Die Gaskammer Lüge* im Jahre 2001, beschlossen die Behörden, ihn zu verhaften. Doch verbarg er sich, und die Polizei unternahm allem Anschein nach keinen ernsthaften Versuch, ihn aufzustöbern.

Wer bestimmt in Wien?

Fröhlichs Festnahme am 21. Juni 2003 mag vielleicht mit einer zwei Tage zuvor in Wien von Rudolph Giuliani abgegebenen Erklärung zusammenhängen. Am 19. Juni hatte der ehemalige New Yorker Bürgermeister als Vertreter der US-Regierung vor Teilnehmern einer zweitägigen Konferenz über den Antisemitismus gesprochen, die von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE) durchgeführt worden war. Giuliani sagte, dem Revisionismus müsse Einhalt geboten werden. In einem am Tag zuvor in der New York Times veröffentlichten Artikel mit dem Titel "How Europe Can Stop the Hate" ("Wie Europa den Haß stoppen kann") hatte er geschrieben: "Es ist von entscheidender Bedeutung sicherzustellen, daß [die Bürger der europäischen Staaten] ein ehrliches Verständnis vom Holocaust haben, da revisionistische Standpunkte das Risiko einer Wiederholung rassischen Völkermordes heraufbeschwören." Am 16. Juni hatte Präsident George W. Bush zweimal Kritik an "revisionistischen Historikern" geübt, die Zweifel an der offiziellen Version des US-Krieges gegen den Irak geäußert hatten.

In gewissem Sinne mögen Ernst Zündel und Wolfgang Fröhlich die ersten revisionistischen Opfer von Bush und Giuliani sein.

Im Januar 1944 schuf Präsident Franklin D. Roosevelt, von seinem Finanzminister Henry Morgenthau junior manipuliert, den War Refugee Board (WRB, "Ko-

mitee für Kriegsflüchtlinge"), der seinen infamen Bericht über die "deutschen Vernichtungslager Auschwitz und Birkenau" fabrizierte. Im September 2001 schuf Präsident George W. Bush, manipuliert von seinem stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, das Office of Special Plans (OSP, Büro für Sonderpläne), welches lügenhafte Berichte über irakische Massenvernichtungswaffen fabrizierte. Vorsitzender des OSP ist Abram Shulsky. Innerhalb des OSP werden die vier spezifisch für das Dossier "Massenvernichtungswaffen" zuständigen Personen "The Cabal" (abgeleitet von "Kabbala") genannt; sogar *Le Monde* hat auf diesen Sachverhalt hingewiesen (Jacques Isnard, *Le Monde*, 7. Juni 2003, S. 7).

Ähnliche Lügen. Ähnliche Lügner. Ähnliche Nutznießer. Ähnliche Opfer.

Allem Anschein nach braucht es auch einen ähnlichen Revisionismus.

NB: Am 17. Juni 2003 veröffentlichte die französische Tageszeitung *Le Monde* auf der ersten Seite einen ironischen Artikel mit dem Titel: "Saddam war böse, deshalb hatte er verbotene Waffen." Ich schickte *Le Monde* daraufhin einen Leserbrief, der aus einem einzigen Satz bestand:

"Hitler war böse, deshalb hatte er Gaskammern und Gaswagen."

Der kurze Brief wurde nicht abgedruckt.

Verurteilt

Von Mag. Alfons Bauer

Am 3.9.2003 wurde im Wiener Landesgericht für Strafsachen der 52-jährige Diplomingenieur Wolfgang Fröhlich zu drei Jahren Freiheitsstrafe, davon ein Jahr unbedingt nach dem §3h des österreichischen Verbotsgesetzes verurteilt. Nach diesem §3h können unbescholtene Staatsbürger unter einer Strafandrohung von bis zu 10 Jahren (unter bestimmten Voraussetzungen sogar bis zu 20 – in Worten: zwanzig! – Jahren) Freiheitsstrafe verurteilt werden.

Schlimmstes Verbrechen: Meinungsdelikte

Hatte Fröhlich Sprengstoffanschläge auf das Wiener Parlament geplant? Die Ermordung der gesamten Bundesregierung? Die Entführung des Präsidentenpaares? Sonst irgend einen politisch motivierten Massenmord vorbereitet? War er Gefolgsmann Osama bin Ladens, der Terroristen für den Kampf im Irak schulte?

Nein! Er hatte bloß Briefe an diverse (neudeutsch) "Opinion-Leader" versandt, in denen er bezweifelt hatte, daß gewisse Details der überlieferten "Zeitgeschichte" wirklich "notorisch und offenkundig" waren und dies auch auf Grund seiner Sachkunde – er ist Verfahrenstechniker von Beruf – fachlich einwandfrei begründet.

Er legt u.a. dar, daß aus Krematoriumsschornsteinen keine Flammen schlagen, daß Zyklon B höchst ungeeignet für industrielle Massentötungen ist, daß Dieselauspuffgase eher ein Mittel zur Beatmung als zur raschen Tötung sind, daß bei den Zahlen etwas grob nicht stimmen konnte, kurz, er versuchte, das "herrschende Geschichtsbild" auf friedliche Weise zu revidieren um zur Wahrheit vorzustoßen, die jeder Interessierte nach technischer Erläuterung und Anwendung des gesunden Menschenverstandes auch rasch begreifen konnte.

Aber das war "sozialethisch verwirrend" und "volkspädagogisch unerwünscht". Daher schlug das "Imperium" brutal zu.

Zwar leisten die Geschworenen einen Eid, (§ 305 Strafprozeßordnung) wonach sie "die Beweise, die gegen und FÜR den Angeklagten vorgebracht werden, mit der gewissenhaftesten Aufmerksamkeit prüfen, nichts unerwogen lassen, was zum VORTEIL oder zum Nachteil des Angeklagten gereichen kann [...]", aber die österreichische Straf(polit)justiz stiftete sie an, meineidig zu werden.

Sämtliche Beweisanträge des Verteidigers wurden

abgelehnt, es ist ja alles "notorisch und offenkundig" und es besteht ein "Beweisthemenverbot" vom Obersten Gerichtshof (gesetzwidrig! Da gibt es ja noch den § 3 der Strafprozeßordnung, wonach das Gericht die zur Belastung und die zur Verteidigung des Beschuldigten dienenden Umstände mit der gleichen Sorgfalt zu berücksichtigen hat, ja sogar verpflichtet ist, den Beschuldigten, auch wo es nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist, über seine Rechte zu belehren!)

Die offensichtlich fehlbelehrten oder eingeschüchterten Geschworenen waren offenbar nicht in der Lage, den bei Anwendung des gesunden Menschenverstandes einzig möglichen "Wahrspruch" zu fällen: FREI-SPRUCH!

Ist ja ganz logisch und ohne weiteres einleuchtend: Wenn das Gericht infolge eines angeblichen (gesetzlichen, in Wahrheit aus Feigheit kreierten!) "Beweisthemenverbotes" die Aufnahme der entlastenden Beweise versagt (entgegen dem §3 der StPO), dann können die Geschworenen verständlicherweise nicht das, was *für* den Angeklagten vorgebracht wird, mit der gebührenden Aufmerksamkeit prüfen und auch nicht das erwägen, was zum Vorteil des Angeklagten gereichen kann.

Sie haben aber mangels Kenntnis der angebotenen Entlastungsbeweise keine Basis für einen Schuldspruch und müssen daher den Angeklagten freisprechen. So einfach wäre das in einem demokratischen Rechtsstaat mit reifen und nicht eingeschüchterten oder uninformierten Staatsbürgern als Geschworene. So aber sprachen sie einen offenkundig Unschuldigen mit 8:0 schuldig, und dies in 18 Punkten nach einer erschrekkend kurzen Beratung von weniger als zwei Stunden (d.h. Beratung von etwa 5-6 Minuten z.B. zur Frage, ob Dieselauspuffgase rasch auf die überlieferte Weise töten können!)

Wo die Freiheit fast grenzenlos ist

Eine Woche Leserbriefe aus einer ganz normalen dänischen Zeitung

Von Kim Rasmussen

In Dänemark gehen die Uhren etwas anders als in Deutschland. Der Meinungsfreiheit wird traditionell ein höherer Stellenwert gegeben als in der BRD, wo die hehre Demokratie jedes Opfer und jede Einschränkung rechtfertigt. Zwar findet sich auch in Dänemark kein Massenmedium, das politisch unkorrekten Ansichten zu Masseneinwanderung, Minderheiten (den "neuen Dänen") und religiöser Intoleranz breiten Raum widmen würde, aber immerhin sehen sich die großen Tageszeitungen genötigt, der Stimme des Volkes mit den Leserbriefspalten ein Ventil für den Unmut gegenüber den Herrschenden zu geben. Als Beispiel seien hier einige Leserbriefe aus der dänischen Tageszeitung *Jydske Vestkysten* wiedergegeben. Bei deren Lektüre kann der deutsche Leser nur neidisch auf seine nördlichen Nachbarn werden.

Verärgerung über die Juden

Unter dieser Überschrift berichtet Valborg Sörensen in einem Leserbrief an *Jydske Vestkysten* am 9.7.01 über eine Reise von Bischof N.H. Arendt im Februar 2001 nach Israel. Nachdem er das israelische Vorgehen gegenüber christlichen Palästinensern erlebt hatte, schlußfolgerte er, man dürfe nicht zu unmäßiger Gewalt schweigen, indem man akzeptiert, daß die einstmals Unterdrückten sich jetzt selbst zu Unterdrückern machen.

"Aus dem Beschluß der Vereinten Nationen, dem jüdischen Volk eine Freistatt und eine Heimat zu geben, wurde eine der größten internationalen Tragödien unserer Zeit: daß dieses Land in diesen Monaten zum Gefängnis für ein anderes Volk wurde. [...]

Ganz friedlich sind die Juden nicht zu diesem Land gekommen, das räumt Rabbi Shlomo Aviner ein, das Oberhaupt einer der einflußreichsten Talmud-Schulen in der Siedlungsbewegung, als er in einem Artikel in der Siedler-Zeitschrift 'Artzi' (Nr. 2 1982) sagt:

'Aus der Perspektive einer allgemein-menschlichen Moral war es auch falsch von uns, das Land von den Kanaanitern zu nehmen. Es gibt nur einen Haken bei dieser Sichtweise. Es ist nämlich Gott, der uns auferlegt hat, das Volk des Landes Israel zu werden.'"

Am 12.7.01 schreibt Bent Olsen:

"EINFÄLTIGE BIBEL-AUSLEGUNG

Kai Høst legt den Text der Bibel wie ein einfältiger Engel aus. 'Du darfst nicht töten', steht im 2. Buch Moses, und weiter, auf der nächsten Seite, daß ein Jude nur bestraft wird, wenn er seinen Knecht mit einem Stock auf der Stelle totschlägt, aber nicht, wenn dieser erst am nächsten Tag aufgrund der Mißhandlung stirbt. Es geht ja um das eigene Geld des Juden, wie dort geschrieben steht.

Das alte Testament ist von Juden für Juden geschrieben. In den Büchern Moses wird Mal für Mal verdeutlicht, daß Gott nur einzig und allein der Gott der Juden ist. Alle Übungen zielen darauf ab, mit Gesetz und Ordnung den Zusammenhalt und das Wachstum der jüdischen Stämme zu fördern. Während der Wanderung der Juden in das verheißene Land hatten sie den Segen des Herrn, die Völker zu vernichten, die ihnen im Weg standen. Z.B. 4. Moses 31-7: 'Sie zogen aus in den Kampf gegen die Midjaniten, wie der Herr Moses befohlen hatte, und töteten alle Männer.' Daher ist es reiner Unsinn, wenn Kai Høst die 10 Gebote als Argument gegen eine aktive Sterbehilfe anführt."

Am 13.7.01 schreibt Stig Boye Petersen unter anderem:

"STOPPT ISRAEL

Stoppt Israel, bevor es einen neuen Weltkrieg anfängt. Sharon, Peres – und jetzt der neue Botschafter
in Dänemark – haben eine dunkle Vergangenheit.
Die Palästinenser genauso. Aber Israel macht weiter
mit Folterungen, Erschießungen von Zivilisten und
der Polizei, die eigentlich die Hizbolla und andere
im Zaum halten sollte, dem Niederbrennen von Häusern, Polizeistationen und Flüchtlingslagern. Neue
Siedlungen schießen wie Pilze aus dem Boden, und
es ist nicht verwunderlich, daß palästinensische Terroristen – oder mit anderen Worten: Freiheitskämpfer – diese in ihrer Verzweiflung angreifen.

Die USA verhalten sich passiv, gelähmt von einer pro-israelischen Mehrheit im Kongreß, aber doch in Kriegsbereitschaft versetzt, weil die arabischen Länder gegebenenfalls die Palästinenser unterstützen werden. Rußland und Indien warten nur darauf, und China ist bereit, Provinzen zurückzuerobern.

Um des Friedens Willen: Da Israel offenbar der Vernunft kein Gehör schenken will, sollten in den Krisengebieten trotz israelischer Proteste UN, EU und NATO stationiert werden – bevor die Welt in die Luft gesprengt wird."

Zum Thema israelische Folter schreibt Carl Erik Rasmussen:

"POLITISCHER WENDEHALS

Mit seinen Äußerungen über die mögliche Anwendung von 'hartem physischen Druck' – was wir anderen als Folter bezeichnen – als letzten Ausweg gegenüber gefangengenommenen Extremisten in dem äußerst unglückseligen kriegsartigen Streit im Nahen Osten bekräftigt Arne Melchior noch einmal seine souveräne Stellung als Wendehals Nr. 1 des Folketings [dänisches Parlament, Anm. d. Übersetzers].

Man muß sich wundern, daß die wenigen CD-Wähler nicht schon längst diese selbstbeweihräuchernde und selbstzentrierte Person durchschaut haben, und für die vielen Gegner, die Melchior hat, kann es nur eine vielsprechende Hoffnung sein, daß seine Tage auf Christiansborg [dem Gebäude des Parlaments und der Regierung] gezählt sind.

Melchior selbst kann offenbar nicht einsehen, daß er sich im Alter von 76 Jahren längst aus der Politik hätte zurückziehen sollen – wer redet übrigens in diesem Zusammenhang von einem Bonzen? Jetzt müssen die Wähler die Entscheidung treffen, wenn Melchior selbst dazu nicht in der Lage ist.

Es ist natürlich, daß Melchior als Jude mit der unglückseligen und offenbar unlösbaren kriegsartigen Lage im Nahen Osten schlecht zurechtkommt, zu der ich hier nicht Stellung nehmen will.

Was ich Melchior ankreide, ist seine höchst sonderbare Haltung zur Anwendung der Folter gegen Israels Feinde, auch wenn diese bestimmt nicht in Schutz genommen werden sollen wegen ihrer grausigen Terrorakte gegen Melchiors Landsleute."

Überfremdung

Zum Thema Fremde schreibt Carl Erik Rasmussen am 12.7.01 "unter anderem" (dieser Leserbrief wurde also von der Redaktion von *Jydske Vestkysten* "gekürzt"):

"Wir lassen uns an der Nase herumführen

Wir sind immer noch recht viele Dänen, die ihr leider so verrufenes Vaterland lieben, ein Land, das leider Tag für Tag mehr ethnisch ['durchrasst'] wird, während wir machtlos zusehen müssen.

Es gehört zur täglichen Kost, über den ständig zunehmenden Strom Fremder hören und lesen zu müssen, die Dänemark aufsuchen, um dort ein besseres Leben zu führen, was man zwar gut verstehen, aber absolut nicht akzeptieren kann.

Während der vergangenen 8 Jahre und dem Re-

giment von Nyrup [N. Rasmussen, damaliger Ministerpräsident, A.d.Ü.] wobei De Radikale den Taktstock schwangen, ist die Lage in dem Grad eskaliert, daß ich als Anhänger von Ehrlichkeit in Bezug auf Tatsachen nicht die Angaben glauben kann, die man uns vorhält.

Auf die Ausländerbehörde und die Dänische Flüchtlingshilfe kann man keinen Pfifferling geben. Alle Zahlen von dieser Seite müssen mit dem allergrößten Vorbehalt genommen werden. Ich habe gesehen, daß Beträge in der Größenordnung von 16-17 Milliarden Kronen jährlich für Flüchtlinge und Einwanderer verwendet werden, und gegenüber einer Zahl von 80 -100 Milliarden Kronen kann man schwer Stellung nehmen. Der wirkliche Betrag liegt ohne Zweifel nahe bei der letztgenannten Zahl.

Durch die Einführung des unglückseligen Schengen-Abkommen ist es heute ganz unmöglich, auch nur einen ungefähren Überblick über die tatsächliche Anzahl der Fremden zu bekommen.

Bei jedem Fall, wo man in diesen Tagen über grobe Kriminalität hört, sind Osteuropäer verwikkelt, Menschen, die illegal ins Land gekommen sind und jetzt die allergrößten Probleme für die Polizei schaffen. Zugleich hören und lesen wir von einer ständig wachsenden Anzahl sogenannter Flüchtlinge, die frisch und fröhlich in den Ländern Ferien machen (bezahlt vom dänischen Staat), aus denen sie angeblich vor ein paar Jahren geflohen sind. Mein Gott – wie lassen wir uns doch an der Nase herumführen!"

Am gleichen Tag schrieb die Folgetingskandidatin Jytte Lauridsen (Dansk Folkeparti) "unter anderem" (also gekürzt):

"DÄNEMARK WIRD UMGEWANDELT

Jydske Vestkysten schreibt am 28. Juni, daß Einwanderer in großer Zahl das Wahlrecht bekommen, und daß in nur 20 Jahren die Flüchtlinge/Einwanderer als Wählergruppe markant angewachsen sind, was also bedeutet, daß die Gruppe bereits so groß ist, daß sie über die Vergabe von 4 Sitzen im Folketing entscheidet.

Die Einwanderer-Organisation Indsam in Dänemark will aus dem gleichen Grund eine Kampagne in Gang setzen, um möglichst viele Flüchtlinge/Einwanderer zu mobilisieren, damit sie am Wahltag wählen gehen – natürlich nicht einen dänischen Kandidaten, sondern einen der 13 Kandidaten aus der Einwanderergruppe.

Die derzeitige Einwanderung ist dabei, Dänemark für immer umzuwandeln, was sehr besorgniserregend ist, da die Bevölkerungszusammensetzung in Dänemark dabei ist, einen historischen und grundlegenden Wandel durchzumachen, und zwar ohne daß die Politiker in Christiansborg tatsächlich die Bevölkerung über diese Entwicklung informiert haben."

Am 1.7.01 schreibt Mads Schmidt Eriksen zum Thema Einwanderer:

"SCHRAUBE OHNE ENDE

Es ist an der Zeit, den Preis zu diskutieren, was es Dänemark kostet, so viele Fremde zu empfangen. Haben wir genug Geld für unsere Krankenhäuser, das Schulwesen und die alten Menschen?

Wie naiv muß man wohl sein, wenn man glaubt, daß wir gleichzeitig blasen und Mehl im Mund haben können? Gerade jetzt will der Innenminister weitere 260 Millionen Kronen extra bewilligt haben, weil mehr kommen, als man gerechnet hatte, und darüber hinaus sollen 39 neue Sachbearbeiter angestellt werden. Eine Schraube ohne Ende.

So kann es bis ins Unendliche weitergehen – da kann ich gut verstehen, daß für uns Dänen kein Geld übrig ist.

Man hört oft in Bezug auf die Wirtschaft von der "Last der Älteren" reden – die so reden, sollten sich schämen. Versucht doch nur einmal, Euch mit der Flüchtlings-Last zu beschäftigen, – aber bekommt ja keinen Schock!"

Am 13.7.01 erwidert Bent Gabbanelli Knudsen auf einen Leserbrief:

"Ein Jammer – E.L. hatte am 30.6. wieder einen ihrer einseitigen Beiträge bezüglich Dansk Folkeparti und deren Vorsitzende Pia Kjærsgaard [die von den Etablierten als rechtsextrem verschrieen werden, Anm. d. Ü.]. Entweder bist Du blind oder Du hast Scheuklappen. Pia wurde wie alle anderen Politiker gewählt, und das nennst Du besorgniserregend.

Wie steht es denn mit Deinen Favoriten im hohen Thing? Ist es nicht ein Jammer, daß es dort so viel Unglaubwürdigkeit gibt, ist es nicht ein Jammer, daß diese Regierung nach und nach das Ganze für unsere eigenen Leute zugrunde richtet, weil man 40 bis 50 Milliarden Kronen für Leute verbraucht, die überhaupt keine Flüchtlinge sind. Ist es nicht ein Jammer, daß man sich als Flüchtling bezeichnen kann, und dann eine Ferienreise in das Land machen kann, von dem man geflüchtet ist? Es gibt also viel Erbärmliches, E.L!

Dir geht es offenbar am besten, wenn Du die Dänische Volkspartei und Pia Kjærsgaard besudelst, aber ich kann Dich trösten, wir sind weiterhin ein paar Leute, die das, was dänisch ist, beschützen."

Zum Thema Asyl-Zentren schreibt Jytte Lauridsen, Folketings-Kandidat der Dänischen Volkspartei, "unter anderem" am 13.7.01:

"In Artikel 29 der Welterklärung über die Menschenrechte steht, daß alle gegenüber der Gemeinschaft Pflichten haben und die Gesetze einhalten müssen, die es in einer demokratischen Gesellschaft gibt. Das gilt also auch für die Fremden, die nach Dänemark kommen.

Dänische Asyl-Zentren sind überfüllt, vor allem weil eine größere Zahl Asyl-Antragsteller, die abgewiesen wurden, sich weigert, das Land zu verlassen. Die Zahlen der Reichspolizei zeigen, daß die Anzahl abgewiesener Ausländer, die auf Abschiebung warten, von Februar bis Mai dieses Jahres von 1109 auf 1378 Personen stieg.

Die fehlende Initiative der Regierung, abgewiesene Asyl-Antragsteller aus dem Land zu schaffen, untergräbt den Bedarf des Innenministeriums, die Lokalplanungen der Gemeinden aufzuheben. Wenn das Innenministerium selbst seine Verpflichtungen einhalten könnte, nämlich die unerwünschten Personen außer Landes zu schaffen, wäre es ganz einfach nicht notwendig, der Bevölkerung der einzelnen Orte mehr Asyl-Zentren aufzuzwingen."

Lars Rydhard, Folketingskandidat der Dänischen Volkspartei, schreibt am 13.7.01:

"FLÜCHTLINGSFERIEN

Die Untersuchung des Rockwool-Fonds, die gezeigt hat, daß 41% der Flüchtlinge, die Asyl bekommen haben, innerhalb der letzten 5 Jahre in dem Land, aus dem sie geflüchtet sind, ihre Ferien verbringen, hat bei vielen die Verärgerung richtig herauskommen lassen. Jyllands-Posten und Jydske Vestkysten versuchen, sich gegenseitig an verärgerten Formulierungen zu übertreffen. So schreibt z.B. Jyllands-Posten: "Daß so ein Verkehr überhaupt stattfinden kann, ohne daß dies zu sofortiger und bedingungsloser Widerrufung der Aufenthaltsgenehmigung des Betreffenden geführt hat, ist Ausdruck für eine unerträgliche politische Laschheit."

Die Dänische Volkspartei hat unzählige Male darauf aufmerksam gemacht, wie unbillig es ist, daß Flüchtlinge in großem Umfang auf Urlaub in das Land reisen konnten, aus dem sie geflüchtet sind. Daß sie sich nicht mehr verfolgt fühlten, als daß sie zurückreisen und dort Ferien machen konnten, müßte doch der beste Beweis dafür sein, daß es um Schwindel-Flüchtlinge geht, und dann soll ihnen natürlich keine Aufenthaltsgenehmigung in Dänemark mehr gewährt werden.

Die Dänische Volkspartei konnte nicht dokumentieren, wie viele in dem Land, aus dem sie geflüchtet sind, Ferien gemacht haben, aber jetzt informiert also der Rockwool-Fonds, daß es 41% sind. Das gibt große Überschriften in den Zeitungen. Das finde ich

prima, und dann konnte es sich die Presse ja sparen, etwas Positives über die Dänische Volkspartei und unsere Politik zu schreiben. Das wollen die ja nicht gern riskieren. Die bürgerlichen Parteien, mit der an der Front kämpfenden Birthe Rønn Hornbeck an der Spitze, war auch in erbosten Wendungen über die Ferienreisen der Flüchtlinge schockiert. Darf ich gleich daran erinnern, daß es 1990 der damalige Justizminister Hans Engell in einer Regierung von Venstre und Konservative war, der den Flüchtlingen erlaubte, Ferien in ihrem Heimatland zu verbringen – mit bezahlten Fahrkarten, damit sie, wie es hieß, "untersuchen könnten, ob sich die Verhältnisse geändert hätten."

Aber wenn es bei der nächsten Folketings-Wahl eine Mehrheit mit Venstre und den Konservativen gibt, dann bekommen Venstre und die konservative Folkeparti die Chance zu zeigen, ob hinter ihrer Flüchtlingspolitik auch ein Wille und Realität steht. Dann gibt es eine Möglichkeit, die Ferienreisen der Flüchtlinge in das Land, in dem sie verfolgt wurden und aus dem sie flüchteten, zu stoppen. An Unterstützung durch die Dänische Volkspartei dafür wird es nicht mangeln."

Am 13.7.01 schreibt Jørn Larsen, Folketingskandidat der Dänischen Volkspartei, als Antwort auf einen Leserbrief vom 5.7. über das Endziel der Muslime:

"AUSNUTZEN

[...] Wenn Du aus der Bibel zitierst "Wenn ein Fremder als Gast in eurem Land wohnt, dürft ihr ihn nicht ausnützen", dann hast Du offenbar nicht begriffen, daß es die Dänen sind, und nicht die Fremden, die ausgenutzt werden. Mein Leserbrief ist von Jydske Vestkysten gekürzt worden, aber in meinem Manuskript schrieb ich u.a., daß viele Muslime voraussagen, daß ihr Endziel, ein islamisches Dänemark, in Erfüllung gehen wird – allein aufgrund ihres Geburtenüberschusses und der ungebremsten Einwanderung.

Jedes Jahr kommen Zehntausende Angehörige der am stärksten expandierenden Religion der Welt nach Dänemark – als Flüchtlinge, die sich auf Asyl berufen, über Familienzusammenführungen, oder sie werden hier von Eltern geboren, die beide Muslime sind. Sie nehmen das Land ein, als ob es ihr eigenes wäre, und beanspruchen Sonderregelungen. Nein, wir nutzen die Fremden bestimmt nicht aus, sondern im Gegenteil, wir erfüllen aufgrund der törichten Flüchtlingspolitik der Regierung alle Forderungen der Muslime.

Wenn Du bei Deiner politischen Betätigung Bibelzitate verwenden willst, mußt Du also noch einmal in der Bibel blättern, denn das Zitat, das Du gefunden hast, paßt überhaupt nicht auf die Lage im heutigen Dänemark. Natürlich sollen wir Menschen in Not helfen, aber wir brauchen uns ganz gewiß nicht ausnutzen zu lassen."

Zum Thema Flüchtlinge schreibt Thorsten Westphal am 15.7.01:

"EIN GROSSES LAGER

Staat, Kreis, Gemeinde = Inkompetenz

Es ist zum Lachen und zum Heulen. Das Einwanderer-Problem ist größer geworden.

Bis August ist es so weit. Die ersten Fremden werden bei Dänen einquartiert, die freiwillig als erste die Inkompetenz der Regierung bezeugen. Es ist ein schlimmes Vorzeichen für die Zukunft. Ein Flüchtling kommt selten allein.

Da wir aber nun mal trotz allem über die Steuer für die Flüchtlinge bezahlen, will ich auch gerne darüber mitbestimmen, wofür das Geld verwendet wird. Es sollte ein Mega-Flüchtlingslager an einem geeigneten Ort in Dänemark errichtet werden, wo für bis zu 100.000 auf der Flucht befindliche Menschen Platz ist. Dort sollen Moscheen, Basare und anderes Gutes der fremden Kulturen sein (sie sollen sich zu Hause fühlen). Wenn das Lager voll ist, dann können wir ganz einfach nicht mehr aufnehmen, und sind gezwungen, die Flüchtlinge, die danach kommen, zurückzusenden."

Zum Thema Kriegsverbrecher schreibt Leif Hartman am 15.7.01:

"JYDSKE VESTKYSTEN REDET MIT GESPALTENER ZUNGE

In einem Leitartikel schreibt Jydske Vestkysten, daß es gut sei, daß Milosevic jetzt wegen seiner Untaten vor Gericht steht. In einem anderen Leitartikel schreibt Jydske Vestkysten, daß es gar nicht so gut sei, daß der künftige israelische Botschafter in Dänemark wegen seiner Untaten vor Gericht gestellt werden soll.

Der Leitartikelschreiber von Jydske Vestkysten hat offenbar mindestens zwei Maßstäbe dafür, was Untaten sind. Das gehört sich nicht für eine Chefredaktion. Es ist richtig, daß Milosevitc wegen der von ihm zu verantwortenden Verletzungen der Menschenrechte in den verschiedenen Kriegen während dieser 10 Jahre zur Verantwortung gezogen wird. Ich pflichte bei, daß er diese Kriege nicht allein geführt hat, und daß noch einige andere Verbrecher – z.B. aus Kroatien und Bosnien – mit auf der Anklagebank sitzen sollten.

Ich persönlich hätte es auch gerne gesehen, wenn die verborgenen angreifenden Parteien in und um die EU und NATO (vor allem Deutschland und die USA) angeklagt worden wären. Es ist richtig, daß Gillon zur Verantwortung gezogen wird wegen seiner Verantwortung für die Verletzung von Menschenrechten im Nahen Osten.

Und es gibt mehrere, die mit dabei sein sollten – z.B. Israels Führer Sharon. Man könnte auch Arafat anklagen – als diejenige Partei, die unfeine Methoden bei ihrer Verteidigung anwendet.

Jydske Vestkysten verurteilt Milosevic, hält aber die Hand über Gillon. Ist das die Außenpolitik von Venstre, der Konservativen und der Dänischen Volkspartei? Gibt es ein Recht für die Freunde, – und ein anderes Recht für die Feinde?"

Anmerkung

Obwohl hier eine Reihe Leserbriefe von Kandidaten der Dänischen Volkspartei veröffentlicht sind, muß hierzu bemerkt werden, daß diese Debatte nicht durch einen Wahlkampf geprägt war, sondern den alltäglichen Meinungsaustausch in der dänischen Öffentlichkeit wiedergibt.

Auch ist die Zeitung, die diese Leserbriefe veröffentlichte, in keiner Weise verdächtig, Sympathien für die Dänische Volkspartei zu haben – gleichartige Leserbriefe sind in den meisten anderen dänischen Zeitungen zu finden. Es ist eben eine dänische Tradition, daß man trotz aller "politischen Korrektheit" auch Andersdenkende und "Abweichler" zu Wort kommen läßt, jedenfalls in einem gewissen Rahmen, der bestimmt wesentlich weiter ist als im "freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte".

Aber selbst hier gibt es selbstverständlich Kürzungen, und es gibt auch in Dänemark Personen, die so sehr persona non grata sind, daß ihre Leserbriefe wie auf Absprache nirgends und nie veröffentlicht werden.

Dank an die Verfasser

der Broschüre Exactitude. Festschrift for Robert Faurisson Von Robert Faurisson

Anläßlich meines 75. Geburtstags hat jeder von Euch einen Beitrag zu diesem Werk geleistet, für das ich Euch gar nicht genug danken kann. Meine Dankbarkeit gilt zunächst den beiden skandinavischen Autoren, von denen, wie man mir mitgeteilt hat, der Anstoß zu dieser Festschrift ausgegangen ist. Ferner gilt sie Germar Rudolf und Robert H. Countess, welche es auf sich genommen haben, diese Texte zu sammeln und zu publizieren, wobei sie auch Fotos veröffentlichten, von denen mir manche unbekannt waren.

Ich hoffe, die anderen Verfasser werden es mir nicht übelnehmen, wenn ich darauf hinweise, daß der Artikel von Arthur Robert Butz meine ganz besondere Aufmerksamkeit erweckt hat. Ich schätze seinen Durchblick, die Richtigkeit seiner Auffassungen sowie sein ausgewogenes Urteil. Mag meinen Bemühungen nun Erfolg beschieden gewesen sein oder nicht – mir scheint, diese Studie erleichtert dem Leser das Verständnis für das intellektuelle Abenteuer, auf das ich mich seit den sechziger Jahren, insbesondere jedoch ab 1974 eingelassen habe.

Düstere Bilanz für den historischen Revisionismus

In diesem späten Lebensabschnitt scheint mir der Augenblick gekommen, eine ungeschönte Bilanz des Revisionismus zu ziehen. Ich werde hier also meine Auffassungen zu dem darlegen, was ich noch vor nicht allzu langer Zeit als "das große intellektuelle Abenteuer am Ende des 20. Jahrhunderts und am Anfang des 21. Jahrhunderts" bezeichnet habe – ein Abenteuer, das mir heute so vorkommt, als ob es zumindest vorläufig gescheitert sei.

Schon in der Vergangenheit habe ich nie Illusionen über die Chancen des Revisionismus gehegt. Keinen Moment lang habe ich an seinen unmittelbar bevorstehenden Sieg geglaubt, erst recht nicht im Jahre 1996, als auf dem Höhepunkt der Posse um Abbé Pierre und Roger Garaudy eine - uns Revisionisten gegenüber übrigens sehr feindselig eingestellte - Zeitschrift auf ihrem Titelblatt vom "Sieg der Revisionisten" sprach. Bereits 1993 hatte Serge Thion ein Buch mit dem unmißverständlichen Titel Une Allumette sur la banquise (Ein Streichholz auf dem Packeis) veröffentlicht. Das Packeis war hier der finstere, riesige und kalte Block der überkommenen Ideen; das Streichholz war sein eigenes revisionistisches Werk. S. Thion war damals der Meinung, weder das Licht noch die Wärme seines Streichholzes wären dazu in der Lage, dieses Packeis zu erhellen oder zum Schmelzen zu bringen. Für mich galt die Einschätzung S. Thions auch für alle anderen revisionistischen Schriften. Doch trotz all meiner Skepsis konnte ich mir den erbarmenswürdigen Zustand nicht ausmalen, in den der "Holocaust"-Revisionismus in den letzten Jahren vor allem in Europa abgesunken ist. Schon Anfang der achtziger Jahre hatte mir Wilhelm Stäglich anvertraut, daß er die Zukunft unseres gemeinsamen Unterfangens pessimistisch einschätzte. Dieser ehrliche

Mann, von Beruf Richter, wollte in dieser Frage niemanden irreführen, am allerwenigsten seine engsten Freunde. Es gilt zu bemerken, daß er als Deutscher dazu berufen war, das ganze Ausmaß der Niederlage seines Landes sowie den Würgegriff, in dem der Sieger dieses hielt, realistisch einzuschätzen. Er meinte, der gnadenlose Sieger habe nicht nur ein - wie alle Regime vergängliches – politisches Regime vernichtet, sondern die Seele und das Wesen des großen deutschen Volkes selbst. Heute macht es ganz den Anschein, als finde das gedemütigte und verunglimpfte Deutschland, mit dem immer noch kein Friedensvertrag unterzeichnet worden ist, immer stärkere Wollust daran, seiner angeblichen Verbrechen zu gedenken. Gewiss, das Volk mag darüber nicht erbaut sein, doch es wird von niemandem nach seiner Meinung gefragt. In Deutschland und Österreich ist die von den Juden verlangte Repression so hart und so gründlich, daß ich mir nicht vorstellen kann, wie der Revisionismus im engeren Sinn in jenen unglücklichen Ländern, die der jüdischen Gedankenpolizei noch stärker unterworfen sind als der Staat Israel selbst, Chancen auf einen Durchbruch haben könnte. Von diesem Standpunkt aus ist ein Intellektueller oder Historiker in Tel-Aviv oder Jerusalem bedeutend freier als einer in Berlin, München oder Wien.

Ich begnüge mich damit, die Lage des Revisionismus in der restlichen Welt in großen Zügen darzustellen. In keinem einzigen der vom kommunistischen Joch befreiten Länder gibt es einen aktiven revisionistischen Autor. In Rußland ist man oft antijüdisch eingestellt, doch der Revisionismus löst bei niemandem das Bestreben aus, den größten Mythos unserer Zeit, den vom angeblichen "Holocaust" an den europäischen Juden, in Frage zu stellen; J. Graf, der in Moskau lebt, kann das gut beurteilen. Spanien besitzt keine Revisionisten

mehr, seitdem der brillanteste davon, Enrique Aynat, seine Aktivitäten eingestellt hat. In Griechenland gibt es ebenfalls keine mehr. Italien hat nur einen einzigen revisionistischen Forscher, der diesen Namen verdient: Carlo Mattogno. In Belgien gibt es kaum mehr welche, seitdem Siegfried Verbeke den Kampf aufgegeben hat und andere Revisionisten aus Altersgründen oder wegen Krankheit ausgeschieden sind. Die Schweiz, wo der Revisionismus in den neunziger Jahren nach dem Rückzug Mariette Paschouds doch einen Aufschwung genommen hatte, hat mit den radikalsten Mitteln dagegen durchgegriffen. In Holland hat es niemals wirkliche Revisionisten gegeben. In den skandinavischen Ländern findet man nur eine Handvoll, und in Schweden steht der heroische Ahmed Rami den Kräften der Repression

immer isolierter gegenüber; auf Anzeige und Intervention der Juden hin werden seine Internet-Seiten eine nach der anderen geschlossen. In Großbritannien ist kein Revisionist mehr aktiv, am wenigsten David Irving, der sich in letzter Zeit mehr oder weniger der These Daniel Jonah Goldhagens angeschlossen hat, wonach die Deutschen einen natürlichen Hang zum Bösen aufweisen, was ihre Verantwortung für die "Hitlerverbrechen" erklären soll. Bei seinem Prozeß gegen Deborah Lipstadt wollte er keine revisionistschen Forscher als Gutachter hinzuziehen, was ihn teuer zu stehen kam; da er mit dem Thema nur ungenügend vertraut ist, geriet er in die Defensive; er machte eine Konzession nach der anderen; um dem Gegner noch einen Trumpf mehr zu überlassen, beschwor er, wie er es oft zu tun pflegt, das "Bruns-

Dokument"¹, dem jegliche Beweiskraft abgeht; trotz seiner körperlichen Robustheit hat er den Eindruck eines zerbrechlichen Menschen hinterlassen.

Und in Frankreich? wird man da fragen. Die Antwort lautet, daß wir im Land Paul Rassiniers nur noch drei oder vier aktive Revisionisten sind, die forschen oder bereits gewonnene Erkenntnisse verbreiten. Kehrte der Vater des französischen Revisionismus auf die Erde zurück, so wäre er bestürzt darüber, daß er zwar Bewunderer hat, jedoch kaum noch eine Handvoll Jünger, die wie er dazu bereit sind, klar und ohne die geringste Zweideutigkeit zu sagen, daß die NS-Gaskammern und der Völkermord an den Juden einen und denselben historischen Betrug darstellen. Ferner gibt es in Frankreich – von Bruno Gollnisch abgesehen – keine politi-

sche Persönlichkeit mehr, die das schändliche antirevisionistische Gesetz anprangert, das als "Fabius-Gayssot-Gesetz" bekannt ist: Bruno Mégret hat zu erkennen gegeben, daß er an die "Gaskammern" glaubt, und Jean-Marie Le Pen fordert nicht länger die Abschaffung eines Gesetzes, das er einst als "freiheitsfeindlich" einstufte. Neusten Meldungen zufolge soll dieses Gesetz verschärft werden, und J.-M. Le Pen wagt es nicht, diesen unverschämten Anschlag auf die Meinungs- und Forschungsfreiheit an den Pranger zu stellen.

In der arabisch-muselmanischen Welt findet der Revisionismus ungeachtet dessen, was die Juden uns erzählen, kein dauerhaftes Echo, und ich warte immer noch darauf, daß ein einziger palästinensischer Demon-

strant die Erlaubnis erhält, statt eines einfältigen Transparents mit der Losung "Sharon = Hitler" ein Spruchband zu entrollen, auf dem es heißt: "Der 'Holocaust' an den Juden ist ein Betrug!" oder "Gaskammern = Schwindel!" In Australien ist der einzige wirkliche Revisionist Fredrick Töben. Neuseeland verfolgt hartnäckig einen halbjüdischen Halbrevisionisten, schon längst seine Reue bekundet hat, als sei er immer noch aktiv. Südamerika besitzt so gut wie keinen aktiven Revisionisten mehr. Zentralamerika hat nie welche besessen. Die USA bleiben das einzige Land, wo der Revisionismus noch einige Erfolge zu verzeichnen hat, doch auch dort gibt es viele bittere Rückschläge. In Kanada befindet sich der führende Bannerträger des Revisionismus, mein lieber Freund Ernst Zündel, in einem

EXACTITUDE

FESTSCHRIFT FOR

ROBERT FAURISSON

Der Inhalt dieser Festschrift wurde in den Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung 1/2004 abgedruckt.

Hochsicherheitsgefängnis, wo er unter Bedingungen einsitzt, die denen in Guantanamo Bay nur wenig nachstehen. In Japan haben scharfe jüdisch-amerikanische Reaktionen die ersten revisionistischen Ansätze im Keim erstickt. Das kommunistische China kann den Revisionismus nicht dulden: Es kultiviert den Opfermythos vom Chinesen, der eine Art "Jude Japans" gewesen, d.h. von den damals mit Deutschland verbündeten Japanern so behandelt worden sein soll, wie die Deutschen angeblich die Juden behandelt haben. Es hofft, von Japan Entschädigungen zu erhalten, wie sie Deutschland den Juden zahlt, also Tausende von Milliarden, und zwar bis zum Ende der Zeiten. Doch damit täuscht sich China gründlich, denn für die internationale Gemeinschaft haben nur die Juden wirklich gelitten und

besitzen darum das Recht, den Besiegten bis zur Erschöpfung bluten zu lassen. Oder wie sie es in Palästina getan haben, das Eigentum und das Land anderer zu stehlen.

Man wird mir vielleicht Defätismus vorwerfen. Man wird mich auf die Präsenz des Revisionismus im Internet hinweisen und das Argument ins Feld führen, unsere erbittertsten Gegner seien alarmiert über die Fortschritte des Revisionismus, was mich doch mit Genugtuung erfüllen müsse.

Zum Thema Internet antworte ich, daß die Vorzüge dieses Kommunikationsmittels unbestreitbar sind, und daß die von überall vertriebenen Revisionisten in der Zukunft hier ihren letzten Zufluchtsort finden werden, obgleich auch dieser Freiraum unter dem Druck der jüdischen Zensur immer mehr schrumpfen könnte. Doch muß man auch zugeben, daß das Internet, genau wie die Konsumgesellschaft, viel mit einem Dummenfang gemeinsam hat. Es erzeugt bei den Leitern der Websites ebenso wie bei deren Besuchern oft die Illusion der Aktivität. Es überflutet mit Informationen. Es wirkt einschläfernd, erdrückend, lähmend. Oder es verleitet zur Geschwätzigkeit. Man wiegt sich vor dem Aquarium der elektronischen Wellen nur zu leicht in Träumen. Man gibt sich der Illusion hin, viel für die gute Sache zu tun, doch genießt man vor allem die Wärme seines gemütlichen Kämmerleins. Man flüchtet sich hinter seinen Bildschirm oder ertrinkt darin. Man geht das Risiko nicht mehr ein, ein Gefängnis oder einen Gerichtssaal aufzusuchen, um einem bedrängten Revisionisten zur Seite zu stehen. Man verteilt keine Flugblätter und klebt keine Plakate mehr. Man geht nicht mehr zu jenen Veranstaltungen, wo man - zugegebenermaßen nicht ohne Risiken für seine körperliche Unversehrtheit – mehr über den Gegner als Menschen von Fleisch und Blut erfahren könnte, d.h. zu Kongressen, Kolloquien, Kundgebungen, die er gegen den "Negationismus" organisiert. Man öffnet seine Geldbörse um so weniger für die in materielle Not geratenen Revisionisten, je mehr man im Internet andere dazu auffordert, den ihren zu öffnen. Tausende von elektronischen Botschaften rufen zur Generalmobilmachung vor einem Gefängnis auf, wo ein Revisionist einsitzt, doch die Gesamtzahl der Demonstranten einschließlich der Organisatoren beträgt dann, wie im Falle E. Zündels in Toronto, in einem ersten Fall ein rundes Dutzend und in einem zweiten Fall vielleicht fünfzehn.

Was die Hirngespinste unserer Gegner über die revisionistische "Bestie" betrifft, die angeblich immer unverhüllter ihr Unwesen treibt und ihre Fangarme bis hin in die Schulen und insbesondere unter der jungen Generation moslemischer Herkunft ausbreitet, so lautet meine Antwort, daß man sich dadurch nicht täuschen lassen darf. Die Juden haben es stets verstanden, "der Wolf kommt, der Wolf kommt" zu schreien und selbst den schwächsten Gegner als fürchterliche Hydra darzustel-

len, der für jeden abgeschlagenen Kopf zwei neue nachwachsen. Wie es ihrer Gewohnheit entspricht, lügen sie über die Zahl, die finanziellen Mittel und die Macht jener, die sie hassen und am liebsten tot oder hinter Gittern sähen. Für sie sind die Revisionisten "das größte Lumpengesindel", und deshalb behaupten die Juden mehr oder weniger guten Glaubens, hinter der geringsten unorthodoxen Formulierung, hinter dem geringsten Muckser, hinter dem geringsten Widerspruch bei einer Debatte über den "Holocaust" verberge sich das Gespenst des Revisionismus. Im Dezember 2003 haben die Juden Alex Grobman und Rafael Medoff das Ergebnis ihrer Untersuchung zu dem veröffentlicht, was sie "Holocaust-Leugnung in aller Welt" nennen; scheinbar haben sie eine reiche Ernte eingefahren, doch merkt ein aufmerksamer Leser, daß die beiden Verfasser das leiseste Indiz, das kargste Quentchen Information zu diesem Thema gesammelt und diese spärliche Ausbeute dazu verwende haben, ein Bild von der weltweiten Aktivität der Revisionisten zu zeichnen, dem weitgehend Substanz und Realität abgehen ("Holocaust Denial: A Global Survey 2003", www.Wymaninstitute.org).

Sehr aufschlußreich ist das Beispiel Lyon. Neben Paris ist Lyon die einzige Stadt in Frankreich, wo der Revisionismus früher einige spektakuläre Erfolge erzielt hat (Nantes hat nur im Zusammenhang mit der Affäre Roques im Jahre 1986 von sich reden gemacht). Wer Anfang 2004 die Lyoner Presse las, konnte glauben, in der zweitgrößten Stadt Frankreichs erlebe der Revisionismus gegenwärtig einen stürmischen Aufschwung. Die Lokalmedien werden nicht müde, die angebliche Nachsicht der Universitäten Lyon-II und vor allem Lyon-III gegenüber ihren "negationistischen" Professoren zu attackieren. Sieht man freilich genauer hin, so entdeckt man, daß die Zahl dieser Professoren exakt bei Null liegt. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß die Antinegationisten, die schon seit langem keine Treibjagden auf "Negationisten" mehr veranstalten können, weil es letztere nicht mehr gibt, sich in ihrer Vernichtungswut gegenseitig als "Negationisten" beschimpfen und übereinander herfallen. Dieses Schauspiel ist im Grunde äußerst lehrreich: Es beweist, in welchem Ausmaß man mit Hilfe der Medien Monströsitäten frei erfinden kann, die nicht einmal ansatzweise existieren.

Man beobachte, wie man sich heute in Lyon revisionistische Schreckgespenster aus den Fingern saugt, und man wird begreifen, wie man den Mythos von den magischen Nazigaskammern geschaffen hat, die in der Vorstellung der Massen allgegenwärtig, in der Realität jedoch schlicht und einfach nicht existent sind.

In Lyon fürchten sich Professoren, Journalisten, Politiker vor den regelmäßigen Zornesausbrüchen des unermüdlichen Alain Jakubowicz, der als Fürsprecher seiner ethnisch-religiösen Gemeinschaft waltet, und zittern allein schon bei der Vorstellung, bei gewissen – jüdischen und anderen – Vereinigungen in Verdacht zu ge-

raten. Jakubowicz, der stets auf der Jagd nach Abweichlern ist und sich permanent im Trancezustand befindet, jammert unablässig über den Skandal des "Negationismus" und schildert die Lage so, als sei Lyon, die ehemalige "Hauptstadt der Résistance" (was sie nie wirklich war) nun plötzlich zur "Hauptstadt des Revisionismus" geworden (was sie wirklich nicht ist). Eine große Schar von Gefolgsleuten reiht sich da in den Chor der Hexenjäger ein. In diesem Chor stechen ein oder zwei Professoren von der extremen Rechten hervor, die, als man sie einst als "Revisionisten" bezeichnete, heftig dagegen protestierten, Prozesse anstrengten und gewannen, sich im Glanz ihres Ruhms sonnten und heute am liebsten behaupten würden, sie seien alte Widerstandskämpfer im Kampf gegen den Revisionismus. In der ganzen Gegend um Lyon findet man nur einen einzigen Revisionisten, Jean Plantin. Er unterrichtet keineswegs an der Universität und lebt ausgesprochen zurückgezogen. Sein Hauptverbrechen besteht darin, zu Beginn der neunziger Jahre mit Arbeiten zu strittigen Themen akademische Grade in Zeitgeschichte erworben zu haben³, die man ihm als Folge einer Pressekampagne zehn Jahre später aberkannte, jedoch nach einer juristischen Schlacht, die er im Januar 2004 schließlich gewann, wieder zuerkennen mußte. J. Plantin ist übrigens wegen der Veröffentlichung revisionistischer Schriften (eines Verstoßes gegen das Presserecht!) zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden, die er wird absitzen müssen, wenn das Appellationsgericht in Paris seine letzte Berufung demnächst verwirft. Als er bei seinem letzten Prozeß vor Gericht erscheinen mußte, haben wir junge Menschen aus Lyon gesucht, die ihn begleiten sollten. In einer Stadt von 1,2 Millionen Einwohnern haben wir nur einen einzigen Freiwilligen gefunden, der sich dann, ohne uns zu benachrichtigen, im letzten Augenblick, am Tage des Prozesses, gedrückt hat, so daß ein Sechzigjähriger an seine Stelle rücken mußte. Muß man darin nicht zwangsläufig einen zusätzlichen, konkreten und eindeutigen Beweis dafür sehen, daß der Revisionismus aufs schwerste angeschlagen ist? Ich schenke es mir, noch weitere, nicht minder deprimierende Beispiele anzuführen.

Ich behaupte nicht, der "Holocaust"-Revisionismus sei tot; er wird niemals sterben. Doch sein gegenwärtiger Zustand bietet allen Grund zu tiefer Besorgnis. Die ganze Tragweite des Desasters wurde mir im Juni 2002 beim letzten Kongreß des Institute for Historial Review (IHR) in Los Angeles bewußt. Neun Monate zuvor hatten die Amerikaner das traumatische Erlebnis des 11. September 2001 hinnehmen müssen. Auf einen Schlag machte es den Anschein, die ganze Welt sei zugleich ins dritte Jahrtausend und in den dritten Weltkrieg eingetreten. Gleichzeitig schien der Zweite Weltkrieg jäh vom Horizont verschwunden zu sein. Der historische Revisionismus, dessen Hauptthema die Auseinandersetzung mit eben jenem Krieg ist, schien ebenfalls zumin-

dest teilweise zu verblassen. Einige Monate darauf trat das IHR in die Endphase einer Krise ein, an der es, wie man ehrlich einräumen muß, schon seit langem laboriert hatte.

Neue Perspektive.

Andere Revisionisten haben die fallengelassene Fackel aufgehoben. Ich wünsche ihnen allen ohne Unterschied Erfolg. Sie können meiner Unterstützung sicher sein. Ob sie nun Germar Rudolf, Walter Mueller, Horst Mahler oder Heinz Koppe heißen, sie werden mich an ihrer Seite finden. Doch unter der Bedingung, daß sie sich für einen Revisionismus à la Paul Rassinier einsetzen, d.h. für einen freimütigen und unverfälschten Revisionismus.

Die diversen Spielarten eines verwässerten oder kompromißbereiten Revisionismus interessieren mich nicht. Ich bin mir bewußt, daß manche unter uns einen Revisionismus praktizieren, der von Vorsicht, Taktik, Strategie oder dem geprägt ist, was sie den Sinn für Verantwortung nennen, doch für mich handelt es sich da um eine Art Salonrevisionismus oder Revisionismus-Surrogat, dessen Grundlage die Furcht ist. Gewisse andere Revisionisten kümmern sich allzu sehr darum, was die Juden von ihnen denken; wenn sie einmal auf einen Juden stoßen, der erklärt, er stehe dem Revisionismus nahe, und ihnen sogar seine Dienste anbietet, so erstarren sie vor Bewunderung: "Ei, was für ein wunderbarer Jude! Welch herrliche Intelligenz! Welch tollkühner Mut! Hüten wir uns davor, dieses seltene Exemplar von einem Juden vor den Kopf zu stoßen, und widersprechen wir ihm vor allem nicht, wenn er uns sagt, er finde es müßig, sich den Kopf über die Existenz oder Nichtexistenz der Gaskammern oder die Realität des Völkermordes zu zerbrechen, sondern nehmen wir uns seine Zurückhaltung zum Vorbild!" Wiederum andere Revisionisten (?) wenden sich verhältnismäßig ungefährlichen Aspekten der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen zu und überlegen sich, was man über bekannte Persönlichkeiten (Churchill, Pétain, Pius XII. ...) oder über gewisse Ereignisse (den Terrorismus, den Krieg gegen die Zivilbevölkerung, die Deportation unterschiedlicher Volksgruppen, die von den Siegern veranstalteten Prozesse) schreiben kann, ohne die fundamentale Frage anzuschneiden, ob der "Holocaust" eine Realität war oder nicht. Diesen Halbrevisionisten werde ich keine Unterstützung mehr gewähren. Schließlich gibt es noch eine letzte Kagegorie von Revisionisten: Jene, die sich damit trösten, daß früher vernachlässigte Themen heute den Anstoß zu erfolgreichen Büchern geben: Dies gilt zum Beispiel für die wirklich grauenhafte Geschichte der anglo-amerikanischen Bombardierungen in Europa und Japan, ferner für die von den Alliierten im Zug der sogenannten "Befreiung der Völker" begangenen Untaten - einer "Befreiung", die nichts weiter als brutale Okkupation, gigantische Plünderungen, ungeheuerliche Vertreibungen, eine endlose Reihe von Massakern sowie eine Säuberung bedeutete, welche noch heute, sechzig Jahre nach dem Krieg, andauert. Doch diese Art von Literatur, so interessant sie auch ist, rührt nicht an das Große Tabu des "Holocaust". Ganz im Gegenteil, bis heute dient sie gewissermaßen als Ersatzrevisionismus, und außerdem riskieren ihre Verfasser nicht, in den Hochsicherheitstrakt eines Gefängnisses zu wandern. Auch in diesem Punkt sollten wir uns nichts vormachen, uns nicht hinters Licht führen lassen und uns vor Alibis hüten.

Die Massenvernichtungswaffen Adolf Hitlers (die angeblichen Hinrichtungsgaskammern und angeblichen Hinrichtungsgaswagen) haben ebenso wenig existiert wie die Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins, denn die einen wie die anderen sind ein und dieselbe Erfindung, die 1944 von einer jüdischen Institution (dem War Refugee Board) in die Welt gesetzt bzw. 2002 von einer anderen jüdischen Institution (dem Office of Special Plans) rezykliert worden sind: Dieselbe Lüge, dieselben Lügner.

Dies ist die aktualisierte, feste und entschlossene Position, die, wie ich glaube, ein Paul Rassinier heute einnähme. Solange Germar Rudolf, Walter Mueller, Horst Mahler, Heinz Koppe und andere Revisionisten diesen Grundsatz klar befolgen und auf dieser Grundlage arbeiten, werde ich an ihrer Seite stehen. Daß man heute die angeblichen Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins überall in Frage stellt, eröffnet ihnen die unverhoffte Gelegenheit, die Lüge von der angeblichen Vernichtung der europäischen Juden anzuprangern (so lautet der Titel von Raul Hilbergs dreibändigem "Standardwerk" über den "Holocaust"). Diese wahren Revisionisten haben das Recht auf ihre eigenen politischen und religiösen Überzeugungen, so wie ich das Recht auf meine unpolitische Haltung und meinen Atheismus habe. Es steht ihnen frei, die Mittel ihres Kampfes zu wählen, so wie ich die meinen gewählt habe. Ich verlange von niemandem, meinem Beispiel zu folgen. Ich predige keine Doktrin und betrachte mich nicht als Gralshüter irgendeiner Orthodoxie. Doch erwarte ich von ihnen, der Sache des historischen Revisionismus kompromißlos und ohne Ausflüchte mit derselben Klarheit und demselben Mut wie Paul Rassinier zu dienen. Unter dieser Bedingung werde ich mit ihnen den Kampf weiterführen, dem ich wenigstens dreißig Jahre meiner Existenz gewidmet habe. Ich bin kein Defätist, sondern befürworte ganz im Gegenteil einen Kampf mit klarer Stoßrichtung: Gegen die Mutter aller Lügen unserer Zeit, den Betrug vom "Holocaust" oder der "Shoa". Jean-Paul Sartre hat sich seiner Ehre beraubt, indem er über den Kommunismus log, weil er, wie er sich ausdrückte, "Billancourt", d.h. das französische Proletariat, nicht "der Verzweiflung überantworten"

wollte. Persönlich schere ich mich keinen Deut darum, ob das, was ich schreibe, meine Leser ermutigt oder entmutigt. Ich lege lediglich Wert darauf, so exakt wie möglich zu sein und zu bleiben.

Das Gefallen an der historischen Exaktheit, oder der Wunsch danach, ist eben so: Sie bleiben noch in den letzten Stunden des Lebens bestehen, selbst wenn man sich nach einer Ruhe sehnt, die man nie gekannt hat, und selbst wenn alles dafür zu sprechen scheint, daß es vernünftiger wäre, einen ungleichen Kampf aufzugeben.

Anmerkungen zu einigen Details in der Festschrift: 1) A. R. Butz möchte ich in Erinnerung rufen, daß ich 1980 ein Buch mit dem Titel Mémoire en défense contre ceux qui m'accusent de falsifier l'histoire [Verteidigungsschrift gegen jene, die mich der Geschichtsfälschung bezichtigen] veröffentlicht habe, das mit einem Vorwort von Noam Chomsky erschien; 2) F. Töben weise ich darauf hin, daß seine Anekdote mit dem Restaurant (S. 106) eher das Talent des Romanciers als die Umsicht des Historikers verrät; 3) R. H. Countess erinnere ich daran, daß ich nicht gesagt habe "No holes? No gas chambers!" (S. 128), sondern "No holes, no 'Holocaust'", denn wenn es die angeblichen Nazigaskammern, die den Grundpfeiler des ganzen Lügengebäudes bilden, nicht gab, folgt daraus, daß es auch den angeblichen "Holocaust" nicht gegeben haben kann.

Anmerkungen

Aus dem Französischen übersetzt von Jürgen Graf.

- Es handelt sich hierbei um ein "Gespräch" des in britische Kriegsgefangenschaft geratenen Generalmajors Walther Bruns mit deutschen Mithäftlingen über die angeblich im Dezember 1941 in der Gegend von Riga verübten deutschen "Greuel". Bruns' Kerkermeister behaupteten, die Aussagen des Generals mit Hilfe im Dickicht versteckter Mikrophone aufgenommen zu haben, doch in Wirklichkeit handelt es sich bei diesem "Gespräch" um das ohne Unterbrechungen abgegebene Geständnis eines Offiziers, der von den Briten als "Antinazi und zur Kooperation mit den Alliierten bereit" beschrieben wurde. Der Text wimmelt von Absurditäten. David Irving weiß, daß Bruns später bestritten hat, diese Aussagen gemacht zu haben, doch derselbe David Irving verrät dies seinem Publikum bei Vorträgen nie. Siehe Public Record Office, London, file WO. 208/4169.
- Faurisson verwendet den Ausdruck "la pire engeance", was man mit "die schlimmste Brut" widergeben könnte. Die von uns gewählte Übersetzung stützt sich auf einen Ausspruch Herrn Sigi Feigels, des Präsidenten der Israelischen Kultusgemeinde der Schweiz, der die Gegner des "Antirassismusgesetzes" 1994 als das "größte Lumpengesindel" betitelt hat. – Der Übersetzer.
- ³ 1990 erwarb J. Plantin den Magistergrad mit einer Arbeit über Paul Rassinier, 1991 ein "Diplom für fortgeschrittene Studien" mit einer Arbeit über die Flecktyphusepidemien in den deutschen Konzentrationslagern; keine der beiden Arbeiten enthielt revisionistische Behauptungen.

Bücherschau

Kriegsverbrechen

Von Jeremias Goldzahn

Franz W. Seidler/Alfred de Zayas (Hg.), Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert, Mittler & Sohn, Hamburg 2002, 380 S., €19,90.

Kriegsverbrechen als Einschlaflektüre – oder: Wie kann man die Brutalitäten eines ganzen Jahrhunderts behandeln, ohne Emotionen aufkommen zu lassen? Trotz großer Sachkunde und vieler guter Ansätze muß dem Werk auch dieses zweifelhafte Verdienst zugesprochen werde.

Um das ganze Jahrhundert zu umfassen, sind die Beiträge oftmals zu allgemein und pauschal, und es bleibt zu wenig Raum für die konkrete Abhandlung von Streitfragen, vor allem in Bezug auf den 2. Weltkrieg, wo auch notwendige Wertungen und Schlußfolgerungen fehlen.

50 Experten behandeln das Thema Kriegsverbrechen in 140 chronologisch geordneten Beiträgen. Beginnend bei den Burenkriegen und dem 1. Weltkrieg (50 Seiten) bilden Kriegsverbrechen im 2. Weltkrieg den Hauptteil des Werkes (185 S.). Weitere 40 Seiten sind den Verbrechen der Besatzungsmächte nach 1945 und jeweils 10 Seiten dem israelisch-arabischen Konflikt, dem Irakkrieg 1990/91 und den Balkankriegen nach 1990 gewidmet.

Mit solcherart trockenen Daten sind auch viele Beiträge gefüllt, so erfährt man, daß im 1. Weltkrieg in Frankreich 18 Firmen Chlor und Phosgen produzierten, und die deutsche Gesamtproduktion 18.000 Tonnen Phosgen und 11.600 Tonnen Bi-Phosgen betrug, daß 45 verschiedene Stoffe zum Einsatz kamen, von denen 18 mehr tödlich, 27 mehr reizend waren. Diese Angaben mögen die sachlich-nüchterne, ja geradezu ent-emotionalisierte Behandlung des Themas veranschaulichen, wobei die Einsicht durchaus nicht proportional mit der Menge der Einzeldaten wächst.

Die *Definition* der Kriegsverbrechen erfolgt gemäß der zum Zeitpunkt des Geschehens geltenden Konventionen – mit einer gewichtigen Ausnahme: auch das "Londoner Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse" vom 8.8.45 mit dem Nürnberger Statut für den IMT wird hierzu gerechnet, obwohl eine Vereinbarungen der Sieger zwecks Verurteilung der unterlegenen Kriegspartei, noch dazu rückwirkend, alles andere als völkerrechtlich annehmbar ist. Eine solche Vorgehensweise,

zudem noch getarnt mit dem Mäntelchen der Gerechtigkeit, hätte selbst als Kriegsverbrechens aufgeführt werden müssen – wie das im Falle der "NKWD-Verfahren gegen Wehrwolf-Verdächtige" in der östlichen Besatzungszone gemacht wird.

Um die Stoffmenge zu bewältigen, werden in einem allgemeinen Teil die für Kriegsverbrechen relevanten Kriegsstrategien behandelt (beim Ersten Weltkrieg z.B. die Blockadepolitik und der Gaskrieg, beim Zweiten Weltkrieg die amerikanische, britische und deutsche Luftkriegsdoktrin u.a.), wie auch häufig vorkommende Verbrechen (Erschießung von Kriegsgefangenen, Angriffe auf Lazarettschiffe usw.). Dem folgt jeweils eine Rubrik "Einzelfälle", (beim Zweiten Weltkrieg 60 Beiträge). Der Teil "Nachkriegsverbrechen durch Besatzungsstreitkräfte" enthält leider nur ganz komprimierte Zusammenfassungen. Daher sucht man vergeblich eine Überschrift "Rheinwiesen" oder "Sinzig", nur das Ortsregister gibt diese Stichworte an und verweist auf Seiten unter der schlichten Überschrift "Internierungslager in der amerikanischen Besatzungszone".

Man vermißt eine Auflistung der Städte, die durch Terrorbombardement in Schutt und Asche gelegt wurden und kann nur schlußfolgern: hier geschahen Verbrechen derartig "en gros", daß sie einzeln gar nicht mehr aufgeführt werden können. Ein Stichwort "Plünderungen" im Sachregister gibt ein paar Verweise, aber der Diebstahl von Armbanduhren, Füllfederhaltern usw., der bei der Gefangennahme durch Amerikaner wie Sowjets die Regel war, bleibt ebenso unerwähnt, wie das mutwillige Zerstören von Porzellan bei NS-Frauenschaftsleiterinnen. Allerdings versinkt derlei in Bedeutungslosigkeit, wenn in einzelnen Städten nach Massen-Vergewaltigungen durch die Rote Armee 2000 Selbstmorde zu beklagen sind - (bei nur 18.000 bis 20.000 Einwohnern - z.B. Neubrandenburg und Demmin - S. 253).

Dies führt vor Augen, welche Brisanz das Thema Kriegsverbrechen hat, sobald es sachlich und ohne Propagandaklischees in seiner ganzen Bandbreite abgehandelt würde. Es ist klar, daß ein solcher Versuch heutzutage angesichts des Druckes auf politische Korrektheit in der BRD gar nicht gelingen kann. Dieses Buch veranschaulicht die ganze Zwangslage der heutigen Geschichtsforschung: Wollte man schonungslos alle gegen Deutschland gerichteten Propagandalügen aufdecken, dann würde man keinen Verleger finden und wäre auf

"Samisdat" (sprich Bedeutungslosigkeit) angewiesen. Also bleibt nur, dem Thema so viel wie möglich an Brisanz zu nehmen oder gar durch unsachliche, aber politisch korrekte Autoren "auszugleichen". Bezeichnenderweise finden sich deren Anschuldigungen – nur gegen Deutsche – vor allem in den allgemeinen Kapiteln, wo Behauptungen nicht durch konkrete Angaben untermauert werden – oder die angegebenen Tatsachen sind nicht geeignet, das Behauptete zu untermauern (s.u.).

Im Vorwort wird darauf hingewiesen, daß die einzelnen Fälle "weder qualitativ noch quantitativ gewichtet" werden. "Größere und kleinere Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht, Massenhinrichtungen und Einzelverbrechen, wirkliche und vorgebliche Verbrechen stehen nebeneinander", (allerdings ohne die gröbsten Kriegslügen, wie z.B. die abgehackten Kinderhände in Belgien). Doch wozu soll man sich mit Kriegsverbrechen befassen, wenn man daraus keine Bewertung und Schlußfolgerung ziehen will? Hier befinden wir uns

wieder mitten im zeitgeschichtlichen Dilemma der politischen Korrektheit, das bei diesem Buch überall zutage tritt.

Es drängt sich leider der Eindruck auf, daß auch dem Leser eine abschließende Bewertung unmöglich gemacht werden soll – außer dem gerade noch erlaubten Allgemeinplatz, daß Kriegsverbrechen eben von allen Seiten und zu allen Zeiten verübt werden. Daher werden wohl auch die Kriege nach dem 2. Weltkrieg einbezogen. Das bewahrt den Band zudem davor, mit den Kriegsverbrechen der Besatzungsmächte zu enden – dem vielleicht interessantesten Kapitel des Buches, auch wenn die Greuel und Ver-

brechen nur summarisch behandelt werden (Nur in einem einzigen Fall – nämlich den NKWD-Speziallagern – erfolgt das mit einer Liste, die Übersicht über 8 Lager mit "Durchgängen" und Zahl der Todesopfer gibt). Man sucht vergeblich die Millionenzahl, die James Bacque als Todesopfer der völkerrechtswidrigen Maßnahme Eisenhowers angibt, der deutsche Kriegsgefangene als Disarmed Enemy Forces "ohne Rücksicht auf das Kriegsvölkerrecht als eine entwaffnete Masse bar aller völkerrechtlich garantierten Rechte" behandeln ließ. Irritierend ist der diesbezüglich oftmals apologetische Ton, etwa: "Bis Juli 1945 wurden 2.000.000 Menschen Opfer von Maßnahmen, die sicherstellen sollen, daß die Besiegten zu keinem Risiko für die Sieger werden konnten." Bei völkerrechtskonformen Vorgehen hätte sich dieses Problem gar nicht gestellt: hätten die Sieger mit der Regierung des besiegten Landes einen Friedensvertrag geschlossen, hätte diese für die Sicherheit der alliierten Truppen bis zu deren (alsbaldigem) Abzug gehaftet. Erst die völkerrechtswidrige Zielsetzung, das Land mit "Demokratie" zu beglücken hat weitere massive Völkerrechtsverstöße zur Folge, wie sie sich heute vor unseren Augen im Irak wiederholen: Verhaftung der Regierung, womit den Kriegsgefangenen wie auch den Zivilisten ihre Schutzmacht genommen wird. Trotz der 50 Seiten Anhang "Kommentar zum Kriegsvölkerrecht" wird weder Art. 20 der Haager Landkriegsordnung erwähnt - "Nach dem Friedensschlusse sollen die Kriegsgefangenen binnen kürzester Frist in ihre Heimat entlassen werden" - noch die Genfer Konvention, die verlangt, daß nach Beendigung der Kampfhandlungen alle Kriegsgefangenen unverzüglich freizulassen sind. Statt bei der Entwicklung des Kriegsvölkerrechts ins Altertum und Mittelalter auszuweichen, hätten besser brandaktuellen Themen erörtert werden sollen, wie eben die Problematik, Kriegsgefangene lange nach Kriegsende inhaftiert zu halten oder die Willkür, sie als Strafgefangene zu behandeln (um so politische Gegner auszuschalten) wie es uns in Afghanistan und im Irak vorgeführt wird.

> Ferner hätte auch die widerrechtliche Usurpation der Staatsgewalt durch die Alliierten nach dem 2. Weltkrieg als Kriegsverbrechen bezeichnet und aufgeführt werden müssen. Wenn die Sieger besiegte Land seiner legalen Machtstruktur berauben, um ihm eine ihnen genehme Regierung oder gar Regierungsform aufzuzwingen, so verstößt dies gegen die Haager Landkriegsordnung. Eine so erzwungene Staatsform kann niemals "Demokratie" im Sinne einer Volksherrschaft sein, weil ja das gesamte besiegte Volk nichts zu sagen hat. Dieser Sachverhalt wird auch nicht durch "Wahlen" geändert, wenn die Sie-

ger schon über die Rahmenbedingungen (1945: "automatic arrest" usw.) das neue Machtgefüge steuern. Leider kommt diese Problematik nicht einmal im Abriß über das "Kriegsvölkerrecht" zur Sprache, obwohl sie ja von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung heutiger wie damaliger Vorgänge ist und die Legitimität der BRD umfaßt.

Die fehlende Wertung ist zweifellos eine durchgehende Schwäche des Buches. Obwohl es vom Ansatz her richtig ist, die Vorgeschichte eines Ereignisses mit einzubeziehen und dem Leser mit möglichst vielen Details eine fundierte eigene Beurteilung zu erlauben, hätte vieles knapper formuliert werden können, wenn die Autoren klarer Stellung bezogen hätten. So hält sich der Verfasser z.B. beim Fall Marzabotto bedeckt, weil italienische Militärgerichte die beiden Deutschen Reder und Kappler zu lebenslänglicher Haft verurteilten und rund 40 Jahre inhaftiert hielten (mit Status als Kriegsgefangene). Zwar werden im Fall Reder ausführlich die Gesichtspunkte genannt, die gegen einen fairen Prozeß



sprechen, aber der Leser muß selbst die Schlußfolgerung treffen, daß das Urteil Unrecht war (wie auch 1996 bei der Verurteilung von Hauptsturmführer Priebke zu lebenslänglicher Haft). Andererseits fühlt man sich verkohlt, wenn bei der völkerrechtswidrigen jahrelangen Zwangsarbeit deutscher Kriegsgefangenen in der UdSSR irgendein Beschluß eines sowjetischen Gremiums als "rechtliche Grundlage" angeführt wird.

Trotz der Bemühungen, keine Emotionen aufkommen zu lassen, hat allein schon die Unterscheidung zwischen wirklichen und vorgeblichen Kriegsverbrechen zu Rezensionen mit Schlagworten wie "rechtslastig" oder "Aufrechnungsmentalität" geführt. Sogar seitens des Verlags fühlt man sich bemüßigt zu beteuern, daß das Buch "nicht neonazistisch" sei! So ergeht es heutzutage Geschichtsforschern, wenn sie auch Kriegsgreuel nennen, die an Deutschen verübt wurden oder - ,noch schlimmer' - einen Teil der Deutschland zur Last gelegten Verbrechen (etwa die Bombardierung von Warschau, Rotterdam, und Coventry) als mit dem Völkerrecht in Einklang nachweisen. Es werden aber durchaus nicht alle Propagandalügen über deutsche Kriegsverbrechen als solche erkannt und widerlegt. Wichtige Forschungsarbeiten (Walendy, Taege) bleiben ungenannt.

Der Großteil der Beiträge zeichnet sich durch Sachkunde und Sachlichkeit aus. Daneben gibt es aber auch einzelne Artikel, die schon vom eifrigen Gebrauch von Propaganda-Floskeln und der emotionalen Diktion her auffallen – und allesamt antideutsche Greuelpropaganda betreiben. Dies betrifft meist die allgemeinen Übersichten (Einsatzgruppen usw.).

So heißt es etwa unter der Überschrift "deutsche Kriegsverbrechen in Polen 1939" (Horst Rohde)

"Als Hitler erkennen mußte, dass die von ihm praktizierte Friedensdiplomatie gegen Polen nicht zum Erfolg führen würde, machte er das Auswärtige Amt und die SS zu Gesellen seines Vernichtungswillens."

Was sagt dieser Satz eigentlich aus? Da wird Bezug genommen auf die – allen Historikern bekannte – Friedensdiplomatie Hitlers, und im nächsten Atemzug wird – natürlich ohne Dokumentation – (die sich ja in der BRD wegen Offenkundigkeit erübrigt) ein Vernichtungswille postuliert. Zwar wird zugegeben, daß sich die Wehrmacht weitgehend korrekt benahm,

"allerdings war es [...] versäumt worden, die Soldaten mit den Besonderheiten des auf sie zukommenden Krieges vertraut zu machen. Das betraf insbesondere die Wirkung der verbundenen Waffen und die Einbeziehung der Zivilbevölkerung in Kriegshandlungen. Wo sich die Bevölkerung nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte, wurde sie häufig von den Kampfhandlungen betroffen und erlitt enorme Verluste[...] Große Opfer kostete die polnische Bevölkerung auch die grenznahe Verteidigung ihres Landes durch die Streitkräfte, die im Vertrauen

auf ihre Offensivstärke eine Evakuierung nicht für erforderlich gehalten hatten."

Da fragt man sich doch, worin nun eigentlich die Kriegsverbrechen der Deutschen bestanden – etwa darin, daß die Polen ihre eigenen Leute nicht rechtzeitig evakuierten? Aber es kommt noch schlimmer. Während Heinz Magenheimer in Nr. 54: "Morde an Volksdeutschen in Polen 1939" darauf hinweist, daß polnische Behörden bereits vor Kriegsausbruch Listen über 10.000 bis 15.000 zu verhaftende Deutsche angelegt hatten, bemüht Horst Rohde "deutsche Agenten und Sonderkommandos"; diese seien

"bereits vor Beginn des Angriffs nach Polen eingeschleust worden und lieferten den Anlaß, die vorhandenen polnischen Pläne für Repressionen gegen Volksdeutsche zu aktivieren, wie sie sich im 'Bromberger Blutsonntag' zeigten."

Also: wenn man nur eifrig genug sucht, (er)findet man auch für brutalste Mißhandlungen und Ermordungen an Deutschen noch einen Vorwand, um letztlich wieder den Deutschen selbst die Schuld zuweisen zu können.

Aber eigentlich sollte in dem Beitrag doch etwas über deutsche Kriegsverbrechen stehen. Da wird dann auf Wehrmachtsproteste gegen "Massenerschießungen" des SS-Oberführers Moyrsch verwiesen, auf einen Bericht des Nuntius, es würden

"Frauen, Kinder und alte Leute nachts aus den Betten gerissen, ohne dass [sic] ihnen eine neue Wohnung zugewiesen würde, vertrieben[...]".

Also – wenn der Nuntius sonst nichts zu beklagen hatte! Dann wird auf den Brief einer Parteigenossin bezug genommen, die von systematischer Ausrottung spricht,

"In Bromberg sind Tausende und Abertausende unschuldige Menschen [...] erschossen worden; sämtliche Lehrer und Lehrerinnen, Ärzte und Ärztinnen, Rechtsanwälte [offenbar nicht die Rechtsanwältinnen???...] soweit sie noch lebten [!] sind zu Tausenden aus den Schulen vor den Augen der Kinder [...] von der Gestapo verhaftet und in Zuchthäuser und Gefängnisse gespertt (worden)[...]"

Bei diesem Zitat macht nicht nur die neue Rechtschreibung stutzig. Angesichts der Nennung der weiblichen Berufszusätze, die damals ja nicht üblich waren, wirkt das Zitat weder authentisch noch glaubwürdig. Nachdem man auf blutrünstige Greuel eingestimmt wurde, ("vor den Augen der Kinder") platzt der dramatisch-propagandistische Luftballon: er geht nicht etwa um Erschießungen, sondern um Verhaftungen. Daß man Lehrer, wenn man sie als Gruppe verhaftet will, von der Schule wegholt, ist wohl schwerlich ein Zeichen von Bosheit, sondern von Zielgerichtetheit. Wer solch wirre Äußerungen als Beweis für Verbrechen anführt, muß sich fragen lassen, ob er nichts Stichhaltigeres anführen kann.

Ähnlich verhält es sich mit einem Beitrag über die SS-Einsatzgruppen in der UdSSR von Jörg Friedrich. Interessant ist seine Bewertung, Himmlers Polizeiorgane seien Irreguläre gewesen, weil ihnen "das Kombattantenmerkmal der Anerkennung der Kriegsrechtsregeln" gefehlt habe. Nach diesem Maßstab sind auch die Amerikaner im Irak Irreguläre. Und weiter: nach der Logik können Sie, wenn Sie im Verkehr die Höchstgeschwindigkeit überschreiten, gegenüber der Polizei einen Status als Kriegsgefangener geltend machen, und bei einem Bankraub brauchen Sie sich auch nicht von Polizisten der BRD verhaften lassen. Oder hat die eine Besatzungsmacht mehr Rechte als die andere?

Diese wenigen, aber um so dümmlicheren Artikel scheinen dem Band beigefügt worden zu sein, weil sonst offenbar würde: den Deutschen wurden landläufig viel mehr Verbrechen angelastet, als sie tatsächlich verübt haben, und andererseits haben die Alliierten an den Deutschen solch umfangreiche Verbrechen begangen, daß diese im einzelnen kaum mehr aufgeführt werden können.

Zu der großen Zahl alliierter Greuel durch einzelne Soldaten kommt der tiefgreifende Umfang an Völkerrechtsverletzung auf Regierungsebene, deren Auswirkungen bis in die Gegenwart reichen (u.a. Einsetzung von Vasallenregierungen in Ost und West), die im Buch aber gar nicht genannt werden.

Eine weitere Endbewertung fehlt: den Deutschen liegen Greuelexzesse nicht. Wenn als Beleg für deutsche Greuel angeführt wird, daß die Deutschen deswegen Fronttruppen auswechseln mußten, so beweist das genau das Gegenteil: die (über-?)hohe Moral und Sensibilität der Deutschen – wie schon Joachim Fernau feststellte, darf der deutsche Siegfried keinen Fleck auf der Weste haben. Dagegen hat man nie gehört, daß die Sowjets die vergewaltigenden und mordenden Soldaten der Roten Armee auswechseln mußten, weil sie an Gewissensbissen litten – egal wie tief sie im Blut wateten.

Die Frage, wer zur Erreichung welcher Kriegsziele zu wie verwerflichen Mittel gegriffen hat; und welche Bestialitäten für die hehre Demokratisierung in Kauf genommen wurden, bleibt somit auch 60 Jahre nach Kriegsende unbeantwortet, weil tabuisiert. Ebenso wartet die ursprüngliche Konzeption eines "Lexikon Kriegsverbrechen" weiterhin auf einen Verleger. Selbst mit einer Themenbeschränkung auf das Jahrzehnt von 1939-1949 würde es kaum an Stoff für ein 2-bändiges Werk fehlen (z.B. Bd. 1 Kriegsverbrechen, Bd. 2: Nachkriegsverbrechen, einschließlich einer völkerrechtlichen Bewertung der BRD).

Die Weltkriege, Signatur der Humanitas

Von Rolf Wiesenberg

Gerd Schultze-Rhonhof, 1939 — Der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg, Olzog, München 2003, 565 S., 34 €

Gerd Schultze-Rhonhof, pensionierter Generalmajor der Bundeswehr, hat ein Buch über die Entstehung des Zweiten Weltkrieges geschrieben, das ausführlich auf die internationalen Strömungen der damaligen Zeit eingeht und damit die "Tunnelperspektive" vermeidet, die sich einstellt, wo Autoren sich allzusehr auf die Rolle der deutschen Politiker konzentrieren. Er gibt dem Geschehen im Vorfeld des Kriegsausbruchs in den politischen Lagern der dann kriegführenden Nationen breiten Raum.

Zu Beginn schildert der Verfasser die britischdeutsche Rivalität und die wirtschaftlichen Beweggründe der Deutschfeindlichkeit der Engländer. Sie liegen in Deutschlands Wirtschaftsaufstieg ab 1871. Insoweit gibt es Kriegsursachen, die für beide Weltkriege gemeinsam gelten. So heißt es über die Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg, daß Deutschland damals zwei verhängnisvolle Fehler, machte:

"Sie [die Deutschen] unterlassen es, den Deutsch-Russischen Rückversicherungsvertrag zu verlängern"

und sie versehen "den eigenen Aufschwung mit einer maritimen Komponente", indem sie die Deutsche Flotte verstärken. Weiterhin zitiert der Autor den englischen Ministerpräsidenten Lloyd George zu den Ereignissen vom Juli 1914 mit den Worten:

"Die Völker sind in den Siedekessel des Krieges hineingerutscht."

Zur Bewertung des Ersten Weltkrieges in der deutschen Öffentlichkeit während der Zwischenkriegszeit schreibt er:

"Die Gemengelage von Motiven, Fehlhandlungen und Schuld, die zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs führt, wird im Nachkriegsdeutschland in den 20er und 30er Jahren durchaus durchschaut. So ist es unausweichlich, daß im Reichstag 1920 keine der Parteien von links bis rechts das Diktum der 'Alleinschuld' akzeptiert, das die Sieger dem deutschen Volke auferlegen. Zudem greift die Last der Reparationen, die die Siegerstaaten ab 1919 mit dieser 'Alleinschuld' begründen, so tief in das Leben und den Alltag aller Deutschen ein, daß die Revision von 'Alleinschuld' und Versailler Vertrag zum erklärten Ziel und zum Konsens aller politischen Gruppierungen im Nachkriegsdeutschland werden. So ergibt sich aus der Unhaltbarkeit der Alleinschuldthese, daß die auf ihr gebaute europäische Nachkriegsordnung bald zusammenbricht und innerhalb von nur zwei Jahrzehnten zu einem neuen Weltkrieg führt."

Die dann folgenden Kapitel sind überschrieben: "Die Jahre der Anschlüsse", "Die Wiederaufrüstung zwischen 1918 und 1939", "Hitlers Kriegsankündigungen bis 1939", "Der Weg in den deutsch-polnisch-sowjetischen Krieg", "Schlußbetrachtung" und "Bilanz".

Die Bedeutung des Vertrages von Versailles, der Deutschland knebelte und als Unrecht empfunden wurde, wird darin ausführlich gewürdigt. Die unterschiedlichen Interessen der beteiligten Nationen, ihre innenpolitischen Probleme und die Bedeutung des Allzumenschlichen bei den Äußerungen und Taten der beteiligten Politiker finden ihren Ausdruck.

Schlußbetrachtung und Bilanz haben es dann in sich. Schultze-Rhonhof zieht aus den gründlichen Recherchen der vorangegangenen Kapitel ein detailliertes Resumé. Der Beitrag der politischen Klasse Englands, Deutschlands, Frankreichs, Polens, der Sowjetunion, und der USA zum Kriegsausbruch wird dargelegt.

Zum englischen Beitrag

"Englands Anspruch, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu vertreten. findet in Irland, Kenia, Ägypten, Indien, Burma und andernorts auf dieser Erde seine offenbare Widerlegung. Und Englands Erklärung, für die Demokratie zu kämpfen und seine Forderung, den deutschen Kaiser und die Fürsten abzusetzen, wirkt für ein Land, das das 'gleiche' Wahlrecht knapp 50 Jahre nach dem Deutschen Reich einführt und das sich selbst von Fürsten, Herzögen und Königen regieren läßt, absurd. So werden 'die Engländer' nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland nicht als fair, gerecht und friedensliebend angesehen, so wie sie selber gern gesehen werden möchten.

Gleich mit dem 'Friedensschluß' von 1919 leistet England seinen ersten verhängnisvollen Beitrag dazu, daß dem Frieden bald der nächste Krieg folgt. Die britische Regierung im Verein mit den anderen alliierten Siegermächten konstruiert eine neue Variante ihrer balance of power für Europa, die auf einem auf Dauer angelegten Konflikt zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei und Polen aufbaut. Die in Versailles vorgenommene Eingliederung des Siedlungsraumes von fast fünf Millionen Deutschen in die neu geschaffenen Staaten der Polen und der Tschechen und Slowaken und die Danzig-Pomerellen-Konstruktion sind dazu angelegt, die Deutschen, die Tschechen und die Polen 'miteinander zu beschäftigen' und sie im Streit zu halten. Be-

sonders Danzig als Kind von drei geschiedenen Elternteilen, Deutschland, Polen und dem Völkerbund mußte irgendwann zu Konflikten und Veränderungen führen. Neue Kriege sind damit seit Versailles abzusehen. Man hat das in England auch erkannt. Die britischen Regierungen seit 1920 haben diese Kriegsgefahr als Begleiterscheinung ihrer balance of power billigend in Kauf genommen, wenn nicht sogar bewußt erhalten."

"In der Sudetenkrise bemüht sich England erstmals ernsthaft, ein Stück von den Versailler Schäden selber abzutragen. Hitler, der offensichtlich mehr will, als nur die Sudetendeutschen heimzuholen, dankt England diese Hilfe auf der Konferenz von München nicht. Der Diktator hegt, wie sich später zeigt, die Absicht, die ganze Tschechei dem Deutschen Reiche anzugliedern. Doch schon ehe Hitler 1939 sein Verbrechen an der Rest-Tschechei begeht, beginnt England, sich mit voller Kraft auf einen

Krieg mit Deutschland einzustellen. Es verdoppelt seinen Wehretat für Rüstung, führt die 'Sofortreserve' für die Flotte und einen 'Freiwilligen Nationalen Dienst für die Verteidigung Englands' ein und drängt der Sowjetunion Kredite für deren Waffenkäufe auf."

und:

"Die Briten wissen, daß Hitler 1939 vor der Wahl zwischen Verzicht, Verhandlungslösung oder Krieg steht. Sie wissen auch, daß er angesichts seiner Verantwortung für die 'abgetrennten' Deutschen, angesichts der immer prekärer werdenden Lage

der deutschen Minderheit in Polen und in Anbetracht der drängenden Forderung der Danziger nach Anschluß an ihr Heimatland so gut wie nicht verzichten kann. Das Deutsche Reich steht in dieser Hinsicht unter dem gleichen moralischen Druck wie die Nato-Staaten 1999 angesichts der Lage der bedrängten Kosovaren in Jugoslawien. Die Briten können sicher sein, daß Hitler unter diesen Verhältnissen nicht zum Rückzug bläst, und daß er nicht verzichten wird. So verstellen sie den Verhandlungsweg, den sie noch bei den Polen hätten öffnen können. Dabei spielen sie um fünf vor zwölf so lang auf Zeit, bis Hitler handelt und den Krieg eröffnet. England hat - zusammen mit Frankreich - das deutsch-polnische Problem geschaffen und 1939 verhindert, daß es ohne Krieg bereinigt wird. Die britische Regierung hat es dabei mit Geschick verstanden, die Rolle des Vermittlers vorzutäuschen und allseits Frieden anzumahnen."

Zum deutschen Beitrag

"Ohne Vorgeschichte hätten England und Frankreich sich alleine wegen der Danzig- und Transitwege-Frage kaum zugunsten Polens in einen neuen Krieg verwickeln lassen. Der eigentliche deutsche Beitrag liegt in zwei früheren Ereignissen. Es sind dies die Angliederung der Sudetenlande an das Reich im Oktober 1938 und die Besetzung der Tschechei als Rest der im März 1939 zerfallenen Tschechoslowakei. Beide Vorgänge bringen das Ausland in unterschiedlicher Heftigkeit und Schärfe gegen Deutschland auf. Der Anschluß der Sudetenlande, so sehr er auch in Deutschland als legitim betrachtet wird, kommt letztlich nur zustande, weil Hitler den Anschluß mit der Drohung durchsetzt, anderenfalls Krieg gegen die Tschechoslowakei zu führen. Der Anschluß erfolgt zwar der Form nach im Münchener Abkommen mit der Billigung der Engländer, Italiener und Franzosen, doch das nur, weil sich weder die Tschechen noch die genannten Mäch-

> te zu der Zeit in der Lage fühlen, eine Eroberung der Sudetenlande militärisch zu verhindern."

und weiter:

"Der Anschluß der Sudetengebiete löst in England und Frankreich eine Welle der Kriegsvorbereitungen und der anti-deutschen Stimmung aus. Seit der Angliederung – und das ist Monate bevor Hitler die Rest-Tschechei bedroht, und ehe er damit beginnt, die Polen wegen Danzig zu bedrängen – beginnen in London und Paris die Parlamente und die Presse, von Kriegsgefahr in Europa zu reden und zu schreiben. Hitler vermag es

nicht, die ehemaligen Siegermächte auf diplomatischem Wege und ohne solche 'Erpressungen' dazu zu bewegen, die letzten Hypotheken von Versailles selbst zu löschen. Statt dessen entfacht er mit der Angliederung der Sudeten eine allgemeine Kriegsbereitschaft gegen Deutschland.

Den zweiten und durchschlagenden Anlaß für den Kriegsausbruch liefert Hitler mit der Besetzung der Tschechei. Er verletzt damit Völkerrecht. Er bricht das gegebene Wort und er verläßt die bislang legitime Linie seiner Außenpolitik, nur deutsche Menschen 'heim ins Deutsche Reich' zu holen. Mit diesen drei Rechts-, Wort- und Politikbrüchen überschreitet Hitler die Grenze dessen, was die Versailler Mächte bereit sind hinzunehmen. Doch in London und Paris fühlt man sich auch diesmal außerstande, militärisch gegen Deutschland vorzugehen. Aber mit der Besetzung Prags reift bei Briten und Franzosen der Entschluß, Hitler und dem Deutschen Reich so schnell wie möglich die Rechnung für die



Missetat an der Tschechei zu präsentieren. Die offenen Posten auf der Rechnung heißen:

- Strafe für die Besetzung der Tschechei, Wiederherstellung der Machtverhältnisse von Versailles,
- Kündigung des Britisch-Deutschen Flottenabkommens
- britische 'balance of power' und
- französische Vorherrschaft auf dem Kontinent.

Auch wenn sich die letzten beiden Posten gegenseitig ausschließen, so schreibt eben England den einen und Frankreich den anderen auf die Rechnung.

Ohne die Tschechei-Besetzung hätten die Regierungen in Paris und London den Bürgern Frankreichs und Englands kaum erklären können, warum sie der deutschen Stadt Danzig wegen für Polen in den Krieg ziehen sollen."

Zum Beitrag Polens

"Die alte Hansestadt [Danzig] mit 97 % deutscher Bevölkerung ist für die Polen mit eigenen Wünschen und historischen Erinnerungen befrachtet. Marschall Rydz-Smigly bringt das am 20. Juli 1939 in einem offiziellen Kommuniqué so auf den Punkt:

'Eine Besetzung Danzigs durch Deutschland würde ein Akt sein, der uns an die Teilung Polens erinnert'

So kommt es dann an jenem 26. März 1939, als Botschafter Lipski die Ablehnung der deutschen Vorschläge und Wünsche aus Warschau überbringt, zu der für Polen so verhängnisvollen Erklärung, bei der Lipski droht: 'Ich habe die unangenehme Pflicht, darauf hinzuweisen, daß jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere insoweit sie die Rückkehr Danzigs zum Reich beträfen, den Krieg mit Polen bedeutet.'

Die polnische Regierung erklärt hier und mehrmals später, daß Polen bei einem Anschluß Danzigs Krieg mit Deutschland führen werde. Sie schafft den Anlaß für den Krieg, indem sie ein lokales, nicht kriegswürdiges Problem, bei dem nicht einmal polnisches Territorium betroffen ist, zum Kriegsanlaß erklärt. Ohne diese vorgezogene Kriegserklärung hätte die Danzig-Frage zu weit geringeren Kosten geregelt werden können."

Zum Beitrag der Sowjetunion

"Die sowjetische Führung versucht kein einziges Mal, bei den Differenzen zwischen den Deutschen und den Polen zu vermitteln und damit dem Frieden eine Chance zu geben. Stalin setzt von Anfang an auf einen Krieg, von dem er annimmt, daß er die territoriale Ordnung Osteuropas zum Vorteil der Sowjetunion verändert."

Zum Beitrag der USA

"Roosevelts Haßgefühle gegenüber Hitler haben auch gewiß nicht dadurch abgenommen, daß der deutsche Diktator auf einem Feld der Politik Erfolg verbucht, wo er ihn selber gerne hätte. Deutschlands 6,3 Millionen Arbeitslose sind 1936 zum größten Teil zurück in Lohn und Brot, und Roosevelt mit 12,8 Millionen Menschen ohne Job im Jahre 1933 sitzt trotz seines New-Deal-Programms 1938 immer noch auf 10,4 Millionen Arbeitslosen. So wird Hitlers deutscher Weg mit seinem 'Wirtschaftswunder' auch zu einem Popularitätsproblem für Roosevelt im eigenen Land."

Es folgt eine Bewertung aus amerikanischer Sicht:

"Sein [des amerikanischen Präsidenten] Botschafter in England Josef Kennedy hat im Dezember 1945 rückblickend auf seine Zeit in London gesagt: Weder die Franzosen noch die Briten hätten aus der deutsch-polnischen Frage einen Kriegsgrund gemacht, wenn nicht Washington dauernd gebohrt hätte."

Die Bilanz faßt dann die Botschaft des Buches knapp zusammen, wo der Verfasser schreibt:

"Roosevelt verspricht Chamberlain und Daladier Hilfe gegen Deutschland und bestärkt sie, nicht vor einem weiteren Krieg zu scheuen. Chamberlain nimmt den Polen mit seinem Beistandsangebot den letzten Anreiz, auf die deutschen Wünsche einzugehen. Zum Schluß verspielt er mit seiner vorgetäuschten Vermittlungstätigkeit die letzten Zeitreserven Hitlers. Daladier und Gamelin locken die Polen mit dem Versprechen eines französischen Großangriffs gegen Deutschlands Westfront auf einen 'Siegespfad', der im Desaster für die Polen endet. Stalin schürt die Kriegsbereitschaft aller Seiten. Und Roosevelt, als er von den sowjetischen 'Interessen' an Ostpolen hört, läßt die Polen ungewarnt, damit sie nicht am Ende doch noch Danzig opfern und dadurch einen Krieg verhindern. Polen ist für alle nicht ein Schützling, sondern nur das Mittel, das mit Sicherheit den nächsten Krieg ermöglicht. Aber Polen ist dabei nicht nur das Opfer. Die Qualen, die die Polen 'ihren' Deutschen, Weißrussen und Ukrainern antun, wiegen im Sommer 1939 schwerer als das Danzig-Korridor-Problem. Resümierend kann man sagen, daß die hier genannten Akteure jeder auf seine ganz eigene Weise - den Zweiten Weltkrieg mit angezettelt haben. Mitschuldig an diesem neuen Krieg sind die Regierungen und Staaten, die in Versailles und Saint-Germain die Gründe für den nächsten Krieg geschaffen und später bei Gefahr bewußt verhindert haben, daß die Gründe beseitigt werden konnten.

Soweit zu dem, was Asher ben Nathan gemeint hat, als er sagte: 'Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist.' Hitler löst am frühen Morgen des 1. Septembers 1939 die Schüsse der deutschen Wehrmacht gegen die polnische Armee aus und reißt die Welt damit in einen Strudel, der bis heute nachwirkt."

So zeigt sich: es war nicht Hitler allein.

Gerd Schultze-Rhonhof hat damit ein Buch geliefert, das wegführt von der dogmatisierten Geschichtsschreibung der Siegermächte und hin zu einer sachlichen und – soweit es das überhaupt geben kann – objektiven und unvoreingenommenen Sicht der Dinge. Er hat die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges in ihrer Vielfalt politischer und menschlicher Verstrickungen geschildert.

Das Buch steht im Gegensatz zur veröffentlichten Meinung und zur Dogmenlage der Gegenwart. Noch gilt in der Öffentlichkeit die Alleinschuld der Deutschen als erwiesen. Sie wurde sogar in der Rechtsprechung mit dem § 130 StGB festgeschrieben. Aber Schultze-Rhonhofs Buch ist im Einklang mit den Aussagen der Dokumente und mit den Fakten, die in den Archiven über das damalige Geschehen nachzulesen sind

Es gibt keine einfache Erklärung für den Kriegsausbruch. Die Aufgabe des Politischen ist für den Menschen zu schwer. Sein Versagen vor der Aufgabe, Frieden zu halten, gehört zur 'Signatur der Humanitas' (Peter Sloterdijk). Die Politiker des 20. Jahrhunderts machen da keine Ausnahme.

Daß die Weltkriege besonders viel Elend mit sich gebracht haben, liegt sicher auch an der technisch so viel "effektiveren" Bewaffnung. Es waren Physiker und Techniker die dieses Instrumentarium ermöglichten. Die Politiker haben es nur eingesetzt.

Wir leben gefährlich, die Gefahr geht vom Menschen aus.

Der Mann, der zu viel wußte

Von Thomas Dunskus

In jüngster Zeit befassen sich immer wieder Bücher mit Rudolf Heß, mit seinem Flug, mit seiner Mission und mit seinem Ende. Die meisten Autoren sind Engländer – Peter Padfield, Hugh Thomas, Peter Allen, Lynn Picknett et al. oder Martin Allen – gleichsam, als ob sein Geist seinen ehemaligen Gegnern keine Ruhe ließe – ganz so wie der Geist des gemordeten Banquo den schottischen König Macbeth heimsuchte.

Der einsame Flieger

Vor mehr als einem halben Jahrhundert, im Mai 1941, als die meisten heute Lebenden noch gar nicht geboren waren, flog in einem Krieg, der sich bald darauf zum Zweiten Weltkrieg ausweitete, ein einzelner Mann ohne Eskorte von Augsburg ins schottischen Hochland. Er steuerte selbst seine unbewaffnete zweimotorige Messerschmitt 110. Das Flugzeug war eigens für diese Mission umgerüstet worden, u.a. indem unter den Flügeln zwei abwerfbare Zusatztanks angebracht waren. Der Mann glaubte, an seinem Zielort von einer Anzahl hochrangiger britischer Politiker empfangen zu werden, die mit ihm Gespräche über eine Beendigung der Feindseligkeiten zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien führen würden. Als er feststellen mußte, daß keine Vorkehrungen für seine Landung getroffen worden waren, beschloß er, mit dem Fallschirm abzuspringen, obwohl er vermutlich noch über genug Treibstoff verfügte, um wieder deutsches Gebiet zu erreichen, etwa im besetzten Norwegen. Er verletzte sich beim Absprung geringfügig und wurde am Boden gefangen genommen.

Der Mann hieß Rudolf Heß, er war in der NSDAP Stellvertreter des Parteiführers Adolf Hitler, und auf Regierungsebene, nach Göring, designierter Nachfolger des Reichskanzlers. Vom Zeitpunkt seiner Gefangennahme auf schottischem Boden im Mai 1941 bis zu seinem Tode durch Erhängen oder Strangulierung im Spandauer Gefängnis 46 Jahre später sollte er nie wieder ein freier Mann sein.

Als seine Mission fehlschlug, erklärte man ihn von deutscher Seite aus für wahnsinnig, während sich die Regierung in London nie darüber klar werden konnte, ob er ein einfacher Kriegsgefangener war oder ein geistig verwirrter Mensch, den man entsprechend der Genfer Konvention hätte nach Hause schicken müssen.

Vor seinem wagemutigen Flug hatte die NS-Regierung eine Reihe von antijüdischen Gesetzen erlassen, sie hatte ein Pogrom inszeniert oder jedenfalls toleriert und sie verfolgte eine expansionistische und aggressive Politik in Mitteleuropa, jedoch fragt sich der heutige Betrachter, warum das alliierte Militär-Tribunal in Nürnberg diesen Mann für den Rest seines Lebens praktisch ohne Kontakt zur Außenwelt hinter Gitter

sperren mußte, während andere Personen aus Hitlers näherer Umgebung, die in den späteren Kriegsjahren eine weitaus aktivere Rolle gespielt hatten, nach einer Reihe von Jahren aus der Haft entlassen wurden. In den letzten fünfundzwanzig Jahren seines Lebens war Heß der einzige Häftling im Spandauer Gefängnis; er wurde von einem monatlich wechselnden Wachkommando von jeweils einer der vier alliierten Mächte bewacht. Seine Familie hatte Erlaubnis, ihn einmal im Monat zu besuchen, jedoch wurden die Gespräche streng überwacht und waren strikt auf persönliche Angelegenheiten beschränkt. Des öfteren gab es Eingaben mit dem Ziel einer Haftentlassung, die aber kein Gehör fanden. Sein Tod ist nicht völlig geklärt. Die offizielle Version besagt, daß er sich mit einem Elektrokabel erhängte, jedoch sprechen die Umstände dagegen und die Befunde einer Obduktion lassen auch die Möglichkeit einer Strangulation zu. Es bestand zu jenem Zeitpunkt zumindest die Möglichkeit, daß die Sowjetunion Heß aus eigenem Entschluß freilassen könnte - dazu war sie, wie auch die anderen ehemaligen Bundesgenossen, jeweils dann berechtigt und in der Lage, wenn sie den Wachdienst stellte und sie hätte damit gewisse politische Resultate erzielen können.

In den Jahren nach dem 2. Weltkrieg wurden gelegentlich Bücher über Heß geschrieben; die Literatur wuchs nach seinem Tode erheblich an, und man befaßte sich immer intensiver mit dem Menschen Heß, mit seinem Flug, mit seiner Mission und mit seinem Tod. Von einigen allzu weit hergeholten Theorien einmal abgesehen, scheinen sich die jüngsten Werke in einer Reihe von Punkten ziemlich einig zu sein:

- Heß war einer der vernünftigsten, international erfahrensten, bestinformierten und am wenigsten dogmatischen Vertreter des Dritten Reiches
- Sein Einfluß auf die Parteipolitik war mäßigend und von hohen moralischen Prinzipien geleitet
- Trotz offizieller Dementis unternahm er den Flug mit Hitlers Wissen und dessen voller Unterstützung
- Es gab im Jahre 1941 eine starke britische Friedensfraktion, vor allem in der Aristokratie, bis hinauf in die königliche Familie
- Sein Schicksal war eng mit dem des Herzogs von Kent verknüpft, dem jüngsten Bruder des englischen

- Königs Georg VI.
- Winston Churchill war schlau genug, Heß und die britische Friedenspartei auszunutzen und so Hitler zu bewegen, die Sowjetunion anzugreifen.

Natürlich konzentrieren sich die verschiedenen Autoren auf unterschiedliche Aspekte dieses Themas und haben unterschiedliche Ansichten in Bezug auf die diversen Fragen, die zur Debatte stehen. Martin Allens jüngstes Buch "The Hitler-Heß Deception", erhellt vor allem die Ereignisse, die dem Flug vorausgingen; es ist gewissermaßen eine Fortsetzung zu seinem Buch "Hidden Agenda", das die deutschen Bemühungen um den abgedankten englischen König Eduard VIII., den späteren Herzog von Windsor, beleuchtet, sowie das Übereinkommen, das der Herzog und Hitler 1940 möglicherweise trafen.

Martin Allens Bücher sind in Großbritannien bei berühmten Verlagen erschienen, so bei Macmillan und Harper-Collins. in Deutschland hatten sie es schwerer: "Hidden Agenda" sollte Ende 2001 unter dem Titel "Geheime Dienste" als 320-seitiges Buch beim Diana-Verlag in München herauskommen, wurde möglicherweise auch gedruckt, hatte sogar schon einen ISBN-Eintrag und steht immer noch bei Amazon.de im Internet, es ist dann jedoch nie auf den Markt gekommen. Schließlich erschien es unter dem leider etwas reißerischen Titel "Lieber Herr Hitler" im Druffel-Verlag, offenbar in einer neuen Übersetzung. Auch "The Hitler-Hess Deception" ist mittlerweile auf deutsch erhältlich, als "Churchills Friedensfalle", ebenfalls bei Druffel.

Für Martin Allen, aber auch für andere Autoren, ist der Flug nach Schottland in keiner Weise die von heute auf morgen durchgeführte Tat eines Irrsinnigen, sondern vielmehr der Höhepunkt einer ganzen Reihe von Kontakten zwischen Heß und britischen Partnern, bei denen der britische Sonderbotschafter und Bevollmächtigte mit Sonderauftrag in Spanien, Sir Samuel Hoare (der spätere Lord Templewood), eine Hauptrolle spielte.

Es ist wichtig, sich in diesem Zusammenhang vor Augen zu halten, daß Hoare, der schon 1918 in Moskau Erfahrungen in geheimdienstlichen Angelegenheiten sammeln konnte, von Churchill sofort nach dessen Amtsantritt im Mai 1940 nach Madrid delegiert wurde. Seine offizielle Aufgabe war, Spanien mit allen Mitteln von einem Kriegseintritt an der Seite Hitlers abzuhalten. Der

bis dahin in Madrid tätige britische Botschafter wurde gleichzeitig Hals über Kopf abberufen.

Gute Kontaktmöglichkeiten

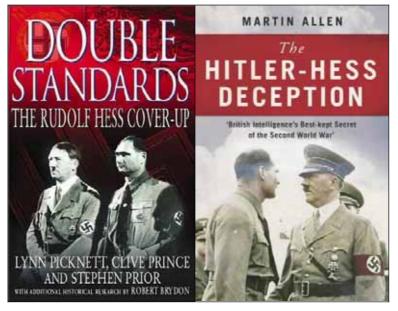
Hoare schreibt in seinen Memoiren ("Ambassador on Special Mission", Collins 1946, antiquarisch erhältlich, 1949 auch ins Deutsche übersetzt), die Wohnungssituation in Madrid in jenem Jahr nach Beendigung des Bürgerkriegs sei so angespannt gewesen, daß er große Schwierigkeiten gehabt habe, eine angemessene Residenz zu finden und schließlich in den sauren Apfel beißen mußte, Nachbar des deutschen Botschafters, Baron von Stohrer zu werden – "nur eine Mauer trennte unsere beiden Häuser" – denn ein Aufenthalt im Ritz wurde ihm durch die Anwesenheit von Scharen deutscher Spione unerträglich.

Diese Wohnungswahl hat mehr als einen ungewöhnlichen Aspekt. Erstens wäre es im Prinzip für Hoare möglich gewesen, wenigstens für den Anfang die Residenz seines Vorgängers zu übernehmen. Zweitens wurde das erwähnte Gebäude schon innerhalb der ersten Tage nach Hoares Ankunft ausgewählt, ohne daß eine größere Suche stattgefunden hätte, wie aus den Daten in den Hoare-Memoiren klar hervorgeht. Drittens lag Hoares zukünftige Residenz nicht nur neben Stohrers Haus, sondern – an einem Hang – etwa sechs Meter unterhalb von diesem, so daß sich für die deutsche Seite exzellente Beobachtungsmöglichkeiten ergaben. Viertens verstarb der für die Wohnungssuche verantwortliche Mitarbeiter der britischen Botschaft, Brigadier Torr, ein Jahr später bei einem Flugzeugunfall in Spanien. Schließlich ist es merkwürdig, daß die Stohrersche Residenz nach dem Kriege durch das Foreign Office erworben wurde; sie wurde seitdem wieder verkauft, ist aber als Gebäude immer noch erhalten, während Hoares Wohnhaus einem Wolkenkratzer weichen mußte.

Man kann aus diesen Umständen nur schließen, daß die örtlichen Gegebenheiten für diskrete Gespräche

zwischen Deutschen und Briten von Londoner Seite aus sehr günstig gestaltet wurden. Des weiteren ist interessant, daß Stohrer in früherer Zeit lange in Ägypten tätig war, wo er Umgang mit der in Alexandria ansässigen Familie Heß pflegte und auch Rudolf Heß gut kannte.

All diese Aspekte fügen sich in das Puzzle von Flügen, die Heß in den zwölf Monaten nach Mai 1940



unternahm, ganz glatt ein; Einzelheiten dazu sind in Martin Allens Buch zu finden, aber auch in den Erinnerungen des Messerschmitt-Einfliegers Kaden (www.meinungsfreiheit.de), der dort genaue Angaben zum Flieger Heß und seinen Übungsflügen gemacht hat. Ein Buch von Nesbit und Van Acker ("The Flight of Rudolf Hess", Sutton 1999), das sich speziell mit technischen Fragen des Fluges befaßt, ist in seiner Darstellung nicht sehr überzeugend und enthält diverse technische Ungereimtheiten.

Es ist in hohem Maße wahrscheinlich, daß sowohl in Madrid als auch in der Schweiz deutsch-britische Gespräche stattgefunden haben, bei denen Heß eine Schlüsselrolle zukam. Schon im ersten Kriegsjahr, 1939/40 hatte es, folgt man den Ausführungen Martin Allens in "Hidden Agenda", deutsche Kontakte mit dem Herzog von Windsor in Spanien und Portugal gegeben, an denen sogar Heydrich beteiligt war. Einen weiteren und äußerst wichtigen Part spielte in diesem Zusammenhang die Familie Haushofer, und zwar sowohl der junge Albrecht Haushofer, der Ende April 1945 in Berlin ermordet wurde, vermutlich von der Gestapo, als auch sein Vater, Professor Karl Haushofer, über den erste Fäden zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich gesponnen wurden. Als Professor für Geopolitik in München war er Anfang der zwanziger Jahre der Lehrer von Rudolf Heß gewesen, dem dieser auch in der Folgezeit sehr verbunden blieb.

Für Martin Allen handelte es sich bei den Gesprächen in den Jahren 1940/41 – ob sie nun von deutscher Seite oder, wahrscheinlicher, von London aus eingefädelt wurden – um eine Falle, die Churchills *Strategic Operations Excutive, SOE,* den Deutschen stellte, um sie in einen Krieg mit der Sowjetunion zu treiben und auf diese Weise den deutschen Druck auf Großbritannien zu vermindern. Allen befaßt sich weniger mit der Frage, ob es wirklich eine Friedenspartei auf britischer Seite gab, möglicherweise unter der Führung des Herzogs von Hamilton, dem Ersten Schottischen *Peer;* für ihn ist am wichtigsten, daß die Deutschen dazu gebracht wurden, daran zu glauben und so einen Krieg gegen die Sowjetunion zu wagen.

Der mysteriöse Tod von Albrecht Haushofer

In dem Moment, als Hitler losmarschierte, wurde Heß überflüssig, er konnte jedoch nicht freigelassen werden, weil er ja über die Vorgeschichte Bescheid wußte und es mußten auch alle entsprechenden Spuren beseitigt werden. Diese Vertuschungsaktion fand sofort nach Kriegsende statt; alle in Deutschland greifbaren Papiere wurden beschlagnahmt. Im Frühjahr 1946 begegneten sich Professor Haushofer und Heß ein letztes Mal in Nürnberg; wenige Tage später starben Haushofer und seine (halbjüdische) Frau unter mysteriösen Umständen. Ihr Tod wurde als Selbstmord angesehen. Martin Allen berichtet jedoch in seinem Buch, daß ins-

besondere Kim Philby, ein Mitglied des von Moskau rekrutierten und in London aktiven "Cambridge Five" bei dieser Aktion an entscheidender Stelle tätig war. Als sowjetische Spione hatten Philby und sein Kreis schon während des Krieges Kenntnis von den deutschbritischen Gesprächen, so daß Moskau frühzeitig über alle Entwicklungen Bescheid wissen konnte. Nach seiner Enttarnung um 1960 floh Philby in die Sowjetunion.

Ein weiteres Ereignis, das man auf den ersten Blick nicht mit der nachträglichen Beseitigung von Spuren in Verbindung bringt, das jedoch schon früh eine Rolle gespielt haben mag, ist die Ermordung Heydrichs in Prag im Mai 1942. Sie wurde zwar von tschechischen Widerstandskämpfern ausgeführt – Heydrich war ja Statthalter des Deutschen Reiches in der Prager Burg – die Täter kamen jedoch aus England. Eine Beseitigung Heydrichs wäre wegen seiner Kenntnisse über die deutsch-britischen Gespräche nützlich gewesen, er kam auch als zukünftiger Gesprächspartner nicht in Frage, im Gegensatz vielleicht zu den Haushofers.

Das Buch "Double Standards" von Lynn Picknett et al. (Little, Brown and Co. 2001) gibt uns eine detailliertere Analyse der politischen Situation in Großbritannien während der ersten Kriegsjahre. Die Autoren bejahen entschieden die Frage nach der Existenz einer Friedenspartei; die Gruppe stand für sie unter der Führung des Herzogs von Hamilton, der, wie ja auch Heß, ein erfahrener Flieger war. Die Frage bleibt hier offen, ob diese Fraktion bewußt Churchill in die Hände spielte, ob sie zu einer Zusammenarbeit mit Churchills Kriegskabinett gezwungen wurde – politische Gegner der Regierung waren bereits interniert worden - oder ob der Premierminister ihre Bemühungen um einen Frieden lediglich als Köder für Hitler einsetzte. Demgegenüber wird in diesem Buch die pro-deutsche Haltung des britischen Adels, bis hinauf zur Königsfamilie entschieden hervorgehoben, wie auch die Bemühungen dieser Kreise, den Krieg mit Deutschland zu beenden.

"Double Standards" behandelt in großer Ausführlichkeit die verschiedenen Orte, an denen Heß gefangen gehalten wurde, die Einzelheiten seiner Verlegungen und die Bedingungen seiner Haft.

Ungeklärter Flugzeugabsturz

In der zweiten Hälfte des Werkes werden Bemühungen seitens des Herzogs von Kent, des jüngsten Bruders des britischen Königs, beschrieben, Rudolf Heß außer Landes zu bringen, möglicherweise nach Schweden. Der Tod des Herzogs von Kent beim Absturz seines Sunderland-Flugbootes 1942 in Schottland ist eine Tatsache, und die Autoren führen eine Reihe von Indizien an, die belegen könnten, daß Heß an Bord war und somit ebenfalls im schottischen Hochland seinen Tod fand. Wie bereits erwähnt, ist eine solche Theorie jedoch nicht völlig überzeugend, wenn auch die Umstände des Absturzes der Sunderland nie vollständig geklärt

worden sind.

Es wäre in einem solchen Fall auch nötig gewesen, einen "Doppelgänger" für Heß in Szene zu setzen, ein Unterfangen, das zwar nicht unmöglich, aber ohne Zweifel recht schwierig gewesen wäre. Heß' Verhalten im Nürnberger Prozeß, bei dem er täglich mit engen Bekannten aus dem Dritten Reich zusammentraf, ist zwar als ungewöhnlich und sprunghaft beschrieben worden, doch kann man sich nur schwer vorstellen, daß Leuten wie Göring ein Doppelgänger nicht aufgefallen wäre.

Die Doppelgänger-Theorie

In einem Buch über Heß ("The Murder of Rudolf Hess", Hodder and Stoughton 1979) unterstützt Hugh Thomas, seinerzeit Arzt im Spandauer Gefängnis, die Doppelgänger-These unter Hinweis auf fehlende Narben einer Verwundung von Heß im 1. Weltkrieg. Seine Untersuchungen waren jedoch recht oberflächlich; außerdem berichtet ein aus Nordafrika stammender späterer Krankenpfleger, der Heß in dessen letzten Jahren im Spandauer Gefängnis versorgte, dieser habe sich mit ihm in arabischer Sprache mit ägyptischem Akzent unterhalten – für den echten Heß durchaus plausibel, er war ja in Ägypten aufgewachsen, für einen Doppelgänger äußerst unwahrscheinlich. Man weiß natürlich nicht genau, ob der Krankenpfleger die Wahrheit gesagt hat.

Die meisten heutigen britischen Autoren sind sich darüber einig, daß Churchill in dieser oder jener Weise die Deutschen in einen Krieg gegen die Sowjetunion lotste, dann die Entwicklung abwartete und schließlich an die Seite Stalins trat, als es der Wehrmacht nicht gelungen war, den Feind in einem ersten Ansturm zu vernichten.

Die sowjetischen Vorbereitungen für einen Krieg gegen Deutschland (und vielleicht auch gegen den Rest Europas) sind in letzter Zeit in einer Reihe von Veröffentlichungen diskutiert worden, die sich darin einig sind, daß der Aufmarsch der Roten Armee im Westen des Landes eine Offensive im Sommer oder Herbst 1941 zugelassen hätte, der die Deutschen nur zuvorgekommen sind. Stalin hatte, wie mehrere Autoren nachweisen, im Westen eine Streitmacht zusammengezogen, die auf einen Angriff aus zwei nach Westen hineinragenden Gebieten ausgerichtet war, jedoch aus verständlichen Gründen hinter sich keine Verteidigungslinien aufgebaut hatte und somit durch den deutschen Angriff schnell und völlig zerrüttet wurde.

Churchills Rolle

Im Hintergrund der zahlreichen Bücher, die der britischen Politik in den ersten Jahren des 2. Weltkriegs gewidmet sind, steht die Frage nach den Gründen für Churchills antideutsche Haltung, die Frage, ob er sich über die möglicherweise entsetzlichen Konsequenzen seiner Politik im Klaren war und die Frage, inwieweit er

die sich abzeichnende Entwicklung guthieß. "Double Standards" spekuliert, daß Heß London gegenüber eventuell so weit gegangen sei, eine Veränderung an der Spitze des Deutschen Reiches vorzuschlagen – mit Hitler auf den mehr zeremoniellen (und vakanten) Posten eines Reichspräsidenten und Heß mit dem Posten des Reichskanzlers. Eine solche deutsche Konzessionsbereitschaft, verglichen mit der früheren starren Haltung, etwa in München, könnte einleuchten, denn die britische Haltung hatte sich seither ja durch den Kriegeintritt Londons und durch die massive britische Aufrüstung erheblich verändert.

Was an der britischen Geheimaktion - wenn sie denn in der beschriebenen Weise erfolgt ist - erschreckt, ist die Skrupellosigkeit, mit der die Regierung Churchills daranging, zwei Diktaturen gegen einander auszuspielen. Der Ausgang eines solchen Duells war durchaus unklar; sicher war lediglich, daß die Freiheit und Unabhängigkeit ganz Osteuropas preisgegeben wurde, egal wie der Krieg im Osten ausging. Diese Tatsache entwertet den möglichen Einwurf, daß London keinesfalls einen Frieden mit dem Reich hätte abschließen können, weil Großbritannien ja gerade in den Krieg eingetreten war, um die Integrität Polens zu garantieren. Es sind vielleicht diese Überlegungen moralischer Natur, in denen sich das Unbehagen britischer Autoren widerspiegelt in Bezug auf Entscheidungen, die damals von einer Handvoll Leuten in Whitehall in ihrem Namen und über ihre Köpfe hinweg getroffen wurden.

Antideutsche Verbohrtheit

Ein Hinweis auf die Motive Churchills findet sich vielleicht in den Dokumenten, die in der deutschen Ausgabe von Martin Allens Buch "Churchills Friedensfalle" abgebildet sind; im englischen Original werden sie nur im Text zitiert. So schreibt etwa Robert Vansittart, Ständiger Berater des *Foreign Office*, im September 1940 seinem Außenminister Halifax eine Notiz, in der er sich zu einem Friedensfühler äußert, der von deutscher Seite via Stockholm ausgestreckt wurde; Hitlers persönlicher Rechtsanwalt, Dr. Weißauer, hatte den britischen Botschafter, Mr. Mallet, angesprochen:

"Ich hoffe, Sie werden Mr. Mallet anweisen, unter keinen Umständen Dr. Weißauer zu treffen. Die Zukunft der Zivilisation steht auf dem Spiel. Es heißt jetzt du oder ich, und entweder muß das Deutsche Reich untergehen oder unser Land, und nicht nur untergehen, sondern wirklich untergehen. Ich glaube, es wird das Deutsche Reich sein. Das ist durchaus nicht dasselbe, als wenn man sagen würde, Deutschland muß untergehen, aber das Deutsche Reich und die Reichsidee sind seit 75 Jahren der Fluch der Welt, und wenn wir es diesmal nicht anhalten, schaffen wir es nie, und sie werden uns anhalten. Der Feind ist das Deutsche Reich und nicht bloß der Nazismus, und wer das noch nicht begriffen

hat, hat überhaupt nichts begriffen und würde uns in einen sechsten Krieg führen, selbst wenn wir den fünften überstehen würden. Jedwede Möglichkeit für einen Kompromiß ist jetzt entfallen, und es muß ein Kampf bis zum Ende sein, und zwar bis zu einem wirklichen Ende." (Unterstreichungen im Original)

Dieser Brief zeichnet ein sehr lehrreiches Bild in Bezug auf die geistige Haltung der kleinen Gruppe von Männern, die 1940 in London an der Regierung waren. Der Kampf gegen Hitler war sekundär, es ging nur darum, im Rahmen eines größeren Kampfes Deutschland als politische Kraft zu eliminieren, um das Empire zu erhalten. Wenn Vansittart von einem "fünften Krieg" spricht und Halifax ihn offensichtlich versteht, fragt man sich automatisch nach den vier anderen. Der 1. Weltkrieg war natürlich die Nummer vier, aber die restlichen drei Kriege, in denen England nach 1860 gegen das Reich stand, sind etwas geheimnisvoll, denn es hatte ja keine offenen Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern gegeben. Man kann nur vermuten, daß die Kriege, die Preußen 1864, 1866 und 1870/71 gegen dritte Länder geführt hatte, für Vansittart echte britische Kriege gegen ein sich bildendes Deutsches Reich waren. Solche Überlegungen führen zu interessanten Schlußfolgerungen hinsichtlich geheimer britischer Aktivitäten hinter den Szenen der europäischen Politik im 19. Jahrhundert.

Der Hass Vansittarts auf das Deutsche Reich war zweifellos krankhaft; dies kommt in einem Pamphlet ("Black Record, Germans Past and Present", Hamish Hamilton 1941) zum Ausdruck, das er Dorothy Thompson widmete und das auf einen raschen Kriegseintritt der USA abzielte. Er sieht keinerlei Unterschied zwischen dem Kaiserreich und Hitlers Politik und fordert die Welt auf, das Deutsche Reich, in welcher Form es auch immer auftritt, zu Boden zu schlagen. Er schildert ein Erlebnis auf einem deutschen Segelschiff, auf dem er als junger Mann gereist war: ein Neuntöter, den er mit dem Deutschen Reich gleichsetzt, spießte seine Beute an irgendwelchen Dornen auf, Vansittart war davon so erbost, daß er eine Pistole zog und den Vogel vom Deck aus mit Schüssen zu erledigen suchte. Ob so etwas sich wirklich zugetragen hat oder nur der Phantasie entsprang – der Schluß drängt sich auf, daß es sich um einen kranken Geist handelte, der vielleicht auf diese Weise seine deutsche Abstammung vergessen machen wollte.

Der naive Widerstand

Im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 ist auch die Frage wieder diskutiert worden, welche Haltung die westlichen Alliierten, und hier vor allem London, in Bezug auf den deutschen Widerstand hatten. Auch hier ist es interessant und lehrreich, daß eine sehr kritische Einschätzung der britischen Politik in dieser Sache von einem engli-

schen Autor stammt. Richard Lamb hat in zwei Büchern "The Ghosts of Peace" (urspr. Titel "Whitehall Madness", Michael Russell 1987) und "The Drift to War", (W.H. Allen & Co. 1989) die Zeit zwischen dem Ende des 1. und des 2. Weltkriegs beleuchtet; in dem ersterwähnten Buch (in Deutschland unter dem Titel "Der verfehlte Frieden" erschienen) befaßt er sich in der Hauptsache mit den von britischer Seite unausgenutzten Möglichkeiten, den 2. Weltkrieg frühzeitig zu beenden, mit unsinnigen alliierten Projekten zur Entmannung Deutschlands, wie etwa dem Morgenthau-Plan, die den Krieg um ein Jahr verlängerten und katastrophale Konsequenzen hatten, vor allem aber auch mit der unvernünftigen Haltung Londons gegenüber dem deutschen konservativen Widerstand. In den Tagen nach dem 20. Juli 1944 überschritt die britische Politik durch BBC-Sendungen die Grenze zum Verrat an Männern wie Adam von Trott und vielleicht sogar auch an Albrecht Haushofer, die unter Übernahme extremer persönlicher Risiken eine Verbindung zu London aufgebaut und aufrechterhalten hatten, um das Schlachten der europäischen Völker untereinander zu verhindern oder wenigstens zu verkürzen. Lambs Analyse läuft in die gleiche Richtung wie die von Martin Allen: es ging nicht um die Niederwerfung Hitlers, Ziel war die Zerstörung Deutschlands als Macht im Zentrum Europas.

Churchills Fiasko

In ihrem Bemühen das *Empire* zu retten brachten es Churchill und seine Männern nicht nur fertig, am Ende alles zu verlieren, was sie zu erhalten versucht hatten; es erreichten gleichzeitig, halb Europa in den Ruin zu treiben und den Rest, einschließlich ihres eigenen Landes, extrem zu schwächen. Die Autoren von "Double Standards" diskutieren des längeren, welche Tragödien allen Beteiligten erspart geblieben wären, wenn Heß' Mission zu einem Erfolg geführt hätte. In einer fast schon hämisch zu nennenden Analyse betrachten sie die Art Europa, die sich aus einem halbwegs vernünftigen Frieden mit Deutschland hätte ergeben können und vergleichen sie mit der jetzigen Situation Europas – die Unterschiede sind für sie minimal, von der Verschiebung der deutsch-polnischen Grenze einmal abgesehen.

Martin Allen stellt uns Heß als sympathischen, mutigen und ehrenwerten Menschen vor, die vier Autoren von "Double Standards" gehen jedoch einen großen Schritt weiter. Vier Hauptleuten gleich, tragen sie Rudolf Heß wie den toten Hamlet auf die Bühne und rufen ihm nach "er hätte, wär' er hinaufgelangt, unfehlbar sich höchst königlich bewährt". Insofern ist es unwichtig, ob er seine letzte Ruhestätte in Wunsiedel neben seinen Eltern gefunden hat oder aber irgendwo in Schottland, neben den armen Kerls, die auf Eagles Rock mit dem Herzog von Kent ihr Leben verloren haben.

Weiterhin Geheimhaltung

Das letzte Buch zu diesem Thema kann noch nicht geschrieben werden, weil gewisse und möglicherweise entscheidende Dokumente noch bis 2017 einer Sperrfrist unterliegen und andere Akten aus den offiziellen Archiven in die Archive der britischen Krone verlagert und dadurch normalen Offenlegungspraktiken entzogen worden sind. Allein dieser Umstand zeigt, daß die Königsfamilie mit dem Fall Heß etwas zu tun hatte – sonst

könnte sie diese Akten nicht beanspruchen. Jedoch enthält auch die heutige Literatur schon so viele Hinweise, die darauf warten, untersucht zu werden, und wir können hoffen, daß bald noch mehr Licht auf jene Ereignisse fallen wird, die unsere heutige Welt in so starkem Maße geformt haben – und auch weiterhin gestalten.

Zuerst veröffentlich in *The Revisionist* 2(1) (2004), S. 105-107 mit Überarbeitungen durch den Verfasser.

Leserbriefe

Zu: I. Shamir, "Über Antisemitismus und Untermenschentum", VffG, 8(2) (2004), S. 206-211

Shamir nennt es einen rassistisch-jüdischen Standpunkt, Karl Marx dem Judentum zuzurechnen, obwohl er getauft war, sich selbst nicht als Jude verstand und extrem judenfeindliche Texte verfaßte. Da lachen aber die Hühner in Tel Aviv und Jaffa. Der jüdische Autor William S. Schlamm bestätigte zwar einerseits:¹

"Es gibt wohl kaum eine bestialischere Art, von den Juden und dem Jüdischen zu reden, als die Eloquenz des getauften Juden Karl Marx."

Aber sein Freund und Mitstreiter Friedrich Engels meinte, Marx sei "von stockjüdischem Blut".²

In seinem Buch *Der Jude und sein Judentum* behauptete Martin Buber:³

"Auch der rheinische Judenstämmling Karl Marx ist nur ein Übersetzer des jüdischen Zukunftsglaubens und Zukunftswillens gewesen."

Nach Sergej Bulgakow⁴

"stellt der moderne Sozialismus eine Renaissance der altjudäischen messianischen Lehren dar; K. Marx und Lassalle sind Apokalyptiker neuen Zuschnitts, die das messianische Reich prophezeien. [...] Der Sozialismus ist eine auf dem Atheismus beruhende Religion."

Diese Sicht zur Zeit der "Oktoberrevolution" bestätigte später Arnold Toynbee:⁵

"Das traurige Schauspiel der Leiden der Industriearbeiter und die Duldung dieser sozialen Ungerechtigkeit durch die Mittelklasse erregte die Empörung von Karl Marx (1818-1883) und bewegte ihn zur Schaffung einer vierten judäischen Religion." Auch Frau Salcia Landmann war der Ansicht:⁶

"Jedenfalls läßt sich nicht bestreiten, daß es ursprünglich die Juden waren, die solche Konzepte in das abendländische Denken einbrachten. Man nehme nur einmal Karl Marx, den deutschen Juden und christlich getauften Enkel eines ostgalizischen Rabbiners: Er wächst in Trier ohne eine Ahnung von altem jüdischem Schrifttum auf, manifestiert den bei bedrängten Minderheiten - und also nicht nur bei Juden – häufigen rabiaten Selbsthaß [...] bekennt sich selber zum beduinischen Nomadenkommunismus der Urhebräer, ohne ihn zu kennen und als solchen zu erkennen, legt auf dieser Basis in dicken, unlesbaren Büchern das dümmste ökonomische Konzept der Welt fest, das den natürlichen Egoismus des Menschen mißachtet und folglich a priori scheitern und nichts als Elend und Terror gebären mußund 'verkauft' dieses auf den ersten Blick als katastrophal erkennbare Programm einem Gutteil der

gesamten Welt als Heilsrezept [...]"

Und nicht zuletzt: Der Jude Baruch Lévy weiht ihn in das Geheimnis des Bolschewismus ein: Das jüdische Volk würde insgesamt sein eigener Messias sein; seine Weltherrschaft werde durch die Vereinigung der anderen Menschenrassen und die Abschaffung von Grenzen und Monarchien, dem Bollwerk des Partikularismus, erreicht werden. Es werde eine Weltrepublik errichtet werden, die den Juden alle Bürgerrechte einräumen wird. Das Privateigentum werde aufgehoben sein, und die Verheißung des Talmud, daß die Juden die Güter aller Völker der Welt verwahren werden, werde verwirklicht.⁷

Zahlreiche jüdische Autoren rechnen Marx, ohne sich wie Frau Landmann von ihm zu distanzieren, zu den bedeutendsten Juden der letzten 200 Jahre, wenn nicht aller Zeiten. Es ist "der Typus des religionslosen Juden", wie ihn Rudolf Bienenfeld 1937 beschrieben hat.⁸

Für den ebenfalls von Shamir genannten Heinrich Heine war die Taufe bekanntlich das "billet d'entrée" in die Gesellschaft:⁹

"Ich mache kein Geheimnis aus meinem Judentum, zu dem ich nicht zurückgekehrt bin, sondern das ich nie verlassen habe."

"Ja, ich bin zurückgekehrt zu Gott, wie der verlorene Sohn, nachdem ich lange Zeit bei den Hegelianern die Schweine gehütet." ¹⁰

Nahum Goldmann zitierte¹¹

"oft die geniale Formulierung Heinrich Heines, der am Ende seines Lebens ein sehr guter Jude war und dessen Übertritt zum Christentum nur eine reine Formalität, seine 'Eintrittskarte' in die westliche Gesellschaft, gewesen ist. Heine fragte: 'Wie kann man das Mysterium des Überlebens der Juden, ohne Heimat, ohne Staat, ohne irgend etwas, erklären?' Und er antwortete: 'Weil sie im Schulchan Aruch (Sammelwerk der jüdischen Gesetze und Vorschriften) eine regelrechte tragbare Heimat besitzen.'"

Shamir gibt einige Beispiele dafür, wie der angeblich "normale Prozeß jüdischer Assimilation" hintertrieben wird. Das ist ja doch das eigentliche Problem! Das darf es eben nicht geben – aus der Sicht des Judentums:

"Fehlen [...] Spannungen und nimmt angesichts des problemlosen Umweltverhältnisses die Assimilation überhand, treten im Judentum selbst Gegenströmungen auf, die eine Profilierung in ethnischer oder religiöser Hinsicht mit dem Ziel der Selbstbehauptung zum Ziel haben."

So lautet das Motto der Reihe *Judentum und Umwelt* des Verlages Peter Lang, Frankfurt am Main/Bern, her-

ausgegeben von Johann Maier. Dieses Auftreten von Gegenströmungen wird dann den anderen, dem Gastland, zur Last gelegt. Martin Hauser notierte 1929 in seinem Tagebuch:¹²

"Antisemitismus, Not und Elend sind scheinbar unumgänglich. Gäbe es z.B. keinen Antisemitismus, würden wir Juden uns schon längst aufgelöst haben unter den Völkern. So ist der Antisemitismus gleichsam Wächter für uns."

"Antisemitismus als Motor Israels" nannte Helmut Gordon treffend seine Betrachtungen zu Lenni Brenners Zionism in the Age of the Dictators.¹³

Überwältigt von den unmoralischen religiösen Gesetzen und Handlungen seiner jüdischen Mitbürger sei Shamir zum christlichen Glauben übergetreten und lebt in Jaffa. Wie das? Zu Karl Marx schreibt er, gemäß zionistischem Recht wäre es ihm nicht erlaubt, sich in Israel niederzulassen. Angeblich wird von jüdischen Instanzen ein Austritt aus dem Judentum auch gar nicht akzeptiert. Ignatz Bubis jedenfalls war der Überzeugung:

"Aus dem Judentum kann man nicht entkommen und dem Judentum kann man nicht entrinnen."

Abba Eban, der ehemalige israelische Außenminister, bestätigte trefflich den Zusammenhang der jenseitigen und der diesseitigen Heilslehre: 15

"Die größte Leistung des Judentums, seine welthistorische Leistung, ist das Christentum, das in jüdischer Sicht nichts anderes ist als ein Medium zur Aufrichtung der jüdisch-kommunistischen Weltmacht."

Zum Schluß zitiert Shamir einen jüdisch-amerikanischen Journalisten, der es nicht schätzt, wenn man gute und schlechte Juden unterscheidet. Beim Fall des Lüstlings Michel Friedman beteuerte Sonja Margolina das Recht des Judentums, schwarze Schafe haben zu dürfen: 16

"Dieses Recht hat Friedman in die Tat umgesetzt."

So einfach ist das! Ein Deutscher wäre in der Versenkung verschwunden; Friedman ist wieder obenauf. Eine theologische Rechtfertigung findet sich bei den "häretischen Kabbalisten der sabbatianischen Bewegung"; diese ¹⁸

"leiteten nämlich [...] die Theorie ab, daß zur Gewinnung des Tiqun^[17] auch die Sünde mit einbezogen werden müsse. Sie knüpften bei ihren Überlegungen an das bekannte Bibelwort an: 'Du sollst den Herrn, deinen Gott lieben mit ganzem Herzen, mit ganzer Seele und mit deiner ganzen Kraft.' (Deuteronomium 6, 5). Bereits ein alter Bibelkommentar (Sifrê z.St.) sowie der Talmud (Babylonischer Talmud, Traktat Berakot 9,5) hatten das Wort 'ganz' in dem Sinne interpretiert, daß man Gott nicht nur mit dem guten, sondern auch mit dem bösen Triebe dienen könne."

Dabei ging es um die Bewegung des falschen Messias Sabbatei Zwi im 17. Jahrhundert. Daniel Bell hat in einem linken Blatt nachgewiesen, wie dieses Denken als dialektische Theorie des Bösen, die nie veröffentlicht wurde, zur kommunistischen Geheimlehre wurde, bis man darin schließlich den eigentlichen Maßstab für einen "wahren Kommunisten" erblickte. 19

Neben dem jüdischen Auserwähltheitswahn, den schon Spinoza kritisierte, ist es die fortbestehende Anmaßung eines Rechts auf schwarze Schafe, auf eine Dialektik des Bösen zum angeblichen Wohl der Menschheit, die immer wieder zu Katastrophen im Zusammenleben von Juden und Nichtjuden führen muß.

Schon der Prophet Jeremia klagte:²⁰

"Aber mein Volk ist toll, und sie glauben mir nicht; töricht sind sie und achten's nicht. Weise sind sie genug, Übles zu tun; aber wohltun wollen sie nicht lernen."

Es gibt noch viel aufzuarbeiten, Herr Shamir! Aber schon Heine wußte:²¹

"Die Welt ist ein großer Viehstall, der nicht so leicht gereinigt werden kann, weil während gefegt wird, die Ochsen drin bleiben und immer neuen Mist anhäufen."

Ernst Manon

ANMERKUNGEN

- Wer ist Jude?, Seewald, Stuttgart-Degerloch 1964, S. 33.
- ² MEGA, Bd. 22, S. 50.
- ³ Joseph Melzer, Köln 1963, S. 547f.
- ⁴ Christianstwo i sozialism Christentum und Sozialismus, Moskau 1917.
- ⁵ Menschheit und Mutter Erde, Düsseldorf 1979, S. 485.
- 6 in: Staatsbriefe 3/1990, S. 33.
- Salluste: Les origines secrètes du bolchevisme Henri Heine et Karl Marx, Jules Tallandier, Paris 1930, S. 33f.; ebenfalls in: La Revue de Paris vom 1. Juni 1928, S. 574.
- 8 Die Religion der religionslosen Juden, 2. Aufl., Wilhelm Frick-Verlag, Wien 1955.
- nach *Mensch und Maβ*, Folge 22 vom 23. November 198, S. 1021.
- Hugo Bieber; Mary S. Rosenberg (Hg.), Jüdisches Manifest, New York 1946, S. 250.
- Das jüdische Paradox: Zionismus und Judentum nach Hitler, Europäische Verlagsanstalt, Köln 1978, S. 96.
- ¹² Auf dem Heimweg Aus den Tagebüchern eines deutschen Juden 1929-1945. Bonn 1975. S. 8.
- in: Deutsche Monatshefte 4/1984.
- in: *Die Woche* vom 8. Mai 1998.
- Ouelle derzeit nicht auffindbar. 15
- ¹⁶ "Verurteilung statt Diskussion" in: *Junge Freiheit*, 7. 11.2003, S. 3.
- oder Tikkun, d.i. Erlösung, Weltverbesserung.
- Siegmund Hurwitz, *Psyche und Erlösung*, 1. Aufl., Daimon, Zürich 1983, S. 82f.
- ¹⁹ "Durch die Sünde zur Erlösung" in: *Die Zeit* Nr. 39, 18.9.1992, S. 77-79
- ⁰ Kap. 4, 22.
- "Kampf der Philosophen gegen die Religion" in: ders.: Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland, Hoffmann und Campe, Hamburg 1979, S. 451.

Zu G. Rudolf, "Mobiltelefon-Experimente in Linienflugzeugen", *VffG* 7(3&4) (2003), S. 275-277.

Sehr geehrter Herr Rudolf!

Mit Interesse habe ich Ihren Artikel gelesen und ihn sogleich Bekannten und Freunden zum Lesen gegeben.

Allerdings erntete ich bezüglich Ihrer These, Mobilfunkgespräche aus Linienflugzeugen seien aus technischen Gründen unmöglich, nicht nur Skepsis, sondern in einem Fall sogar Gelächter, denn einer dieser Bekannten meinte, er selbst habe schon von einem Linienflugzeug aus ein Mobilfunkgespräch geführt, was beweise, daß Ihr ganzer Artikel wertlos sei.

Auch habe ich gelesen, daß einige Fluggesellschaften planen, ihren Fluggästen die Benutzung ihrer Handys nun doch zu erlauben. Das setzt ja wohl voraus, daß solche Gespräche technisch möglich sind.

Was ist also hier die Wahrheit?

W.S., Deutschland

ANMERKUNG DES AUTORS G. RUDOLF

Ich erhielt im vergangenen Jahr mehrere Einwände dieser Art. In keinem Fall war es mir möglich, von den jeweiligen Personen zu erfahren, an welchem Tag in welchem Flugzeug sie mit welchem Telefon unter Nutzung welchen Netzwerkes von welchem ungefähren Ort aus bei welcher Flughöhe und Reisegeschwindigkeit ein Gespräch geführt haben. Solche Angaben konnte oder wollte niemand machen. Bei näherem Nachfragen konnten die Personen, wenn überhaupt, dann nur angeben, sie könnten sich nicht erinnern, ob sie das Gespräch während des Fluges führten oder während das Flugzeug noch am Boden war. Und wenn es sich dann doch um einen Anruf während des Fluges handelte, konnten sie sich nicht erinnern, ob sie das Sitztelefon im Flugzeug benutzten oder ihr Handy. Das Sitztelefon funktioniert aber im Gegensatz zu Handys über eine Satellitenverbindung. Das Sitztelefon wird oft mit Handys gleichgesetzt, ist aber etwas Grundverschiedenes.

Aus diesen Gründen kann ich solche Behauptungen nicht ernst nehmen. Nicht ohne Grund habe ich in meinem Artikel die Leser aufgefordert, bei gelegentlichen Flügen selbst solche Versuche zu machen und die entsprechenden Randbedingungen zu notieren, damit unsere Datenbasis breiter wird. Bisher hat sich niemand bei mir gemeldet, der solche Versuche unternahm.

Tatsache ist, daß ich noch nie jemanden gesehen habe, der während eines Fluges versuchte, sein Handy zu benutzen. Der Grund ist einfach: Die Stewardeß würde fuchsteufelswild werden, denn das ist verboten! Machen Sie also ihre Versuche im Geheimen, indem sie Ihr Handy vor den Blicken der Flugzeugbesatzung und anderer Passagiere verbergen! Und Vorsicht: die meisten Handys fangen wie wild an zu piepsen, wenn es ihnen trotz ausreichendem Signal (bei geringen Flughöhen bei Start und Landeanflug) wegen der zu hohen Geschwindigkeit nicht gelingt, eine stabile Verbindung aufzubauen. Haben Sie also eine Kissen parat, um diesen Krach zu dämpfen!

Daß Fluglinien planen, Handys in Zukunft in Flugzeugen zuzulassen, beweist nicht, daß es im Jahr 2001 möglich war, Handy-Gespräche zu führen. Um Handys benutzen zu können, muß eine Handy-Empfangs- und Sendeantenne im Flugzeug eingebaut werden, die dann eine Verbindung zum Mobiltelefon-Netzwerk am Boden via Satellit herstellt. Eine Direktverbindung zum Bodennetzwerk ist auch heute technisch unmöglich.

Gegendarstellung

Zu K. Schwensen, "Zur Echtheit des Lachout-Dokuments", VffG 8(2) (2004), S. 166-178.

In der Nummer 2 der *Vierteljahreshefte* von 2004 erschien im Sommer dieses Jahres ein Artikel, gezeichnet von einem gewissen "Klaus Schwensen", in welchem der Zeitzeuge und Revisionist Ing. Emil Lachout wieder einmal als Scharlatan dargestellt wird. Das von ihm im Jahre 1948 unterfertigte Schriftstück, von mir im Jahre 1987 in *Halt* erstmals veröffentlicht, soll nun doch eine Fälschung sein.

Der Fälschungsvorwurf an sich wäre nicht neu: Seit Jahren wird dieser Vorwurf von dem staatlich gesäugten "Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes" (DÖW) und der gesamten staatlichen Geschichtsschreibung gegen Lachout vorgetragen. Die österreichische Staatsanwaltschaft wagte jedoch nicht, Lachout wegen Fälschung vor Gericht zu stellen: nach jahrzehntelanger gerichtlicher Voruntersuchung ent-

schloß man sich, den unangenehmen Wahrheitssucher widerrechtlich für verrückt zu erklären. Lachout gilt seither wie andere Unbeugsame vor ihm (ich erinnere etwa an Ezra Pound und Francis Parker Jockey) als nicht "verhandlungsfähig". Warum die österreichische Justiz, die laufend und kaltblütig Revisionisten dafür, daß diese die Wahrheit sagten, anklagt, sich nun mittels gezinktem, psychiatrischen Gutachten ausgerechnet des Emil Lachout auf so tollpatschige Weise entledigen hätte sollen, bleibt rätselhaft, wenn dieser – folgt man Schwensens Fälschungsvorwurf – doch als wohl erster und einziger Fälscher unter den Revisionisten zu überführen gewesen wäre?

Warum hat sich die Justiz, die bisher noch kein einziges revisionistisches Argument hat widerlegen können, diese Chance entgehen lassen? Der Autor "Klaus Schwensen" stellt diese Frage nicht, und das trifft sich gut: so braucht er sie auch nicht zu beantworten.

Neu an dem jüngsten Angriff gegen Lachout ist, daß er in einer revisionistischen Zeitschrift geführt wird und daß gleichzeitig zwei weitere verfolgte Revisionisten in den Fälschungsvorwurf einbezogen werden. Zuerst der untadelige und unvergeßliche Ing. Friedl Rainer, Sohn

des angesehenen, 1945 von den Alliierten gefolterten und später ermordeten Kärntner Gauleiters Rainer. Dieser ist schon vor vielen Jahren verstorben. Es geht also auch um das Andenken eines Toten. Schließlich werde auch ich selbst mit dem Fälschungsvorwurf bedacht, wobei der Eindruck erweckt wird, Lachout, Rainer und ich hätten uns aus *nachvollziehbaren Motiven* zum Zwecke der Dokumentenfälschung verabredet.

Denn der wissenschaftlich erscheinen wollende Aufsatz gipfelt in folgender abenteuerlicher Spekulation:

"Der Zweck oder die Tendenz eines Dokuments lassen daher Rückschlüsse über die Motive des Erstellers und die Entstehungsgeschichte zu. [...] Ein durchaus reales Motiv aber hatten die drei Männer, die am Wiederauftauchen des Dokuments beteiligt waren, nämlich Gerd Honsik, Emil Lachout und Friedrich Rainer. Damals (1987) sahen sowohl Rainer als auch Honsik einem Verfahren wegen 'nationalsozialistischer Wiederbetätigung' entgegen.

Lachout folgte bald darauf.

In den bevorstehenden Prozessen gegen Rainer und Honsik ging es unter anderem um die Frage, ob es in dem ehemaligen KL Mauthausen eine Gaskammer gegeben habe oder nicht [S. 170...] Das Motiv für die Fälschung waren vermutlich prozeßtaktische Gründe, nämlich um in den Strafverfahren gegen Rainer und Honsik eine Diskussion der Gaskammernfrage im Zusammenhang mit Mauthausen zu erzwingen."

Diese "Schlußfolgerung" ist eine Schande für die Revision:

- 1. Weder gegen mich noch gegen Rainer oder Lachout war zum damaligen Zeitpunkt ein Verbotsgesetzprozeß angesetzt, ja es lief nicht einmal eine Voruntersuchung, die das KL Mauthausen zum Gegenstand gehabt hätte. Die Mauthausenverfahren gegen Lachout und mich wurden überhaupt erst durch die Veröffentlichung des Lachout-Dokumentes vom Zaune gebrochen. Es konnte also eine Fälschung des "Lachout-Dokumentes" nicht einem Mauthausenverfahren nützen, das erst durch die Veröffentlichung desselben angestrengt worden ist.
- 2. Ich kannte Ing. Friedrich Rainer damals noch gar nicht persönlich und wurde diesem erst erheblich später von dessen Schwester, Frau Erika Hannesschläger, vorgestellt. Bei dieser (einzigen) Begegnung ging es nicht um das Lachout-Dokument, sondern um die Prozeßakten im Rainer/Wiesenthal-Verfahren. Auch wüßte ich nicht, was Rainer mit dem Auftauchen des "Lachout-Dokumentes" zu tun gehabt haben soll. Auch Herrn Ing. Lachout lernte ich erst im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Dokumentes kennen. Ob unmittelbar davor oder danach, muß dahingestellt bleiben. Eine Verabredung zum Zwecke einer Fälschung mit mir persönlich damals fremden Personen das also ist Schwensens neue "Erkenntnis".

3. Ein Dokument zu fälschen und dafür einen "Militärpolizeilichen Dienst" zu erfinden, wenn derselbe gar nicht existiert hätte, um dieses Dokument dann in einem Verfahren zu verwenden, das es noch gar nicht gab und dessen Einleitung nach der damaligen Gesetzeslage noch gar nicht absehbar war, das hält wohl nur Mister "Schwensen" für ein "reales Fälschungsmotiv". Ich nicht. Hanebüchen auch die folgende These:

"Für die revisionistische Zeitgeschichtsforschung stellt das Dokument heute eine Belastung dar, denn Gegner wie das DOW werden weiterhin mit Wonne diese Fälschung dem gesamten Revisionismus anlasten." (S. 177)

Ein einfältigerer Satz ist kaum denkbar. Man bedenke: Die Revisionisten wurden bisher allesamt, ungeachtet ihrer Rasse, Herkunft, politischen Gesinnung, einschließlich ihrer studierten Historiker und Chemiker als Lügner, Betrüger, Nazi, Antisemiten, Fälscher, Irre oder Volksverhetzer gejagt, ihre besten Exponenten mit eingeschlossen. Wie könnte denn da ausgerechnet der Fälschungsvorwurf gegen das "Lachout-Dokument", das ja nur eine Mauthausen-Wirklichkeit bestätigt, wie sie von Prof. Yehuda Bauer längst beschrieben worden war, die "Belastung des gesamten Revisionismus" noch steigern?

Selbst wenn das "Lachout-Dokument" eine Erfindung des Ing. Lachout und dieser eine Art Hauptmann von Köpenick wäre, so würde er neben seinen Verfolgern vom "DÖW", die selbst den Morgenthau-Plan guthießen, noch wie ein netter Robin Hood wirken.

Nicht der Fälschungsvorwurf gegen das "Lachout-Dokument", sondern die spekulative Einbeziehung von Friedl Rainer und Gerd Honsik in den Fälschungsvorwurf durch "Schwensen" ist dazu angetan, den Revisionismus zu verunglimpfen. Könnte dies Absicht sein? Das schlimmste Verbrechen des Historikers ist die Lüge, die schlimmste aller Lügen aber ist das falsche Zeugnis!

Woher die staatliche Zeitgeschichte am Vorabend ihres Unterganges noch die magischen Kräfte hernehmen sollte, für ihre Zweifel am "Lachout-Dokument" die Revision insgesamt zu belasten, nachdem ihre Verdammung und Verleumdung derselben bisher ohnehin schon umfassend war, bleibt "Schwensens" Geheimnis.

Unwissenschaftlich, polemisch und hämisch ist über weite Strecken auch die Tonart des Aufsatzes. Da heißt es:

"Es erübrigt sich, zu sagen, daß man ansonsten von diesem "polizeilichen Hilfsdienst" genau so wenig etwas gehört hat wie vom MPD."

Dieses Detail freilich ist auch falsch. Kein heute noch lebender ehemaliger Nationalsozialist in Österreich hat diese "Hilfspolizei" vergessen, die mit Armbinden gekennzeichnet die Wohnungen von "Belasteten" plünderte und Nationalsozialisten an die Rote Armee denunzierte. Prominente Österreicher, darunter auch ein Bundeskanzler, rühmten sich öffentlich der Mitgliedschaft.

Die Unwissenheit unseres Verfolgers scheint grenzenlos. Daß er gar nicht bemüht war, die Wahrheit zu ergründen, bewies er dadurch, mich selbst niemals zum Fälschungsvorwurf befragt zu haben, obwohl ihm meine Postanschrift zugänglich war.

Ich selbst habe übrigens nie behauptet, das Lachout-Dokument "auf seine Echtheit" geprüft zu haben. Dazu war ich und bin ich nicht in der Lage. Ich habe es nur pflichtgemäß ohne zu säumen veröffentlicht, als es in meinen Besitz gelangte. Und ich legte es damit Freund und Feind zur Begutachtung vor. Und ich stelle verwundert fest, daß bisher niemand imstande war, es als Fälschung zu entlarven. Schon gar nicht der hier untersuchte Aufsatz mit seinen Irrungen, Spekulationen, ja Verleumdungen. Besonders scheinheilig übrigens die gespielte Verwunderung dieses Verfolgers über die Unauffindbarkeit der MPD-Akten. Weiß er denn nicht, daß alle wichtigen Akten auf Jahrzehnte gesperrt wurden? Daß die Jagd nach Tonnen von gesperrten Akten das Ziel aller Revision ist?

Auch die Psychiatrierung Lachouts und die Ausklammerung des Mauthausenverfahrens bei meinem Auschwitz-Prozeß 1992 war nicht angetan, meinen Glauben in das Dokument zu erschüttern.

LACHOUTS VERDIENSTE ALS REVISIONIST

Lachouts originelle Form, seine Erkenntnisse als Gutachten darzustellen, wird von Schwensen ebenfalls aufs Korn genommen.

Ich selbst habe einige dieser "Gutachten" von einem befreundeten und gerichtlich beeideten Sachverständigen überprüfen lassen. Schließlich revidierte dieser seine negative Meinung über Lachout. Die Mehrzahl der Arbeiten hatten sich als schlüssig erwiesen. Allein durch zwei dieser Gutachten hat sich Lachout als der wohl bedeutendste Revisionist Österreichs bestätigt. Durch Vergleiche der vorhandenen "Quellen" stellte er fest, daß die Gaskammer von Mauthausen in der Literatur elfmal die Position und zehnmal die Innenansicht änderte, ohne daß Historiker oder Zeitzeugen diesbezüglich einander je widersprochen hätten.

Im zweiten Zivilprozeß des Ing. Friedl Rainer gegen Wiesenthal trat Ing. Lachout vor Gericht als sachverständiger Zeuge auf und bot ein "Gutachten" an, welches einen von Wiesenthal vorgelegten Brief als Fälschung entlarvt. Das Gericht nahm Lachouts Darlegung ernst und übergab den Fall zur Begutachtung an die österreichische Kriminalpolizei. Diese bestätigte Lachouts Erkenntnisse. Der von Wiesenthal vorgelegte Brief war, wie Lachout erkannt hatte, in der Nachkriegszeit fabriziert worden. Damit hat sich Lachout als ein Meister sachlicher, wissenschaftlicher Arbeit erwiesen.

Es fällt auf, daß "Schwensen" seinen Verdacht ge-

gen die Echtheit des Dokumentes immer wieder daran festmacht, daß es ihm nicht möglich sei, den Weg zu ergründen, den das Schriftstück seinerzeit in meine Hände genommen hatte. Dabei mutet es zynisch an, daß er immer wieder von "Schutzbehauptungen" Lachouts spricht. Die Neugierde des Herrn "Schwensen", nicht das Dokument selbst, sondern dessen Weg heraus aus den gesperrten Archiven ergründen zu wollen, scheint geradezu unersättlich, und sie steht im Widerspruch zu den geäußerten Zweifeln an der Echtheit des Schriftstückes. Denn den Weg desselben aus dem Aktentresor in meine Hände zu verschleiern, kann doch nur dann im Interesse des Überbringers liegen, wenn dieser durch seine Ausfolgung an mich den Tatbestand des Amtsmißbrauches begangen hätte. Wenn der Betreffende also etwa fürchten mußte, seiner Beamtenpension verlustig zu werden! Denn nur dann ergäbe der Vorwurf gegen Lachout Sinn, sich einer "Schutzbehauptung" zu bedienen. Eine solche "Schutzbehauptung" (Lachouts) wiederum ergibt ihrerseits in diesem Fall aber nur Sinn, wenn das Schriftstück selbst echt ist. Nach Herrn "Schwensens" Meinung hätte Lachout dieses sein Schutzbedürfnis jedoch fallenlassen sollen, bloß um die Neugierde seines Verfolgers zu stillen. Diese Neugierde des Herrn "Schwensen" freilich wird auch von mir nicht gestillt werden. Denn diese seine Neugierde ist offensichtlich nicht die des Historikers, sondern die des Verfolgers. Weiß denn besagter Schwensen nicht, daß es journalistische Gepflogenheit ist, die Überbringer von Nachrichten nicht zu verraten und nicht auszuliefern?

In diesem Zusammenhang ist nicht so sehr das Schutzbedürfnis des verfolgten Ing. Lachout auffällig, sondern vielmehr das des Revisionistenjägers "Schwensen" selbst. Denn es ist offensichtlich, daß dieser unter falschem Namen schreibt, sich also eines Pseudonyms für die Abfassung seiner offenbar haltlosen Angriffe gegen verfolgte Revisionisten bedient.

Dabei hätte "Schwensen" von Seiten der Justiz keine Verfolgung zu fürchten. Auch psychiatriert wird er wohl nicht werden. Denn an ihm dürfte die staatlich verordnete Zeitgeschichte ihr Wohlgefallen haben.

Gerd Honsik, Spanien

Erwiderung von Klaus Schwensen

Zu meinem o.g. Artikel "Zur Echtheit des Lachout-Dokuments" hat Gerd Honsik eine ausführliche Gegendarstellung gegeben. Hierzu erwidere ich folgendes:

1. ZUR VORGESCHICHTE

Wer sich mit der Frage "Gaskammern im Altreich?" befaßt, stößt früher oder später auf das Lachout-Dokument, das hierzu eine wichtige Aussage macht. Daß es vom linkslastigen DÖW als Fälschung bezeichnet wurde, war mir bekannt. Mir fiel auf, daß es von revisionistischer Seite seltsam still um dieses Dokument war. Es war also nicht die "Neugierde der Verfolger",

wie Herr Honsik befürchtet, sondern die "Neugierde des Historikers", die mich seinerzeit veranlaßte, mich direkt an Herrn Lachout zu wenden, der mir darauf eine Fülle von Unterlagen zusandte. Es hat mich einige Arbeitszeit gekostet, zu dem Ergebnis zu gelangen, das in dem o.g. Artikel dargestellt ist. Ich ließ den Artikel zunächst in der Schublade. Anlaß, ihn wieder hervorzuholen, war ein Artikel "Die 'Gaskammer' im KL Mauthausen. Der Fall Emil Lachout" (Johannes Heyne, *VffG* 3&4/2003, S. 422-435). Zu Mauthausen konnte ich nichts sagen, wohl aber zum Lachout-Dokument. Schon um andere zu warnen, noch mehr Arbeit an das Dokument zu verschwenden, wollte ich meine Ergebnisse nicht länger zurückhalten.

2. ZU DEN ARGUMENTEN HONSIKS

Daß Herr Honsik heftig gegen den Artikel und seinen Verfasser polemisiert – damit muß ich leben. Eine große Rolle spielen wieder Vorgänge und Prozesse der österreichischen Justiz, deren Einzelheiten man als Außenstehender nicht kennen kann, es sei denn, man widmet sein weiteres Leben dem Aktenstudium beim Bezirksgericht für Strafsachen in Wien (falls Akteneinblick gestattet ist). Man ist aber darauf gar nicht angewiesen, um zu dem Schluß zu kommen, daß mit dem Dokument etwas nicht stimmt.

MOTIVE DER FÄLSCHUNG

Aus welchen Motiven wer wann die Fälschung fabriziert hat, darüber kann man nur Vermutungen anstellen. Zum Motiv hatte ich die Vermutung geäußert (aber nicht behauptet!), daß es aus prozeßtaktischen Gründen erfolgt sein könnte, um eine Diskussion des Mauthausen-Themas vor Gericht zu erzwingen. Herr Honsik bestreitet das heftig, und ich akzeptiere das – immerhin eine neue Erkenntnis in seiner Polemik.

"POLIZEILICHER HILFSDIENST" ODER "HILFSPOLIZEI"?

Etwas voreilig war vielleicht meine Feststellung, daß man von dem sog. "polizeilichen Hilfsdienst" der ersten Nachkriegszeit, der in einem obskuren Dokument erwähnt wird, "genauso wenig etwas gehört hat wie vom MPD." Laut Honsik hat es also eine "Hilfspolizei" gegeben – mag sein. Ob das Dokument des "polizeilichen Hilfsdienstes" von dieser "Hilfspolizei" stammt, ist unklar. Zur Existenz des späteren "Militärpolizeilichen Dienstes" (MPD) kann auch Honsik nichts beitragen – und damit steht und fällt nun mal das Lachout-Dokument.

WANN IST EIN DOKUMENT GEFÄLSCHT?

Herr Honsik sagt, er habe "übrigens nie behauptet, das Lachout-Dokument 'auf seine Echtheit' geprüft zu haben. Dazu war und bin ich nicht in der Lage. Ich habe es nur [...] veröffentlicht [...] und legte es damit Freund und Feind zur Begutachtung vor." Warum regt er sich also auf, wenn jemand hergeht und "begutachtet"? Ob die Argumente, die ich gegen die Echtheit vorgebracht habe (formale Aspekte, Inhalt, Herkunft des Dokuments) stichhaltig sind, das entscheidet übrigens nicht Herr Honsik – da muß sich jeder Leser schon selbst ein Urteil bilden. Was Honsiks Kritik angeht, so zielt sie durchwegs auf relativ nebensächliche Aussagen in meinem Artikel, die zudem als Vermutung ausgewiesen sind.

ZUR HERKUNFT DES DOKUMENTS

Es kostete seinerzeit einige Mühe, um festzustellen, daß es über die Herkunft des Lachout-Dokuments nicht weniger als 5 Versionen gibt. Herrn Honsik gefällt diese "Neugierde" anscheinend gar nicht; er äußert sich zu diesem Thema aber sehr verschwommen. Wenn ich seine Andeutungen recht verstehe, hat *er* also das Dokument aus einem österreichischen Archiv bekommen (Version 1), von einem großen Unbekannten, der nun um seine Pension zittern muß. Da traut man sich natürlich nicht weiter zu fragen. Ist ihm eigentlich klar, daß er damit die 4 Versionen Lachouts indirekt für falsch erklärt?

Ganz egal, von wem das "Dokument" nun stammt – man hat damit dem Revisionismus einen Bärendienst erwiesen.

Anmerkung der Redaktion

Argumente können nur durch überzeugende Beweise bewiesen bzw. widerlegt werden. Flotte Worte und kecke Behauptungen helfen da nichts. Das gilt für beide Seiten.

Wer hat Erlebnisse mit dem kurz nach Kriegsende in Wien (angeblich) tätigen polizeilichen Hilfsdienst, dieser Hilfspolizei oder dem Militärpolizeilichen Dienst oder kann sonstige Angaben hierzu machen? War dies eine Organisation? Bestanden diese Bezeichnungen nebeneinander oder nacheinander? Wer Einzelheiten dazu beitragen kann, möge sich bei der Redaktion melden.

Im nächsten Heft lassen wir Emil Lachout ausführlich zu Wort kommen, in der Hoffnung, daß es ihm gelingt, Schwensens Argumente mit überprüfbaren Beweisen zu widerlegen.

In Kürze

Erpreßte Aussagen

Ladislav Niznansky, 87, soll im 2. Weltkrieg 164 Menschen in der Slowakei ermordet haben, weshalb er Anfang 2004 verhaftet wurde. Dokumente beweisen jedoch, daß die gegen ihn vorliegenden Beweise von einem tschechischen Schauprozeß stammen, das Niznansky 1962 in Abwesenheit zum Tode verurteilte:

"So sagte ein Beteiligter des damaligen Verfahrens aus, ein Ermittler habe ihn 'mit einer Pistole bedroht'. Ein zweiter Zeuge gab zu Protokoll, er habe Niznansky 'unter psychischem und physischem Druck' belastet. Jan Holbus, ein weiterer Belastungszeuge von einst, erklärte bei einer Vernehmung im Jahr 2001, man habe ihm damals gedroht, er werde 'den Raum mit den Füßen zuerst verlassen', sollte er nicht aussagen, wie die Anklage dies wünscht." (Focus, 9.2.2004)

Zur gleichen Zeit wurden damals in Polen die Zeugenaussagen für den in Vorbereitung befindlichen Auschwitz-Prozeß mit ähnlichen Methoden präpariert.

Auschwitz-Erinnerung führt zu Dusch-Verweigerung

Altenheime in Chicago organisieren ihre Bewohner nach ethnischer Zugehörigkeit. Bei den Juden wird darauf geachtet, daß ältere Bewohner nicht durch eine Dusche an den Holocaust erinnert werden können. (*Yahoo News*, 12.10.2004) Diese Juden müssen in Auschwitz richtige Wasserduschen erlebt haben, denn sonst würden sie nicht ihre alten Tage in Chicago verbringen.

Verlag kündigt Hochhuth-Memoiren

Die Deutsche Verlags-Anstalt (DVA) in München hat den Vertrag mit Rolf Hochhuth zur Veröffentlichung von dessen Memoiren zurückgezogen.

Grund ist die Äußerung Hochhuts, es sei "idiotisch, David Irving als Holocaust-Leugner zu bezeichnen," u.a. weil Irving eine jüdische Mutter habe (*Junge Freiheit*, 18.2.05; *Tagesspiegel*, 19.2.05; *Berliner Morgenpost*, 22.2.05), was Irving allerdings bestreitet. Der 74-jährige Dramatiker hat sich inzwischen für seine Verteidigung Irvings entschuldigt. (dpa-FT 24.3.05).

Ernst Zündel in deutschem Verließ

Nach über zwei Jahren Isolationshaft schob Kanada den deutschen Geschichtsdissidenten Ernst Zündel am 1.3.2005 nach Deutschland ab, weil seine Ansichten das Regime in Deutschland destabilisieren und er in Kanada in Kontakt zu Personen und Organisationen stand, die als potentiell gewalttätig gelten. Zündel sitzt nun in Mannheim in Untersuchungshaft in Erwartung

seiner Verfahrens wegen "Volksverhetzung". Wer ihm schreiben möchte: E. Zündel, JVA Mannheim, Herzogenriedstr. 111, D-68169 Mannheim (Vorsicht, Zenur!)

Judenwitze verboten

Weil ein Amateur-Darsteller bei einer Live-Übertagung im Fernsehen Judenwitze erzählte, wurden die verantwortlichen Redakteure entlassen und ein Verfahren gegen den Sender *Premiere* bei der Landesmedienanstalt in München eröffnet. (*Köln. Rundschau*, 14.10.04) Ostfriesenwitze sind noch unverfänglich.

Quod licet Jovi, non licet bovi

Wegen der massenhaften Verteilung der Denkschrift Die neue Sicht von Auschwitz, in der die Ansichten des Spiegel-Redakteurs Fritjof Meyer über Auschwitz erläutert und diskutiert werden, wurde gegen den Bremer Verleger Wieland Körner ein Strafverfahren wegen Volksverhetzung eröffnet. (Weser Kurier, 8.7.04)

Latussek wegen Auschwitzzahlen verurteilt

Während eines Rechenschaftsberichts hatte der Vizevorsitzenden des Bundes der Vertriebenen Paul Latussek darauf hingewiesen, daß es in Auschwitz nicht 6 Mio., sondern "nur" etwa 930.000 Opfer gegeben habe. Dafür wurde er angeklagt, jedoch freigesprochen. Der Bundesgerichtshof hob den Freispruch auf und verlangte, daß Latussek verurteilt wird. Mit der Herabsetzung der Auschwitz-Opferzahl habe er das Volk verhetzt (NJW 10/2005, S. 689-692). Daß Latussek mit seiner Opferzahl nahe der offiziell anerkannten liegt und weit über dem, was J.-C. Pressac und Fritjof Meyer verkündeten, die dafür nicht verfolgt wurden, wußte oder interessierte das Gericht nicht. Wir werden berichten.

Stand: 14.4.2005

Anzeige

Sie interessieren sich für Geschichte und schreiben gerne?

Wir veröffentlichen Ihr Buch!

Senden Sie Ihr Manuskript an:

PC-Verlag, z.Hd. Herrn Patric Cremer, Zum Giebel 2, D-59846 Sundern